

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

A 20310 F

3-78

J. Schild

Berlin 1976

**RECHT AUF
ARBEIT**

Gewerk- schaften

Bilanz '78 und
Perspektiven

Elleinstein

Identitätskrise der KPF

Jugend

Arbeitslosigkeit
in der BRD

Interview

I. Gallego,
Politik der PCE

Carrillo-Kritik

Marxistische
Faschismustheorie II



DGB

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

Die Zeitschrift **Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus** wird von theoretisch-politischen Arbeitskreisen herausgegeben, die sich mit verschiedenen Aspekten der Marxschen Theorie und ihrer Anwendung auf gegenwärtige kapitalistische Verhältnisse beschäftigen. Die Redaktion der Zeitschrift wird durch die Wahl von Vertretern aus den Arbeitskreisen gebildet. Namentlich nicht gezeichnete Beiträge sind kollektive Arbeitsergebnisse und werden von der Redaktion verantwortet.

Die Herausgeber betrachten die Zeitschrift als ein **Diskussionsforum**. Es steht allen offen, die sich am Ziel vollständigen sozialen Emanzipation der arbeitenden Klassen und der sozialistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit orientieren.

Redaktion:

Helmut Asche, Walter Breum, Aline Zieher

Redaktionssekretariat:

Joachim Bischoff, Karlheinz Maldaner

c/o VSA, Eiffestr. 598, 2000 Hamburg 26, Tel.: (040) 21 45 10

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VSA, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26

Vertrieb:

VSA, Postfach 360 307, Erkelenzdam 7, 1000 Berlin (West) 36, Tel.: (030) 6 14 60 10

Bezugsbedingungen:

Die **Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus** erscheinen sechsmal im Jahr mit einem Umfang von ca. 170 Seiten pro Heft.

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 9,-.

Jahresabonnement (6 Hefte) DM 44,- (inkl. Porto).

Kündigung des Abonnements mit einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende. Abobestellungen und Zahlungen nicht an die Redaktion, sondern an den VSA Vertrieb oder an Ihre Buchhandlung.

Konten des Verlages: Postscheckamt Bln-W Nr. 3450 37-106

Bank für Handel und Industrie (Dresdner Bank) Nr. 1240 390

© VSA, Hamburg 1978

Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten

Satz: Compositorsatz Marschall, Berlin

Druck und Buchbindearbeiten: Evert-Druck, Neumünster

Beilagenhinweis: Prospekt »VSA-Bücher 1978«,

ISSN 0343-2815



Bücherpakete für Beiträge - Leser zum Sonderpreis

1. Klassentheorie Das Bücherpaket enthält folgende Bücher

- Joachim Bischoff,
Grundbegriffe der marxistischen
Theorie (Einzelpreis DM 19,80)
- PKA, Materialien
zur Klassenstruktur
der BRD, 1. Teil:
Theoretische
Grundlagen und
Kritiken
(DM 23,—)
- PKA, Materialien
zur Klassenstruktur
der BRD, 2. Teil:
Grundriß der Klas-
senverhältnisse
der BRD
1950—1970
(DM 25,—)
- PKA, BRD-
Klassenanalysen
(DKP, SPD. . .
DM 10,—)

Alle Bücher zusammen
kosten als Bücherpa-
ket nur

DM 50,—

2. Kapital-Interpretationen Das Bücherpaket enthält folgende Bücher

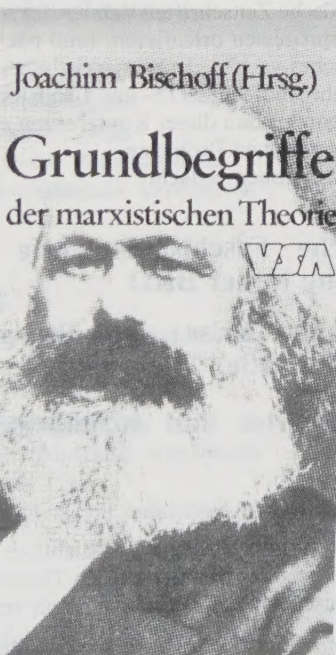
- Projektgruppe Entwicklung des
Marxschen Systems, der 4. Band
des Kapitals?

Interpretation zu den
„Theorien über den
Mehrwert“ (Einzelp-
preis DM 34,—)

- I.I. Rubin, S.A.
Bessonow, Dia-
lektik der Katego-
rien Debatte in der
UdSSR 1927—1929
(DM 16,—)
- Joachim Bischoff
(Hrsg.) Grundbe-
griffe der marxi-
stischen Theorie
(DM 19,80)
- PKA, LOUIS
ALTHUSSER,
Marxistische Kritik
am Stalinismus?
(DM 12,80)

Alle Bücher zusammen
kosten als Bücherpa-
ket nur

DM 40,—



Für die Bestellung eines (oder beider) Bücherpakete(s) bitte die diesem Heft der
Beiträge . . . beiliegende Bestellkarte benutzen oder einfach Postkarte (Ich be-
stelle hiermit Bücherpaket . . .) an VSA schicken.

VSA-Verlag, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26

Arbeits- und Leserkonferenzen '78

der „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus“

Die Periode der Schönwetter-Ökonomie ist auch für die BRD passé. Die ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche dieser Gesellschaftsordnung haben sich deutlich verschärft. Zugleich muß aber nachwievor ein Defizit in der marxistischen Theorie konstatiert werden: stichhaltige Erklärungen für die vor unseren Augen sich abspielenden gesellschaftlichen Prozesse sind Mangelware; die KRISE DES MARXISMUS zeigt sich theoretisch in einer Reihe unaufgelöster Kontroversen und Auffassungsunterschiede.

Ein Weg zur Behebung jener relativen Rückständigkeit in der Theorie liegt in der Verstärkung und Ausweitung der Debatte unterschiedlicher methodischer Ansätze, Hypothesen, Untersuchungsergebnisse und politischer Schlußfolgerungen. Da theoretisch-politische Zeitschriften sich häufig zu sehr an den fertigen Resultaten von Forschungsprozessen orientieren, muß nach Möglichkeiten eines direkten Meinungsaustausches verschiedener marxistischer Positionen gesucht werden. Schon im letzten Jahr sind ARBEITS- und LESERkonferenzen durchgeführt worden. Wir sehen in dem Ausbau dieser Konferenzen einen wichtigen Hebel zur Lösung der offenen theoretischen Probleme.

Für 1978 ist an drei Diskussionen gedacht:

- **marxistische Faschismustheorie — Rechtsentwicklung in der BRD**
- **Entwicklung, Krise und Perspektiven der Sozialdemokratie**
- **Wirtschaftskrise und sozialistische Alternativen.**

Die erste Arbeits-/Leserkonferenz wird voraussichtlich Ende Juni in Hannover stattfinden. Zur Vorbereitung der Debatte werden Thesenpapiere zum augenblicklichen Stand der marxistischen Faschismuskonferenz verschickt.

Wer an dieser oder einer zukünftigen Konferenz teilnehmen möchte, wende sich bitte an die Redaktion, die die weiteren Einzelheiten mitteilen wird: Redaktion „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus“, c/o VSA-Verlag, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26, Tel. 0 40 / 21 45 10

VSA-Verlag, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

3—78 / Heft 17 / Mai 1978

Kommentar

Solidarität	5
Renten-Drama	7
Tribunal	8
Mehrheitskoalition mit der KPI	9
Terrorismus in Italien	11
Modell Deutschland	13
Verfassungshüter	14

Ökonomisch-politische Reviews

Bundesrepublik:	
Wohin steuern die Gewerkschaften?	
Bilanz und Perspektiven des DGB	16
Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik	49
Wirtschaftskrise und Sozialistische Alternativen	62
Frankreich:	
Jean Elleinstein	
Identitätskrise der KPF	75
Niederlage der Linken? Linkunion perdue?	82
Spanien:	
Interview mit Ignacio Gallego (PCE)	
„Wir müssen noch viele Vorurteile überwinden“	88
Parteitag der PCE (These 15)	93
Der eurokommunistische Weg zur politischen Hegemonie (Carrillo-Kritik)	97

Marxistische Theorie

Stefan Schild	
Faschismustheorie im Zerrspiegel der Kritik (II)	125
Detlev Peukert	
Zur Kritik der kommunistischen Parteigeschichtsschreibung (Thesen)	106

Zeitschriften

Abschied (Marxismus, Digest)	138
Haß, Skepsis, Tunix (Langer Marsch)	139
Im Klartext (Sozialist)	140
Eine einzigartige Zeitschrift (Das Argument)	140
Wertform und die APO (SOPO)	142
Was so läuft (Kursbuch)	143
Sicher oder entfaltet: SPD! (Neue Gesellschaft)	144
Offenbarungseid (konkret)	145
Ausverkauf im Rechtsstaat (Kritische Justiz)	146
Sammelsurium (Blätter für deutsche und internationale Politik)	149
Monopoli (Marxistische Blätter)	150

Bücher

Grundsatzprogrammdiskussion im DGB (R. Seitenzahl, Gewerkschaften zwischen Kooperation und Konflikt)	154
Sozialistische Politik in der SPD? (Stamokap und Godesberg)	159
Alternative durch Gewerkschaften? (Engelen-Kefer, Beschäftigungspolitik)	160
Klassenanalyse aus dem Rechner (Handl u.a., Klassenlagen und Sozialstruktur)	162
Die Einheit der Gewerkschaften (Autorenkollektiv, Klassenkampf und Gewerkschaften)	163
Verallgemeinerung (Beyme, Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen)	166
Schulängste (Speichert, Schulangst)	166
Proletarischer Internationalismus (Sagladin, Europa und die Kommunisten)	168

Notizen und Bücher

Programmentwurf, Bahro, CERM, KPF	172
Raddatz, Betriebsräte, Botzat, Bracher, Sollier, Föppl, Illich, Deutsche Stadt, Clausen	174

Kommentar

Solidarität

In der diesjährigen Tarifrunde ist der Klassenkampf in einer Härte entbrannt, die noch vor wenigen Jahren als undenkbar erschien. Durch das Vorgehen der Unternehmer in den Tarifauseinandersetzungen ist das vorbildliche Mäntelchen der Sozialpartnerschaft auch für dieses Land endgültig gefallen. Das offene Ausbrechen der sozialen Gegensätze – bisher mit der Vokabel von der 'englischen, italienischen etc. Krankheit' als pathologisch bezeichnet – ist nunmehr Alltagswirklichkeit in der Bundesrepublik.

Vorbereitet durch eine ideologische Offensive versucht die Bourgeoisie dieses Landes mit allen Mitteln bis hin zur Flächenaussperrung Hunderttausender die Demontage des sozialen Besitzstandes der Arbeiterklasse. In diesem Tarifkonflikt geht es aber um mehr als den Erhalt des Lohnniveaus. Das Kapital beabsichtigt die Gewerkschaften in die Defensive zu drängen und auf längere Sicht eine grundlegende Revision des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit durchzusetzen.

In vielen Branchen werden die Gewerkschaften massiv mit den negativen Auswirkungen der Entwicklung der Produktivkräfte konfrontiert, die ausschließlich auf den Rücken der Lohnarbeiter abgewälzt werden. Konnten in Zeiten überschäumender Akkumulation die durch technische Umwälzungen freigesetzten Lohnarbeiter relativ leicht einen neuen Arbeitsplatz finden, so wird jetzt bei sinkenden wirtschaftlichen Wachstumsraten durch jede technische Verbesserung nicht nur das Heer der Arbeitslosen vergrößert, sondern zugleich auch der Druck auf die verbliebenen Beschäftigten durch Dequalifikation und Lohnabbau erhöht.

Für alle Gewerkschaften steht deshalb in dieser Tarifrunde auf der Tagesordnung, Verteidigungspflöcke zur Sicherung der Arbeitsplätze und des Lebensniveaus der arbeitenden Klassen einzuschlagen. Der IG-Druck gelang es, die Arbeitnehmer vor den schlimmsten Folgen der Rationalisierung für die nächsten 8 Jahre zu schützen. Die Metalller kämpften mehrere Wochen für ein kol-

lektives Abgruppierungsschutzabkommen; auch die IG-Chemie will in der laufenden Tarifrunde Verhandlungen über arbeitsplatzsichernde Maßnahmen aufnehmen. Die sich immer drängender auftürmenden Probleme der Gewerkschaften haben mit der Überwindung egoistischer Interessen der Einzelgewerkschaften die Einsicht in die gemeinsame gesellschaftliche Lage aller Arbeitnehmer gefördert und die Gemeinsamkeit der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit dem Kapital bestärkt.

Während die Gewerkschaften durch die anstehenden ökonomischen und sozialen Konflikte immer mehr gezwungen werden, in den politischen Raum hineinzuwirken, wird ihnen ihr sozialpolitischer Spielraum durch den juristischen Überbau zunehmend eingeschränkt. Wie eng dieser Spielraum für die Durchsetzung der sozialen Interessen der arbeitenden Klassen gegenwärtig ist, zeigen die Anstrengungen der Bourgeoisie, der gewerkschaftlichen Interessenvertretung durch eine reaktionäre Rechtsprechung einen Riegel vorzuschieben:

- Schon allein die Auffassung, die Aussperrung sei unzulässig, wird als verfassungsfeindlich denunziert

- so versuchte der Süddeutsche Verlag, den Druckerstreik wegen verfassungswidriger Zielsetzung durch ein Gericht für rechtswidrig erklären zu lassen

- gestützt auf ein höchst richterliches Urteil entbrannt eine Diskussion, ob Schwerpunkstreiks überhaupt rechtswidrig seien

- die Aussperrung dagegen soll als verfassungskonform erklärt werden.

Noch bevor die Gewerkschaftsbewegung alternative wirtschafts- und sozialpolitische Vorschläge entwickelt hat, soll ihr der Weg zur Durchsetzung dieser Forderungen „rechtsstaatlich“ verbaut werden. Die Gewerkschaften sollen in die

verfassungsfeindliche Ecke gedrängt werden, um ihnen ihre „auf Systemveränderung zielende Kampfkraft“ zu nehmen. Daß die Aussperrungen auf die Lähmung der gesamten Gewerkschaftsbewegung abzielen, ist in ihrer Tragweite von den Gewerkschaften erkannt worden und hat die Solidarität aller organisierten Lohnarbeiter gefördert. Durch die Aussperrungen, die jetzt Ausmaße annehmen, die an die Existenz der Gewerkschaften rühren, wird der DGB zum totalen Gegenangriff gezwungen (Vetter).

Jedoch ist die Sozialdemokratie als politischer Repräsentant der Lohnarbeiter in der BRD immer weniger in der Lage, die Forderungen der organisierten Arbeiterbewegung aufzugreifen und im politischen Raum umzusetzen. In der Debatte um die Sanierung der Renten- und Sozialversicherung befinden sie sich schon im offenen Gegensatz zu den Arbeitnehmern und damit den Gewerkschaften. In der Lösung des Finanzproblems der Arbeitslosenversicherung zeichnen sich weitere Divergenzen ab.

Die demonstrative Solidarisierung von Brandt und Eppler während des Tarifkonflikts beweisen auch weniger die Eintracht, sondern sind als Versuche zu werten, die beginnende Abwendung der Gewerkschaften von der SPD aufzuhalten. Während sie den Gewerkschaften ihre Unterstützung versichern, bezieht der Macher in der Partei, Helmut Schmidt, eindeutig Position für die freie Unternehmerschaft und deren Recht zur Aussperrung.

Angeichts dieser Situation werden die Gewerkschaften immer weniger Rücksichtnahme üben können gegenüber der sozialdemokratischen Regierungspolitik. Schon in dieser Tarifrunde mußte Loderer „klar trennen zwischen den gewerkschaftlichen Aufgaben und dem, was sich in den politischen Parteien ereignet.“

Renten-Drama

Wenige Monate nach dem Versuch im Sommer 1977, die finanziellen Probleme der Rentenversicherung in der Art eines *Betriebsunfalls* zu kurieren, wird die Regierung gewahr, daß dieselben Probleme erneut ins Haus stehen. Die bei der „Sanierung“ 1977 unterstellten Prognosen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wurden innerhalb kurzer Frist Lügen gestraft. Die aktualisierten Regierungsschätzungen über die zu erwartende Entwicklung des Sozialprodukts, der Bruttolöhne und -gehälter und der Arbeitslosigkeit lassen bis 1982 ein Defizit von 47 Mrd. DM in der gesetzlichen Rentenversicherung erkennen. Zur Deckung dieses Defizits sieht der nun vorgelegte Entwurf des 21. Rentenanpassungsgesetzes in der Hauptsache die *Abkoppelung der Renten von der Bruttolohnentwicklung* und damit verminderte Zuwachsraten der Altersruhegelder vor. Während die SPD/FDP-Regierung offiziell nur von einer Suspendierung der bruttolohnbezogenen Rentenformel redet, betonten Biedenkopf (CDU) und andere offen, daß eine Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rente zukünftig ausgeschlossen sein wird. Der DGB will dagegen keiner wie auch immer konzipierten Rentensanierung zustimmen, die von der bruttolohnbezogenen Rentenformel abgeht. Was ist an dieser Formel dran?

Seit 1957 ist als Bemessungsgrundlage für die Rentenanpassung an die wirtschaftliche Entwicklung die durchschnittliche Bruttolohn- und -gehaltsentwicklung der jeweils letzten drei Jahre gesetzlich fixiert. Das Rentenreformgesetz von 1972 verbesserte u.a. diese Grundlage nochmals durch Vorverle-

gung des gesetzlichen Rentenanpassungstermins um ein halbes Jahr. Das Entscheidende an dieser Bemessungsgrundlage: die Bruttolöhne und -gehälter schließen Steuern und Sozialversicherungsabgaben ein, deren Anteil relativ zunimmt, da die Lohn- und Gehaltserhöhungen mit wachsender Steuerprogression einhergehen. Die Bemessung der Rentenanpassung auf Basis der Bruttolöhne bedeutet deshalb eine relative Verbesserung der Steigerungsraten der Renten gegenüber den Steigerungsraten des Realeinkommens der erwerbstätigen Lohn- und Gehaltsempfänger. Das durchschnittliche Realeinkommen der Rentner wächst um einige Prozentpunkte rascher als die Nettolohn- und -gehaltssumme. Nur durch diese bruttolohnbezogene Formel kann seit 1972 von einer – wenn auch bescheidenen – Angleichung des durchschnittlichen Rentenniveaus an die Lebensverhältnisse der aktiven Lohnabhängigen gesprochen werden.

Die Bruttolohnbezogenheit der Rentenanpassung ist umso wichtiger, weil die Durchschnittszahlen des Rentenniveaus ein schiefes Bild zeichnen: sie verbergen die Differenzierung und Streuung der tatsächlich ausgezahlten Renten. Hier kommen nicht nur die gravierenden Unterschiede zwischen der Arbeiter- und der Angestelltenversicherung und die zwischen männlichen und weiblichen Rentenbeziehern in Betracht, sondern vor allem die nackte Tatsache:

- nach einer Berechnung des WSI hatten 20% der über 65jährigen 1971 ein persönliches Nettoeinkommen von weniger als 300 DM monatlich

- nach derselben Berechnung waren es 60% der über 65jährigen, die mit einem Nettoeinkommen von unter DM 600 auskommen mußten

- neuere Schätzungen gehen davon aus, daß derzeit bereits etwa 25% der Rentner auf, bzw. unter dem Niveau der Sozialhilfe existieren.

Der progressiven Vergrößerung dieser Gruppe verarmter älterer Menschen wird durch die bruttolohnbezogene Formel ein Damm entgegengesetzt. Fällt die bruttolohnbezogene Regelung, dann wird nicht nur – was Sozialdemokraten gerne vorrechnen – der Rentenvorsprung gegenüber der Reallohnsteigerung eingefroren, sondern der hohe Prozentsatz der am oder unter dem Existenzminimum lebenden alten Menschen wird nicht verringert, sondern vergrößert. Mit dem Festhalten an der bruttolohnbezogenen Rentenformel kämpft der DGB demnach um das einzig bestehende *gesetzliche* Bollwerk, den Verfall des Rentenniveaus und die progressive Verarmung von großen Teilen der Rentenempfänger zu hindern.

Der *Effekt* der bruttolohnbezogenen Formel hängt indes am progressiven Wirtschaftswachstum: nur bei geringen Arbeitslosenzahlen ist der Beitragsbestand der Rentenversicherung ausrei-

chend, und nur bei progressivem Wirtschaftswachstum und progressiv wachsender Lohn- und Gehaltssumme kann mit der bestehenden Rentenformel das Lebensniveau der Rentenempfänger Bestand haben. Die Bundesrepublik steht aber vor dem Phasenwechsel des industriellen Zyklus: rückläufige Wachstumsraten des Sozialprodukts und eine Verdoppelung oder Verdreifachung des bestehenden Arbeitslosenheeres werden die unausweichliche Folge sein. Der *Generationenvertrag* zwischen den aktiven und den aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Lohn- bzw. Gehaltsempfängern wird dann durch die Zerrüttung des Reproduktionsprozesses der kapitalistischen Gesellschaft bedroht; die bruttolohnbezogene Rentenformel ist unter diesen Bedingungen keine ausreichende gesetzliche Grundlage, um der Zerstörung des kollektiven Systems der Alterssicherung zu wehren. Über kurz oder lang wird der DGB weitergehende Maßnahmen für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik fordern müssen, wie z.B. die Einführung einer über dem Sozialhilfeniveau befindlichen gesetzlichen *Minimalrente*. Auch diese Maßnahme wird nur *gegen* die typische sozialdemokratische Flickschusterei der „ausgewogenen“ Verteilung von Krisenlasten durchgesetzt werden können.

Tribunal

Das Russell-Tribunal ist nach seiner ersten Sitzungsperiode zu dem Resultat gelangt, daß durch die herrschende Berufsverbotspraxis in der BRD fortlaufend Menschenrechte verletzt werden. Damit hat das Tribunal allerdings nichts Neues zutage gefördert. Daß in der BRD die Ver-

fassung gerade von den Organen, die sie schützen sollen, gebrochen wird, ist seit langem bekannt.

An der Uneinheitlichkeit der Stellungen der Linken gegenüber dem Russell-Tribunal hat sich gezeigt, daß sich beim Kampf gegen den Abbau

demokratischer Rechte die bestehenden ideologischen Differenzen nicht abkoppeln lassen. Den Kampf gegen die Berufsverbote zum Kristallisationspunkt der Vereinheitlichung der Linken zu machen, hat sich als Illusion erwiesen. Die gemeinsame Ablehnung der Berufsverbote gibt noch keine Basis für ein gemeinsames politisches Handeln ab. Die Möglichkeiten der Initiierung einer breiten Massenbewegung gegen die Berufsverbote müssen gegenwärtig sehr skeptisch beurteilt werden. Dies allerdings nicht nur wegen der Uneinigkeit der Linken. Es darf nicht übersehen werden, daß es der Bourgeoisie gelungen ist, bei breiten Teilen der Bevölkerung eine ablehnende Haltung gegenüber dieser „Bedrohung der Demokratie“ hervorzurufen. Der Grund, daß dies der Bourgeoisie möglich war, liegt allerdings weniger in ihren Überredungskünsten als darin, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung von den Berufsverboten nicht betroffen ist. Das Berufsverbot ist eher eine intellektuellenhatz als ein breites soziales Problem. Existenziell betroffen sind größere Teile der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit, Rationalisierungsfol-

gen etc. Der Versuch, den Kampf gegen die Berufsverbote zum zentralen Hebel für eine Öffnung des politischen Kräfteverhältnisses zu machen, muß sich deshalb als wenig fruchtbar erweisen.

Es muß mit aller Entschiedenheit gegen den Abbau verfassungsmäßig garantierter Rechte gekämpft werden. Gerade der frontale Angriff der Bourgeoisie gegen die Interessenvertretung der arbeitenden Klasse hat aber deutlich gemacht, daß die zentrale Klassenauseinandersetzung die Verteidigung der Arbeits- und Lebensbedingungen, die Absicherung des sozialen Besitzstandes der Lohnabhängigen zum Mittelpunkt hat. Nur in der Entwicklung und schrittweisen Durchsetzung alternativer Forderungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik kann eine Öffnung des politischen Kräfteverhältnisses erreicht werden. Es muß unsere Aufgabe sein, die Verknüpfung des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit, Unsicherheit der Lebenslage und zunehmende Notlagen mit dem Kampf für die Erhaltung und Ausdehnung der demokratischen Grundrechte deutlich zu machen.

Mehrheitskoalition mit der KPI

Mitte März wurden in Italien neue Regierungsverhältnisse etabliert. Die Phase des Regierens auf Basis ausgehandelter Stimmenthaltung ist vorbei. Die Regierung beruht jetzt auf der aktiven Zustimmung von Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und

Christlichdemokraten, die zusammen eine klare und ausgehandelte parlamentarische Mehrheit bilden und sich auf das Regierungsprogramm geeinigt haben. Die Ministerien werden hingegen, von wenigen Änderungen und Ressortwechseln abgesehen, von den gleichen

Personen geleitet wie vorher, und diese gehören ausschließlich der christlich-demokratischen Partei an. Das ist nicht die von der KPI geforderte Wende, die volle Regierungsbeteiligung der Linksparteien, aber doch ein „Schritt nach vorn“, denn die politischen Verwirklichungsbedingungen der vereinbarten Programme haben sich verbessert, die Achse des politischen Lebens hat sich weiter nach links verschoben. Die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit der fünf Parteien (die Liberalen, beim Sechserpakt im Juli 1977 dabei, sind in die Opposition gegangen) bedeutet einen weiteren Abbau der politischen Diskriminierung der KPI, zwingt die DC noch mehr als bisher auf das Terrain der Sachauseinandersetzung (anstelle ideologischer Großmäulerei). „Es reicht sicher nicht“, betonte Ministerpräsident Andreotti in der Regierungserklärung, „die Linien des Programms abgestimmt und die Regierung gebildet zu haben. Tag für Tag muß ein enges und systematisches Verhältnis zwischen der Regierung und der sie unterstützenden Mehrheit gepflegt werden, um das Vertrauen in die schweren Verpflichtungen des Programms erhalten zu können und um Verhalten und Entscheidungen in absoluter Loyalität und Klarheit abzustimmen.“ Seither werden die Regierungsaktionen regelmäßig mit den Verantwortlichen der fünf Parteien der „Maggioranza“ abgestimmt; die Arbeiterparteien regieren mit. Es ist ein weiterer Kompromiß auf Zeit, vorgesehen für die Zeit bis zur Neuwahl des Staatspräsidenten, also bis Ende 1978.

Mit der Veränderung des politischen Rahmens ist eine gewisse Garantie erkämpft worden, daß Anstrengungen und Opfer der Arbeiterklasse zur Bewältigung der Wirtschaftskrise nicht etwa dazu dienen, die alten Übel und Privilegien wiederherzustellen.

Mit den Fortschritten des politischen Rahmens wurden von den Linken zugleich Verbesserungen des Regierungsprogramms durchgesetzt. Damit werden Teile des Juliabkommens praktisch umgesetzt, fortgeschrieben oder weiterentwickelt.

Der wirtschaftspolitische Teil der Regierungserklärung von Andreotti bezog sich auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und Mezzogiornoentwicklung als oberste Ziele für die nächsten Jahre; es wird ein Grundsatzentscheid für marktintegrierende Wirtschaftsplanung ausgesprochen: die „Programmation“ sei das einzige Mittel, „ein effizientes Marktsystem zu lenken, zu stützen und zu integrieren“ – offensichtlich eine gegensätzlich interpretierbare Kompromißformulierung für das künftige Verhältnis von Plan und Markt. Es wird vorgeschlagen, bis zur Vorlage des Staatshaushalts 1979 im Kontakt mit den „sozialen Kräften“ (Gewerkschaften, Unternehmerverbände) und den *Regionen* einen *Dreijahresplan* auszuarbeiten, der die Ziele spezifiziert und einen Bezugsrahmen für Verpflichtungen und Verhaltensweisen definiert. Nach dem Engagement der Gewerkschaften müßten sich jetzt auch die Unternehmer und ihre Organisationen verpflichten, die in den Unternehmen geschaffenen Ressourcen „zur Stärkung und Erweiterung der produktiven Basis und der Beschäftigung“ zu verwenden. Die Bereitschaft der Gewerkschaften, sich auf die Verteidigung des Reallohns bei Erhöhung der niedrigsten Löhne zu beschränken, dürfe von den Unternehmern nicht durch einseitige Erhöhungen irgendwelcher Art zwischen den Tarifverhandlungen durchkreuzt werden. Die Regierung wird ihrerseits zum Abbau der höherprivilegierten Positionen innerhalb und außerhalb der abhängigen Arbeit beitragen, um die Spanne zwischen niedrigsten und höchsten Einkommen zu

reduzieren. Regierung und parlamentarische Mehrheit haben sich verpflichtet, den Verlauf der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen periodisch zu verifizieren, um gegebenenfalls bei Abweichungen integrierende oder korrigierende Maßnahmen vorzuschlagen.

Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik für das laufende Jahr bilden Eingriffe zugunsten des Mezzogiorno und der Jugendbeschäftigung, Sanierung der öffentlichen Finanzen, Umstrukturierungen der Produktion und aktive Arbeitspolitik (Mobilität und Flexibilität). Das Wirtschaftsprogramm enthält viele offene Fragen, weil die Festlegung konkreter Maßnahmen in mehreren Fällen künftiger Klärung unter den Parteien und

sozialen Kräften überantwortet wird. Zwar ist ein (im Keim sozialistischer) Ausweg aus der Krise umrissen: Umstrukturierung und Ausdehnung von Produktion und Beschäftigung durch demokratische Wirtschaftsplanung; ob die angegebenen Instrumente aber ausreichen, das angesichts der Weltwirtschaftskrise 1978/79 für das laufende Jahr reichlich hochgesteckte Ziel von 4.5% Wachstum des Bruttosozialprodukts zu erreichen, erscheint mehr als fraglich; ein (auch bescheidener) Erfolg ist in jedem Fall von der Wucht des Massenengagements abhängig, das sich nötigenfalls weitere Mittel bewußter Wirtschaftsgestaltung schaffen kann.

Terrorismus in Italien

Der auf vorgerücktem Terrain neu hergestellte Regierungskonsens der fünf Parteien wurde noch vor seiner Sanktionierung im italienischen Parlament auf eine harte Probe gestellt. Mit dem Terroranschlag auf den Vorsitzenden des DC-Landesrates, Aldo Moro, und die ihn begleitenden Schutzmänner wollten die „Roten Brigaden“ offenbar genau diesen politischen Rahmen treffen, der, konsequent weiterentwickelt, dem Land im günstigsten Fall einen friedlichen Übergang zum Sozialismus erlaubt und an dessen Zustandekommen Moro durch seinen massiven Einsatz gegen die DC-Rechten maßgeblich beteiligt war. Das mutmaßliche politische Kalkül der Terroristen, durch diese Herausforderung den sozialen Konsens zum Platzen zu brin-

gen, das Land zu spalten, einen Graben zwischen Massen und demokratischen Institutionen aufzureißen, ist (jedenfalls fürs erste) ganz und gar gescheitert. Umgekehrt wurden die Prozesse der Aktionseinheit – in der Massenmobilisierung und der Regierungsaktion – verstärkt und beschleunigt.

Daß unter den Prozeduren, die beschleunigt wurden, den Umständen entsprechend auch ein Gesetzesdekret zur Terrorbekämpfung figurierte, war den bundesrepublikanischen Medien Anlaß zu Häme und Frohlocken: die Italiener, heftige Kritiker bundesdeutscher Repressionspraxis, hätten nun im Eiltempo nachgezogen und die Deutschen in der Schärfe der Maßnahmen weit übertroffen. Diese Vorstellungen von der „Ger-

manisierung“ Italiens entbehren in Wirklichkeit jeder Grundlage.

1. In der Bundesrepublik Deutschland ist der Kampf gegen den Terrorismus mit der Repression politischer Anschauungen, vornehmlich solcher, die mit dem Terror nicht das Geringste zu tun haben, verknüpft: Berufsverbote gegen Kommunisten, Sozialisten und andere, Sympathisantenhetze etc.; Grundlage dafür sind sowohl eine massenhafte Bewußtseinslage als auch juristische Voraussetzungen, die eine gesetzlich abgesicherte Entrechtlichung der Bürger, ja sogar eine juristische Blockierung selbst der bescheidensten Reformgesetze erlauben. In Italien ist man umgekehrt dabei, gesetzliche und bürokratische Hindernisse bei der Einleitung eines neuen Typs der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung aus dem Wege zu räumen. Die polizeilichen Antiterrormaßnahmen sind strikt auf die Aufdeckung und Verfolgung von Schwerverbrechen beschränkt. Die Gefahr des Mißbrauchs ist zwar nicht völlig auszuschließen, aber erheblich geringer als in der BRD. Ausnahme Gesetze werden auch von den dominierenden Strömungen in der DC strikt abgelehnt.

2. Die jetzt vorläufig in Kraft gesetzten Maßnahmen zur öffentlichen Sicherheit waren seit Jahren Thema im Parlament, in den Parteien und in Massendiskussionen. Sie entstammen überwiegend dem Gesetzentwurf, den die Regierung im Oktober 1977 dem Parlament vorgelegt hat, dessen normales parlamentarisches Procedere aber noch nicht abgeschlossen ist. Sie dienen in erster Linie der wirksameren Aufdeckung der Verbrechen und der Suche nach den Tätern. Das mit den Parteien der Mehrheit abgesprochene Regierungsdekret setzt die Maßnahmen für maximal 60 Tage in Kraft (ein Vorgang, den die italienische Verfassung vorsieht und der häufig, in

ganz anderen Fällen wie Mietstop, Devisenkontrolle etc. angewandt wird); das Gesetz muß durch das Parlament bestätigt werden, um gültig zu bleiben, kann ebenfalls modifiziert oder aufgehoben werden. Konkret handelt es sich um folgende Veränderungen:

- Einführung des Straftatbestandes der Entführung zu Zwecken des politischen Umsturzes; Erhöhung des Strafmaßes für diese und für erpresserische Entführung;

- Personen, die die Angabe der Personalien verweigern, können künftig bis zu 24 Stunden zwecks Feststellung ihrer Identität auf dem Polizeirevier festgehalten werden;

- Offiziere der Kriminalpolizei können in Ausnahmefällen (Terror- oder Entführungsverdacht bzw. bei auf frischer Tat Erappten) den Verhafteten auch ohne Anwesenheit des Verteidigers vernehmen;

- beim Telefonabhören, das auch bisher nach richterlichem Beschluß durch die zuständigen Organe möglich war, kann die bisherige Maximaldauer von 15 Tagen mit Erlaubnis der Justizbehörden, die ausdrücklich begründet werden muß, um jeweils weitere 15 Tage verlängert werden;

- Vermieter und Verkäufer von Immobilien (Häuser, Wohnungen . . .) müssen sich den Ausweis der Mieter bzw. Käufer zeigen lassen und deren Personalien innerhalb von 48 Stunden den zuständigen Behörden melden, nachträglich auch für die Zeit seit dem 30. Juni 1977.

3. Italien hat zur Überwindung der Wirtschaftskrise nicht den bürgerlich üblichen Weg der Klassenunterdrückung und autoritären Verfestigung des Staates gewählt, sondern einen Weg der breiten gemeinsamen Verantwortung, der Beteiligung der Massen, des bewußten politischen Konsenses. Die Arbeiterbewegung verteidigt sich nicht nur

gegen die Auswirkungen der Krise, sondern versucht, sie und damit die Wirtschaft in den Griff zu bekommen, um eine planvolle Produktionsentwicklung einzuleiten; die Arbeiterklasse ist dabei, sich auf diesem Wege als führende Kraft der Nation zu bestätigen. In der Arbeiterbewegung und weithin in der öffentlichen Meinung Italiens herrscht das Wissen vor, daß die tieferen Ursachen des

Terrorismus in den sozialen und ökonomischen Mißständen, die besonders die Jugendlichen treffen, liegen, daß zu ihrer Beseitigung die (notwendige) Unterdrückung und Verfolgung der Verbrecher nicht ausreicht, sondern daß nur das massenhafte Werk der gesellschaftlichen Umgestaltung in Richtung Sozialismus dem Terror dauerhaft den Boden entzieht.

Modell Deutschland

Wir schaffen das moderne Deutschland der 80iger Jahre! Dieser programmatische Slogan der Sozialdemokratie ist tief im Parteiarchiv versteckt worden. Der Orientierungsrahmen '85 verhiess damals durchschnittliche Wachstumsraten der Wirtschaft weit über 5%; jetzt kämpft die sozialliberale Regierung um 3 – 3,5% Wachstum und die Aussichten stehen schlecht; solche Wachstumsraten bringen aber bis Anfang der 80iger Jahre Riesenprobleme: Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 2 Millionen; Finanzierungslücken bei allen Sozialleistungen; Jugendarbeitslosigkeit unvorstellbaren Ausmaßes; Anstieg des sozialen Elends. Der Orientierungsrahmen ist dahin; in Bayern rangieren die in diesem SPD-Dokument enthaltenen Thesen zu den verfassungswidrigen Anschauungen (siehe Berufsverbotsbegründung für *Vögel*). Was bietet die SPD heute als Orientierung für die 80iger Jahre?

Wehner hatte auf dem letzten SPD-Parteitag eine umfassende sozialpolitische Offensive versprochen. Über diesen Weg sollte der Siegeszug der schwarzen Reaktion gestoppt werden. Die Zwischenbilanz nach einem halben Jahr ist

deutlich: Rentensanierung durch (zunächst noch) zeitlich befristete Abkehr von der Verknüpfung der Rentenzuwächse an die Bruttolohnentwicklung; Leistungsverkürzungen bei Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsförderung, weitere Beschneidungen werden vorbereitet; die Sanierung der Finanzen der Bundesanstalt für Arbeit durch Erhöhung der Beitragssätze ist im Gespräch; die Schuldenlast des Bundeshaushalts 78/79 soll gedrückt werden, wozu eine neue Version eines Haushaltssicherungsgesetzes zur Kürzung gesetzlicher Sozialleistungen gute Dienste leisten soll. Und die berühmten Reformen, die nichts kosten, mit denen die Sozialdemokratie die ökonomische Durstperiode überbrücken wollte? Ein miserables Mitbestimmungsgesetz wird gegenwärtig durch die Justizmühlen gedreht und angesichts der reaktionären Grundstimmung der obersten Gerichte ist nichts Gutes zu erwarten. Die Gesinnungsprüfung für Kriegsdienstverweigerer ist wieder eingeführt. Die Aussperrung als flächenweit eingesetztes Mittel zur Ruinierung der Gewerkschaften wird von der Regierung verteidigt und die Sozial-

demokratie hat zur Überspielung ihrer politischen Hilflosigkeit erst einmal ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Alles zusammen: eine beeindruckende sozialpolitische Offensive!

Noch schreckt die Machtübernahme von Strauß, Dregger und CO. Bei einer Fortführung der sozialdemokratisch inspirierten sozialpolitischen Offensive wird aber auch die Macht zur Durchset-

zung dieser Sanierungspolitik verloren gehen. Aber auch bei einem Regierungswechsel wird sich die Sozialdemokratie schwer tun zu einer Wirtschafts- und Sozialpolitik für die Lohnabhängigen zurückzufinden. Nur auf dem linken Flügel der Partei gibt es Ansätze für eine Neubestimmung der programmatischen Forderungen. Sie dürften auch in der SPD als Oppositionspartei kaum durchzusetzen sein.

Verfassungshüter

Von der Abtreibung bis zur Abschaffung der „Gewissensprüfung“ von Kriegsdienstverweigerern reicht die lange Latte von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, deren Substanz sich in einem Satz zusammenfassen läßt: Verhinderung jeder, auch der überfälligsten sozialen Reform in der Bundesrepublik Deutschland. In Karlsruhe wird Klassenpolitik von rechts gemacht, wird die Verfassung gegen den sozialen und politischen Fortschritt für die Lohnabhängigen dieses Landes gebeugt.

Von diesem bestimmten politischen Charakter des BVG weiß jeder in Bonn. Insbesondere klagen Sozialdemokraten inzwischen häufig über den unerträglichen Zustand, daß über die Einführung sozialer Reformen nicht der gewählte Gesetzgeber, sondern (nicht vom Volk gewählte) Richter befinden. Abgesehen davon, daß mit dieser Klage oft die Reformunfähigkeit der regierenden Sozialdemokratie bemäntelt werden soll, schürt sie, wenn man es damit bewenden läßt, politische Illusion und Apathie. Die Herren Richter in Karlsruhe entscheiden nicht im luftleeren Raum, son-

dern im Rahmen des politischen Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Lohnarbeit. Die gewerkschaftliche und politische Mobilisierung der Lohnabhängigen zugunsten ihrer demokratischen Rechte und ihres sozialen Fortschritts kann den Spielraum für höchsttrichterliche Entscheidungen gegen die Interessen der Lohnabhängigen durchaus verringern. So wird es die Unternehmerklage gegen die Mitbestimmung in Karlsruhe schwer haben durchzukommen, wenn der DGB mit seiner entschiedenen Gegenwehr fortfährt und sich nicht scheut, wie angekündigt die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen gegen das Kapital ins Spiel zu bringen. Die zu erwartende Zuspitzung der ökonomischen Antagonismen in diesem Land erweitert die Chancen für die Arbeiterklasse, die Hegemonie der bürgerlichen Klasse auch in den vorhandenen juristisch-politischen Formen zurückzudrängen.

Die sozialen Demokraten werden sich nicht aus der Verantwortung stehlen können; dem Versuch der herrschenden Klasse, die von den Lohnabhängigen erkämpften politischen Rechte und sozia-

len Errungenschaften und Zugeständnisse zu liquidieren, haben sie nicht entgegengearbeitet, ja eher begünstigt (Berufsverbot). Solange die SPD jede Anstrengung als undemokratisch oder außergesetzlich bekämpft, das von der Arbeiterbewegung errungene Kampferrain der demokratischen Republik offen-

siv zu verteidigen, muß sie sich nicht wundern, wenn ihre Politik von rechts begrenzt wird und die schon im Kabinett abgemagerten Reformpläne durch Verfassungsklage gestoppt werden. Die Lohnabhängigen allerdings werden der Sozialdemokratie nicht erneut zugute halten, sie habe ja das Beste gewollt.

Zur Diskussion gestellt: Sozialistische Politik für die BRD

Arbeiterklasse und Gewerkschaften in der BRD, Heft 2/76
Tendenzwende? Klassenverhältnisse, Wirtschaftsentwicklung und Bewußtsein der Lohnabhängigen in der Bundesrepublik 1976, Sonderheft
Für eine sozialistische Bundesrepublik, Heft 2/77
Klassenstruktur in den kapitalistischen Metropolen, Heft 3/77
Bewußtseinsformen des Alltagslebens, Heft 3/77
Vor der Gründung einer linkssozialistischen Partei?, Heft 4/77
Programmdiskussion der DKP, Heft 1/78
Mehrwert- und Profitraten des BRD-Kapitals, Heft 1/78
Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, Heft 1/78
1978: Der kranke Wirtschaftsriese BRD. Vom Wirtschaftswunder zur Massenarbeitslosigkeit, Heft 2/78

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

6 x im Jahr, Jahresabo DM 44,-, Einzelheft DM 9,-. VSA, Eiffestr. 598, 2 Hamburg 26

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

Jetzt 6 x im Jahr

Jedes Heft ca. 170 Seiten zum Preis von DM 9,-

Jahresabo DM 44,- (also DM 10,- gespart!)

Bestellkarte zum Losschicken liegt dem Heft bei

Wohin steuern die Gewerkschaften ?

Bilanz und Perspektiven des DGB

Die lang andauernde Phase der Schönwetterökonomie ist auch für die BRD vorbei. Brüchig wird immer mehr die Vorstellung, die wirtschaftliche Krise der Jahre 1974/75 könne durch energische Regierungsmaßnahmen schnell behoben werden. Schwankungen im Wirtschaftswachstum gab es auch in der langen Prosperitätsperiode; neu ist indessen das Ausbleiben eines Investitionsbooms, durch den ein beschleunigtes Wachstum der Ökonomie und ein schnelles Anwachsen der Arbeitsplätze erreicht wird.

Der Tiefpunkt des augenblicklichen Wirtschaftszyklus ist noch nicht erreicht. Neue, schärfere Konflikte zeichnen sich ab.

Das heiße Frühjahr hat für die BRD bereits die neue Runde für die weiter zugespitzten Klassenauseinandersetzungen angezeigt. Hafenarbeiter, Drucker und Metallarbeiter haben deutlich signalisiert, daß Versuche zur weiteren Einschränkung ihres Reproduktionsniveaus mit Streiks beantwortet werden. Die Arbeiterbewegung dieses Landes sieht sich mit einer Situation konfrontiert, die lange Zeit als 'Frühkapitalismus' abgestempelt war. Arbeitskämpfe, Aussperrung, miserables Betriebsklima sind aber keineswegs Qualitäten eines Kapitalismus des 18. oder 19. Jahrhunderts. Wir haben magere Jahre vor uns! Diese Losung prasselt aus allen Medien auf die Lohnabhängigen nieder. Sie selbst halten aber die schlechte Wirklichkeit zum überwiegenden Teil für einen bloß vorübergehenden Rückfall in längst überwunden geglaubte Prinzipien des wirtschaftlichen Handelns. Mühsam beginnen sich die in den DGB-Gewerkschaften organisierten Lohnabhängigen auf ein Wiederaufleben alter Gesellschaftszustände einzurichten. Für diese Widersprüche und Halbherzigkeiten hat der größte Teil der BRD-Linken eine passende Formel parat: Krise der Gewerkschaftspolitik! Wo stehen die Gewerkschaften ? Was sind die großen Probleme ? Wie geht es weiter ?

Umorientierung

Die Bundesrepublik erlebt nach dem zweiten Weltkrieg eine für den Kapitalismus einzigartige Periode des wirtschaftlichen Wachstums. Außerordentlich günstige Verwertungsbedingungen für das BRD-Kapital setzen einen Prozeß beschleunigter Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals in Gang.

Die mit dieser beschleunigten Akkumulation verbundene Zunahme in der Nachfrage nach lebendiger Arbeit erreicht mit dem 3. Nachkriegs-Zyklus (1959-63) ein Niveau, das der Arbeitsbevölkerung die Durchsetzung einer deutlichen Verbesserung ihrer Reproduktionsbedingungen erlaubt. Im Verlauf des Prosperitätsjahres 1960 sinkt die Arbeitslosenquote in der BRD erstmals unter die Marge von 1%. Wenngleich damit für die Lohnabhängigen relativ günstige Bedingungen für den Verkauf ihrer Arbeitskraft als einzelne gegeben sind, so kann doch eine allgemeine Besserstellung der Klasse nur vermittels ihres kollektiven Drucks erreicht werden. Beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit eines Erwerbstätigen im 2. Zyklus (1954-58) noch 43.6 Stunden, so sinkt sie im 3. Zyklus auf 40.7 Stunden. Der innerhalb des dritten Zyklus erkämpfte Lebensstandard erlaubt zudem einem Teil der Frauen, dem Erwerbsleben fern zu bleiben, vor allem einem größer werdenden Teil der jüngeren Frauen, sich einer qualifizierten Ausbildung zu unterziehen und/oder einer Teilzeitarbeit anzunehmen. Die verlängerte Ausbildung ist nicht auf die Frauen beschränkt. Vielmehr gelingt es den Lohnabhängigen, allgemein für die nachrückenden Generationen die Ausbildungsbedingungen zu verbessern. Während der Anteil etwa der Auszubildenden über 15 Jahre an den Nichterwerbspersonen zwischen 15 und 65 Jahren bis 1960 zwischen 9 und 10% schwankt, steigt er — unterbrochen von einer kurzen Stagnationsphase 1967 und 1968 — bis auf 13,4% im Jahre 1969 an. Schließlich gelingt es auch gegen Ende des zweiten und Anfang des dritten Zyklus, einschneidende Verbesserungen im System der sozialen Sicherung und bei den Arbeitsschutzbestimmungen durchzusetzen. Beispielsweise bringt die Rentenreform (1957) erhebliche Verbesserungen bei den Invalidenrenten und vermindern neue Schutzbestimmungen die Arbeitsunfälle.

Die Durchsetzung einer ganzen Reihe von Faktoren, betreffend den Preis der Arbeitskraft bis hin zu den sozialen Reformen, ist selbst an eine bestimmte ökonomische Konstellation gebunden. Übersäumende Akkumulation des Kapitals und die auf dieser Basis sprudelnden Steuereinnahmen des Staates sind der Hintergrund, vor dem der Klassengegensatz letztlich harmonisch lösbar erscheint. Die nach wie vor bestehenden sozialen Ungleichheiten scheinen auf dem Boden der 'Sozialen Marktwirtschaft' schrittweise beseitigbar.

Bereits mit dem Übergang vom 4. zum 5. Zyklus (1967/68) deutet sich die labile ökonomische Grundlage der Marktwirtschaft an. Aber erst der Umschlag in der Akkumulationsbewegung des Gesamtkapitals mit dem 6. Zyklus (1972-75) und das sich auf dieser Basis herausbildende Verhältnis von Nachfrage und Angebot von Arbeitskräften verschieben erdrutschartig das Kräfteverhältnis zugunsten des Kapitals und manövrieren die Gewerkschaften in eine deutliche Defensivposition. Es beginnt die soziale Demontage des 'Modells Deutschland'. Welche Rückwirkung hat diese veränderte Bewegung des Gesamtproduktionsprozesses der BRD auf die Entwicklung der Organisation der abhängig Beschäftigten dieses Landes ?

Alle Organisationen zusammengenommen, steigt die Anzahl der assoziierten Beschäftigten sowohl im 5. als auch im 6. Zyklus kontinuierlich an. Die Entwicklung in den voran-

gegangenen Zyklen ist dagegen durch tendenzielle Stagnation bzw. Rückgang in der Organisationsbereitschaft für die Interessenorganisation der Lohnabhängigen charakterisiert. Wenngleich in *jeder* Phase der Entwicklung der BRD die Lohnabhängigen die Gewerkschaften als notwendigen Faktor des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ansehen, so verstärkt sich doch in der Zeit prosperierender Kapitalakkumulation und der damit gegebenen erweiterten Basis der individuellen Reproduktion zugleich das Bewußtsein, daß es genüge, wenn andere in der Gewerkschaft sind oder sich aktiv darin betätigen. Mit dem stärkeren Hervortreten der repressiven Seite des Kapitalverhältnisses in der Krise 1966/67 erweitert sich tendenziell die Bereitschaft der Lohnabhängigen, ihre Interessen in organisierter Form zu vertreten.

Auch wenn ab 1969 ein Anstieg in der Bereitschaft zur Organisierung festgehalten werden kann, so drücken sich darin doch unterschiedliche Tendenzen aus. DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund), DAG (Deutsche Angestelltengewerkschaft) und DBB (Deutscher Beamtenbund) sind nicht homogene Teile einer Gesamtorganisation der Lohnabhängigen dieses Landes; zudem ist ihre Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik sehr verschieden. Gut 85 % der Organisierten sind Mitglieder in der Einheitsgewerkschaft — dem DGB. Dieser Anteil ist im 6. Zyklus sogar noch leicht gestiegen. Die soziale Differenzierung innerhalb der Lohnabhängigen führt nicht nur dazu, daß sich verschiedene Fraktionen in verschiedenem Ausmaß organisieren; sie findet teilweise auch einen mehr oder minder dezidierten Ausdruck in berufsständischen oder konfessionellen Organisationen. Mit der Verallgemeinerung der Lohnarbeit entwickelt sich schrittweise der Prozeß einer weitgehenden Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen der verschiedenen Teile des gesellschaftlichen Arbeitskörpers, ohne daß die Unterschiede jedoch alle verschwinden. Die Verallgemeinerung der Lohnarbeit ist wesentlich selbst nur Ausdruck davon, daß immer mehr Teile des gesellschaftlichen Produkts industriell gefertigt werden. Mit der Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen fällt aber zugleich zunehmend die materielle Grundlage für korporative Interessensvertretungen weg. Vergleicht man die Entwicklung von DGB, DAG und DBB im 5. und 6. Zyklus, so zeigt sich, daß nur der DGB eine deutliche Zunahme um knapp 2 % zu verzeichnen hat, während DAG und DBB eher stagnieren. Betrachten wir die Entwicklung der wichtigsten Organisation der Lohnabhängigen näher.

1. Mitgliederentwicklung im DGB

Die Mitgliederbewegung der im DGB zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften nimmt bis 1952 eine rasante Aufwärtsentwicklung. Allein von 1950 bis 1952 steigen die Mitgliederzahlen um 600 Tausend; 1951 sind mit rund 6 Millionen Mitgliedern 35,6 % aller lohnabhängigen Erwerbspersonen in einer dem DGB angeschlossenen Gewerkschaft organisiert.

Infolge des überschäumenden Akkumulationsbedürfnisses des Kapitals in den folgenden Perioden bundesrepublikanischer Wirtschaftsentwicklung, in denen in relativ kurzer Zeit das Millionenheer an Arbeitslosen in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß einrolliert wird, verschiebt sich mit der Ausdehnung des gesellschaftlichen Arbeitskörpers von 15,5 Millionen Erwerbspersonen 1950 auf 21,7 Millionen 1966 das Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital zugunsten der Lohnarbeit.

In diesen für die BRD liberalen und bequemen Phasen der Kapitalherrschaft, in denen die steigende Nachfrage nach Arbeit die Arbeiterbevölkerung in eine relativ günstige Position bringt, gelingt es nicht nur, mittels der Macht des relativ hohen Teils der im DGB Organisierten die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen insgesamt spürbar zu verbessern; der wachsende Spielraum, den nunmehr das Kapital auf Basis ihm abgetrotzter Zugeständnisse jedem einzelnen Lohnarbeiter zur Entfaltung seiner Individualität läßt, eröffnet zugleich auch den Lohnarbeitern die Möglichkeit, durch Erhöhung ihres Qualifikationsniveaus oder durch vermehrte Anspannung ihrer Arbeitskraft den Umkreis ihrer Bedürfnisse auch individuell zu erweitern.

Tabelle 1
Mitgliederentwicklung im DGB (in Millionen)

Jahr	Lohnabh. Erwerbspers.	DGB Mitglieder	Veränd. in %	Org.-Grad %
1965	21,8	6,57		30,1
1966	21,9	6,54	— 0,57	29,9
1967	21,4	6,41	— 1,98	29,9
1968	21,5	6,38	— 0,5	29,7
1969	21,9	6,48	1,67	29,6
1970	22,4	6,71	3,56	30,0
1971	22,6	6,87	2,33	30,4
1972	22,7	6,99	1,7	30,8
1973	22,8	7,17	2,6	31,4
1974	22,7	7,41	3,33	32,6
1975	22,5	7,37	— 0,56	32,7
1976	22,3	7,40	0,48	33,2

Quellen: BRD 1978, in: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus* 2/78, DGB-Geschäftsbericht, eigene Berechnungen

Durch diese Entwicklung wird der Aufschwung in der Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften maßgeblich gebremst. Der auf Basis beschleunigter Kapitalakkumulation wachsende Spielraum zur Entfaltung der Individualität der Lohnarbeiter löst ihre Bindung von den gewerkschaftlichen Organisationen und führt zu einer insgesamt sinkenden Organisationsbereitschaft. Zwar sind die Gewerkschaften als notwendige Interessenorganisationen der arbeitenden Klassen weiterhin anerkannt; dennoch verstärkt sich unter diesen, für die Lohnarbeiter günstigen Marktbedingungen für den Verkauf ihrer Arbeitskraft die Vorstellung, beruflicher Aufstieg sei in erster Linie Resultat eigener individueller Leistung. Mit dieser Verschiebung in der Bewußtseinsstruktur der Lohnabhängigen wächst die Kluft zwischen den Gewerkschaften als Klassenorganisation der Lohnarbeiter und den persönlichen Individuen als vermeintlich gleichen und freien Warenbesitzern.

Zwar nimmt die Zahl der im DGB Organisierten bis 1965 um rund 500 Tausend Mitglieder zu, jedoch hält diese Entwicklung keineswegs Schritt mit der enormen Ausdehnung des gesellschaftlichen Arbeitskörpers. Die Organisationsbereitschaft der im DGB zusammengeschlossenen Lohnabhängigen nimmt seit 1953 kontinuierlich ab und erreicht 1969 mit einem Organisationsniveau von 29,6 % ihren absoluten Tiefpunkt.

Auch der DGB selbst bleibt von der prosperierenden Wirtschaftsentwicklung der BRD nicht unberührt. Die für die BRD günstigen Bedingungen beschleunigter Kapitalakkumulation führen auch bei den *organisierten* Lohnarbeitern zu einem Bewußtsein, das sich stärker an Kontinuität und Stabilität der bürgerlichen Lebensverhältnisse orientiert. Dieser Entwicklung müssen die DGB-Gewerkschaften nachfolgend in der Veränderung ihrer Programmatik (siehe Grundsatzprogramm von 1963) Rechnung tragen.

In der Krise 66/67 wird zum ersten Mal der enorme Wachstumsprozeß der BRD-Wirtschaft unterbrochen; die zyklische Verlaufsform der kapitalistischen Reichtumsproduktion geht erstmals aus der Phase der sprunghaften Ausdehnung des Umfangs der Produktion in die des absoluten Rückgangs über. Zwar kann das Kapital in der nachfolgenden Prosperitätsphase sein Exploitationsfeld noch um 1.1 Millionen Arbeitskräfte vergrößern und mit der Eingliederung der nachrückenden Arbeitergeneration in den Arbeitsprozeß sowie der zusätzlichen Beschäftigung von 1.3 Millionen ausländischen Arbeitskräften das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften auf einem für die arbeitenden Klassen relativ günstigen Niveau zu halten; aber 1969 zeichnen sich die Grenzen seiner Expansionsfähigkeit ab. Mit der deutlich erschlaffenden Akkumulationsbewegung des Kapitals stagnieren ab 1969 weitgehend die Beschäftigtenzahlen des Kapitals, die ab 1970 in eine rückläufige Bewegung münden.

Mit dieser Verschiebung der Anatomie der Klassen verschärfen sich in der Bundesrepublik die Antagonismen in der Einkommensverteilung. Die in der Phase des fünften industriellen Zyklus zuungunsten der Lohnarbeiter veränderte Relation von Lohn und Profit wird von den Lohnarbeitern nicht widerstandslos hingenommen. Das Zurückbleiben ihrer Einkommensentwicklung hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird in dieser Phase durch massive Streiks zu korrigieren versucht. Während die Kapitalisten zu nur geringen Zugeständnissen bereit sind, beharren die Lohnarbeiter auf der bisherigen Zunahme ihrer Realeinkommen. Seit 1969 erlebt die Bundesrepublik einen enormen Aufschwung in der Streiktätigkeit. Spontane gewerkschaftliche Streiks, Massenaussperrungen und zunehmend aggressiver werdende Kampagnen der Kapitalisten gegen die gewerkschaftlichen Organisationen beherrschen den Alltag und trüben das Bild der einstmals als Hort des sozialen Friedens gerühmten Republik.

In dem Maße, wie die Auseinandersetzungen im Verteilungskampf an Härte gewinnen, nimmt auch die Einsicht der Lohnarbeiter in die Notwendigkeit der kollektiven Organisation der Interessen zu. Die Verschärfung der sozialen Konflikte bei gleichzeitig stagnierenden bzw. rückläufiger Beschäftigtenzahlen führte zu einer Wende in der Mitgliederentwicklung der bundesrepublikanischen Gewerkschaftsbewegung. Hatte der Einbruch in der Akkumulationsbewegung des Kapitals in der Krise 67 den organisatorischen Zusammenhang der DGB-Gewerkschaften durch einen Rückgang in der Mitgliederentwicklung von annähernd 200 Tausend in der Zeit von 1966 bis 1968 nachhaltig erschüttert, so nimmt die Mitgliederentwicklung der im DGB zusammengeschlossenen sechzehn Einzelgewerkschaften seit 1969 einen nie zuvor erreichten Aufschwung. Überwiegende Rationalisierungsinvestitionen bei gleichzeitig verminderter Erweiterung des Umfangs der Produktion haben zu einschneidenden Verschlechterungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnarbeiter geführt. Unter diesen sich verändernden Reproduktionsbedingungen der arbeitenden Klassen tritt um so deutlicher ins Bewußtsein der Lohnarbeiter, daß das reine Spiel der Marktwirtschaft nicht seinem Prinzip gemäß aus sich heraus die Freiheit und Gleichheit eines jeden Einzelnen zum Ergebnis hat. Die Einsicht, daß die Gewerkschaften als ökonomische und soziale Interessenvertreter der arbeitenden Klassen dringlicher denn je als soziale

und politische Hebel zur Beseitigung der Systemübel dieser Gesellschaft notwendig sind, führt zu einer stärkeren Hinwendung der Lohnarbeiter an die Gewerkschaften und schwächt die Distanz zwischen den scheinbar gleichen und freien Warenbesitzern und den DGB-Gewerkschaften als allgemeiner Klassenorganisation.

Die Gewerkschaften gewinnen bis 1974 fast 1 Million Mitglieder hinzu und erreichen damit einen Mitgliederstand von 7.405 Millionen. Während dieser Aufwärtstrend 1974 zu dem nach 1951 höchsten Jahreszuwachs von 230 Tausend Mitgliedern führt, wird dieser Aufschwung in der Mitgliederbewegung der DGB-Gewerkschaften nur durch einen geringfügigen Mitgliederrückgang von 40 Tausend Mitgliedern in der Krisenphase 1975 unterbrochen, um nachfolgend mit einem Mitgliederzuwachs von annähernd 35 Tausend Mitgliedern 1976 den Aufwärtstrend fortzusetzen.

Sinkende Beschäftigungszahlen der beim Kapital beschäftigten Lohnarbeiter haben mit der Entwicklung der sozialen Antagonismen zu einer deutlichen Orientierung der Lohnarbeiter an die DGB-Gewerkschaften als ökonomische und soziale Interessenvertreter der abhängig Beschäftigten geführt. Diese Bewußtseinsveränderung weiter Teile der abhängig Beschäftigten drückt sich in einer insgesamt größeren Bereitschaft der einzelnen Lohnarbeiter aus, selbst in den Gewerkschaften an der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen mitzuwirken. Seit 1970 steigt der Organisationsgrad der Lohnarbeiter kontinuierlich von 30 % (1970) auf 33,2 % 1977. Die Erhöhung der Organisationsquote der Lohnabhängigen im DGB selbst in der Krise 1974/75 bei geringfügigen sinkenden Mitgliederzahlen zeigt, in welchem Maße der Anstieg im Organisationsgrad der DGB-Gewerkschaften selbst nur Reflex der Einengung der Beschäftigungsbasis des Kapitals ist. Andererseits wiederholt sich nicht der in der Rezessionsphase 66/67 erfolgte drastische Einbruch in der Mitgliederentwicklung. Massive Austrittswellen sind ausgeblieben. Vor dem Hintergrund der durch Rezession und Arbeitslosigkeit verursachten allgemeinen Verunsicherung in den Lebensverhältnissen der arbeitenden Klassen haben sich trotz der angespannten Arbeitsmarktlage und den in vielen Bereichen durchgeführten Rationalisierungen die Dämme der gewerkschaftlichen Solidarität noch verstärkt.

Obwohl seit 1968 mit dem Verschwinden der günstigen Akkumulationsbedingungen des Kapitals bei weiterhin beschleunigter Umwälzung der Produktionsweise die „Freisetzung“ und Wiedereingliederung von Arbeitskräften enorm ansteigt (von 1968 bis 1970 werden annähernd 4 Millionen Lohnarbeiter freigesetzt und wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert und von 1971 bis 1975 müssen gar 6,5 Millionen Lohnarbeiter ihren Arbeitsplatz wechseln) bröckelt selbst in den Krisen 71 und 75 die Bindung der Lohnarbeiter an den DGB nicht ab. Daß auch die in den Phasen des wirtschaftlichen Abschwungs forcierte Freisetzung und Wiedereingliederung großer Teile der arbeitenden Klassen in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß nicht mit einem Anstieg in der Fluktuationsrate der DGB Mitglieder verbunden ist, demonstriert eine veränderte Bewußtseinslage der arbeitenden Klassen. So fällt z.B. auch die Fluktuationsquote bei der IG-Metall von ca. 35 % (1964) auf weniger als 9 % (1976).

Die Verschärfung des sozialen Klimas in der BRD durch zunehmenden Leistungsdruck, Intensivierung der Arbeit und der Verhärtung der Tarifaueinandersetzungen hat die Einsicht der abhängig Beschäftigten in die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Widerstands gefördert. Die positive Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften auch in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs drückt die Bewußtseinsveränderungen weiter Teile der Lohnarbeiter deutlich aus. Der wachsende Widerstand gegen die massiven Angriffe auf ihr errungenes Lebensniveau wird aber nicht von allen Teilen und Fraktionen gleichermaßen

entfaltet. Denn nicht alle Fraktionen der arbeitenden Klassen nehmen im gleichen Umfang und Ausmaß an dem Kampf um verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen teil. In der Vergangenheit hatten sowohl die ausländischen Arbeitnehmer, als auch die Angestellten und die weiblichen Lohnarbeiter einen ungleich niedrigeren Anteil an den Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften. In dessen Mitgliederentwicklung verbergen sich also insgesamt unterschiedliche Bewegungsrichtungen der verschiedenen Lohnarbeiterkategorien.

Innere Struktur des DGB

Die starke Zunahme der Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften vor allem in den 70er Jahren hat als ein wesentlicher Faktor dazu beigetragen, daß sich mit dem bereits erkämpften Entfaltungsbereich der Gewerkschaften im ökonomischen und politischen Leben der BRD die Kampfbedingungen der Lohnarbeiter verbessert haben. An dieser Entwicklung sind die verschiedenen Fraktionen und Abteilungen der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelklasse jedoch im unterschiedlichen Ausmaß beteiligt. Schon die Differenzierung der Lohnarbeiter nach ihrem arbeitsrechtlichen Status zeigt deutliche Unterschiedsmerkmale in Grad und Umfang ihrer Bereitschaft, sich in den gewerkschaftlichen Assoziationen mit dem Ziel der Aufrechterhaltung und Verbesserung ihrer Lebenslage zusammenzufinden. Der Unterschied in der rechtlichen Absicherung ihrer sozialen Position dämpft mehr oder minder die Auswirkungen der aus der Diskontinuität des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses resultierenden Verunsicherungen ihrer Lebensverhältnisse. Aus der stärkeren Betroffenheit der *Arbeiter* von den Wechselfällen des industriellen Zyklus resultiert zum einen ihr hoher Anteil an den insgesamt im DGB organisierten Lohnarbeitern, zum anderen ihre sehr hohe Organisationsbeteiligung.

Tabelle 2
Entwicklung der inneren Struktur des DGB

Jahr	Arbeiter			Angest.			Beamte		
	Mitg. Mio.	Ant. %	Org-G. %	Mitg. Mio.	Ant. %	Org-G. %	Mitg. Mio.	Ant. %	Org-Grad %
1965	5,16	79,0	39,9	0,84	12,2	12,0	0,58	8,8	32,0
1966	5,09	78,4	39,5	0,86	12,7	11,9	0,59	8,9	32,3
1967	4,92	77,8	40,0	0,88	13,2	12,2	0,61	9,0	32,8
1968	4,86	76,8	39,8	0,90	13,7	12,3	0,62	9,5	32,9
1969	4,93	76,3	39,8	0,93	14,0	12,4	0,63	9,7	33,0
1970	5,09	76,0	40,8	0,99	14,3	12,7	0,64	9,7	33,2
1971	5,15	75,0	42,3	1,07	15,5	13,0	0,65	9,5	33,3
1972	5,19	75,0	42,2	1,14	15,5	13,2	0,66	9,5	31,7
1973	5,29	74,3	42,9	1,21	16,3	13,7	0,67	9,4	32,4
1974	5,42	73,2	43,8	1,31	17,7	14,6	0,68	9,1	32,0
1975	5,31	72,1	45,0	1,38	18,8	14,9	0,67	9,1	31,5
1976	5,27	71,2	45,9	1,44	19,4	15,3	0,70	9,4	31,6
1977	5,29	70,8	—	1,48	19,9	—	0,70	9,3	—

Quellen: DGB-Geschäftsbericht, eigene Berechnungen
Ant: Anteil an Gesamtmitglieder des DGB

Die Arbeiter — obgleich der Anteil der Angestellten und Beamten an allen Lohnabhängigen beträchtlich ansteigt — können ihren Organisationsgrad von 41 % der Jahre 1968 — 1971 auf 44 % der Jahre 1972 — 1975 steigern. Weiterhin sind die Arbeiter gegenüber Angestellten und Beamten der mächtigste Faktor im DGB. Dennoch ist eine verstärkte Hinwendung der Angestellten zu den DGB-Gewerkschaften nicht zu übersehen. War die Mitgliederentwicklung der Angestellten in den 50er Jahren durch einen relativ schwachen Anstieg gekennzeichnet, so kam in den 60er Jahren eine rasche Aufwärtsentwicklung in Gang, die vor allem in den 70er Jahren durch besonders hohe Zuwachsraten gekennzeichnet ist. Im Zyklusdurchschnitt erhöhen sich die Angestelltenmitglieder des DGB von 5. auf den 6. Zyklus um 30 %, bei den Arbeitern und Beamten dagegen nur um 5.9 %. Diese extrem hohen Zuwachsraten geben Aufschluß über das Ausmaß der Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse der Angestellten und Arbeiter, zu der die ökonomische Bewegung vor allem im 6. Zyklus (1972-1975) treibt. Unter dem Druck der Gewerkschaften gelingt es durch Ausdehnung der bis dahin den Angestellten vorbehaltenen Vergünstigungen, wie z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter an die der Angestellten anzugleichen. Dieser Angleichungsprozeß hat trennende Momente in der Interessenlage dieser Fraktionen der Lohnarbeiter abgebaut und mit der Herausstellung ihrer gemeinsamen sozialen Interessen die Grundlage für eine Aktions-einheit dieser Fraktionen der Lohnarbeiter geschaffen. Wenn auch der Anteil der Angestellten an den DGB-Mitgliedern trotz der hohen Zuwachsraten nur von 14.4 % im 5. Zyklus auf 17.1 % im 6. Zyklus stieg, so wird es in Zukunft Konkurrenzorganisationen schwer fallen, mit Appellen an noch vorhandene Klassenvorurteile die bereits real vollzogene Vereinheitlichung von Arbeitern und Angestellten aufzubrechen. Vielmehr läßt der Anstieg des Organisationsgrades der Angestellten von 12.6 % im 5. Zyklus auf 14.1 % im 6. Zyklus in künftigen Klassenauseinandersetzungen für den DGB erwarten, daß vor allem die im Angestelltenbereich mit den größten Organisationsreserven verborgenen Potenzen der Arbeiterklasse frei werden.

Dagegen ist die Mitgliederentwicklung der im DGB organisierten Beamten zwar durch steigende Mitgliederzahlen gekennzeichnet, dennoch hält die Zunahme der Beamtenmitglieder des DGB keineswegs Schritt mit der Gesamtentwicklung der Beamten. Nehmen die Mitgliederzahlen der Beamten im DGB im 6. Zyklus um 5.9 % gegenüber dem 5. Zyklus noch zu, so sinkt im gleichen Zeitraum ihre Organisationsbereitschaft im DGB von 33.1 % im 5. Zyklus auf 31.9 % im 6. Zyklus. Die Zuspitzung der sozialen Antagonismen in der Bundesrepublik hat eine Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzungen und einen verstärkten Einsatz staatlicher Repression nach sich gezogen, was offenkundig die Bereitschaft des gewachsenen Beamtenheeres, sich in den DGB-Gewerkschaften zu organisieren, nicht fördert.

Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters

Die sich auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft zeigende Differenzierung der Lohnabhängigen nach Arbeitern, Angestellten und Beamten reicht keineswegs hin für eine differenzierte Betrachtung. Unter den gleichen Rubriken verstecken sich z.T. die unterschiedlichsten sozialen Verhältnisse. Gilt für die Kategorie der Arbeiter, daß hier für 4/5 durch ihre gleiche Stellung zum Kapital sich ähnliche Lebensverhältnisse ergeben (1970), so

ist die Zusammensetzung der Angestellten weitaus heterogener: 46 % sind Zirkulationsagenten des Kapitals, 29 % stellen höher qualifizierte produktive Arbeiter dar und 21 % arbeiten im öffentlichen Dienst. Die sich aus der spezifischen Form der Arbeitsverausgabung ergebende Bestimmtheit der individuellen Lebensprozesse der Lohnabhängigen ist daher nur in den Griff zu bekommen, wenn wir uns an die ökonomische Formbestimmtheit der Arbeit als Indikator für die verschiedenen sozialen Beziehungen halten. Die in der Statistik übliche Aufteilung in Arbeiter und Angestellte ist keineswegs willkürlich. Sie hat ihren materiellen Grund in realen Unterschieden der Arbeitsverausgabung. Die oben gezeigte erhebliche Differenz im Organisationsgrad von Arbeitern und Angestellten verweist auf eine Reihe von Besserstellungen der qualifizierten Lohnabhängigen; dies gilt aber keineswegs gleichermaßen für alle Angestellten.

Die zyklische Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise schlägt sich nicht in gleicher Weise für die Lebenslage der verschiedenen Kategorien der Lohnabhängigen nieder. Im DGB sind sowohl Teile der Arbeiterklasse wie auch Teile der lohnabhängigen Mittelklassen organisiert. Von der letzten Rubrik sehen wir zunächst ab.

Die Lohnarbeiter des Kapitals unterliegen den Wechselfällen des industriellen Zyklus unmittelbar. Der starken Unsicherheit ihrer Lebenslage entspricht im betrachteten Zeitraum deutlich ein Anstieg des Organisationsgrades. Der Organisationsgrad der Lohnarbeiter des Kapitals steigt von 30% im 5. Zyklus auf gut 33% im 6. Zyklus an.

Eine Aufschlüsselung des Organisationsgrades nach produktiven und unproduktiven Arbeitern des Kapitals ist uns derzeit noch nicht möglich. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß die sozialen Verhältnisse, die in der produktiven und unproduktiven Arbeitsverausgabung eingeschlossen sind, in dem Organisationsbereich von IG-Metall und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) erfaßt werden.

Tabelle 3

Organisationsgrade beim Kapital und Öffentlichen Dienst (in %)

	A	B	C	D	E
1965	29	39	4	88	70
1966	29	40	4	86	71
1967	30	40	4	84	72
1968	29	39	4	84	71
1969	29	39	4	83	71
1970	29	41	4	80	70
1971	30	42	5	76	69
1972	31	43	5	77	68
1973	32	44	5	75	66
1974	34	47	6	77	66
1975	35	50	7	77	65
1976	36	—	—	—	68

A = Lohnarb. d. Kapitals im DGB

B = IG Metall

C = HBV

D = Staatsbeschäftigte ohne Beamte

E = Beamte im DGB + DBB

Ein Vergleich dieser Organisationsgrade weist aus, daß der Organisationsgrad der produktiven Arbeiter erheblich über dem der Zirkulationsarbeiter liegt. Der Erweiterung des produktiven Arbeitskörpers um gut 600 Tausend im 5. Zyklus folgt seine Verengung um

1,25 Millionen im 6. Zyklus. Der hierin eingeschlossene massive Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen drückt sich in einer Erhöhung des Organisationsgrads von 40 % im 5. Zyklus auf 46 % im 6. Zyklus aus.

Demgegenüber hat sich die HBV nicht in gleichem Maße entwickelt. Der Organisationsgrad steigt von 4,3 % im 5. auf 5,8 % im 6. Zyklus; trotz guter Fortschritte ist der Organisationsgrad der unproduktiven Arbeiter des Kapitals nach wie vor gering.

Die produktiven Lohnarbeiter des Kapitals sind zum großen Teil dem spezifischen Rhythmus des Maschinensystems unterworfen. Die Entwicklung der Maschinerie hebt alle Ruhe, Festigkeit und Sicherheit der Lebenslage der ihr unterworfenen Arbeiter auf. Für etwa 2/3 der produktiven Arbeiter ist der Dispositionsspielraum in ihrer Arbeitsverausgabung verschwindend gering, so daß sie am stärksten den verselbständigten Charakter erfahren, den die Arbeitsbedingungen in der kapitalistischen Produktionsweise annehmen. Hingegen erfährt der überwiegende Teil der unproduktiven Arbeiter diese Bewegung in nur sehr vermittelter Weise. Gleichzeitig ist für die BRD festzuhalten, daß die Zahl der unproduktiven Lohnarbeiter bis zum 6. Zyklus kontinuierlich steigt. Mit der drastischen Freisetzung der produktiven Lohnarbeiter des Kapitals verringert sich aber der Fonds, aus dem die Unproduktiven bezahlt werden können. Die Entwicklung der Lebenslage der Unproduktiven ist an die Entwicklung der produktiven Basis der Gesellschaft geknüpft, wengleich festzuhalten ist, daß die Rückwirkung der verkleinerten Basis der produktiven Arbeit mit einer zeitlichen Verzögerung erfolgt. Die geringe Organisationsbereitschaft der



unproduktiven Lohnarbeiter hat ihre Grundlage darin, daß der unproduktive Apparat im Wechselspiel des Zyklus nicht in gleicher Weise wie der produktive Sektor angepaßt wird. Der gleichzeitig vorhandene vergleichsweise größere Spielraum in der Arbeitsgestaltung befestigt zusätzlich falsche Vorstellungen über die sozialen Antagonismen und den Charakter unproduktiver Arbeitsverausgabung.

Mit dem Einbruch in der Akkumulationsbewegung im 6. Zyklus findet erstmalig in der Geschichte der BRD eine massive Reduktion der unproduktiven Kapitalsphäre statt. Die unter dem Stichwort „Rationalisierung im Büro“ ablaufende Welle der Freisetzung unproduktiver Arbeiter bei gleichzeitig ungeahnter Intensivierung der weiter beschäftigten Zirkulationsarbeiter verringert immer mehr die Differenz in den Arbeits- und Lebensbedingungen zu den Maschinenarbeitern des industriellen Kapitals. Diese Bewegung spiegelt sich in der ansteigenden Bereitschaft der Zirkulationsarbeiter wieder, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

1975 – 1977: Gewerkschaften in der Defensive

Die plötzliche Talfahrt der Konjunktur 74/75 trifft die Gewerkschaften völlig unerwartet. Das Anschwellen des Arbeitslosenheeres schwächt objektiv die Kampfposition der Lohnabhängigen und ihrer Assoziationen. Für die Jahre 75/76 müssen in den meisten Wirtschaftsbereichen Reallohnrückgänge in Kauf genommen werden. Vetter signalisiert Anfang 1975, daß sich die Gewerkschaften der Tatsache bewußt seien, daß eine „Verbesserung des Arbeitseinkommens nur noch minimal möglich“ sei. Er versucht gleichzeitig, auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen als entscheidendes Aktionsfeld der Gewerkschaften zu orientieren: „Hier können Fortschritte erreicht werden, deren Verwirklichung oft viel weniger vom finanziellen Aufwand als vom guten Willen und der geistigen Anstrengung der Betriebsführungen sowie der Mitbestimmung der Arbeitnehmer abhängen. Damit eröffnet sich ein weites Feld neuer gewerkschaftlicher Aktivitäten“.

Dieser neuen Orientierung liegen drei Voraussetzungen zugrunde:

1. die Erkenntnis, daß weiterreichende soziale Reformen nun nicht mehr durchsetzbar sind;
2. die Erkenntnis, daß die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften politisch nicht umzusetzen sind, und der Versuch, der hier einsetzenden Resignation durch das Aufzeigen konkreter Reformziele und Aktionsfelder der Mitbestimmung zu begegnen;
3. die weitere außerordentliche Steigerung der Intensität der Arbeit im Gefolge der Krise. Die Forderung nach Humanisierung der Arbeitswelt ist jetzt also darauf angelegt, nach dem Scheitern der großen Würfe eine offensive Verteidigungsstellung aufzubauen.

Im Hinblick auf diese Ziele und auf Basis eines grundsätzlichen Vertrauens auf den Aufschwung sind die Gewerkschaften in den Tarifrunden 1975 und 1976 bereit, massive Verschiebungen in den Proportionen von Lohn und Profit zuzugestehen. Diese Tarifaufeinandersetzungen werden deshalb mit Parolen bestritten wie „Die Gewerkschaften haben mit maßvollen Tarifabschlüssen zur Überwindung der Beschäftigungskrise beigetragen. Sie haben den Schwarzen Peter an die Unternehmer zurückgegeben“, „Abschlüsse der Vernunft“, „den besonderen Gegebenheiten der aktuellen tarif- und wirtschaftspolitischen Situation Rechnung getragen“, „ein Abschluß der Solidarität mit den Arbeitslosen und denjenigen Arbeitnehmern, die Kurzarbeit leisten.“

Gleichzeitig müssen die Gewerkschaften in jenen Tarifrunden jedoch die Erfahrung machen, daß auch ihre zurückhaltende, an der Sicherung des Reallohns orientierte

Lohnpolitik vehementen Angriffen ausgesetzt ist. Die Verengung des Verteilungsspielraums läßt jede Lohnrunde immer zugleich auch zu einem Kampf um die Erhaltung der Tarifautonomie werden.

Haben die Gewerkschaften die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnarbeiter Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre wesentlich verbessern können, so ist es ihnen dennoch nicht gelungen, den Spielraum der gewerkschaftlichen Interessenvertretung auf der Ebene des Einzelunternehmens, geschweige denn im gesellschaftlichen Rahmen, auszuweiten. Die Verwirklichung der Mitbestimmungsforderungen, auf die der DGB in den zurückliegenden Jahren einen wesentlichen Teil seiner politischen Aktivitäten konzentriert hat, ist über geringfügige Verbesserungen des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 nicht hinausgekommen. Bei der zentralen Forderung nach paritätischer Mitbestimmung hat der DGB eine eindeutige Niederlage hinnehmen müssen. Das verabschiedete Gesetz bestätigt die Vormachtstellung der Kapitalisten.

Selbst die Montanmitbestimmung ist bedroht; nicht durch das neue Mitbestimmungsgesetz, das den Montanbereich unberührt läßt, sondern durch Konzentration und Umwandlung montanmitbestimmter Betriebe. Durch diese Operationen gelingt es den Kapitalisten, sich dem Geltungsbereich des Gesetzes zu entziehen. Von 1952 bis 1975 sinkt die Zahl der paritätisch mitbestimmten Betriebe von 108 auf 46 ab. Die Niederlage beim neuen Mitbestimmungsgesetz und die andauernde Aushöhlung der Montanmitbestimmung zeigen, daß die Gewerkschaften in diesem Punkt nicht nur nicht weiter gekommen sind, sondern auch Mühe haben, ihre Errungenschaften zu halten.

Auch die gewerkschaftlichen Vorstellungen zur Mitbestimmung im gesellschaftlichen Rahmen, die Konstituierung von Wirtschafts- und Sozialräten, ist inzwischen ins Sperrfeuer der vielen selbsternannten Verfassungshüter dieses Landes geraten. Bis ins Lager der Sozialdemokratie hinein besteht Einigkeit darüber, daß diese Forderungen mit der freiheitlichen repräsentativen Demokratie unvereinbar sind. Hier deuten sich Entwicklungslinien der politisch-juristischen Klassenauseinandersetzung an, die den Gewerkschaften früher oder später über den Kampf für eine neue Programmierung der Ökonomie im Interesse der Arbeitnehmer ein entschiedenes Eintreten für die Veränderung des Systems der politischen Repräsentation und Willensbildung *aufzwingen* werden.

Die Wirtschaftskrise verändert auch die Stellung der Gewerkschaften in der Sozialpolitik. Sie müssen erkennen, daß nicht nur an der Tariffont ihr Handlungsspielraum enger geworden ist. Sofort geraten die von ihnen erkämpften sozialpolitischen Errungenschaften in Gefahr. Ließen sich in blühenden Konjunkturphasen soziale Forderungen durchsetzen, so verschiebt sich die Aktivität in der Krise auf die Sicherung des sozialen Besitzstandes vor dem Programm der sozialen Demontage.

Mit dem Haushaltsstrukturgesetz von 1976 leitet der Staat den Abbau sozialer Leistungen und staatlicher Transfereinkommen ein. Von der gleichzeitigen Steuererhöhung abgesehen gibt es Einsparungen und Änderungen in nicht weniger als 42 Gesetzen. Ausgerechnet beim Arbeitsförderungsgesetz, das bei seiner Verabschiedung als Vorbeugemaßnahme gegen die Arbeitslosigkeit gefeiert wurde, entdeckt man nun den größten Wildwuchs und kürzt dementsprechend die Leistungen. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden von 2 auf 3 % erhöht. Die Zumutbarkeitsklausel wird jetzt derart ausgelegt, daß der Arbeitslose eine Dequalifikation seiner Arbeitskraft hinnehmen muß. Dort, wo der Staat den Sozialversicherungsträgern zusätzliche Aufgaben übertragen hat, die der Gesellschaft dienen und daher aus Steuermitteln zu finanzieren wären, entzieht er sich seinen Verpflichtungen und bürdet die Belastung den Beitragszahlern auf. Ließ sich in Zeiten schäumender Konjunktur

allein durch reichliche Mitgliedsbeiträge die Sozialversicherung finanzieren — dem Staat wurden sogar Kredite gewährt — tritt in Krisenzeiten der Klassencharakter des Staates deutlicher hervor. Jetzt, wo die Finanzkrise der Sozialversicherung die Einlösung staatlicher Verpflichtungen nötig machte, reduziert der Staat seine Beiträge, erhöht die Versichertenbeiträge und kürzt Sozialleistungen. Andererseits verteilt er den von ihm angeeigneten Teil des Wertprodukts zugunsten der Kapitalisten um. (Subventionen, Steuererleichterungen, Investitionshilfen etc.).

Auch der DGB kann sich unter dem Druck der leeren Kassen diesen Argumenten nicht völlig entziehen, zumal die Hoffnung auf eine zukünftige günstigere Wirtschaftsentwicklung viele Maßnahmen als bloß vorläufige erscheinen läßt.

Die Periode ab 1974/75 ist insgesamt durch die Erfahrung geprägt, über einen längeren Zeitraum mit hoher Massenarbeitslosigkeit leben zu müssen. Kann zunächst die Hoffnung gehegt werden, im kommenden Wirtschaftsaufschwung würden die Probleme verschwinden, zwingt die tatsächliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt seither zum Umdenken. Mehr und mehr drängt sich die Erkenntnis auf, daß die Potenzen der gegebenen kapitalistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit erschöpft sind, daß ein neuer Typus ökonomischer und sozialer Entwicklung etabliert werden muß, um Arbeits- und Lebensbedingungen der Masse der Lohnabhängigen existenziell zu sichern. *Gerade wegen der Fähigkeit der Gewerkschaften in der Bundesrepublik, die erkämpften ökonomischen und sozialen Errungenschaften weitgehend zu halten und eine dramatische Verschlechterung des Reproduktionsniveaus bislang zu verhindern, geht der Prozeß der Umorientierung auf sozialistische Positionen langsam vor sich.* Dabei spielt für eine Übergangszeit die Suche nach branchenbezogenen Lösungsmöglichkeiten eine große Rolle, erhalten berufsegoistisch orientierte Strategien ein erhebliches Gewicht. Aus dieser widersprüchlichen Bewegung wächst jedoch unter dem Druck der objektiven ökonomischen Verhältnisse zunehmend eine allgemeine Bewegung der Lohnabhängigen hervor, ein Prozeß der Politisierung der Gewerkschaften, der letztlich zu einem endgültigen Bruch mit den Reformillusionen und mit der Sozialdemokratie führen wird.

Für die Krise 1974/75, die Tiefe des Einbruchs in die Bewegung der Akkumulation und die Massenarbeitslosigkeit haben die Gewerkschaften zunächst keine Erklärung. Ölkrise, der Verweis auf die weltweiten 'Ursachen' der Rezession, das Gejammer über die restriktive Geldmengenpolitik der Bundesbank sind erste hilflose Annäherungen an das Problem. Doch schon auf dem 10. Ordentlichen Bundeskongreß der DGB 1975 wird mehr auf die kapitalistischen Produktionsverhältnisse geblickt. Die Überkapazitäten in verschiedenen Branchen werden auf Fehlplanungen der Kapitalisten und auf Fehler der Wirtschaftspolitik zurückgeführt. Die vormals als ausreichend angesehenen wirtschaftspolitischen Mittel seien offensichtlich nicht in der Lage, eine kontinuierliche Entwicklung der Wirtschaft zu garantieren. Deshalb fordert der DGB eine weitere Zurückdrängung des Marktes zugunsten planerischer Elemente. Da die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, die katastrophalen Folgen profitorientierter Einzelentscheidungen für die Beschäftigten zu verhindern, wird eine bewußte Lenkung und Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Wirtschaftssektoren gefordert.

Diese Planung soll durch einzurichtende Investitionsmeldestellen oder Branchenausschüssen erfolgen. Die für die Investitionsplanung notwendigen Informationen werden über einen volkswirtschaftlichen Rahmenplan bei gleichzeitiger Bedarfs- und Nachfrage-schätzung zusammengestellt. Allerdings wird die Forderung nach Investitionslenkung ihrem Inhalt nach von den Gewerkschaften noch sehr widersprüchlich vorgetragen. Die

Kapitalseite wittert hinter dieser Forderung berechtigterweise das Verlangen nach der Vergesellschaftung der Produktion und damit ihre Abschaffung. Obwohl diese Forderung widersprüchlich vorgetragen wird, liegt ihr die mehr oder minder klare Einsicht zugrunde, daß die gesellschaftlichen Probleme, die der Marktwirtschaft entspringen, nur durch gesellschaftliche Lösungen aufzuheben sind, die diese Wirtschaftsordnung nicht unverändert lassen.

Die über Jahre andauernde hohe Arbeitslosigkeit und die Untätigkeit der Bundesregierung in dieser Frage lassen den DGB eigene Vorstellungen über die zu ergreifenden Maßnahmen entwickeln. Im Juli 1977 veröffentlicht er „Vorschläge zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“. Darin wird festgestellt, daß bei einer Fortschreibung der jetzigen Verhältnisse die Zahl der Arbeitslosen mit Sicherheit ansteigen wird. Das Grundrecht auf Arbeit für alle, die arbeiten wollen, ist in einer profitorientierten Wirtschaft nicht zu erreichen. Deshalb verlangt der DGB eine Neuorientierung der Beschäftigungspolitik zur Verwirklichung dieses Grundrechts, die gegründet sein muß auf einer gleichberechtigten Mitentscheidung der Gewerkschaften in allen die abhängig Beschäftigten betreffenden Fragen.

Die DGB-Vorschläge münden in drei Hauptforderungen:

1. Beschleunigung des qualitativen Wachstums; 2. soziale Beherrschung der Produktivitätsentwicklung; 3. Verkürzung der Arbeitszeit. Wesentlicher Hebel ist eine vorausschauende Strukturpolitik, die Überproduktionen in einzelnen Wirtschaftssektoren verhindern und sich abzeichnende Marktveränderungen rechtzeitig vorhersehen soll. Zugleich sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die betroffenen Beschäftigten vor den unsozialen Folgen dieser Veränderungen zu schützen. Die nötigen Informationen sind in Investitionsmeldestellen zusammenzufassen.

Entgegen mancher Auffassungen, die Investitionslenkung sei bei den Gewerkschaften seit dem DGB-Kongreß 1975 vom Tisch, wird in den „Vorschlägen ...“ betont: „Die Konkretisierung dieser Aufgabe steckt in der Bundesrepublik noch in den Anfängen. Richtungsweisende Grundforderungen sind in den Beschlüssen des 10. Ordentlichen DGB-Kongresses zur Strukturpolitik und Investitionslenkung enthalten.“

Speziell vom Staat fordert der DGB eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik, also die Öffnung des Staatssektors für zusätzliches Personal. Außerdem sollen die öffentlichen Investitionen nicht an dem 'Folgekostendenken' scheitern dürfen. Ferner wird eine verstärkte Förderung von privaten Infrastrukturinvestitionen verlangt. (Wohnungsbau und -modernisierung, Umweltschutz etc.).

Weitere Möglichkeiten, einer beschäftigungsorientierten Finanzpolitik Finanzierungsmassen zu erschließen, sieht der DGB in einer Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte. Insbesondere zwei Posten will er zur Disposition stellen. Verteidigung und Subventionen machen mit etwa 100 Mrd. DM rund ein Fünftel des gesamten Staatshaushalts aus. Das Problem der Eindämmung der Rüstung läßt sich nur schrittweise durch Umwandlung der Rüstungsproduktion in zivile Produktion lösen. Die Subventionspolitik dagegen kann schon kurzfristig greifen. Subventionen dürfen nur bei Beschäftigungserweiterungen vergeben werden. Der Staat wird aufgefordert, Kapitalbeteiligungen in stark subventionierten Sektoren zu erwerben, um dadurch seine beschäftigungsorientierte Politik besser durchsetzen zu können.

Dem DGB ist klar, daß in seinen Forderungen nicht nur Finanzierungsfragen angegangen werden. In ihnen sind zugleich Planungs- und Lenkungsfragen enthalten, an denen die Gewerkschaften entsprechend beteiligt sein wollen. Die Forderungen drücken konkret das Verlangen nach weitergehenden Regelungen der Produktion aus. Sie zeugen von der Einsicht, daß die Marktkräfte beständig das Grundrecht auf Arbeit in Frage stellen. Insofern hat der DGB im Vergleich zum letzten Bundeskongreß in seinen „Vorschlägen“ einen weiteren Schritt in Richtung auf eine bewußte gesellschaftliche Ausgestaltung der Produktion getan.

2. Die Politik des DGB

Die historische Wende in der Mitgliederentwicklung des DGB ab Anfang der 70er Jahre verweist auf die gestiegene Bedeutung der kollektiven Organisation der Lohnarbeiter in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Zwar waren die Gewerkschaften immer als nicht mehr zu eliminierender Faktor des sozialen Lebens von den arbeitenden Klassen in ihrer Gesamtheit anerkannt, dennoch hatte seit Anfang der 50er Jahre die persönliche Distanz gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation in breitem Umfang zugenommen, eine Bewegung, die sich aus der Erfahrung des ersten manifesten Wirtschaftseinbruchs 1966/67 sogar noch vertiefte. Die Entwicklung der sozialen Antagonismen in der Bundesrepublik hat seitdem die Einsicht verbreitet, daß die Lohnarbeiter nur durch die Macht ihrer Zahl ihr gesellschaftliches Geschick verbessern können. Sie hat zugleich zu verstärkten Anstrengungen der Gewerkschaften geführt, trotz hoher Fluktuationsraten auf dem Arbeitsmarkt den organisatorischen Zusammenhalt zu sichern und auszubauen.

Die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen haben das gesellschaftspolitische Selbstverständnis der Gewerkschaften nicht unberührt gelassen. Schien es Mitte der 60er Jahre so, als seien die traditionellen Aufgaben der Gewerkschaften endgültig gelöst und als könnte sich die gewerkschaftliche Organisation nur durch die Hinwendung zu neuen Betätigungsfeldern ihre Legitimation erhalten, so sind in der Folge die gewerkschaftliche Schutz- und Gestaltungsfunktion wieder in den Vordergrund gerückt worden.

1971 – 1974: Mit der Sozialdemokratie für soziale Reformen

Seit 1968 können außerordentliche Erfolge bei der Hebung und Sicherung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnarbeiter erzielt werden. Der DGB vermag wachsenden politischen Einfluß auszuüben und hofft, über die sozialliberale Koalitionsregierung die Politik der sozialen Reformen vorantreiben zu können. An dieser Orientierung ändert auch der sehr bald einsetzende Vertrauensschwund der Bevölkerung nichts; der antigewerkschaftlichen Kampagne unter dem Schlagwort vom ‘Marsch in den Gewerkschaftsstaat’ versucht man durch eine verstärkte Mobilisierung für soziale Reformen zu begegnen.

Mit dem Regierungsantritt der SPD/FDP-Koalition verbinden die Gewerkschaften die Erwartung, grundlegende soziale Reformen zugunsten der arbeitenden Klassen durchsetzen zu können. Materielle Grundlage dieser Hoffnung auf wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ist das beschleunigte wirtschaftliche Wachstum Anfang der 70er Jahre. Wirtschafts-

politische Zielvorstellung ist die Verstetigung des Wachstums auf hohem Niveau. Gerade die schnelle Überwindung der Rezession 1966/67 erscheint als Beweis für die weitere Expansionsfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, wobei durch den Druck der kollektiven Organisation der Lohnabhängigen schon die entsprechende soziale Ausgestaltung des gesellschaftlichen Organismus zu realisieren sei.

In den Jahren von 1969 bis 71 gelingt es im allgemeinen Aufschwung, die in der Rezession verschlechterte Verteilungsrelation von Lohn und Profit zugunsten der Lohnarbeiter zu verändern. Als die Kapitalisten in der Folge der 1971 einsetzenden Wachstumsabschwächung einen massiven Angriff auf die Lebenslage der arbeitenden Klassen starten, setzen sich diese entschieden zur Wehr. Auf die größten Streikaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik antworten die Kapitalisten mit einer bis dahin noch nicht angewandten Waffe, der massenhaften Aussperrung in nicht bestreikten Tarifgebieten. Erklärtes Ziel ist, die Streikkassen möglichst schnell zu erschöpfen und die Gewerkschaften finanziell zu ruinieren. Zunächst assistiert die Bundesanstalt für Arbeit dieser Absicht und verweigert den Ausgesperrten das Arbeitslosengeld. Erst durch massiven gewerkschaftlichen Druck kann die Auszahlung der Gelder erzwungen werden.

In den Jahren 70 bis 74 verzeichnet die Gewerkschaftsbewegung ihre größten sozialpolitischen Erfolge. Viele heute schon fast selbstverständliche Regelungen der Arbeits- und Lebensbedingungen, um deren Durchsetzung zum Teil schon jahrzehntelang gerungen wurde, werden in dieser Zeit Gesetz. Die bis dahin nur für Angestellte gültige 6-wöchige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird endlich auch auf die Arbeiter ausgedehnt. Ferner wird die zweite Rentenreform verabschiedet, die u.a. die flexible Altersgrenze und Rente nach Mindesteinkommen enthält. Außerdem passieren das Rehabilitations- und Familienlastenausgleichsgesetz die Gesetzgebung, sowie das Gesetz zur Verbesserung der Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Darin wird die Aussteuerung aus der Krankenhauspflege beseitigt; Zahlung von Krankengeld bei Verdienstausschlag wegen Betreuung eines kranken Kindes festgelegt und die Krankenscheinprämie wieder abgeschafft. Zum Schutz der Einkommensansprüche der Lohnabhängigen bei Firmenpleiten wird das Konkursausfallgesetz in Kraft gesetzt. Das Arbeitslosengeld wird von 62,5 % auf 68 % angehoben. Insgesamt können die Gewerkschaften eine erhebliche Ausweitung der gesellschaftlichen Fonds zur Reproduktion der Arbeitskraft durchsetzen.

Auch auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung verzeichnen die Gewerkschaften Erfolge. 1975 ist die 40-Stunden-Woche für 91 % aller von Tarifverträgen erfaßten Beschäftigten ausgehandelt. Einen Tarifyurlaub von mindestens 4 Wochen erhalten 85 % aller abhängig Beschäftigten. Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer ab einem bestimmten Alter und entsprechender Betriebszugehörigkeit ist für 32 % der Arbeitnehmer vereinbart.

Der gewerkschaftliche Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und Schutz gegen die übermäßige Vernutzung der Arbeitskraft kulminiert in der Forderung nach 'Humanisierung der Arbeit'. Damit reagieren die arbeitenden Klassen auf die seit Mitte der 60er Jahre zunehmende Intensivierung der Arbeit und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Der Kampf gegen die zunehmende Auspressung der Arbeitskraft wird an der Tariffont und auf parlamentarischem Gebiet geführt. Der Forderung nach besserem Schutz der Arbeitskraft kann sich schließlich auch der Gesetzgeber nicht entziehen. Im Sozialbericht von 1973 wird die Humanisierung der Arbeit als eine zentrale Aufgabe der Sozialpolitik anerkannt. Von 1968 bis 75 werden eine Reihe von Gesetzen zum Schutz der Arbeitskraft erlassen: Maschinenschutzgesetz; flexible Altersgrenze im Rahmen der Rentenreform (deren massenhafte Inanspruchnahme trotz geringerer Rentenansprüche Ausdruck des hohen Verschleiß-

grades älterer Arbeitnehmer ist); Arbeitssicherheitsgesetz; Schwerbehindertengesetz; Arbeitsstättenverordnung und das Jugendarbeitsschutzgesetz.

Die Selbsteinschätzung der Gewerkschaften und insbesondere ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie ist in diesen Jahren wesentlich von durch die in großer Zahl verabschiedeten Schutzgesetze bestimmt. Auf der Basis der erreichten Verbesserungen der Lebenslage des einzelnen Arbeitnehmers steht weiter die Reform unserer Gesellschaft als gewerkschaftliche Aufgabe im Mittelpunkt. „Angelpunkt dieser Reform . . . wird die Ausweitung der Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer und der Aufbau eines umfassenden Mitbestimmungssystems sein, das alle Entscheidungsebenen einbeziehen wird. Neben einer umfassenden Sozialreform zur Verbesserung der Arbeits- und Sozialrechte gilt es, die Bedeutung öffentlicher Aufgaben und den Vorrang gesellschaftlicher Bedürfnisse vor privaten Interessen ins allgemeine Bewußtsein zu rücken“ (Vetter 1971).

Trotz der anlaufenden antigewerkschaftlichen Kampagne und trotz der sich abzeichnenden Schwierigkeiten mit dem Mitbestimmungsgesetz ist der DGB überzeugt, daß die Politik der sozialen Reformen fortgesetzt werden kann. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten erscheinen in gewisser Weise als heilsamer Schock, durch den „die Interessen und Konflikte unserer Gesellschaft deutlich in unser Bewußtsein gebracht wird. Das ist ganz sicher un bequem, aber wir haben uns durch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg große Freiräume geschaffen, in denen die Interessen ausgeglichen und Konflikte ausgetragen werden können, ohne die Existenz unserer Gesellschaft zu gefährden ... Wir haben in den bald 25 Jahren seit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine große Zahl von Forderungen durchsetzen können. Die Rechte der Arbeitnehmer sind entscheidend erweitert und der Lebensstandard beachtlich erhöht worden, so daß wir jetzt stärker von der Quantität des Erreichten und noch Erreichbaren auf die Qualität des Lebens setzen können.“ (Vetter 1974)

DGB-Gewerkschaften und lohnabhängige Mittelklassen

Der Umfang und das Ausmaß, in dem Lohnabbau und soziale Demontage durchgesetzt werden können, hängt ab vom Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital. Das Gewicht, das die arbeitenden Klassen in die Waagschale werfen können, hängt wesentlich von der Einheitlichkeit und Geschlossenheit ihres Vorgehens ab. In Anbetracht der Entwicklung der Klassenverhältnisse der modernen bürgerlichen Gesellschaft geht es dabei vor allem darum, die lohnabhängigen Mittelklassen und die höher qualifizierten und besser bezahlten Teile der Lohnarbeiter des Kapitals in die Einheitsgewerkschaft zu integrieren.

1. Staatsbeschäftigte und gewerkschaftliche Organisation

Gewerkschaftliche Aktivitäten innerhalb der Reihen der Staatsbeschäftigten sind längst zum Charakteristikum des entwickelten bürgerlichen Staates der Bundesrepublik geworden. Über 2 Millionen Mitglieder innerhalb jener DGB-Gewerkschaften, die ausschließlich oder vorwiegend Lohnabhängige des Staates organisieren, sind ein deutlicher Beweis dafür, daß auch in diesem Sektor der Eintritt in die Gewerkschaften mehr und mehr als zwingende Notwendigkeit erkannt wird, um die im Gefolge zunehmender Zerrüttung der

ökonomischen Basis auftretende Verschlechterung der sozialen Existenzbedingungen für einen wachsenden Teil auch der Staatsbeschäftigten abzuwehren. Über 210 Tausend Staatsbeschäftigte traten zwischen 1968 und 1975 einer der DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bei: im 5. Nachkriegszyklus (1968-71) waren es 94 Tausend, was einer absoluten Zunahme von 5,2 % entspricht, im 6. Zyklus (1972-75) mehr als 116 Tausend (+6 %).

Die Vorstellung vom nichtstuenden bürokratischen Beamten als Sinnbild des Staatsbeschäftigten schlechthin — Reflex der besonderen Verhältnisse dieses Landes, in dem eine längere Phase ökonomischer Prosperität und liberaler Herrschaftsform auch eine solche Stereotype aufkommen ließ — wird durch die wirkliche Entwicklung im Staatssektor allmählich korrigiert. Stellenstopp, Rücknahme von Arbeitszeitverkürzungen und Gleitzeitregelungen, Reallohnseinbußen und vermehrte Arbeitshetze entkleiden die Staatsfunktionen ihres mystischen Heiligenscheins und lassen deren Verrichtung auch im Bewußtsein eines zunehmend größeren Teils der Masse der Staatsbeschäftigten selbst als das erscheinen, was sie ist — Lohnarbeit.

Gegenüber der Masse der Lohnarbeiter des Kapitals befinden sich die Staatsbeschäftigten dennoch in Sonderstellung. Sie sind durchweg nicht direkt und *unmittelbar* in den zyklischen Entwicklungsprozeß des Kapitals einrangierte; die Ebbe- und Flutperioden der kapitalistischen Akkumulation erfahren sie nicht als Lohnraub und Arbeitslosigkeit, sondern nur sehr vermittelt dadurch, daß sinkende Steuereinnahmen periodisch zu einer Abflachung der Einkommenssteigerungen und zu einem geringeren Personalzuwachs führen. Sie beziehen — egal ob Arbeiter, Angestellter oder Beamter — *abgeleitete Einkommen*, die im wesentlichen aus dem Steuereinkommen des Staates fließen. Der Fonds, der sie ernährt, ist nicht das Produkt ihrer eigenen Arbeitsverausgabung, sondern er wird gebildet durch Abzweigungen aus den Originaleinkommen der beiden antagonistischen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, aus dem Einkommen der Lohnarbeiter des Kapitals einerseits, aus dem Mehrwert, den die besitzenden Klassen unter sich verteilen, andererseits.

Betrachtet man die gewerkschaftlichen Bastionen bei den Lohnabhängigen des Staates, so ergibt sich, daß 1971 37 % aller Staatsbeschäftigten in der Bundesrepublik in einer der Gewerkschaften organisiert sind. Ihr Organisationsgrad ist damit höher als der durchschnittliche Organisationsgrad aller abhängig Beschäftigten (1971: 30,4 %). 3 von 4 lohnabhängigen Arbeitern, jeder dritte Beamte und jeder 5. Angestellte beim Staat tragen in diesem Jahr das Mitgliedsbuch einer dieser Gewerkschaften mit sich.

Die konstatierbaren absoluten Zuwachsraten bei den gewerkschaftlich Organisierten halten in dem hier betrachteten Zeitraum des 6. Zyklus aber noch keineswegs Schritt mit dem kontinuierlichen, relativ größeren Wachstum der Staatsbeschäftigten insgesamt. Dem zum Teil erheblichen personellen Ausbau in den Institutionen zur geistigen Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft und der sozialen Sicherung (Bereich B) sowie des materiellen Repressionsapparates und der zentralen Staatsbürokratie (Bereich A) steht ein relativ geringeres Wachstum der Zahl der im DGB organisierten Beschäftigten dieser Bereiche gegenüber. Wenn auch im Bereich C, dem Sektor der vorwiegend auf industrieller Stufenleiter betriebenen Staatsbetriebe, bei kontinuierlichem Rückgang der dort Beschäftigten die Organisationsquote der Lohnabhängigen durchweg ansteigt, ist die relative Organisationsbereitschaft der Gesamtheit der Lohnabhängigen des Staates im 6. Nachkriegszyklus doch leicht zurückgegangen. Lediglich im Jahre 1974 läßt sich ein leichter Anstieg in der Organisationsquote feststellen, insofern die Gewerkschaften einen Mitgliederzuwachs um 70 Tau-

send verzeichnen (+4,1 %), während die Zuwachsrate bei den Staatsbeschäftigten auf 1,2 % rückläufig ist.

Tabelle 4

Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades der aktiven Staatsagenten (1971 bis 1976)

	Aktive Staatsagenten	Veränd. in %	im DGB Organisierte	Veränd. in %	Org.grad
1971	4 457		1 651		37,0
1972	4 593	+ 3,1	1 685	+ 2,1	36,7
1973	4 720	+ 2,8	1 711	+ 1,5	36,3
1974	4 777	+ 1,2	1 781	+ 4,1	37,3
1975	4 872	+ 2,0	1 783*	+ 0,1*	36,6*
1976	4 879	+ 0,1	1 775	- 0,4	36,4

* geschätzt

Erfolge im Ausbau ihres organisatorischen Terrains gerade in den Bereichen, die aus der bürgerlichen Form der Produktion entspringen (Bereich A), werden in den kommenden Jahren in doppelter Hinsicht entscheidenden Stellenwert für die sich bereits heute ankündigenden und fortschreitend verschärfenden Klassenausinandersetzungen erlangen. Zum einen werden durch die im Gefolge veränderter Akkumulationsbedingungen des Kapitals in der Bundesrepublik aufgetretene Krise der Staatsfinanzen die Versuche an Intensität und Wucht zunehmen, neben bestimmten Sektoren bei Post und Bahn — etwa dem Busverkehr — auch in Bereichen der kommunalen Betriebe und Infrastruktureinrichtungen durch Rationalisierung und Reprivatisierung Arbeitskräfte einzusparen und Druck auf die Beschäftigten zu vermehrter Arbeitsverausgabung auszuüben. Im Sektor Gesundheitsversorgung und den Ausbildungsinstitutionen werden sich die zum Teil schon heute katastrophalen Arbeitsbedingungen eines Großteils der Beschäftigten infolge von Stellenstopp, Rücknahme von Arbeitszeitverkürzungen, Leistungseinschränkungen etc. weiter verschlechtern. Wenn hier die Tendenz zum Beschäftigungsabbau auch noch nicht so eindeutig ist, wird in diesen „Dienstleistungs“-Bereichen die Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, den von ihr selbst hervorgebrachten Mißständen — ‘Schülerberg’ und Bildungsmisere, Krise des Systems der sozialen Sicherung, sprunghafter Anstieg des Heeres der Sozialhilfeempfänger etc. — wirksam begegnen zu können, zunehmend greller ans Tageslicht treten; Vermehrung des sozialen Konfliktstoffs, der Arbeitshetze, des Überstunden-drucks, der Konkurrenz untereinander — dies werden einige der unvermeidlichen Resultate sein, in denen diese Unfähigkeit für mehr und mehr Teile der in diesen Sektoren Beschäftigten handgreiflich wird.

Welches Gewicht die Gewerkschaften beim Versuch der Abwehr dieser Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen zunehmend größerer Teile der Lohnabhängigen des Staates in die Waagschale werfen können, wird hier in hohem Maße davon mitbestimmt werden, inwieweit es ihnen gelingt, größere Teile von bislang abseits stehenden Kollegen in ihre Reihen zu ziehen, d.h. von spürbaren Erfolgen in der Verbreiterung der eigenen organisatorischen Basis. Die in jüngster Zeit sich beschleunigende Hinwendung von Kollegen insbesondere des Gesundheitswesens, im Sektor Sozialarbeit und im Schulbereich zu gewerkschaftlicher Organisation deuten darauf hin, daß die Lohnabhängi-

gen angesichts der kommenden Auseinandersetzungen bereits in zunehmendem Maße organisatorische Verteidigungslinien aufbauen.

Zum anderen richten sich die Bemühungen zur Rücknahme einmal erkämpfter Positionen in diesem Lande gleichermaßen gegen die von der Arbeiterklasse errungenen *politischen Rechte*. Berufsverbote, Antiterrorgesetze, die Verschärfung von Strafrecht und Strafprozeßordnung, Polizeirechte, Einschnürung gewerkschaftlicher Rechtspositionen etc. sind nur einige Indizien dieser Entwicklung. Zusammen mit dem rasanten materiellen und personellen Ausbau des staatlichen Repressionsapparates, der Zentralisierung und Modernisierung von Polizei, Militär, Justiz und Geheimdiensten sind die Angriffe auf die *civil rights* der arbeitenden Klassen unverkennbar. Sie werden vor dem zentralen Mittel der Behauptung dieser Rechte, den Gewerkschaften selbst, nicht haltmachen.

Der im März vollzogene Anschluß der Deutschen Polizeigewerkschaft mit ihren 140 000 Mitgliedern an den DGB ist ein Anzeichen dafür, daß auch in den Funktionsbereichen des Staates, die allein dem bürgerlichen Charakter der Produktionsverhältnisse entspringen und im Kern nur der Aufrechterhaltung der gegebenen Struktur der Reichtumsproduktion dieses Landes dienen, Tendenzen zur Aufhebung bislang trennender Schranken unter den hier Beschäftigten stattfinden. Daß sich gerade jene Organisation, die die Masse der Bereitschaftspolizisten, Streifengänger und Verkehrspolizisten organisiert — ganz im Unterschied zur Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB), zum Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) oder gar der 'Interessengemeinschaft gehobener Dienst Polizei', welche allesamt den Sonderstatus der höheren Ränge verteidigen —, in die allgemeine gewerkschaftliche Bewegung integriert, ist kein Zufall. Die Verallgemeinerung der Lohnarbeit auch in diesem Sektor hat der Masse der Polizeibeamten niedrige Posten (einfacher Dienst etc.) und durchschnittliche Einkommen beschert, welche eher denen der Beschäftigten bei Bundespost und Bundesbahn vergleichbar sind, als denen anderer beamteter Funktionäre der Staatsorgane. Auch für diesen Teil der lohnabhängigen Staatsbeschäftigten drückt sich die privilegierte Situation immer mehr nur noch in ihrem mit dem Beamtenstatus gegebenen relativ sicheren Arbeitsplatz aus und damit in einer größeren Sicherheit der Lebenslage für sie und ihre Angehörigen.

Die vollzogene Integration der GdP in den Deutschen Gewerkschaftsbund erlangt ihre Bedeutung nicht nur im Hinblick auf die stattfindende Verbreiterung des Organisationsterrains der Einheitsgewerkschaft; die gewerkschaftliche Organisation der beamteten Staatsbeschäftigten im Funktionsbereich A erhöht sich von unter 10 % auf ca. 23 %, die Organisationsquote aller Lohnabhängigen in diesem Funktionsbereich von ca. 20 % auf fast 27 %. Daß diese Integration der GdP in die allgemeine Gewerkschaftsbewegung explizit im Bewußtsein auch der Notwendigkeit des „Abbaus der traditionellen Gegensätze zwischen Arbeiterbewegung und bewaffneter Macht in diesem Lande“ (H.O. Vetter) vollzogen wird, mithin auf eine Rücknahme der fortschreitenden Verselbständigung der Exekutive abzielt, unterstreicht ihren gleichzeitigen Stellenwert im Kampf um die Verteidigung der bürgerlichen Rechte; sie stellt *einen* Erfolg dar im Kampf gegen Bemühungen, die Beschäftigten der Bereiche des materiellen Unterdrückungsapparats unter Hinweis auf Treuepflicht und Alimentationsprinzip zu tatkräftiger Unterstützung einer autoritären, polizeistaatlichen Entwicklung des politischen Systems der Bundesrepublik zu verpflichten.

Umso wichtiger wird dieser Erfolg, als mit den Angriffen auf grundlegende Rechte der Lohnabhängigen zugleich Versuche einhergehen, spezielle Sonderorganisationen im Staatsbereich — insbesondere den Deutschen Beamtenbund — durch die Reaktivierung von Standes- und Klassenvorurteilen zu beleben und zu stärken. Im Resultat von Verschlechte-

rungen der Arbeitsbedingungen, zunehmendem Konkurrenzdruck Unbeschäftigter, verstärkter Gesinnungsschnüffelei, Einschüchterungsversuchen und Verfolgungen fortschrittlicher Lehrer haben sich 1976 bislang selbständige Lehrerverbände auf die Seite der Repression geschlagen und dem 'staatstragenden' Deutschen Beamtenbund angeschlossen. Nach Jahren der Stagnation bzw. des Rückgangs des Organisationsgrades der von ihm repräsentierten Staatsbeschäftigten weist der DBB damit erstmals wieder Mitgliederzuwachs (1976/75: +11 %) und steigenden Einfluß auf. Obwohl seit dem 3. Nachkriegszyklus (1959-63) eine Tendenz zur Hinwendung immer größerer Teile auch der Beamten in die gemeinsame Organisation mit den Angestellten und Arbeitern unverkennbar ist — in jenem Zeitraum waren von den organisierten Beamten 61 % Mitglieder von Beamtenorganisationen und 39 % DGB-Mitglieder, im Durchschnitt des 6. Zyklus waren es 51,8 % in ersteren und schon 48,2 % Mitglieder im DGB —, und die Kräfte der reaktionären, staatstragenden Standesorganisationen zurückgedrängt werden konnten, sind bis zur Integration der GdP in den DGB doch immer noch knapp mehr als die Hälfte der organisierten Beamten Mitglieder des Beamtenbundes. Mit der Aufnahme der GdP ist erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik der DGB mit 840 000 Mitgliedern führend in der Organisation der Beamten. Jeder neue Erfolg im Einbezug weiterer Teile der Lohnabhängigen des Staates in den DGB stellt nicht nur einen Sieg dar gegenüber Versuchen, den DBB zur Billigung des weiteren Abbaus bürgerlicher Rechte zu gewinnen, sondern schränkt zugleich den Aktionsradius jener konservativ-reaktionären Beamtenverbände ein, innerhalb dessen diese zum Vehikel einer solchen Entwicklung werden könnten.

2. Wohin steuert die DAG ?

Die Angestellten sind in der Bundesrepublik außer in den Einzelgewerkschaften des DGB in der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) organisiert, die sich selbst als Gewerkschaft versteht, allerdings nicht bereit ist, das Prinzip: Ein Betrieb — eine Gewerkschaft anzuerkennen, auf der separaten Organisation der Angestellten beharrt und deshalb bei der Gründung des DGB 1949 nicht in die Einheitsgewerkschaft integriert werden konnte und wollte. Trotz der organisatorischen Trennung haben DGB und DAG im Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik in den meisten gesellschaftspolitischen Fragen gemeinsame Positionen bezogen.

Die Aufkündigung gemeinsamer Tarifverhandlungen von ÖTV und DAG mit den öffentlichen Arbeitgebern 1976 markiert für die Öffentlichkeit sichtbar einen seit einigen Jahren laufenden Prozeß der Auseinanderentwicklung von DGB und DAG. Anlaß ist die Weigerung der DAG, eine Festgeldforderung in der Tarifrunde dieses Jahres mitzutragen. Damit ist auch im letzten wesentlichen Bereich der Tarifzusammenarbeit, im Öffentlichen Dienst, die Trennung vollzogen.

Die DAG sucht und findet daraufhin anderswo neue „Bündnispartner“: Sie bildet gemeinsam mit Abteilungen des Deutschen Beamtenbundes, der christlichen Gewerkschaften und dem Marburger Bund eine „Tarifgemeinschaft“, die sich in der Folgezeit als „Anti-DGB-Kartell“ einen Namen macht. Diese Entwicklung erscheint zunächst überraschend, hatten doch noch zu Beginn der 70er Jahre auf höchster Ebene Verhandlungen zwischen DGB und DAG über die Aufnahme der DAG in den Deutschen Gewerkschaftsbund stattgefunden.

Hintergrund dieser Verhandlung war u.a. die Einschätzung, daß die programmatischen Differenzen zwischen den beiden Gewerkschaften nicht unüberbrückbar seien. Diese Verhandlungen scheitern schließlich an der hartnäckigen Weigerung der DAG, ihre eigenständige Existenz als Angestelltengewerkschaft bei einem Eintritt in den DGB aufzugeben: „Eine Fusion der DAG mit dem DGB oder den DGB-Gewerkschaften, die eine Auflösung der DAG bewirkt, kommt für die DAG nicht in Betracht und darüber verhandelt sie auch nicht . . . Das Bekenntnis des 10. DAG-Bundeskongresses zur Solidarität aller Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften gilt uneingeschränkt, und die DAG-Mitglieder sind sich ihrer Arbeitnehmerposition bewußt. Angestellte aber haben viele spezielle Probleme und Interessen, die sie selbst vertreten wollen. Diese Vertretung gewährleistet die DAG als unabhängige Einheitsgewerkschaft.“ (Fortschritt für die Angestellten durch eigene Kraft — Tätigkeitsbericht 1971 bis 1975 vorgelegt dem 11. Bundeskongreß.) Wie honorieren die Angestellten in der BRD diese deutliche Orientierung auf ihre 'ureigensten' Interessen ?

Die Mitgliederentwicklung zeigt ein für die DAG trübes Bild: Während die Zahl der insgesamt beschäftigten Angestellten seit Beginn des 5. Zyklus (1968) von 7,3 auf 9 Mio. zu Beginn des 7. Zyklus (1976) zunimmt, was einer Steigerungsrate von 24 % entspricht und der Anteil der Angestellten an den abhängig Beschäftigten von 34,1 auf 40,7 % steigt, stagnieren die Zahlen der in der DAG organisierten Angestellten im gleichen Zeitraum. Dies ist nun keineswegs auf eine stagnierende Organisationsbereitschaft der Angestellten überhaupt zurückzuführen — im Gegenteil: Die Zahl der im DGB organisierten Angestellten steigt im betrachteten Zeitraum von 896 Tausend auf 1.4 Millionen, was eine Steigerungsrate von über 60 % ausmacht. Die DAG hingegen kann, wenn man die Jahre 1968 und 1976 vergleicht, ihre Mitgliederzahl von 471 Tausend auf 472 Tausend erhöhen, was einer Steigerungsrate von 0,2% in 9 Jahren entspricht. Insgesamt resultiert aus dieser Entwicklung eine Kräfteverschiebung zugunsten des DGB, so daß dieser seinen Anteil an den gewerkschaftlich organisierten Angestellten von 1968 58,6 % auf 72,9 % in 1976 ausdehnen kann, während der Anteil der in der DAG Organisierten von 36,8 % auf 26,3 % zurückgeht. Von der Gesamtheit der Angestellten sind 1968 12,3 % im DGB und 6,4 % in der DAG organisiert, für 1976 betragen die Raten 15,9 % und 5,2 %. Bei diesen Daten muß ferner berücksichtigt werden, daß die DAG in diesen Bereichen, in denen überwiegend Angestellte beschäftigt sind, auch Arbeiter und Beamte organisiert.

Tabelle 5
Die Mitgliederentwicklung in der DAG (in Tsd.)

	Insgesamt von:	Kaufm. Angest.	Bank+ Sparkassenangestellte	Versicherungen	Öffentl. Dienst	techn. Angest.	Meister	Schiffahrt	Bergbau
1968	471	188	39	29	103	63	29	10	10
1969	468	184	40	29	103	64	27	10	10
1970	461	181	42	30	98	64	27	10	10
1971	470	177	46	30	106	64	25	11	10
1972	469	177	46	30	106	65	24	12	9
1973	463	174	45	30	107	64	23	11	9
1974	472	176	46	31	114	64	22	10	9
1975	470	176	45	31	118	62	20	10	8
1976	472	177	44	30	124	60	19	10	8

Hinter dieser Entwicklung verbergen sich indes in einzelnen Bereichen unterschiedliche, z.T. gegenläufige Entwicklungen. Um diese erklären zu können ist es zunächst nötig, die Rubrik der Angestellten näher zu charakterisieren und auf dieser Basis dann diejenigen Teile der Angestellten zu erfassen, die das Rekrutierungsfeld für die DAG darstellen. Die Angestellten in der BRD arbeiten überwiegend in drei Bereichen:

- beim kommerziellen Kapital überwiegend als kaufmännische Angestellte, die in ihrer Mehrzahl dem unproduktiven Teil der Arbeiterklasse zuzurechnen sind.
- im öffentlichen Dienst als Lohnabhängige außerhalb des Kapitalverhältnisses; dieser Teil der Angestellten ist der produktiven Gesamtarbeiterschaft zuzuordnen.
- in der Industrie sind es vor allem technische Angestellte und Meister, also die qualifizierten der Lohnabhängigen Mittelklassen zuzuordnen.

Aus diesen Bereichen rekrutieren sich auch die DAG-Mitglieder: Fast 2/3 aller DAG-Mitglieder stammen aus den Bundesberufsgruppen „kaufmännische Angestellte“ und „öffentlicher Dienst“, wobei sich in diesen beiden Bereichen allerdings gegensätzliche Mitgliederbewegungen konstatieren lassen. Die Zahl der kaufmännischen Angestellten in der DAG geht seit 1968 bis 1976 auf 177 Tausend, um fast 6 % zurück, während die Zahl der Angestellten im öffentlichen Dienst auf 124 Tausend oder um 20 % ansteigt. Der öffentliche Dienst ist allerdings die einzige Gruppe neben Banken/Sparkassen, in denen die Mitgliederzahl ansteigt. Die Bereiche Handel, Banken, Versicherungen zusammengenommen sanken bei der DAG insgesamt von 256 Tausend auf 251 Tausend, während die konkurrierende DGB-Gewerkschaft HBV innerhalb der letzten 10 Jahre um über 170 Tausend Mitglieder anwuchs und 1976 285 Tausend Mitglieder organisiert hat.

Es ist also festzustellen:

Zum einen ein starker Zuwachs für die DGB-Gewerkschaften aus den traditionellen Angestelltenbereichen bei gleichzeitigem Rückgang bzw. Stagnation der DAG-Mitgliederzahlen in diesen Bereichen innerhalb der letzten Jahre.

Zum anderen sind gerade die traditionellen Angestelltenbereiche: Handel und öffentliche Dienste (Ausnahme hier: Staatsbetriebe) diejenigen mit einem nach wie vor relativ geringen Organisationsgrad für den Deutschen Gewerkschaftsbund. In einzelnen dieser Bereiche kann die DAG ihre Stellung behaupten bzw. hat trotz Einflußverlust in letzter Zeit absolut noch eine starke Bedeutung (z.B. im HBV-Bereich noch fast ebensoviele Mitglieder wie die HBV).

Wie erklärt sich nun aber der Mitgliederschwund der DAG und der Anstieg der im DGB organisierten Angestellten ?

Die Entwicklung des Kapitals selbst bewirkt in der BRD eine Stärkung der Einheitsgewerkschaft. Im Verlauf der Nachkriegsentwicklung hat das Kapital die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Teile der Arbeiterklasse mehr und mehr angeglichen. Dies hat auch die Angestellten betroffen : Schon längst kann von privilegierter Stellung der Angestellten im Handel, was Lohnhöhe, Arbeitsbedingungen etc. betrifft, nicht die Rede sein; auch vor den Büros macht die Entwicklung hin zu industrieller Organisation nicht halt. Auf der anderen Seite ist es den Gewerkschaften in der Prosperitätsphase gelungen, die Vorteile des Angestelltenstatus auf große Teile der Arbeiter auszudehnen (z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, monatliche Entlohnung), so daß auch von dieser Seite her die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten abnehmen. Wenngleich die jeweilige Stellung der Lohnabhängigen im Produktionsprozeß weiterhin bestimmte Unterschiede innerhalb der Gesamtarbeiterschaft aufrechterhält, kann doch formuliert werden, daß die Gemeinsamkeit in

der Lebenslage der Arbeiterklasse das hervorstechende, die trennenden Unterschiede hingegen das verschwindende Moment in der Entwicklung der BRD darstellen.

Auf diesem Hintergrund wird deutlich, wo zur Zeit noch die Basis für die DAG liegt. Es sind dies diejenigen Teile der Angestellten, die sich entweder einbilden, eine privilegierte Stellung gegenüber den Arbeitern einzunehmen bzw. verteidigen zu können und diejenigen, die in der Tat noch einen individuellen Spielraum zur Verbesserung ihrer Lebenslage haben.

Die Stagnation in der Mitgliederentwicklung der DAG, sowie das mangelnde Engagement ihrer Mitglieder auch in finanzieller Hinsicht führt zu einer permanenten Finanzschwäche der DAG, die sich auch in der Reduktion ihrer Mitgliederzeitschriften bemerkbar macht und die Streikfähigkeit der DAG beeinträchtigt. Die DAG ist nicht in der Lage, ihre laufenden Ausgaben aus den Einnahmen zu decken und muß auf ihr ererbtes Vermögen zurückgreifen.

In dieser, für die Entwicklung der DAG bedrohlichen Situation, in der für die Mehrzahl der organisationsbereiten Angestellten eine *gewerkschaftliche* Orientierung nur noch durch den DGB geboten wird, bietet sich — bestärkt durch die allgemeine Verschärfung des sozialen Klimas in der BRD — die Profilierung im Gegensatz zum DGB als Ausweg an. Die DAG kehrt verstärkt ihre besondere Existenz gegenüber den oft beschworenen gemeinsamen Zielen in Vordergrund: „Der 11. DAG-Bundeskongreß 1975 hat dann die Weichen für einen neuen Kurs gestellt. Auf Drängen der DAG-Führung hat er das ... 1971 beschlossene gesellschaftspolitische Programm in einem zentralen Punkt geändert: er bewältigte den Widerspruch von Kapital und Arbeit, indem er ihn aus dem DAG-Programm strich. So grundlegend hatte sich in 4 Jahren die gesellschaftliche Wirklichkeit für die DAG geändert! Die weiteren Beschlüsse für den Kurswechsel der DAG ergaben sich fast von selbst: Absage an die Solidarität aller Arbeitnehmer, grundsätzliche Ablehnung gemeinsamer Tarifverträge für Angestellte und Arbeiter, Kampfansage an die Gewerkschaften des DGB.“ (ÖTV: Argumente und Materialien zur DAG).

In der Folge tritt die DAG vor allem durch Angriffe gegen den DGB öffentlich in Erscheinung. In der Warnung vor dem Marsch in den Gewerkschaftsstaat ist die DAG einig mit den Kapitalisten und dem Deutschen Beamtenbund. Diese Orientierung nach rechts ist verbunden mit illusorischen Einschätzungen über die Tarifaueinandersetzungen und die Möglichkeiten, Angestellteninteressen zu vertreten: „Der DGB hat den Anspruch aufgegeben, Politik für Angestellte zu machen, *weil* er Arbeitnehmerpolitik machen will ... Welche Vorteile haben die Angestellten, wenn es gemeinsame Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte gibt ? ...“

Wichtigster Partner der DAG ist die Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden im öffentlichen Dienst (GGVöD), die zwei Abteilungen des Christlichen Gewerkschafts-es zu Mitgliedern hat; beherrscht wird der Verband von der Gemeinschaft tariffähiger Verbände (GtV), der Angestellten- und Arbeiterorganisation des Deutschen Beamten-. Die GGVöD kam zustande „auf Rat der öffentlichen Arbeitgeber“, eine immerhin etwas seltsame Entstehung einer Arbeitnehmerorganisation. So seltsam allerdings auch wieder nicht, wenn man das Programm betrachtet: Fernziel ist die Übernahme aller öffentlicher Angestellten in das Beamtenverhältnis, Nahziel u.a. die Abschaffung des Streikrechts für alle öffentlich Bediensteten.

Diese Forderung dürfte der DAG gewissen Schwierigkeiten in der zukünftigen gemeinsamen Arbeit bringen, fordert sie doch das Koalitions- und Streikrecht für alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sowie die einheitliche Regelung aller Mitarbeiterver-

hältnisse durch Tarifverträge — ein Gegensatz, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Der dritte im Bunde ist der Marburger Bund (MB), der sich selbst als Ärztegewerkschaft bezeichnet, dem aber alle Eigenschaften einer Gewerkschaft fehlen. Er tritt nicht für das Streikrecht ein, „zumindest nicht im üblichen Sinne“, hat auch niedergelassene Ärzte, also Selbständige, zu Mitgliedern und erhebt einen für alle Mitglieder einheitlichen Jahresbeitrag, der je nach Bezirk unterschiedlich bei 90 bis 120 DM liegt. Zahlreich ist offenbar die Zahl der studentischen Mitglieder, da diese keinen Beitrag zu entrichten haben. Der Marburger Bund ist im wesentlichen nur eine Durchgangsstation für Studenten oder angestellte Ärzte bis zur Niederlassung als selbständiger Arzt. Die Gemeinschaft umfaßt nach eigenen Angaben 245 Tausend Mitglieder, davon 130 Tausend DAG, 117 Tausend GGVöD und 28 Tausend MB. (Zum Vergleich: 1976 gibt es in DGB Gewerkschaften über 1,3 Millionen Mitglieder im öffentlichen Dienst.) Zwar können in der Gemeinschaft Beschlüsse gegen die Stimme der DAG nicht gefaßt werden, andererseits kann z.B. ein Streikbeschluß nur von allen Organisationen gemeinsam gefaßt werden — d.h. die DAG kann nur streiken, wenn der Deutsche Beamtenbund dies ebenfalls will.

An der Zusammensetzung der Tarifgemeinschaft — des Anti-DGB-Kartells — zeigt sich deutlich, bei welchen Teilen der abhängig Beschäftigten noch eine Basis für eine Orientierung auf die „eigenständigen Angestellteninteressen“ im Gegensatz zu denen der Arbeiter besteht: Es sind dies die Teile der Beschäftigten, die entweder, wie z.B. angestellte Ärzte, aufgrund tatsächlicher Spielräume ihrer Individualität oder aufgrund ideologischer Vorurteile die Illusion hegen, ihre Lage für sich grundlegend verändern zu können; dies sind im wesentlichen die Angestellten im öffentlichen Dienst, die hoffen, zum Beamten „aufzusteigen“. Diese Lohnabhängigen können bei weiterer Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage in der BRD und der damit einhergehenden Verschärfung der Klassenkämpfe ein potentiell Reservoir für reaktionäre Orientierungen und Tendenzen darstellen.

Dem wird seitens des DGB durch eine Politik Rechnung getragen, die die verstärkte Mobilisierung der Angestellten für die Einheitsgewerkschaft zum Ziel hat. Diese Politik hat bereits Erfolge gehabt, die Angestelltenzahlen im DGB werden weiter wachsen. Die jüngsten Tarifkämpfe in der Metallindustrie zeigen dies, wo erstmals in der Geschichte der BRD Angestellte organisiert in Schwerpunktstreiks einbezogen wurden.

Gleichwohl wird sich der DGB gerade in den Bereichen Handel und öffentlicher Dienst, in denen der Organisationsgrad noch immer unterdurchschnittlich ist, verstärkt bemühen müssen, mehr Angestellte zu gewinnen.

Der DGB vor dem 11. Bundeskongreß

Die kümmerliche Wiederbelebung der Konjunktur in den Jahren 1975 und 1976 hat den arbeitenden Klassen in der Bundesrepublik eine bittere Lektion in puncto Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft erteilt. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit und Stagnation des Realeinkommens der abhängig Beschäftigten prägen das Bild auch in der Aufschwungphase des Zyklus. Das Netz der sozialen Sicherung reißt an allen Ecken und Enden. Das soziale Klima verschlechtert sich zusehends, Verschärfung des Leistungsdrucks in den Betrieben,

Aushöhlung der Tarifautonomie durch Vorgabe von Lohnleitlinien, Unterlaufen der Arbeitsschutzgesetze sind an der Tagesordnung.

Anfang 1977 hat erneut eine Phase der Stagnation und Rückläufigkeit der industriellen Produktion eingesetzt, der 7. Nachkriegszyklus der BRD-Wirtschaft wird zur Jahreswende 1978/79 in einer Rezession auslaufen. Die Situation hat sich gegenüber dem letzten Bundeskongreß 1975 grundlegend gewandelt. Gewiß, auch dieses Treffen stand im Zeichen der Krise und hoher Arbeitslosenzahlen. Dennoch konnten die Delegierten nach den Erfahrungen vorangegangener Rezessionen damit rechnen, daß mit dem Wirtschaftsaufschwung auch die sozialen Probleme wieder auf ein erträgliches Maß zurückgeschoben werden würden. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, wie sie seitdem in der Bundesrepublik und in den wichtigsten kapitalistischen Ländern abgelaufen ist, konnte damals undenkbar erscheinen.

Inzwischen ist für die Hoffnung, mit dem nächsten Aufschwung aller sozialen Sorgen ledig zu sein, kein Platz mehr. Die Gewerkschaften beginnen sich mit der Erkenntnis auseinanderzusetzen, daß die Massenarbeitslosigkeit ohne außerordentliche Anstrengungen nicht überwunden werden kann. Diese Einsicht gründet sich jedoch immer noch auf einer viel zu optimistischen Einschätzung des Ganges der ökonomischen Entwicklung. Veters Prognose für 1978, daß sich die Zahl der Arbeitslosen gegenüber 1977 nicht verringern wird, im Jahresdurchschnitt mit erneut rund einer Million Arbeitslosen zu rechnen sei, orientiert sich an Wunschvorstellungen.

Wenn sich die Delegierten des 11. Ordentlichen Bundeskongresses Ende Mai 1978 in Hamburg zusammenfinden, werden die Konturen der zukünftigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung noch schwach ausgeprägt sein. Die zurückliegenden Jahre der Krise haben dennoch schon heute den Blick frei gemacht für die Systemübel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Entgegen allen in der Blüteperiode der 'sozialen Marktwirtschaft' gereiften Erwartungen sind die elementaren Lebensgrundlagen der Arbeiterklasse erneut zum Spielball von Profitinteressen geworden. Statt dem konjunkturellen Auf und Ab entzogen zu sein, steht das Grundrecht auf Arbeit, Einkommen, menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, Bildung und Ausbildung im Zentrum der sozialen Auseinandersetzung. Ging es vor einigen Jahren um die Durchsetzung sozialer Reformen, um die politische Gestaltung einer Gesellschaft auf der Basis sozialer Gerechtigkeit, so sind die Gewerkschaften heute als unmittelbare Schutzorganisation der Lohnarbeiter gefordert, damit beschäftigt, Schutzwälle gegen Angriffe des Kapitals auf das Lebensrecht der arbeitenden Menschen zu errichten. Der Angriff auf die Lebensverhältnisse der Lohnarbeiter wird mit brutaler Wucht erfolgen, unter dem Druck der Masse der Unbeschäftigten wird die Arbeitslast der Beschäftigten nochmals gesteigert werden. Das System der Sozialen Sicherheit steht vor dem finanziellen Ruin, vor zwei bis drei Millionen Arbeitslosen wird der Spuk sozialdemokratischer Krisenverteilungsprogramme endgültig zerplatzen. Wie sich die Gewerkschaften der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen entgegenstellen, so werden auch die Versuche wachsen, Organisationsfreiheit und Tarifautonomie einzuschränken. Dieser Prozeß der Verschärfung der sozialen Auseinandersetzung muß auch das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie als derzeitiger politischer Agentur der Lohnarbeiter berühren. Er untergräbt die heute vorherrschenden ideologischen Positionen der Sozialen Demokratie und muß zu einer veränderten politischen Repräsentation der Lohnarbeiter führen. Wenn dies die Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung im nächsten Jahr sind, welche Ansätze gibt es in den Gewerkschaften, sich auf eine derzeitige Verschärfung der sozialen und politischen Auseinandersetzung vorzubereiten ?

1. Organisation der Arbeitslosen

Die Gewerkschaften erwarten die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung von einer besser koordinierten und wirksameren Wirtschaftspolitik, von Erfolgskontrollen bei der Vergabe staatlicher Subventionen und öffentlichen Auflagen für die Inanspruchnahme staatlicher Mittel durch die Unternehmen. Das mit einer vorausschauenden Strukturpolitik verbundene Programm öffentlicher Investitionen ist ferner mit besonderen Arbeitsförderungsmaßnahmen für die sogenannten Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt zu ergänzen.

Über diese wirtschaftspolitischen Forderungen hinaus steht im Vordergrund der Agitation des DGB die Abwehr diffamierender Angriffe auf die Arbeitslosen als Lernunwillige und Drückeberger. Die Rechtsschutzstellen des DGB verzeichnen bei einer insgesamt hohen Zuwachsrate von Kündigungsschutzklagen eine starke Zunahme krankheitsbedingter Kündigungen. „Ausländer trifft es allemal und zuerst (da sie öfter krank sind) ... An zweiter Stelle beim Rausschmiß stehen Hilfsarbeiter“ (Welt der Arbeit, 78/4/4). Die weiterhin hohe Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt führt zu einem gnadenlosen Ausleseprozeß, wobei in diesem Prozeß selbst auch immer die Möglichkeit der Aktivierung von Vorurteilen der Beschäftigten gegenüber den Unbeschäftigten gegeben ist. Unter diesen komplizierten Bedingungen stellt sich für die Gewerkschaften das Problem, die aus dem Arbeitsprozeß für kürzere oder längere Zeit Herausgeworfenen an die Organisation zu binden und in die kollektive Kampffront einzubeziehen.

Versuche, speziell für die Arbeitslosen Schulungsprogramme anzubieten und in den Gewerkschaftshäusern Versammlungsräume zur Verfügung zu stellen, sind erste Ansätze, über die eingefahrenen Formen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes hinaus den Zusammenhang zur Organisation sicherzustellen. In den Zentren der Arbeitsplatzvernichtung (Saarland, Küstenregionen) beginnen die Gewerkschaften zunehmend, die unmittelbaren Aktionsfelder — Betrieb, tarifvertragliche Auseinandersetzung — zu verlassen und in öffentlichen Demonstrationen für das Recht auf Arbeit einzutreten. Angesichts der beständigen Versuche, über die bürgerlichen Massenmedien Vorurteile zu schüren und Gegensätze zwischen ‘Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitsplatzsuchenden’ aufzubauchen, werden die Ansprüche an die gewerkschaftliche Organisation und speziell an die gewerkschaftliche Publizistik zur Sicherung eines systematischen Zusammenhangs zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten immer größer. Der Hinweis auf den ‘Sprengstoff, der in einem Heer verbitterter Dauerarbeitsloser steckt’ (Vetter), zielt auch auf die eigene Organisation.

Die Situation wird besonders dadurch erschwert, daß die Schwerpunktgruppen der Arbeitslosen: Frauen, Jugendlichen, ungelernte Arbeiter, Ausländer sich entweder noch in erheblicher Distanz zur gewerkschaftlichen Organisation bewegen oder aber Klassenvorurteile die Schaffung eines bewußten Zusammenhalts behindern. Gegenüber den Ausländern nehmen die Gewerkschaften bisher eine zwiespältige Haltung ein. Auf der einen Seite werden im Hinblick auf die Tarifikämpfe und die sozialen Auseinandersetzungen im Betrieb große Anstrengungen unternommen, eine einheitliche Kampffront von deutschen und ausländischen Arbeitern zu bilden. Der Anteil von Ausländern an den Vertrauensleuten konnte erhöht, ihre Beteiligung an der betrieblichen Interessenvertretung verbessert werden. Auf der anderen Seite wird der soziale Skandal, der sich in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Ausländerbeschäftigung abspielt, nur sehr zurückhaltend angeprangert, ja es werden Positionen vertreten, die objektiv die Kluft zwischen deutschen und ausländischen Lohnarbeitern vertiefen müssen. Ohne einen offensiven Kampf für soziale Integration, gegen die zunehmend brutalere Ausweisungspraxis der Ausländerbehörden

wird es mit Sicherheit nicht gelingen, eine einheitliche Front aller Lohnarbeiter aufrechtzuerhalten.

Angesichts der ohnehin geringen Organisationsbereitschaft jugendlicher Arbeitnehmer stellt die Einbeziehung von über 100 000 arbeitslosen Jugendlichen die Gewerkschaften vor schier unlösbare Probleme. In der gewerkschaftlichen Jugendarbeit geht es darum, von einer außerordentlich schmalen organisatorischen Basis her die Positionen unter der Arbeiterjugend zu halten und zugleich durch breite Massenarbeit einen erheblich größeren Teil der Jugendlichen anzusprechen als bisher. Nur wenn es gelingt, durch völlig neue Formen gewerkschaftlicher Aktivität, wie der Verlagerung der Ansprechphase in die Schulen und Berufsschulen, auch die noch gar nicht in den Arbeitsprozeß Integrierten für die kollektive Organisation zu gewinnen, kann der Kampf für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit mit den unmittelbar Betroffenen selbst geführt werden. *Nirgendwo sonst hat der DGB eine derart gravierende politische Niederlage hinnehmen müssen wie auf dem Gebiet der Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen.* Bei aller sich daraus entwickelnden Skepsis gegenüber der Politik der sozialliberalen Koalition werden die hier auf die Arbeiterbewegung zukommenden Probleme weiterhin unterschätzt, wird das gesellschaftliche Gewicht der organisierten Arbeitnehmer höchst unzulänglich in die Waagschale geworfen. Zwar hat der DGB in seinen Vorschlägen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung die Forderung aufgegriffen, in Groß- und Mittelbetrieben sowie in Verwaltungen Ausbildungsplätze in Höhe von 5 Prozent der Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Darüberhinaus haben sich in zunehmendem Maße betriebliche Interessenvertretungen in die Aktionen zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen eingeschaltet, ist versucht worden, tarifvertragliche Regelungen durchzusetzen. Dennoch wird die soziale Brisanz des massenhaften Einstromens von Jugendlichen in handwerkliche patriarchalische Verhältnisse, ihre verstärkte Ausbeutung und berufliche Dequalifizierung bei gleichzeitiger Distanzierung von den Zentren der organisierten Lohnarbeiter immer noch verharmlost. Um der Verantwortung für die nachrückende Arbeitergeneration wirklich konkret und nicht nur in blumigen Reden gerecht zu werden, wird der DGB auf allen Ebenen der Organisation seine Anstrengungen verstärken müssen !

2. Kampf gegen verschärften Leistungsdruck und Dequalifizierung

Die geschilderte Auswechslung von Exploitationsmaterial minderer Qualität ist nur die Spitze des Eisbergs der durch den Druck der industriellen Reservearmee erzwungenen Intensivierung der Arbeit. Anziehen der Leistungsschraube, Abstufung und berufliche Dequalifizierung sind in den Betrieben an der Tagesordnung. In den tarifvertraglichen Auseinandersetzungen erhalten die Forderungen nach Verdienstsicherung, nach Rationalisierungsschutz und nach Absicherung des Qualifikationsniveaus immer größeres Gewicht.

Das relativ hohe Lebensniveau der Lohnarbeiter in den zurückliegenden Prosperitätsphasen resultierte zum erheblichen Teil aus übertariflichen Zahlungen und aus Überstunden. Diese günstigen Möglichkeiten der Ausdehnung des Konsumtionsfonds haben sich erheblich verändert. Verrechnung der Tarifierhöhungen mit übertariflichen Zahlungen sowie der Abbau von Überstunden haben weite Teile der Lohnarbeiter auf das Niveau des gewerkschaftlich erkämpften Minimallohns (Tariflohn) heruntergedrückt. Unter dieser Perspektive ist die Erhöhung des Lebensniveaus nur über kollektive tarifver-

tragliche Regelungen möglich. Entsprechend groß ist die Kampfbereitschaft der gewerkschaftlichen Basis. Die breite Zustimmung zu Streiks dokumentiert den Willen der Lohnarbeiter zur Verteidigung einmal erreichter Lebensbedingungen.

Das Problem besteht allerdings darin, daß eine derartige tarifvertragliche Strategie überhaupt nur dort Aussicht auf Erfolg hat, wo die Gewerkschaften starke Positionen in den Betrieben einnehmen. Die Einschätzung, daß die Gewerkschaften gezwungen seien, tarifpolitische Strategien künftig stärker auf 'Kernbelegschaften' auszurichten, auf die sich die Personalplanung und -politik vor allem der Industrie konzentriert" (Die Quelle 77/9/358) benennt genau die Schwäche dieser Konzeption.

Wollen die Gewerkschaften die Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen nicht dem bewußtlosen Mechanismus der kapitalistischen Konkurrenz überlassen, einem Prozeß, durch den auch die besonderen tarifvertraglichen Regelungen selbst gefährdet sind, so werden sie über die tarifvertragliche Ebene hinaus allgemeinen, d.h. gesetzliche Regelungen zur Einschränkung des Leistungsdrucks, zum Schutz vor Dequalifizierung und zur Sicherung einmal erkämpfter Lebensbedingungen erzwingen müssen. Deshalb wird die Forderung nach einem Recht auf Arbeit, in der sich die für die Lohnarbeiter notwendigen Schutzgesetze zusammenfassen, immer dringender erhoben werden. Unter dem Druck, elementare Sicherungen ihrer Lebensexistenz durchsetzen zu müssen, werden auch die heute noch vorgebrachten Einwände über die mit der Er kämpfung des Rechts auf Arbeit verbundenen tiefen Eingriffe in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß als ideologische Flausen beiseitegeschoben werden.

3. Soziale Sicherung vor dem Ruin

Seit 1975 müssen alle Zweige des Systems der sozialen Sicherheit mehr oder weniger permanent saniert werden. Konnten zunächst durch gigantische Verschiebungen von Finanzmassen und umfangreiche Einsparungsprogramme die Maschen des Netzes notdürftig geflickt werden, so werden mit dem Rückgang des Wirtschaftswachstums und dem Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit in der nächsten Zukunft alle Stricke reißen. Noch ist das neueste Betrugsmanöver an den Rentnern nicht über die parlamentarischen Hürden gegangen, da sind in der Arbeitslosenversicherung riesige Defizite zu finanzieren.

Da insgesamt gesehen aus dem gesellschaftlichen Assekuranzfonds nicht mehr verteilt werden kann, als eingeht bzw. vorhanden ist, stand und steht der DGB selbstverständlich vor der Notwendigkeit, sich mit eigenen Vorschlägen an der Diskussion über Sanierungsprogramme zu beteiligen. Das immer schnellere Nachschieben immer neuer Sanierungsprogramme führt zu einem derartigen Vertrauensverlust an der Basis, daß die gewerkschaftliche Organisation gar nicht darum herum kommt, klare Positionen zu beziehen. Da zunehmend breitere Schichten der Lohnarbeiter mittelbar oder unmittelbar von der Krisenbewältigungsstrategie der Sozialdemokratie — Jeder ein bißchen, die sozial Schwächeren ein bißchen mehr — betroffen werden, muß der DGB gegen diese Politik immer entschiedener auftreten.

Um hier mit dem ganzen Gewicht der Organisation für sozial ausgewogene Sanierungsmaßnahmen eintreten zu können, müssen die Gewerkschaften freilich zunächst selbst mit sich ins Reine kommen. Die Einschränkungen in der sozialen Sicherheit haben bisher die verschiedenen Abteilungen der Lohnarbeiter höchst ungleich getroffen. Die ohnehin innerhalb des differenzierten Systems Privilegierten haben vergleichsweise am besten abge-

schnitten. Die in den Prosperitätsphasen wild ins Kraut geschossenen Sonderrechte für bestimmte, meist besserverdienende Personengruppen, die damals zum Zwecke der sozialen Befriedigung noch ausgeweitet wurden, stehen zunehmend zur Disposition. Daß die Forderung des 12. Gewerkschaftstages der IG Metall 1977 nach einer Einheitsversicherung für die Gesundheitsfürsorge ein mittelschweres Erdbeben im DGB auslösen konnte, macht das Gewicht der zentrifugalen, korporativen Tendenzen innerhalb der arbeitenden Klassen der Bundesrepublik deutlich. Wegen der vor der Tür stehenden weiteren Einschränkungen in der Sozialversicherung ist der Druck auf die beschleunigte Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms sehr stark. Insofern die Sonderrechte in der Sozialversicherung ein wesentlicher Bezugspunkt für das Fortvegetieren tradierter Bewußtseinsformen von Beamten, Angestellten und verschiedenen bessergestellten Arbeitergruppen darstellen, selbst dort, wo sie mehr oder weniger formell geworden sind, liegt in dieser Diskussion eine große Gefahr für die zeitweise Aktivierung von Vorurteilen und die Verschärfung der Konkurrenz unter den Lohnarbeitern.

Die Auseinandersetzung um die Rentenversicherung hat darüberhinaus eine angesichts der Größe dieser Bevölkerungsgruppe frappierende organisatorische Schwäche des DGB ans Licht gebracht: Es existiert keine bewußte Einbeziehung der Rentner in die gewerkschaftliche Aktion. Zwar verbleiben die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Gewerkschafter normalerweise in der Organisation, ihre Mitgliedschaft ist aber, Ausnahmen abgesehen, weitgehend formell. Dieser Personenkreis, der in einzelnen Gewerkschaften über 20 Prozent und bei Krankenkassen schon 40 Prozent der Mitglieder ausmacht, ist bislang nur ganz vereinzelt aktiv in den gewerkschaftlichen Willensbildungsprozeß und die Interessenvertretung einbezogen.

4. Angriff auf soziale Grundrechte

Hinsichtlich der Verschärfung des Straf- und Strafprozeßrechts, der zunehmenden Einschränkung bürgerlicher Individualrechte in der Bundesrepublik hat der DGB offiziell die Linie verfolgt, zur Besonnenheit aufzurufen und vor extremen Auswüchsen der Anti-Terror-Gesetzgebung zu warnen. Konkrete Initiativen, etwa die Unterstützung der Rebellen in der SPD-Fraktion, sind in dieser Hinsicht allerdings nicht gestartet worden. Es ist das Bemühen erkennbar, die Gesetzesvorschläge aller Bonner Parteien als akzeptable Möglichkeiten innerhalb des Rahmens der Verfassung hinzustellen. Bei der breiten Masse der gewerkschaftlichen Repräsentanten ist, das zeigt auch die Reaktion auf das Russell-Tribunal, bislang keine Sensibilisierung für den Abbau demokratischer Rechte zu verspüren.

Größere Unruhe ist hinsichtlich der 'Berufsverbote' zu registrieren. Eine starke Minderheit im DGB engagiert sich weiterhin im Kampf gegen den Radikalerlaß. Die Mehrheit im DGB hält allerdings weiterhin an der Strategie fest, das Problem auf die Sicherung eines justizförmigen Verfahrens herunterzuspielen, so in der Erklärung von Bundesvorstand und Bundesausschuß des DGB zur 'Abwehr von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland' vom Juni 1977. Dabei wird die eigentliche Funktion des Extremistenbeschlusses übersehen, präsumtiv bestimmte politische Positionen unter das Verdikt der Verfassungsfeindlichkeit zu stellen. Die ausdrückliche verfassungsgerichtliche Absegnung dieses Verfahrens zeigt, daß die Justiz in diesem Lande nicht die Institution sein

wird, die Dämme gegen die den Staatsbürgern auferlegte Einschränkung ihrer politischen Meinung und Gestaltungsfreiheit errichten wird.

Im Gegenteil! Das Bundesverfassungsgericht hat in den letzten Jahren beständig seinen Einfluß auf die Politik ausgeweitet, hat sich eine Position als über jeder Kontrolle stehender Supersouverän geschaffen. Die Folge ist eine manifeste politisch-juristische Blockade jeder fortschrittlichen Veränderung, ohne daß zur Zeit irgendeine Möglichkeit bestünde, diesen erratischen Block aus dem Weg zu räumen. Die Verfassungsklage des vereinigten bundesrepublikanischen Kapitals gegen das Mitbestimmungsgesetz zielt deshalb auch gar nicht so sehr auf dieses verwässerte Gesetz selbst. Es ist erklärtermaßen der Versuch, die Verfassungsfeindlichkeit sämtlicher gesellschaftlicher Reformvorstellungen des DGB feststellen zu lassen.

Das eigentliche Feld, wo sich die Gewerkschaften mit der zunehmenden Einschränkung der Grundrechte auseinanderzusetzen haben, betrifft das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit. Die Versuche, über Verbändegesetz und Lohnleitlinien die Gewerkschaften politisch und gesetzlich auf das 'Gemeinwohl' festzulegen, werden mit Sicherheit zunehmen. Was hier auf sie zukommt, hat Genscher den Gewerkschaften schon unzweideutig ins Stammbuch geschrieben: „Solidarisches Verhalten verlangt mithin auch nach Rücksichtnahme auf das Wohlergehen der Unternehmen und auf die Zukunft der über eine Million arbeitslosen Mitbürger . . . Die Arbeitnehmer sind gleichberechtigt; das Wohlergehen der Wirtschaft ist zugleich ihr Wohl; die politische Sicherheit der Gesellschaft, in der sie leben, ist auch ihre eigene Sicherheit. Folglich muß Solidarität heute mehr bedeuten als nur den Zusammenhalt von Mitgliedern einzelner gesellschaftlicher Gruppen.“ (WdA 77/17/3)

In dem Maße, wie die Kapitalseite durch Aussperrungen die Gewerkschaften finanziell zu ruinieren versuchen und damit praktisch um ihre Handlungsfreiheit bringen, wird auch die Forderung nach Verbot der Aussperrung verstärkt auf der politischen Tagesordnung stehen. Die Verteidigung der Organisationsfreiheit und Tarifautonomie wird jedenfalls — neben der Auseinandersetzung über die Sozialpolitik — das Feld sein, wo sich die politischen Fronten am schnellsten klären werden und wo die Gewerkschaften auch am deutlichsten politische Position beziehen werden.

Vom Bundesverfassungsgericht droht auch die eigentliche Gefahr, was die Einschränkung der Tarifautonomie und die Beschneidung des Kampfterritains der Gewerkschaften angeht. Hier wird auch der Kampf um das Verbot der Aussperrung letztendlich ausgetragen werden müssen, ohne daß es unter den gegebenen Bedingungen möglich ist, durch faktische soziale Veränderungen, etwa durch Tarifverträge, Daten zu setzen, die politisch-juristisch nicht mehr zu verändern wären. Die massive öffentliche Kampagne gegen die Aussperrung erscheint der einzige Weg, das Bundesverfassungsgericht zur Beachtung und Respektierung gewerkschaftlicher Positionen zu zwingen.

5. Entwicklungsperspektiven der Gewerkschaften 1978/79

Angeichts der mit dem Auslaufen des 7. Nachkriegszyklus 1978/79 sich weiter verschärfenden wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme und der zunehmenden Härte der Auseinandersetzungen ist im politisch-parlamentarischen Raum eine völlige Blockierung des politischen Kräfteverhältnisses festzustellen.

Gelang es vor einigen Jahren noch, gewerkschaftliche Forderungen vermittelt über die Sozialdemokratie im Parlament durchzusetzen, so geht heute überhaupt nichts mehr. Die

sozialen Demokraten haben die Reformpolitik vertagt. Stattdessen steht die 'Stabilisierung' des Systems der sozialen Sicherung durch seine fortschreitende Einengung und Aushöhlung auf der Tagesordnung.

Der fortgesetzte Regierungsschwindel der Sozialdemokraten und ihre jämmerliche Flickreform sind die einzigen Bewegungsmöglichkeiten, die dieser Partei verblieben sind. Denn zu einer grundsätzlichen Neuorientierung ist die Sozialdemokratie, nachdem sie sich fünfundzwanzig Jahre unter das Dach der sozialen Marktwirtschaft gestellt hat, schon aufgrund ihrer innerparteilichen Struktur nicht in der Lage, abgesehen davon, daß ihr die Wähler einen solchen Kurswechsel nicht abnehmen würden. Die Krise des Wirtschafts- und Sozialsystems ist damit auch eine Krise der Sozialdemokratie.

Die Blockierung des politisch-parlamentarischen Raums, das Fehlen einer die Arbeitnehmerforderungen vertretenden Massenpartei wird die Gewerkschaften zunehmend dazu zwingen, in allen gesellschaftlichen Bereichen arbeitsorientierte Alternativpositionen zu entwickeln und gegenüber den politischen Parteien geltend zu machen. Die Gewerkschaften werden damit zu dem gewichtigeren Faktor der sozialen und politischen Entwicklung. Das Maß der Klarheit in ihren Reihen über die in kürzester Zeit anstehenden sozialen Zerrüttungen, ihre Ursachen und der für die Sanierung zu ergreifenden Maßnahmen wird die Entwicklung der sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik entscheidend beeinflussen.

Die Sozialdemokraten werden dagegen nicht müde, die Wirtschafts- und Soziallage zu verharmlosen und ihre Perspektiven zu beschönigen. Zur gleichen Zeit werden die Gewerkschaften verstärkt mit sozialen Fragen konfrontiert, die noch vor kurzem durch die soziale Marktwirtschaft beantwortet schienen. Die elementaren Lebensrechte der Arbeiterklasse werden zukünftig verstärkt zur Disposition stehen und infolgedessen wird das, bislang auch die Gewerkschaften dominierende, Programm der Sozialen Demokraten, die Humanisierung der Arbeitswelt, Lebensqualität etc. weiter in den Hintergrund gedrängt werden. Diese Revision gewerkschaftlicher Strategie und Programmatik erfährt in diesem Jahr mit Sicherheit einen weiteren Höhepunkt auf dem 11. Ordentlichen DGB-Bundeskongreß vom 21.-27. Mai in Hamburg.

Charakteristisch für die gegenwärtige Situation ist, daß die Entwicklung gewerkschaftlicher Positionen aus einer defensiven Stellung der Gewerkschaften in allen gesellschaftlichen Sphären erfolgt. Ohne auf eine konsistente Analyse der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur zurückgreifen zu können, werden die Gewerkschaften unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit zukünftig noch massiver in eine gigantische Abwehrschlacht um den sozialen Besitzstand der arbeitenden Bevölkerung gezwungen. Die Strategie des Kapitals ist dabei eindeutig darauf aus, eine grundlegende Änderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu erzwingen. Die erneut aufgekommene Diskussion über ein Verbändegesetz belegt die Massivität der noch zu erwartenden Angriffe auf die Tarifautonomie der Gewerkschaften.

Unter dem Eindruck sich zuspitzender Klassenauseinandersetzungen im auslaufenden 7. Nachkriegszyklus muß sich in den Gewerkschaften zunehmend Klarheit über den Grund der wirtschaftlichen und sozialen Zerrüttung und über das notwendige Ausmaß der anstehenden Maßnahmen für eine Sanierung des Gesellschaftssystems durchsetzen. Die sozialpartnerschaftliche Position in den Gewerkschaften wird an Boden verlieren. Die Forderung der Gewerkschaften nach der Einleitung eines qualitativ beschleunigten Wachstums, Investitionskontrollen und Branchenentwicklungspläne deuten in diese Richtung, wenngleich die Dimension der zu lösenden Probleme noch unterschätzt wird.

Der Desillusionierungsprozeß über das Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik verläuft gegenwärtig in allen Gewerkschaften, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und Klarheit, wie sich an den im vergangenen Jahr abgelaufenen sieben ordentlichen Gewerkschaftstagen, der DGB Landesfrauenkonferenz, der DGB Jugendkonferenz und den gerade zur Vorbereitung des DGB-Bundeskongresses beendeten Landesbezirkskonferenzen belegen läßt.

Im Mittelpunkt dieses DGB-Kongresses wird die Diskussion über die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung stehen. Darin eingerahmt liegt den Delegierten der erste Entwurf eines überarbeiteten DGB-Grundsatz und Aktionsprogramms vor, welches die schon angelaufene Diskussion erheblich intensivieren wird. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die grundsätzliche Orientierung dieses, auf dem nächsten außerordentlichen DGB-Bundeskongreß (1980 oder 81) zu verabschiedenden, neuen Grundsatzprogramms sich wesentlich von dem unter dem Eindruck des „Wirtschaftswunders“ formuliertem 63iger Programms abheben wird. Wie Vetter unlängst darlegte, müsse mit dem neuen Grundsatzprogramm an entscheidende Züge des angesichts der Prosperitätsphase revidierten Programms von 1949 angeknüpft werden.

Zeigt die Entwicklung der gewerkschaftlichen Diskussion unbestreitbare Fortschritte, so muß zum anderen aber konstatiert werden, daß die anstehenden Probleme in der Bundesrepublik in ihrer gesamten Breite und Tiefe bisher nur unzulänglich erfaßt werden. Die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Strategien zur Überwindung der Krise sind daher noch vielfach unentwickelt und auch zum Teil von der Illusion getragen, die sozialen Probleme könnten relativ schnell gelöst werden.

Solange es nicht gelingt, die in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aufbrechenden Konflikte (Rüstung/Beschäftigung, Energie/Beschäftigung etc.) in ein konkretes und die Wechselwirkung der Maßnahmen berücksichtigendes Gesamtprogramm einzubinden, fehlen entscheidende Voraussetzungen für die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in der BRD. Deshalb müssen in der Diskussion um das neue Grundsatzprogramm die Perspektiven aufgezeigt werden, wie durch entscheidende Eingriffe in die gesellschaftliche Produktion und Konsumtion die ökonomische und soziale Entwicklung grundlegend verändert werden kann.

Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation, ihrer Strategie und Programmatik ist weder heute, noch wird sie sich morgen als ein einheitlicher und gradliniger Prozeß darstellen. Gerade angesichts der anstehenden Entwicklung muß betont werden, daß der Erhalt und die Stärkung der Einheit der Arbeiterbewegung mehr den je in der Bundesrepublik zu einer Hauptaufgabe in der Klassenauseinandersetzung wird.

Abonnenten

bitte teilt im Interesse einer reibungslosen Zustellung der Zeitschrift

Adressenveränderungen

umgehend mit an den Vertrieb: VSA, Postfach 360 307, Berlin 36

Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik

Sieben Millionen arbeitslose Jugendliche waren 1977 in den 23 OECD-Ländern statistisch erfaßt, d.h. zwischen 20 und 50 % aller registrierten Arbeitslosen sind unter 25 Jahren — eine wirklich gelungene Eingliederung in die bürgerliche Gesellschaft!

Mit 26,6 % Jugendlichen unter den gemeldeten Arbeitslosen gehört die Bundesrepublik noch zu den besser gestellten Ländern. Das nützt den 257.000 Jugendlichen (Sept. 1976) natürlich nichts, die schon bei ihrem ersten Versuch, in das Berufsleben einzusteigen, erleben müssen, daß sie zu einer relativ überflüssigen Bevölkerung gehören und davon noch stärker als ihre erwachsenen Kollegen betroffen sind (Gesamtarbeitslosenquote im Mai 1977 4,2 %, bei den unter 25jährigen 5,2%).

Da es sich um Probleme des Berufsstarts handelt, die die Jugendlichen trifft, sind unter dem Begriff der Jugendarbeitslosigkeit nicht nur — wie amtlicherseits üblich — die bis zu 20jährigen zu erfassen, sondern die bis unter 25jährigen, die Schwierigkeiten haben, einen *Arbeitsplatz* oder einen *Ausbildungsplatz* zu finden. Denn es sind zwei Schwellen des Übergangs in das Arbeitsleben, an denen die allgemeine Arbeitslosigkeit auch den Jugendlichen erfaßt, zum einen der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung, zum anderen der Übergang in die eigentliche Berufstätigkeit.

Die hohe Arbeitslosigkeit, der Mangel an Arbeitsplätzen, wirkt sich auch auf die betriebliche Ausbildungssituation aus, auf das betriebliche Rekrutierungsfeld eines Großteils der zukünftigen Arbeitskräfte. Es werden zu wenig Ausbildungsplätze angeboten. Jugendliche, die vergeblich nach einer Lehrstelle suchten, werden zu (resignierten) freiwilligen Bildungsverzichtern. Sie melden sich arbeitslos auf der Suche nach einem Hilfsarbeiterjob und werden als Ungelernte wieder am schnellsten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Sie müssen Lehrstellen annehmen um jeden Preis, unter Absehung von der Qualität der Ausbildung, den Zukunftschancen des erlernten Berufs und individueller Eignung und Neigung.

Festzustellen ist, daß Auszubildende verstärkt durch aussichtslose Ausbildung in traditionellen handwerklichen, landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Berufen absorbiert werden, ebenso wie durch diverse Lehrgänge und Behelfsausbildungen — eine ungeheure Vergeudung des Bildungspotentials.

Jugendliche verschwinden zeitweise vom Ausbildungsstellen- oder Arbeitsmarkt, stoßen zu dem großen Heer der verdeckten Reservearmee, um in ein paar Jahren — ohne Verbesserung ihrer individuellen Ausgangsbedingungen — erneut als Arbeitssuchende in Erscheinung zu treten. Auch die Bemühungen, die Bildungs- und Ausbildungsphase der Jugendlichen nicht nur behelfsmäßig, sondern durch Erweiterung der Anteile allgemeiner und beruflicher Grundbildung zu verlängern, kommen an dem zugrunde liegenden Problem nicht mehr vorbei, dem Mangel an Arbeitsplätzen, der die Perspektivlosigkeit der nachwachsenden Generation bestimmt.

I. Keine Ausbildung für alle, „das Handwerk hat wieder goldenen Boden“

Angesichts der seit einiger Zeit spürbar gewordenen Auswirkungen der für Jugendliche verstopften Zugänge zu Arbeitsplätzen auf das Bildungssystem selber und der sich abzeichnenden erheblichen Verschärfungen durch geburtenstarke Jahrgänge in den nächsten zehn Jahren, sind Rechenexperten verschiedenster Couleur veranlaßt, das Problem quantitativ in den Griff zu bekommen. Die weitestgehende und umfassende Gesamtbilanz von nach Ausbildungsplätzen fragenden Schulabgängern und die Gegenüberstellung der nach status-quo fortgeschriebenen Daten über das Angebot kommt zu einem Fehlbedarf von 1,4 Millionen Ausbildungsplätzen in den Jahren 77 - 87. Nicht berücksichtigt wurden bei dieser eher zu niedrig liegenden Berechnung¹ eine Ausbildungsverzichterquote von 10 %. Die Forderung, jedem Jugendlichen eine Ausbildungsmöglichkeit sicherzustellen, ließe den Bedarf in den nächsten zehn Jahren auf zweieinhalb Millionen zusätzlich benötigter Plätze steigen.

Für 6,7 Millionen Abgänger aus Haupt-, Sonder- und Realschulen (10 % Bildungsverzichter bereits abgezogen) stehen nur 5,6 Millionen Plätze in der betrieblichen und vollzeitschulischen Berufsausbildung gegenüber. Für die 2,1 Millionen Studienberechtigten in diesem Zeitraum werden nur knapp 1,8 Millionen Studienplätze bei Hochrechnung vorhandener Plätze da sein. Als Konsequenz aus diesen Rechnungen werden Forderungen und Programme erstellt über Öffnung der Hochschulen, Ausbau der Fach- und Berufsfachschulen, der überbetrieblichen Lehrwerkstätten und schließlich verläßt man sich auf Appelle an die Wirtschaft, nicht in ihrem Ausbildungswillen zu erlahmen. Staatlicherseits spart man nicht mit Gegenleistungen: Zunehmende Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz werden stillschweigend geduldet, bei angeblich „ausbildungshemmenden“ Gesetzesvorschriften der Zeitpunkt des Inkrafttretens hinausgeschoben und eine vom Bundesrat geforderte Überprüfung und Änderung dieser Gesetze in Aussicht gestellt.

Doch schon ohne geburtenstarke Jahrgänge zeigten sich gravierende Mängel im Berufsbildungssystem während des 6. Zyklus, die angesichts der verschärften ökonomischen Situation noch krasser hervortreten werden. Die Freisetzung von Arbeitskräften, vor allem von Lohnarbeitern des Kapitals, im Zeitraum von 72 - 75 schlug sich auch in einem geringeren Bedarf an Nachwuchskräften und somit an angebotenen Ausbildungsplätzen in der Industrie nieder. Immer mehr Ausbildungsplatzsuchende mußten mit Lehrstellen in traditionellen Handwerksberufen, in der Landwirtschaft und bei Selbständigen im Dienstleistungsbereich vorlieb nehmen, viele mit der Gewißheit, keinen Arbeitsplatz entsprechend ihrer Berufsausbildung zu finden.

Ausbildungsverhältnisse insgesamt

	Insgesamt	Industrie u. Handel	Handwerk	Land- wirtschaft	öffentl. Dienst	Sonstige
1972	1.302.751	721.654	434.130	27.786	31.076	88.105
1973	1.330.801	694.068	464.996	25.651	49.659	96.427
1974	1.330.768	664.554	486.531	27.404	47.189	105.090
1975	1.328.906	633.958	504.662	32.954	45.952	111.380
1976	1.316.562	611.173	510.356	37.361	43.850	113.822

Die Ausbildungsverhältnisse in Industrie und Handel nehmen ständig ab, während Handwerk und Landwirtschaft mehr Arbeitskräfte ausbilden. Die Verteilung der Auszubildenden auf die Wirtschaftsbereiche entspricht immer weniger der Nachfrage nach ausgebildeten Arbeitskräften, so daß Arbeitslosigkeit oder Berufswechsel mit darauf folgendem Ungelerntenstatus viele im Anschluß an ihre Ausbildung trifft. Aufgrund des reduzierten Angebots qualifizierter und attraktiver Lehrstellen findet eine Verdrängung der Jugendlichen in aussichtslose und mangelhafte Qualifizierungsprozesse statt.

1976 wurden angeblich alle Ausbildungsreserven mobilisiert. Die ca. 30.000 gegenüber 1975 zusätzlich abgeschlossenen Ausbildungsverträge reichten jedoch weder aus, um eine Verringerung der Zahl aller vorhandenen Ausbildungsplätze aufzufangen, noch konnten alle offiziell registrierten Bewerber um eine Lehrstelle untergebracht werden.

Beim Arbeitsamt gemeldete und nicht versorgte Bewerber für Berufsausbildungsstellen (jeweils 30. Sept.)

Jahr	Anzahl	Veränderung in %
1974	20.683	
1975	23.549	+ 13,8 %
1975	27.702	+ 17,7 %
1977	27.033	

Ohne die in den vergangenen Jahren schon ohne Ausbildung gebliebenen Jugendlichen lag die wirkliche Zahl derjenigen, die trotz Ausbildungswunsch keine Berufsausbildungsstelle gefunden hatten, bei 50.000.²

Aus den bisher³ nur spärlich offiziell bekannt gewordenen Daten über die Ausbildungssituation im Jahre 1977 sowie den Daten von 1976 läßt sich für den 7. Zyklus keine Tendenzwende ablesen, sondern ist umgekehrt eine Verschärfung der Lage der einen Ausbildungsplatz suchenden Schulabgänger zu konstatieren. Die Bundesanstalt für Arbeit meldete für ihr abgelaufenes Berichtsjahr (1.10.76 — 30.9.77) 345.300 betriebliche Ausbildungsstellen, die ihr zur Vermittlung gemeldet wurden. Als Suchende waren bei ihr 436.900 Schulabgänger registriert, so daß schon rein rechnerisch für ca. 90.000 keine Vermittlung zustande kommen konnte und sich diese Jugendlichen zusätzlich auf dem „freien Markt“ um eine Lehrstelle bemühen mußten, wobei aber die Erfolgchance sehr gering eingeschätzt werden kann. Die geschätzte Schulabgängerzahl liegt 1977 bei ca. 740.000 aus dem Sekundarstufen I-Bereich und bei 201.000 mit Hochschulreife. Berücksichtigt man die Übergänge in den Hochschul-, Fachhochschulbereich und die Plätze in den Fachschulen, Schulen der Gesundheitsdienstberufe sowie im Berufsgrundbildungsjahr und den Sonderlehrgängen der Bundesanstalt für Arbeit, bleiben immer noch 600.000 Jugendliche, die um einen betrieblichen Ausbildungsplatz konkurrieren. Das Angebot an Plätzen im betrieblichen Bereich hätte 1977 diese Ausdehnung erreichen müssen — sieht man einmal von qualitativen Ansprüchen ab. Das muß als höchst unwahrscheinlich angesehen werden, betrachtet man die Entwicklung der letzten Jahre, in denen schon angeblich alle Reserven mobilisiert wurden.

Für viele derjenigen aber, die das Rennen um einen Ausbildungsplatz gemacht haben, gilt die „freie Berufswahl“ schon lange nicht mehr. Ausbildungsberufe im kaufmännischen Bereich werden zunehmend von Abiturienten besetzt und die für die männlichen Jugendlichen attraktiven Fertigungsberufe wie Kfz-Mechaniker, Elektroinstallateure oder Werk-

zeugmacher werden von einem steigenden Anteil von Schülern mit mittlerem Bildungsabschluß besetzt, die „Chancen“ des Hauptschülers liegen bei Zuwendung in die Berufe des Malers, Bäckers, Fleischers und Zimmerers usw., was im wesentlichen zu Lasten derjenigen ohne Hauptschulabschluß geht.

So konstatiert die Bundesanstalt für Arbeit in ihrer Berufsberatungsstatistik die zunehmende „Beliebtheit“ der Berufe des Tischlers, Bäckers, Konditors, des Malers, Lackierers und Kochs. Hier werden die Folgen — Anpassung der Berufswünsche von Jugendlichen an vorhandene Ausbildungsstrukturen — zu Ursachen verdreht, ein beliebter Taschenspielertrick um die Misere dieser Jugendlichen zu verdecken. Dasselbe gilt für die Argumentation, den Jugendlichen Lernschwäche und mangelnde Lernmotivation zur Bestimmung ihrer „selbstverschuldeten“ Situation zu attestieren.

Tatsächlich werden sie zu einem großen Teil — wenn nicht sofort arbeitslos bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz — verdrängt in Kurzausbildungen, Behelfslehrgängen und aussichtslosen Ausbildungsberufen. Quantitativ augenscheinlich wird die enorme Zunahme von Ausbildungsverhältnissen in traditionellen Handwerksberufen sowie in den Berufen der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich. Weder sind in der Vergangenheit die Beschäftigungschancen dieser Berufe gestiegen, noch ist dies für die Zukunft absehbar.

Ausgewählte Ausbildungsverhältnisse in traditionellen Berufen

	Fleischer	Konditor Bäcker	Landwirt	Hauswirtschafts- geh./Wirtschafterin
1970			22.393	
1971	11.307	14.462	17.230	12.691
1972	11.659	14.503	15.501	11.506
1973	11.054	14.684	13.973	10.290
1974	12.334	17.119	14.331	10.764
1975	15.668	21.554	15.909	11.615
1976	18.368	24.705	17.495	11.631

Die sinkenden Erwerbstätigenzahlen in der Landwirtschaft, die hohen Berufswechselerquoten der Bäcker, Fleischer usw. sowie die miserablen Ausbildungsbedingungen lassen diese Ausbildung von vornherein zu einer Vergeudung gesellschaftlicher Ressourcen werden. Niedrige Ausbildungsvergütung und steigende Mißachtung des Jugendarbeitsschutzgesetzes sind weitere Kennzeichen dieser Berufsausbildungsplätze. Letztlich wirkt sich die verstärkte Freisetzung von Arbeitskräften, die Produktion einer Überschußbevölkerung im 6. Zyklus für die nachwachsende Generation in einem verringerten Qualifizierungsangebot und einem vermehrten Einsatz als „billige Arbeitskraft“ während der Ausbildung in aussichtslosen Berufen aus. Damit wird aber eine verdeckte Reservearmee relativ überschüssiger Arbeitskräfte produziert, deren Betroffene nur vorübergehend aus den Arbeitslosenstatistiken verschwinden.

Besonders betroffen von der Ausbildungsmisere sind Frauen, ausländische Jugendliche und Jugendliche, die keinen Hauptschulabschluß haben oder Sonderschulabgänger sind. Die Funktion der Frauen als flexible Rangiermasse der wechselnd benötigten Anzahl von Arbeitskräften im Zyklusverlauf hat ihre Auswirkungen auf die nachwachsende weibliche Generation. Überproportional viele (in 1976: 60 %) der unter 20jährigen jugendlichen Arbeitslosen sind weiblichen Geschlechts. 2/3 derjenigen, die eine Berufsausbildung beendet hatten und im Anschluß daran keinen Arbeitsplatz gefunden hatten, waren Frauen.

Zum großen Teil hatten sie eine Ausbildung im Handel oder im Dienstleistungsbereich durchlaufen. Ein schlagendes Beispiel für Verwertbarkeit und Qualität der Berufsausbildung für Frauen ist das Friseurhandwerk: ein seit Anfang der 70er Jahre stagnierender Berufszweig steigert seine Ausbildungsquote von Jahr zu Jahr.

Weibliche Auszubildende in den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen

	Verkäuferin (1. Stufe)	Friseurin	Arzt-/Zahnarzt- Tierartzhelferin
1971	63.892	43.866	35.487
1972	65.962	43.182	39.906
1973	62.650	43.088	44.579
1974	58.075	45.507	49.920
1975	54.739	49.064	54.424
1976	54.098	52.977	57.981
1977			

Knapp ein viertel aller im Friseurhandwerk Beschäftigten sind Lehrlinge. Erklärbar wird vor diesem Hintergrund der relativ hohe Anteil der arbeitslosen Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung im Dienstleistungsbereich.

Aber schon bei der Konkurrenz um eine Lehrstelle mit männlichen Bewerbern schneiden Frauen schlechter ab: ihr Anteil an Ausbildungsplätzen im dualen System sank von 37,3 % in 1967 auf 35,4 % in 1975. Unter den 50.000 Jugendlichen, die trotz Ausbildungswunsch keine Lehrstelle bekommen hatten, waren 67 % Frauen. Auch der schon erwähnte überproportionale Anteil der Frauen an den Arbeitslosenzahlen ist eher noch zu gering, denkt man an die steigenden Zahlen der „mithelfenden Familienangehörigen“ weiblichen Geschlechts. Und selbst die von den vermittelten Qualifikationen her miserablen Ausbildungsberufe wie Näherin, Verkäuferin und Hauswirtschaftsgehilfin sind zum überwiegenden Teil (65 — 75 %) von Absolventinnen mit Hauptschulabschluß besetzt.

Über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit von ausländischen Jugendlichen sagen offizielle Statistiken relativ wenig aus.

Arbeitslose jugendliche Ausländer

	unter 20 J.	unter 25 J.
Ende Sept. 74	7.568	18.180
Ende Sept. 75	10.539	29.630
Ende Sept. 76	6.943	18.164
Ende Mai 77	7.030	20.094
Ende Sept. 77	8.199	20.158

Quelle: ANBA

Arbeitslos und als Ausbildungsplatz suchende melden sich nur die ausländischen Jugendlichen, die vor dem 30.11.1974 in die BRD eingereist sind. Nach diesem Stichtag bekommen sie nämlich keine Arbeitserlaubnis und damit auch keine Erlaubnis, einen Ausbildungsvertrag abzuschließen. Aber auch der vor diesem Zeitpunkt Eingereiste bekommt nur dann vom Arbeitsamt einen Ausbildungsplatz vermittelt, wenn „kein geeigneter deutscher Bewerber oder Angehöriger anderer EG-Staaten“ vorhanden ist. So konnten auch von den 23.038

Jugendlichen, die sich im Berichtsjahr 75/76 beim Arbeitsamt um eine Arbeitsstelle oder eine Ausbildung bemühten, nur ca. 60 % untergebracht werden (4.526 davon bekamen einen Ausbildungsplatz). Ziemlich unwahrscheinlich ist, daß von denjenigen der 35.000 bis 40.000 ausländischen Schulabgängern pro Jahr, die sich nicht bei der Arbeitsvermittlung meldeten, ein großer Teil ohne Vermittlung untergekommen ist.

Ebenfalls hart betroffen von der zu geringen Zahl an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sind die Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß (einschließlich Sonderschulabgänger). Konnten 1972 noch knapp 40.000 von den Arbeitsämtern in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt werden, so sank diese Zahl bis 1976 auf unter die Hälfte ab (18.500), wobei ihr Anteil an den gesamten Schulabgängern aus den Allgemeinbildenden Schulen sich nicht wesentlich verändert hat (ca. 15 %). Oft ist ihre einzige Möglichkeit, der Arbeitslosigkeit vorübergehend zu entgehen, die Teilnahme an einem Lehrgang der Bundesanstalt für Arbeit. Lernen kann man zwar nicht viel und die Vermittlungschancen, im Anschluß daran doch noch einen Ausbildungsplatz zu bekommen, werden auch immer geringer, aber wenigstens bekommt man ein halbes bis zu einem Jahr noch eine finanzielle Unterstützung.

Lehrgänge der Bundesanstalt für Arbeit (Berufsvorbereitende Maßnahmen)

	Teilnehmer	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Einmündung von Teilnehmern in betriebl./überbetr. Berufsausb.	
1971/72	7.902		4.224	53,5 %
1972/73	11.143	+ 41	5.292	47,5 %
1973/74	13.965	+ 25,3	5.895	42,2 %
1974/75	24.846	+ 77,9	7.981	32,1 %
1975/76	38.938	+ 56,3	12.333	31,8 %

Quelle: Berufsberatungstatistik 75/76, S. 46

Daß auch Jugendliche mit Hauptschulabschluß — denen man doch in der Vergangenheit Berufsreife attestierte — zu berufsvorbereitenden Lehrgängen geschickt werden, signalisiert die eigentliche Ursache der Misere der Jugendlichen: Fehlende Arbeitsplätze, überschüssige Arbeitskräfte und infolgedessen auch Einschränkung an Ausbildung. Alle durchaus sinnvollen Maßnahmen zur Verlängerung und Verbesserung der Grund- und Berufsausbildung würden — selbst wenn sie tatsächlich durchgesetzt werden könnten — an der Perspektivlosigkeit eines großen Teils der Jugendlichen nichts ändern, die sie früher oder später als Arbeitslose zu spüren bekommen.

II. Arbeitslosigkeit der Jugendlichen

Die offiziellen Zahlen über Jugendarbeitslosigkeit zeigen längst nicht die gesamte Misere der nachwachsenden Generation im Beschäftigungs- und Bildungsbereich auf. Allein schon die Tatsachen, daß sich Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen, meist nicht zugleich als Arbeitsplatzsuchende melden, erhöht die Zahl der nicht registrierten Arbeitslosen. Eine Repräsentativuntersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung ergibt, daß

bei 96.000 gemeldeten Arbeitslosen unter 20 Jahren (Juni 1977) tatsächlich 160.000 arbeitslos sind. Die Autoren stellen eine Dunkelziffer von 30 bis 40 % nicht gemeldeter Arbeitsloser fest. 18 % der jugendlichen Arbeitslosen haben ursprünglich eine Lehre absolvieren wollen und gehören nun mangels Ausbildungsplatz zu den registrierten oder nicht registrierten Arbeitslosen.⁴

Daß Jugendliche keine Lehrstelle finden und sich dabei nicht arbeitslos melden, verdeckt nicht nur das wahre Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit, sondern treibt sie in ein Ungelern-tendesein, das gerade besonders von Arbeitslosigkeit betroffen ist. So ist abzusehen, daß der Anteil Jungarbeiter und Jungangestellte an den Berufsschulen von 15 % (250.000) auf das Doppelte (30 %) in 1980 wachsen wird.⁵ Ein weiterer Faktor läßt das Problem mangelnder Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Berufsanfänger nicht vollends zutage treten. Die Teilnehmer der von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführten „Berufsvorbereitenden Maßnahmen“ (Lehrgänge von halbjähriger bis ganzjähriger Dauer) tragen zu einer Korrektur der offiziell registrierten Arbeitslosenzahlen bei.

Seit 1972 ist die Zahl von ca. 8.000 auf ca. 39.000 Teilnehmer in 1976 gestiegen. Bekamen 1972 noch über die Hälfte im Anschluß an den Lehrgang eine betriebliche Ausbildungsstelle vermittelt, so waren es 1976 nicht einmal mehr ein Drittel. Für die Mehrzahl der Teilnehmer ist der Weg in die Arbeitslosigkeit nur um die Zeitspanne von einem halben Jahr bis zu einem Jahr hinausgeschoben.

Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit 1976 und 1977

Der Anteil der unter 25jährigen an den Erwerbspersonen nahm von 24,9 % im Jahre 1964 auf 22,3 % im Jahre 1975 ab. Im gleichen Zeitraum veränderten sich aber die Prozentanteile dieser Altersgruppen an den Arbeitslosen von 14,5 % auf fast 29 %. Bedenkt man, daß einerseits der Anteil der unter 25jährigen in den nächsten Jahren wieder steigen wird, andererseits konjunktureller Aufschwung die gesamte Arbeitslosigkeit ebenso wenig wie die Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig zu beeinflussen vermochte, so lassen sich die Aussichten für die nachwachsende Generation abschätzen.

In der Bundesrepublik hat mit dem Jahre 1978 bereits das fünfte Jahr hoher Jugendarbeitslosigkeit begonnen mit nur geringfügigen zwischenzeitlichen Besserungen auf dem Arbeitsmarkt für die Jugendlichen. In Zeiten konjunkturellen Abschwungs sind Jugendliche in der Regel stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen, weil der Beschäftigtenabbau sehr stark über nicht vorgenommene Einstellungen erfolgt, die vergleichsweise vermehrt zu Lasten der jüngeren Jahrgänge gehen. Umgekehrt werden im Konjunkturaufschwung bei zunehmenden Einstellungen jüngere Arbeitskräfte den älteren vorgezogen.

Obwohl nun für 1976 ein Konjunkturaufschwung mit einem realen Wachstum von 5,7 % festzustellen war (Bruttosozialprodukt gegenüber -2,5 % in 1976), hat sich an der Altersstruktur der Arbeitslosen nichts geändert, und die absoluten Zahlen sind kurzfristig aber nicht einschneidend gefallen. In 1977 deutet sich für die Jugendlichen bereits wieder eine Verschlechterung ihrer Situation auf dem Arbeitsmarkt an. Während die Gesamt-arbeitslosigkeit von 4,4 % im Mai 1975 auf 4,2 % im Mai 1976 fiel, betrug die altersspezifische Arbeitslosenquote der unter 25jährigen für die entsprechenden Stichtage 5,5 % und 5 %. Die Gesamt-arbeitslosenquote bleibt im Mai 1977 bei 4,2 %, während die Jugendlichen bereits wieder eine Arbeitslosenquote von 5,2 % trifft. Diese Tendenz setzt sich auch im Herbst 1977

fort. Die Arbeitslosenquote fällt geringfügig auf 4,0 %. Die Jugendlichen sind absolut und relativ wieder verstärkt von der Arbeitslosigkeit betroffen (5,6 %).

Die Bundesanstalt für Arbeit führt zweimal im Jahr Strukturanalysen der Arbeitslosen durch: Ende Mai und Ende September.⁶ Die Jugendarbeitslosigkeit im September ist in der Regel höher als die im Mai desselben Jahres. Im Herbst sind jeweils verstärkt Ausbildungs- und Schulabsolventen registriert, die nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz suchen.

In September 1976 waren von den 898.314 Arbeitslosen 257.105 unter 25 Jahre alt und damit ca. 12.500 mehr als im Mai desselben Jahres (244.657). Bis zum Mai des folgenden Jahres, 1977, fällt die Jugendarbeitslosigkeit nur noch um ca. 5.700 auf 251.419. Die Analyse von September registriert bereits wiederum eine Zunahme der von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen auf 267.822.

Jugendliche sind in der Regel nicht solange arbeitslos wie ihre älteren Kollegen. Sie sind jedoch umso mehr durch die Arbeitslosigkeit betroffen. Das IAB⁷ errechnete, daß 1976 12,8% der Jugendlichen unter 20 Jahren von der Arbeitslosigkeit betroffen und im Durchschnitt 17,1 Wochen arbeitslos waren. Bei den 20- bis 25jährigen liegt die Betroffenheit mit 13,2 % und die Dauer mit 24,1 Wochen noch höher. Von den 251.419 unter 25jährigen Arbeitslosen waren im Mai 1977 72.563 oder ein knappes Drittel ein halbes Jahr und länger arbeitslos.

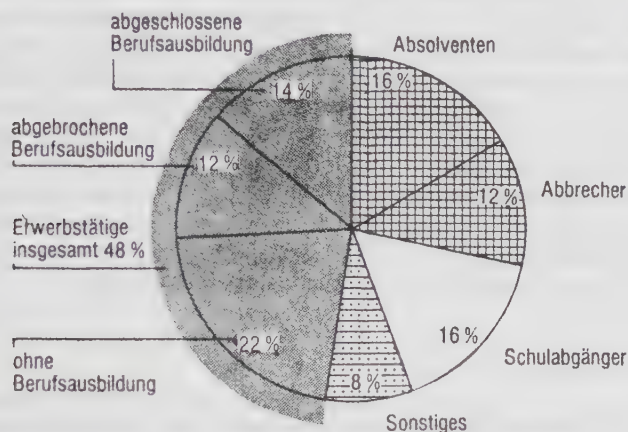
Die Arbeitslosigkeit trifft 1977 wieder verstärkt Berufsanfänger, für die sich bei abnehmender Gesamtbeschäftigung die Chance verschlechtert, ihren ersten Arbeitsplatz zu bekommen. Von den 946.500 Arbeitslosen im Mai 1977 hatten 58.383 und damit 73,6 % mehr als vor Jahresfrist bisher keine berufliche Tätigkeit inne. 22.400 der von der Gesamtarbeitslosigkeit Betroffenen sind im Anschluß an ihre betriebliche Ausbildung und 34.600 als Absolventen der Fach-, Berufsfach-, Fachhoch- und Hochschulen beschäftigungslos geworden. Die Probleme der Berufsanfänger verschärfen sich im September 1977 weiter. Die Zahl der Arbeitslosen unter ihnen nimmt um 20.000 auf 78.642 zu. Gegenüber Mai 1977 werden auch 9.000 Jugendliche *mehr* arbeitslos, weil sie nach der betrieblichen Ausbildung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden (31.508).

Helmut Schmidt zur Arbeitslosigkeit im allgemeinen und zur Frauenarbeitslosigkeit im besonderen

„Die Arbeitslosenzahl von einer Million ist nach Ansicht von Schmidt überhöht angegeben. In dieser Zahl sind Zigtausende von Menschen — insbesondere Frauen — enthalten, die nur Teilzeitarbeitsplätze suchten, die ihnen nicht gemäß seien. Es seien auch manche darunter, die nicht arbeiten wollten und denen es auch ohne Arbeitsplatz gut gehe. Aber natürlich gebe es Hunderttausende von Fällen echter, drückender Arbeitslosigkeit. Wer sein Fach beherrsche und qualifizierte Arbeit leiste, habe es nach wie vor nicht schwer, Arbeit zu finden. Er glaube, die Arbeitslosenzahl werde zurückgehen.“

„Der Tagesspiegel“ vom 26.4.78

*Jugendliche deutsche Arbeitslose vom September 1974
(unter 20 Jahren) nach Ausbildungsstand und Erwerbstätigkeit vor der Arbeitslosigkeit.*



Vor der Arbeitslosigkeit waren :

	erwerbstätig	48 %
	in Berufsausbildung	28 %
	in allgemeinbild. Schule	16 %
	Sonstiges (nicht erwerbstätig und nicht in Ausbildung)	8 %

Gut die Hälfte der arbeitslosen Jugendlichen (52%) sind bei ihrem Versuch, erstmals eine Arbeitsstelle zu finden, gescheitert. 48 % sind nach kurzer Berufstätigkeit wieder vom Arbeitsplatz freigesetzt worden. 16 % der arbeitslosen Jugendlichen kommen direkt von der Allgemeinbildenden Schule. 2/3 dieser Schulabgänger hätte eine Ausbildung absolviert, wenn sich eine Gelegenheit geboten hätte (55 % Wunsch nach Ausbildungsstelle, 10,6 % gleichgültig). Es zeigt sich daran, daß ein großer Teil der Jugendlichen nur deshalb ihre Arbeitskraft als nicht qualifizierte Jungarbeiter und Jungangestellte anbieten, weil für sie keine Ausbildungsstelle zur Verfügung steht. Es wird hier der Zusammenhang zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsstellenmangel deutlich, so wenig die offiziellen Arbeitslosenzahlen darüber auch Auskunft geben können.

Daß allerdings eine Ausbildungsstelle allein das Problem der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit für den Jugendlichen noch nicht löst, zeigt die Struktur der Ausbildungsabsolventen, die durch dieselbe Befragung ermittelt wurde. 16 % der arbeitslosen Jugendlichen sind im Anschluß an ihre berufliche Ausbildung arbeitslos geworden. Gut 4/5 dieser Arbeitslosen (83 %) wurde vom Arbeitgeber gekündigt oder sie wurden dadurch beschäftigungslos, daß das Ausbildungsverhältnis auslief. Knapp die Hälfte (47,2 %) wurde in Kleinbetrieben bis zu 9 Beschäftigten und 82 % in Betrieben bis unter 100 Beschäftigten ausgebildet. Der Schluß liegt nahe, daß hier billige Arbeitskräfte eingestellt wurden, ohne die Absicht, sie nach der

„Ausbildung“ in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Die Zahlen tragen dazu bei, die Erfolgsmeldungen über Zunahme von Ausbildungsbereitschaft in Industrie, Handel und Handwerk zu relativieren und nach Qualität, beruflichen Aussichten und Bedingungen der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis im Anschluß an die Ausbildung zu fragen.

Insgesamt ist zu notieren, daß sowohl beim Übergang vom Allgemein-Bildungssystem in das Beschäftigungssystem als auch vom Berufsbildungssystem in das Beschäftigungssystem Selektionsprozesse vorwiegend nach formalen Qualifikationskriterien stattfinden. Weniger Qualifizierte sind stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen zugunsten der besser qualifizierten. Umso gravierender erscheint es, daß Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung verweigert wird, sie aufgrund von Resignation oder als Folge bildungsfeindlicher Propaganda „freiwillig“ verzichten, oder aufgrund der Situation auf dem Arbeitsmarkt zu dequalifizierender Beschäftigung gezwungen werden: „Von Arbeitslosen wird — wenn eine Vermittlung in eine ausbildungs-adäquate Arbeit nicht gelingt — eine allmähliche, stufenweise Anpassung an den Arbeitsmarkt innerhalb angemessener Zeit verlangt.“⁸

Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit

Auch 1977 sieht die Arbeitsmarktbilanz für die qualifizierteren Arbeitskräfte günstiger aus als für diejenigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung: Bei den Arbeitslosen mit abgeschlossener Berufsausbildung bewerben sich (Mai 77)⁹ 3 Arbeitslose auf eine offene Stelle, ohne die regionalen Differenzen dabei zu berücksichtigen (432.200 Arbeitslose auf 128.400 offene Stellen). Bei den Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sieht das Verhältnis mit rein rechnerisch 4,5/1 sehr viel ungünstiger aus (514.000 Arbeitslose auf 114.800 offene Stellen). Für den gesamten Zeitraum von 1973 bis 1976 gilt — so stellt eine Untersuchung des IAB fest¹⁰ —: Die qualifikationsspezifische Arbeitslosenquote ist um so niedriger, je höher die formale Qualifikation der Arbeitskräfte ist.

Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit in %

	Sept. 73	Mai 74	Sept. 74	Mai 75	Sept. 75	Mai 76	Sept. 76
1. ohne Ausbildungsabschluß mit Anlernung	1,6	3,7	4,3	8,0	7,5	7,0	6,3
2. betriebl. Ausbildung	0,7	1,3	1,7	3,1	3,1	3,2	3,0
3. Berufsfach Fach-, Technikerschule	0,4	0,6	0,7	1,0	1,6	1,6	1,9
4. Fachhochschule	0,9	1,2	2,0	2,2	2,6	2,5	2,8
5. Hochschule	0,6	0,8	1,0	1,4	1,7	1,9	2,1

Quelle: MittAB 2/77, S. 231

Die vielbeschworene Akademikerarbeitslosigkeit zeigt sich als ein geringerwertiges Problem angesichts der Arbeitslosigkeit von Erwerbspersonen niedrigerer Qualifikations-

ebenen. Im Mai 1975 waren 8 % der Erwerbspersonen ohne Ausbildungsabschluß zu Arbeitslosigkeit gezwungen. Bei den Fachhochschul-Gebildeten waren es nur 2,2 %, bei den Akademikern nur 1,4 %. Die qualifikationsspezifische Arbeitslosenquote der Un- und Angelernten fällt zwar bis September 1976 auf 6,3 %, steigt aber im Mai schon wieder auf 7,1%.¹¹ Für die Graduierten und Akademiker ist bis September 1976 tatsächlich eine Steigerung auf 2,8 % bzw. 2,1 % festzustellen, die qualifikationsspezifische Arbeitslosenquote stabilisiert sich jedoch für diese beiden Gruppen der hochqualifizierten Arbeitskräfte gemeinsam bei 2,5 %.

Nicht zu verkennen ist, daß bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit, die nicht einmal von einem zwischenzeitlichen Wachstum einschneidend berührt wird, auch qualifizierte Arbeitslose zunehmend betroffen werden. Absolventen von Fachhochschulen und Hochschulen müssen verstärkt mit Arbeitslosigkeit rechnen. Insbesondere Berufsanfänger trifft auch bei den höher qualifizierten Arbeitskräften das Fehlen von Arbeitsplätzen. Bei den Akademikern ist der Berufsanfängeranteil unter den Arbeitslosen auf 39,2 % (Mai 1977) gestiegen, bei den Graduierten auf 34,1 %. Von den graduierten Arbeitslosen sind 67,2 % unter 35 Jahre alt, von den Akademikern 69,4 %. D.h. gut 2/3 der Arbeitslosen stehen am Anfang ihres Berufslebens.

Bedenkt man, daß auf der ganzen Breite der Qualifizierungsinstitutionen ganz offensichtlich Ausbildungsplätze für die Jugendlichen fehlen, so ist bemerkenswert, daß ausgerechnet die Absolventen der Lehramtsfächer besonders hart von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. 17 % der Akademiker, die zwischen 1974 und 1975 neu als Arbeitslose registriert wurden, waren Absolventen der Lehramtsfächer. Von den 24.668 arbeitslosen Akademikern (Hochschulabsolventen) im Mai 1977 gehören 7.145 zur Ausbildungsfachrichtung „Lehramt an allgemeinen und berufsbildenden Schulen“. Von 1976 auf 1977 (Mai) hat die Lehrerarbeitslosigkeit um 120,3 % zugenommen.¹²

Indessen hat die Antibildungswerbung bei den potentiellen Akademikern bereits gefruchtet und zu freiwilligem Qualifikationsverzicht geführt. Die Abiturientenbefragung des Statistischen Bundesamtes¹³ in 1976 hat ergeben, daß gegenüber 1975 (78,8 %) nur noch

¹ Die Schulabgängerdaten, Basis dieser Berechnung, sind nach neuesten Schätzungen zu niedrig angesetzt. Mertens, Dieter, Friedemann Stooß, Manfred Tessaring, Möglichkeiten zur Deckung der Ausbildungslücke in den kommenden Jahren, in: Mitt AB 1/77, S. 125 ff.

² Nach einer Repräsentativuntersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung.

³ März 1978.

⁴ Vgl. Handelsblatt vom 19.9.1977.

⁵ Vgl. Schweikert, Klaus, Berufsstartprobleme von Jugendlichen in Berufsbildung, Wissenschaft und Praxis 1/77.

⁶ Zahlen zur Arbeitslosigkeit, soweit nichts anders vermerkt, aus den Strukturanalysen zur Arbeitslosigkeit, in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA).

⁷ Egle, Franz, Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote, Dauer der Arbeitslosigkeit und Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, in: Mitt AB 2/77, S. 227.

⁸ ANBA 8/77, S. 4.

⁹ Auch im September 77 änderte sich nichts.

¹⁰ Tessaring, Manfred, Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitt AB 2/77, S. 229 ff.

¹¹ Uni 9/77, S. 18.

¹² Uni 10/77, S. 17 ff.

¹³ Abi 1/77, S. 7.

75,3% studieren wollen. Bei den Frauen wollen schon fast 30 % auf das Studium verzichten (1975: 24,8%, 1976: 29,6%). Von den gesamten Studierwilligen beabsichtigen nur noch 57,8% an Universitäten und Gesamthochschulen zu studieren (1975: 68,1 %) und 3,7 % an Pädagogischen Hochschulen (1975: 5,7 %).

Für die einzelne Arbeitskraft — das zeigen die Zahlen über qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit — lohnt sich der höhere Bildungsabschluß. Die formal besseren Qualifikationsvoraussetzungen verbessern ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Umgekehrt ist daraus jedoch nicht zu schließen, daß mangelnde Qualifikation der nachwachsenden Generation Ursache ihrer starken Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit ist. Bildungspolitische Maßnahmen sind nicht mehr in der Lage, die Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu lösen. Auch das zeigt die Statistik mit der anhaltenden Tendenz, daß auch Akademiker und andere höher qualifizierte Arbeitskräfte verstärkt von der Arbeitslosigkeit betroffen werden.

III. Gewerkschaftliche Organisation der Jugendlichen

Haben die Akademiker zum überwiegenden Teil schon je ihre Interessen individuell - allenfalls in berufsständischen Organisationen — vertreten, so galt für diejenigen Berufsanfänger, die eine betriebliche Ausbildung durchlaufen hatten, daß sie recht bald an die Möglichkeit herangeführt werden konnten, die Interessen der Lohnabhängigen gemeinsam und organisiert durch die Gewerkschaften zu vertreten. Die Arbeitslosigkeit der Berufsanfänger erschwert nun die Möglichkeit, diese Jugendlichen in die Gewerkschaft einzubinden. Bietet die Schule schon nicht die Gelegenheit, sich gewerkschaftlich zu organisieren, so wird die Möglichkeit, die Interessen gemeinsam und organisiert zu vertreten, in der betrieblichen Ausbildung weiterhin erschwert. Werden die Jugendlichen nach der Ausbildung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen, so fehlt ihnen wiederum die Möglichkeit, über den betrieblichen Zusammenhang ihre Probleme in die gewerkschaftliche Organisation hineinzutragen, ebenso wie die Gewerkschaften vor der Schwierigkeit stehen, an die betroffenen Jugendlichen heranzukommen und sie in die gemeinsame Organisation der Lohnabhängigen aufzunehmen.

Seit 1970 ist die Zahl der im DGB organisierten Jugendlichen von 962.870 auf 1.232.700 gestiegen, also um 28 %. In der gleichen Zeit erhöhte sich die Gesamtmitgliederzahl im DGB um 10 %, der Anteil der Gewerkschaftsjugend stieg von 14,3 % auf 16,7 %. Seit 1974 verringern sich aber die Zuwachsraten, ein Ausdruck der verschärften ökonomischen Situation und der Konkurrenz bei Ausbildung und Arbeit. Von den rund 250.000 Jugendlichen unter 25 Jahren, die im Mai 1977 arbeitslos waren, wird nur ein geringer Teil gewerkschaftlich organisiert sein.

Diejenigen, die vor ihrer Arbeitslosigkeit noch nicht erwerbstätig gewesen sind, können nach Satzung der Gewerkschaften nicht aufgenommen werden. Aber auch für den Teil, der eine berufliche Ausbildung abgeschlossen hat und im Anschluß arbeitslos geworden ist, ist durch die besondere Abhängigkeit in der Ausbildungsphase und vorwiegende Ausbildung im Kleinbetrieb die organisierte Interessenvertretung erschwert. Da darüberhinaus wesentlicher Orientierungspunkt gewerkschaftlicher Arbeit — auch der Jugendarbeit — der

Betrieb ist, und daher die Interessendurchsetzung der noch beschäftigten Mitglieder im Vordergrund steht, stehen der Einbeziehung der ohne Arbeit und Ausbildung gebliebenen Jugendlichen in gewerkschaftliche Jugendarbeit große Schwierigkeiten entgegen. So sind die in den letzten Jahren durchgeführten Aktionen der DGB-Jugend zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit weitgehend ohne Beteiligung der unmittelbar Betroffenen geblieben.

Die ungenügende Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsjugend und Gesamtorganisation erschwert zusätzlich die Durchsetzung von Verbesserungen der Ausbildungs- und Arbeitssituation Jugendlicher und zeigt das Problem, ältere Kollegen für Forderungen, die qualifizierte Ausbildung und Übernahme nach Beendigung der Lehre zum Inhalt haben, zu engagieren. Damit besteht aber die Gefahr, daß Jugendliche, die nicht in der gemeinsamen Organisation der Lohnabhängigen integriert sind, entweder in subkulturelles Milieu, in Alkoholismus oder in die Drogenszene abgleiten und für gewerkschaftliches gemeinsames Handeln nicht mehr ansprechbar sind. Der DGB steht hier in der nahen Zukunft vor einem der wichtigsten und schwierigsten gewerkschaftlichen Aufgabenbereiche.

Gewerkschaften in der Bundesrepublik

PKA: Arbeiterklasse und Gewerkschaften, Heft 2/76

Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat?, Heft 1/77

Kontinuität gewerkschaftlicher Politik?, Heft 2/77

Oskar Negts „Marxismus“: die Verhöhnung der Arbeiterklasse, Heft 2/77

Unternehmerangriff auf Arbeiterrechte, Heft 4/77

Programme gegen Massenarbeitslosigkeit, Heft 4/77

Gewerkschaftstag der IG Metall, Heft 5/77

Austritt des CGIL aus dem Weltgewerkschaftsbund, Heft 1/78

Verschärfte Konfrontation in der Tarifrunde '78, Heft 2/78

und außerdem regelmäßige Besprechung der Zeitschriften:

WSI-Mitteilungen, Gewerkschaftliche Monatshefte, ötv-magazin, Gewerkschafts-post, druck und papier, Gewerkschafter u.a.

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

6 x im Jahr, Jahresabo DM 44,-, Einzelheft DM 9,-, VSA, Eiffeistr. 598, 2 Hamburg 26

Wirtschaftskrise und sozialistische Alternativen

Mehr als 1 Million Arbeitslose prägen das Bild der ökonomischen und sozialen Situation der Bundesrepublik nun schon mehr als drei Jahre. Der kümmerliche Aufschwung innerhalb des 7. Konjunkturzyklus nach dem Kriege hat weder einen Abbau der Massenarbeitslosigkeit noch eine Lösung der mit ihr verbundenen Probleme gebracht. Dabei steht der Tiefpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik im Gefolge des Periodenwechsel des industriellen Zyklus in 1978/79 erst noch bevor. Die Folgen sind absehbar: — weiterer Anstieg der Massenarbeitslosigkeit, — finanzielle Schwierigkeiten der Rentenversicherung, — verstärkte Probleme bei der Absicherung des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung), — sukzessive Wiedererrichtung der Klassenschranken in Bildung und Ausbildung und damit Perspektivlosigkeit für große Teile der jüngeren Generation. Aus dem Ausland sind keine Impulse für eine Wende in der ökonomischen Entwicklung zu erwarten. In den wichtigsten kapitalistischen Nationen ist die industrielle Produktion rückläufig, dort werden sich die gleichen Probleme z.T. in noch wesentlich drastischeren Formen als in der BRD stellen.

Was sind angesichts dieser Perspektiven für 1978/79 die *politischen Alternativen*? Die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik ist objektiv gezwungen, den Abbau der sozialen Leistungen zu betreiben, solange sie an der Verteidigung des Systems der „sozialen Marktwirtschaft“ festhält. An die Stelle der Beseitigung der sozialen Ungleichheiten durch weitreichende Reformprogramme ist eine Politik der Sanierung durch Krisenverteilungsprogramme getreten. Der Versuch der sozialdemokratischen Regierung, eine „optimale, sozial ausgewogene“ Verteilung der Krisenfolgen zustandezubringen, ändert nichts daran, daß das Weiterschieben der Finanzierungslücken nur kurzfristig Ruhe bringt. Was als Sozialpolitik unter Bedingungen des geringeren wirtschaftlichen Wachstums verkauft wird, ist faktisch eine Politik des schrittweisen Abbaus der sozialen Sicherung.

Die *Deutsche Kommunistische Partei* hat zu dieser Sanierungspolitik zulasten der sozialen Errungenschaften ein Alternativprogramm vorgelegt.

Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung

Die Forderungen der DKP zielen alle darauf ab, die gegensätzliche Entwicklung der Produktivkräfte in der kapitalistischen Produktionsweise aufzuheben. „Die DKP tritt für das Verbot von Massenentlassungen, für die strikte Einhaltung und Verbesserung des Kündigungsschutzes ein, insbesondere für ältere Arbeiter und Angestellte, für schwangere Frauen und Behinderte. Jugendliche sind nach Abschluß der Berufsausbildung in ein ihrer Qualifikation entsprechendes Arbeitsverhältnis zu übernehmen.“/Programmentwurf der DKP, S. 26/ Zur Verwirklichung des Rechts auf Arbeit für alle arbeitsfähigen Teile der Bevölkerung fordert sie „die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei

vollem Lohnausgleich, die Verlängerung des vollbezahlten Mindesturlaubs auf sechs Wochen, die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer und 55 Jahre für Frauen ohne Renteneinbuße sowie die Einführung eines 10. Pflichtschuljahres.“/26/

Recht auf Arbeit und Einführung der 35-Stunden-Woche

Die Einführung und gesetzliche Verankerung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird von der DKP als ein erster Schritt angesehen, um zu verhindern, daß die Krisenlasten auf Kosten der Arbeiterklasse abgetragen werden. Sie greift damit Forderungen auf, die bereits seit längerem in den Gewerkschaften diskutiert werden und einen Kernpunkt in der erneut in den Vordergrund der gewerkschaftlichen Diskussion gerückten Sicherung des Rechts auf Arbeit darstellen. Was liegt der Forderung nach Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit zugrunde?

Selbst die 40-Stunden-Woche ist in der BRD nicht die Regel. Es ist ein krasser Ausdruck der zugespitzten Situation, in der sich die kapitalistische Produktion gegenwärtig befindet, daß ein Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung gar keine Arbeit hat, während der andere Teil in seiner großen Mehrheit mit Überstunden, Sonderschichten oder von vornherein tarifvertraglich geregelt, wesentlich länger als 40 Stunden arbeiten muß. Diese Diskrepanz existiert aber auch in den Ländern, in denen die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit bereits unter 40 Stunden oder wie in Dänemark bereits bei 35 Stunden liegt. Allein die Einführung kürzerer Arbeitszeiten führt nicht zur dauerhaften Sicherung der Arbeitsplätze. Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Einkommen und verbesserten Arbeitsbedingungen sind Forderungen, die gestellt werden müssen, um die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber dem Kapital zu verteidigen. Ihre Durchsetzung kann jedoch die sozialen Probleme der kapitalistischen Produktionsweise nicht lösen; der Kampf um ihre Verwirklichung kann aber ein Schritt zur Lösung des Kernproblems sein. Die Reduktion der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und Verbesserung der Arbeitsbedingungen, wie sie im Programmentwurf der DKP als ein erster Schritt zur Verwirklichung des Rechts auf Arbeit gefordert wird, würde erhebliche Rückwirkungen auf den Reproduktionsprozeß hervorrufen. Sie unterstellte eine drastische Beschneidung der Mehrwert- und Profitrate. Entweder es gelingt dem Kapital, durch Steigerung der Produktivität der Arbeit den relativen Mehrwert wieder zu erhöhen; Ersatz lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit wäre die Folge. Oder es gelingt ihm nicht, dann verliert es seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und — bei der starken Exportabhängigkeit der BRD — weitere Arbeitsplätze sind in Gefahr. Die Verwirklichung des ersten Schritts zu einer Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der arbeitenden Menschen verweist deshalb auf weitere Eingriffe in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß.

Die DKP benennt in ihrem Programmentwurf weitere Schritte, mit deren Durchsetzung eine dauerhafte Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung erreicht werden kann. Die finanziellen Mittel, die zur unmittelbaren Verbesserung der Situation verwandt werden können, sollen 1) durch den Zugriff auf die *Kassen der Monopole*, d.h. durch die Verfügung über die nicht ausgeschütteten Profite der Monopole; 2) durch eine *drastische Beschneidung der Einkommen der Bourgeoisie*, d.h. durch den Zugriff auf die ausgeschütteten Gewinne und schließlich 3) durch die *Einschränkung der Rüstungsausgaben* aufgebracht werden. Wie realistisch ist diese vorgeschlagene alternative Politik?

Können die Monopole zahlen?

Das im Programmentwurf vorgeschlagene Konzept unterstellt 1) die *Verfügung über die Monopolprofite*. „Die Einschränkung der Monopolprofite und des monopolistischen Eigentums sind wesentliche Voraussetzung dafür, daß ein stabiles Wachstum erfolgt, daß die steigende Produktivität der Arbeit mehr den Werktätigen zukommt, daß sich ihre materielle Lebenslage verbessert.“/26/ Im Klartext gesprochen geht die DKP davon aus, daß „die Monopole“ trotz des an anderer Stelle konstatierten enger gewordenen ökonomischen Spielraums /vgl. 17/ zahlen können, d.h. disponible Mittel zur Verfügung haben, und daß durch die Einschränkung der Monopolprofite das Profitprinzip zunächst nur in einem — wenn auch wesentlichen — Bereich durchbrochen werden kann, ohne zugleich das gesamte System zu verändern.

Einzelne Kapitale machen Monopolgewinne. Falsch ist indes die These, daß sich allgemein die Kapitale dauerhaft dem Ausgleichsprozeß zur Durchschnittsprofitrate, d.h. dem Grundgesetz der Konkurrenz entziehen können. Keine empirische Untersuchung für die hochentwickelten kapitalistischen Länder hat bislang den Nachweis erbracht, daß die großen Kapitale generell den anderen Gesellschaftsklassen einen Tribut auferlegen und sich über erhöhte Preise einen Monopolprofit sichern.

Aber unterstellen wir, „die Monopole“ bestimmten den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß: Die im Programmentwurf unterliegende Vorstellung, die Monopole könnten zahlen, hätten disponible Reserven und benutzten gegenwärtig ihre nicht ausgeschütteten und nicht wieder investierten Gewinne zum Aufkaufen von noch nicht monopolisierten Betrieben oder zum Kapitalexport, läuft darauf hinaus, daß aus dem gesellschaftlichen Stoffwechselprozeß jährlich eine bestimmte Summe herausfällt, die mit dem weiteren Verlauf der nationalen Reproduktion nichts zu tun hat. Diese Summe könne sich die Gesellschaft durch Enteignung der Monopole wieder aneignen und als *zusätzliches* Element ihr wieder zuführen. Wenn sich die DKP nicht dem Vorwurf aussetzen will, der Dreh- und Angelpunkt in ihrem Programm einer gesellschaftlichen Umgestaltung sei ein *deus ex machina*, dann muß sie angeben: in welchem Umfang werden nicht ausgeschüttete Gewinne entweder im Inland nicht wieder investiert, sondern nur zum Aufkauf von Kapitalen und Besitzteilen benutzt oder als Kapitalanlage ins Ausland exportiert. Wie sieht für die Bundesrepublik die Verwendung der erzielten Profite konkret aus? Gibt es verdeckte Kassen bei den Monopolen, auf die zurückgegriffen werden könnte?

Nach der Bilanzstatistik der Bundesbank ergibt sich aus der Vermögensrechnung aller Unternehmen ohne Landwirtschaft und Dienstleistungen für das Jahr 1974 ein Vermögenszuwachs von 110.4 Mrd. Der überwiegende Teil dieser Summe, nämlich 92.7 Mrd. wird für reale Investitionen, d.h. Sachinvestitionen und Vorratsänderung verwandt. Von dem verbleibenden Rest von nur 17.7 Mrd. werden Beteiligungen, Wertpapiere und sonstige Forderungen (Handelskredite u.ä.) erworben. Selbst einmal unterstellt, daß ein Teil der Restsumme von 17.7 Mrd. DM nicht wieder produktiv investiert wird, zeigen die Zahlen deutlich, daß es sich hier nur um einen verhältnismäßig geringen Teil handeln kann. Von riesigen, brachliegenden Monopolprofiten kann keine Rede sein. Auch für die These, daß Teile der Monopolprofite in beträchtlichem Maße ins Ausland exportiert werden, gibt es keine Anhaltspunkte. Die Kapitalinvestitionen im Ausland betrugen im Jahr 1974 rund 25.4 Mrd. DM (Zahlungsbilanzstatistik der BRD) bei einem Rückfluß von 15.9 Mrd. DM. Der Nettokapitalexport für private Investitionen betrug also rund 9.4 Mrd. DM. Dem standen private Investitionen des Auslandes in der Bundesrepublik in Höhe von 23 Mrd.

gegenüber, bei einem Rückfluß von 18.5 Mrd. Das entspricht einem Nettokapitalimport von rund 4.5 Mrd. DM. Per Saldo bleibt ein Rest von knapp 5 Mrd. DM, der dem Reproduktionsprozeß in der Bundesrepublik entzogen ist.

Wo hier die großen disponiblen Ressourcen versteckt sein sollen, mit denen die erforderlichen Maßnahmen zur sofortigen Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen finanziert werden sollen, bleibt einstweilen das Geheimnis derjenigen, die unter den Kapitalen der BRD überwiegende Monopole ausfindig gemacht haben. Man unterstellt, große Kapitale sind Monopole; ein beträchtlicher Teil ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten findet in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der nationalen Buchhaltung der BRD, keinen Niederschlag. Die so lokalisierten Oasen des Großkapitals haben den Vorzug, daß man sie nicht sieht, sie aber dennoch die Struktur des gesamten gesellschaftlichen Stoffwechsels bestimmen sollen.

Besteuerung der Großverdiener

Beim Programm der gesellschaftlichen Umgestaltung kann weiter auf die überhohen Einkommen der Bourgeoisie, auf die ausgeschütteten Gewinne zurückgegriffen werden. Hierauf setzt die DKP. Sie propagiert im Programmentwurf eine „grundlegende Neuorientierung der staatlichen Finanz- und Steuerpolitik zugunsten der arbeitenden Menschen. Notwendig sind eine stärkere Besteuerung der Profite und Vermögen der Multimillionäre und Konzerne, die Unterbindung und strenge Bestrafung von Steuer- und Kapitalflucht“/27/. Welche Mittel können durch eine härtere Steuerpolitik gegenüber den überhöhten Einkommen für die Verbesserung der Lebenslage der Masse der Lohnabhängigen freigesetzt werden und welche Konsequenzen wird diese Beschneidung eines Teils der Revenuen haben?

Laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung betrug das gesamte verfügbare Einkommen im Jahre 1974 rund 612 Milliarden DM. Davon entfielen auf die Haushalte der Selbständigen rund 143 Mrd. DM, das entspricht einem *durchschnittlichen* verfügbaren Einkommen von rund 73.617 DM pro Haushalt und Jahr (durchschnittlich heißt hier, daß auch die Einkommen der am Rande des Existenzminimums lebenden Künstler und anderer Selbständiger einbezogen sind). Dieses Einkommen übersteigt den Konsumtionsfond der Selbständigen erheblich; das gesamte verfügbare Einkommen kann nicht in Konsumgüter verwandelt werden. Lediglich rund 73% des verfügbaren Einkommens gehen in den Konsum ein. Die verbleibenden rund 27% werden gespart und fließen über die Kredite wieder in den Reproduktionsprozeß zurück. Eine genaue Untersuchung dieses Anteils der Einkommen der Selbständigen zeigt, daß der Großteil dieser Summe in den letzten Jahren immer weniger in produktive Bereiche der gesellschaftlichen Produktion gestromt ist, sondern eine immer stärkere Ausdehnung der Staatskredite bewirkt hat. Diese Schwerpunktverlagerung drückt eine wichtige Tendenz aus: statt durch Kredite der Kapitalistenklasse zu einer Erweiterung der Stufenleiter der Produktion zu kommen, muß immer mehr der Staat auf den Kapitalmarkt zur Finanzierung seiner sozialen Ausgaben zurückgreifen. Da darüberhinaus auch die Rückverwandlung von nicht-ausgeschütteten Gewinnen in neue produktive Investitionen nachläßt, bleibt das früher gewohnte wirtschaftliche Wachstum aus: Grund — „Investitionsschwäche“.

Eine Eingriffsmöglichkeit besteht nun darin, daß diese Ersparnisse der Selbständigen-Haushalte umgelenkt werden in produktive Bereiche. Investitionslenkung hieße hier

zuallererst die Rückverlagerung dieser Beträge aus dem Bereich der Staatskredite in den produktiven Sektor, um auf diesem Wege die zunehmende Verzerrung zwischen unproduktivem und produktivem Bereich zu korrigieren und über eine Neuorganisation des produktiven Bereichs selber, den Produktionsprozeß und ein kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum in Gang zu bringen.

Antimonopolistisches Bündnis bei gleichzeitiger Beschneidung der Selbständigen-Einkommen?

Über die Umlenkung der Ersparnisse der Selbständigen in andere Bereiche hinaus, die zunächst überhaupt nicht zur Beschneidung des Konsumtionsniveaus führen würde, werden weitere Mittel freigesetzt werden können durch das Wegsteuern der überhohen Einkommen. Die *durchschnittliche* Höhe des Verbrauchs eines Selbständigen-Haushalts war 1974 mit fast 55.000 DM mehr als doppelt so hoch wie bei einem durchschnittlichen Arbeitnehmer-Haushalt. Gleicht man diese Einkünfte an ein um rund 10% gegenüber dem bisherigen Lohnabhängigen-Standard erhöhtes Einkommen an, würde ein weiterer Betrag von rund 84 Mrd. DM pro Jahr freigesetzt und stünde zur Verwendung für eine alternative Wirtschaftspolitik bereit.

Die im Programmentwurf aufgestellte Forderung, durch Kontrolle von Investitionen und durch die progressive Besteuerung von überhöhten Einkommen Mittel freizusetzen, mit denen eine unmittelbare Verbesserung der Lebenslage der Lohnabhängigen erzielt werden kann, ist ein richtiger Ansatz. Einmal in Gang gesetzt, würde er unmittelbar zu erheblichen Rückwirkungen auf den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß führen, über die im Programmentwurf allerdings kein Wort gesagt ist. Darüberhinaus hätte die Beschneidung des Kapitalisten-Einkommens — auch wenn es dabei zunächst nur um die Spitzeneinkommen geht — weitreichende Auswirkungen auf das von der Partei propagierte Bündnis aller antimonopolistischen Kräfte. Das Beschneiden der hohen Einkommen und ihre Umlenkung in andere gesellschaftliche Bereiche würde sicher — auch wenn solche Maßnahmen von einer breiten Diskussion aller Gesellschaftsglieder über deren Notwendigkeit und Ziele begleitet würde — zu starken Widerständen innerhalb der Kapitalistenklasse führen. Die vermeintlich zu konstatierende Kluft zwischen der großen Volksmehrheit und der winzig kleinen Gruppe von Monopolherren, die die DKP als aktuelle Einschätzung der realen Klassenkräfte in der BRD anbietet, müßte sich schnell als falsch herausstellen.

Einschränkung der Rüstungsausgaben

Die Kürzung dieser Ausgaben ist nicht nur deshalb eine vordringliche Aufgabe, weil sie Abzug von dem Fonds sind, der zur Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung benutzt werden könnte. In Zeiten ökonomischer Instabilität bietet die Forcierung der Rüstungsproduktion den Regierungen der kapitalistischen Nationen ein Instrument, mit dem sie stabilisierend in den Wirtschaftsablauf eingreifen können, und zwar direkter, als das mit anderen Konjunkturprogrammen möglich ist. Im Innern wird dadurch die Position reaktionärer Kräfte gestärkt und international wächst die Gefahr militärischer Konflikte. Dagegen tritt die DKP „dafür ein, die politische Entspannung durch die militärische zu ersetzen. Vordringlich ist das Verbot der Entwicklung, Produktion, Lagerung und Anwen-

derung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln. Die DKP befürwortet konkrete Schritte zur Verminderung der Militärausgaben, der Truppen und Rüstungen...“ /37/ Was kann dadurch gewonnen werden?

Der offiziell ausgewiesene Verteidigungshaushalt beträgt 1974 30,7 Mrd. DM. Davon entfallen auf Forschung und Verwaltung rund 6,6 Mrd., auf das Militärpersonal außerhalb der Verwaltung 11,1 Mrd. Für die eigentliche *militärische Beschaffung* werden rund 11 Mrd. ausgegeben. Die wirklichen Rüstungsausgaben sind zweifellos höher als offiziell ausgewiesen wird, aber auch unter Einrechnung der versteckten Posten ändert sich die Relation des durch die Reduktion der Rüstungsausgaben einzusparenden Fonds nicht wesentlich gegenüber den Ressourcen, die aus der Revenue der besitzenden Klasse zu gewinnen sind.

Unter Reduktion der Rüstungsausgaben muß auch der Rüstungsexport behandelt werden. Die BRD ist hier bei weitem nicht so stark engagiert wie etwa Frankreich oder die USA, was Einschränkungen erleichtert, weil die Rückwirkung auf den inländischen Reproduktionsprozeß geringer ist. Aber die Leichtigkeit, mit der die derzeitige Regierung alle Skrupel über Bord wirft, um dem Schah von Persien eine Kriegsflotte bauen zu können, zeigt, welche Bedeutung angesichts der ökonomischen Situation der Rüstungsexport auch in der BRD hat. Will eine sozialistische Regierung hier konsequenter sein, so muß sie wissen, daß sie das Geld, das sie einerseits durch die Reduktion der Rüstungsausgaben spart, auf der anderen Seite teilweise einsetzen muß, um die Ausfälle im Export auszugleichen.

Die Diskrepanz zwischen den Ergebnissen, die die DKP mit ihren Übergangsmaßnahmen erzielen will und den wirklichen Folgen ist gewaltig. Der Quell, aus dem die antimonopolistische Regierung schöpfen kann, aus dem Verbesserungen für die Bevölkerung finanziert werden, sollen die Monopolprofite sein. In Wirklichkeit ist der Betrag, der hier entnommen werden kann, so geringfügig, daß er als Hebel für die Umgestaltung der Gesellschaft völlig ausfällt. Der Programmentwurf gründet auf einer unhaltbaren ökonomischen Basis. Darüberhinaus wird die reale politische Kräftekonstellation ersetzt durch die Fiktion eines antimonopolistischen Bündnisses. Die Bourgeoisie wird sich die Beschneidung ihrer Revenue, die unbedingt notwendig wird, weil der Fonds von Monopolprofiten, der konfisziert werden kann, ohne daß die sonstigen Verhältnisse verändert werden, nicht existiert, sicher nicht im Rahmen eines Bündnisses gefallen lassen. Sowenig die beschworene Kluft zwischen der Masse der Bevölkerung und der verschwindenden Minderheit von Monopolherren für die Erklärung des derzeitigen politischen Kräfteverhältnisses hergibt, sowenig taugt sie als Formel für den Übergang zur sozialistischen Gesellschaft. Daran ändert auch die jetzt im Programmentwurf vorgeschobene Phase der Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt nichts. Wir müssen verstärkt für eine Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in der BRD kämpfen, wollen wir zur sozialdemokratischen 'Sanierungspolitik' und den reformfeindlichen Absichten der konservativ-reaktionären Kräfte eine Alternative durchsetzen. Wir müssen dabei nicht hochtrabende Pläne machen, sondern an den innerhalb der Gewerkschaften diskutierten Übergangsmaßnahmen anknüpfen. Die Kernfrage ist das wirtschaftliche Wachstum. Nur durch eine Ausdehnung der Produktion können auf Dauer die aufgeworfenen sozialen Probleme gelöst werden. Nur wenn wir sagen, wie auf nicht-kapitalistische Weise ein neues Wirtschaftswachstum erreicht werden kann, werden wir den Rückhalt innerhalb der Lohnabhängigen finden. Die DKP redet über Umverteilung; sie läßt im Dunkeln wie durch Umverteilung eine neue Qualität des Wirtschaftswachstums erreicht werden kann.

Neuorganisation der Produktion

Der Tiefpunkt im gegenwärtigen Zyklus der wirtschaftlichen Entwicklung steht der BRD noch bevor. Schon in der Phase des Aufschwungs nahm die Zahl der produktiven Arbeiter ab; umso mehr wird ihre Anzahl mit dem Auslaufen des Zyklus dezimiert werden. Die ökonomische Entwicklung führt daher gleichzeitig zum Schrumpfen der Revenuen, aus denen die sozialen Leistungen finanziert werden müssen und zur Erhöhung der Ansprüche an diesen Fonds. Für die Beschäftigten wird der Verteilungssektor zu einer wachsenden Belastung, ohne daß damit die Lage der Empfänger verbessert werden könnte. Auch in der BRD reift die Situation heran, daß durch Umverteilungsmaßnahmen die sozialen Probleme nicht mehr gelöst werden können, sondern nur durch kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum. Doch dazu erweist sich der Kapitalismus zunehmend als unfähig. Deshalb muß die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit geändert werden, damit der produktive Sektor wieder gestärkt und ein wachsendes Produkt verteilt werden kann. Dafür bietet allein die Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaft die Gewähr. Ausgangspunkte für den sozialistischen Weg der Stärkung der Produktion sind

Die Ersparnis der besitzenden Klasse

Ihre Mitglieder verdienen nicht nur an der prosperierenden Produktion, sondern auch an den sozialen Kosten, welche die Einschränkung der Produktion der Gesellschaft auferlegt. In der BRD wird zunehmend die Finanzierung der Staatsschuld zur Anlagesphäre des nicht konsumierten Teils der Revenue der besitzenden Klasse. Eine sozialistische Regierung kann deren Einkommen um diesen Betrag kürzen und sich ihn direkt aneignen. Sie spart dann die Zinsen, die sonst zu zahlen wären, aber sie hat noch nicht die Ursache angegriffen, die erst zur Steigerung der Staatsschuld führt. Sie muß die Produktion wieder stärken, was die Bourgeoisie nicht getan hat, solange sie an der Staatsschuld besser verdient hat. Der Teil der Bevölkerung, der bisher aus dem vorhandenen Produkt unterhalten werden mußte, weil er nicht zu seiner Produktion beitragen konnte, fällt durch die Reintegration in den Produktionsprozeß nicht nur als Kostenfaktor weg, der die Gesellschaft belastet, sondern produziert *zusätzliche* Elemente des gesellschaftlichen Reichtums.

Beschneidung des Konsumtionsfonds der besitzenden Klasse

Teile des konsumierten Einkommens der besitzenden Klasse können ihr entzogen und zur Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung benutzt werden. Allerdings werden dadurch keine neuen Bestandteile des gesellschaftlichen Reichtums erzeugt, wie das bei der Verwandlung von Kosten in produktive Anlage der Fall ist. Der Luxuskonsum wird zwar aus der unbezahlt angeeigneten Arbeit der Arbeiterklasse finanziert, aber die damit erworbenen Waren und Dienste sind Bestandteil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. Wird der besitzenden Klasse ein Teil ihres Einkommens genommen und damit die bezahlte Arbeit der Arbeiterklasse erhöht, so initiiert deren steigende Konsumtionskraft keine *zusätzliche* Produktion. Trotzdem handelt es sich nicht um eine einfache Umschichtung von

Revenue. Die Beschneidung des Luxuskonsums und die Erhöhung der Konsumtionskraft der arbeitenden Bevölkerung verändert die Struktur des gesellschaftlichen Produktionsprozesses und führt zu Umstellungen innerhalb des produktiven Bereichs. Da der steigende Massenkonsum nicht durch die Luxusprodukte befriedigt werden kann, fällt die Nachfrage für diesen Zweig der gesellschaftlichen Produktion weg. Es werden dort Arbeitskräfte freigesetzt und der Ausfall der produktiven Nachfrage dieses Zweiges wirkt einschränkend auf die ihm vorgelagerte Produktion. Damit nicht auf der einen Seite wieder verloren geht, was auf der anderen gewonnen wird, ist die Umschichtung von Revenue nur in dem Ausmaß möglich, in dem die dadurch in Gang gesetzte Umwandlung von Luxusproduktion in Produktion für die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung unter bewußter Kontrolle sind. Ein großer Posten des Anteils, welcher der besitzenden Klasse genommen wurde, muß zunächst investiert werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, steht also für die individuelle Konsumtion nicht zur Verfügung.

Der Verlauf dieser Umsetzungen innerhalb des gesellschaftlichen Arbeitskörpers kann vereinfacht werden, wenn die Elemente des kollektiven Konsums gegenüber reinen Umschichtungen des individuellen Konsums zwischen den Klassen gestärkt werden, weil hier von vornherein die Gesellschaft als organisierte Kraft mehr Einfluß hat. Aber auch für die Verbesserung des Bildungssystems und der Gesundheitsversorgung anstelle von parasitärem Luxuskonsum sind ökonomische Grenzen vorhanden. Erstens können nicht alle ehemaligen Beschäftigten der Luxusindustrie sofort für ganz anders qualifizierte Arbeiten eingesetzt werden und zweitens muß erst der Fonds produziert werden, den sie verbrauchen. Die ehemalige Revenue der besitzenden Klasse, mit der diese Verbesserungen finanziert werden müssen, wurde zum Teil aus der Mehrarbeit in den Bereichen gespeist, die jetzt stillgelegt werden müssen, weil nach ihren Produkten keine zahlungsfähige Nachfrage mehr vorhanden ist. Obwohl mit dieser Revenue eine parasitäre Klasse von Kouponschneidern genährt wurde, kann das durch die Gesellschaft angeeignete Geld nicht in beliebigem Umfang zur Finanzierung sozialer Dienste verwandt werden. Zuallererst muß die Produktion wieder funktionieren, aus der diese Revenue geflossen ist, d.h. auch die sozialen Dienste können nur in dem Umfang verbessert werden, wie die Umsetzung der Beschäftigten der Luxusindustrie in andere produktive Bereiche gelingt. Das gilt auch bei der

Einschränkung der Rüstungsproduktion

Die Rüstungsausgaben engen ganz erheblich den Spielraum ein, den eine sozialistische Regierung zur Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung hat. Ihre Reduktion ist eine vordringliche Aufgabe. Aber eine einfache Transformation von Kosten für aufgezwungene Dienste in Kosten für Dienste, an denen die Arbeiterklasse Interesse hat, funktioniert nicht. Die Kosten eines Starflighters sind nicht in die Kosten von Kindergarten und Schulen umrechenbar. Heute könnten durch den Bau solcher Einrichtungen vielleicht die brachliegenden Kapazitäten der Bauindustrie wieder aktiviert werden. Die Arbeitslosen, die dadurch wieder beschäftigt würden, machten aber nur den Platz frei für die neuen Arbeitslosen aus der Rüstungsindustrie, zusätzlich für die aus deren Vorproduktion, denn in Kindergärten wird weniger Stahl verbaut als in Flugzeugen. Die Umstrukturierung der Ausgaben der Gesellschaft auf Bereiche, durch die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung

befriedigt werden, ist ein Prozeß, dessen Basis die Umstrukturierung der Produktion selbst ist. Beschränkt man die Rüstungsausgaben, müssen zunächst neue Arbeitsplätze für die dort Beschäftigten geschaffen werden, bevor der eingesparte Fonds, sei es als individuelles, sei es als Einkommen der Gesellschaft, verwandt werden kann.

Dasselbe gilt für alle Bereiche, in denen Einsparungen an Kosten gemacht werden sollen, mit denen bisher reale Produktion finanziert wurde, — selbst da, wo wegen des stofflichen Charakters mit geringen Änderungen die bisherigen Produkte anders verwandt werden können. Solche Bereiche legen z.B. die Illusion nahe, man könne das Kontingent an Lastwagen, das bisher an das Militär geliefert wurde, einfach zu zivilen Zwecken benutzen. Aber die geringfügigen Umstellungen der Produktion, die dazu notwendig wären, sind nur die eine Seite. Die andere ist, daß die gesellschaftliche Produktion in entsprechendem Umfang ausgeweitet werden müßte, damit diese zusätzlichen Lastwagen auch eine Nachfrage fänden. Nur dann würde die Gesellschaft effektiv etwas gewinnen; andernfalls läuft ein solches Programm nur auf die Subventionierung nutzloser Produktion hinaus, die sich nur der stofflichen Form nach von der Rüstungsproduktion unterscheidet.

Die bisher dargestellten Schritte eines Programms der Stärkung des produktiven Sektors der Gesellschaft basieren auf radikalen Umverteilungsmaßnahmen, die den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft sprengen, weil die aus den Produktionsverhältnissen sich ergebenden Verteilungsverhältnisse der Revenuen nicht mehr respektiert werden. Aber deshalb gehen sie unmittelbar über bloße Umverteilungsmaßnahmen hinaus. Die besitzenden Klasse hat nicht nur einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums ohne Gegenleistung an sich gezogen, sondern durch die Verwendung dieses Einkommens auch die Struktur der gesellschaftlichen Produktion geprägt. Soll dieses Einkommen anders verwandt werden, muß auch die Produktion geändert werden. Die allseitige Abhängigkeit der Produktionssphären voneinander bei entwickelter gesellschaftlicher Produktion führt aber dazu, daß solche Umstellungen nicht nur auf die Bereiche beschränkt bleiben, die unmittelbar von den Umverteilungsmaßnahmen betroffen sind. Das gesamte Gefüge der Produktion wird davon betroffen und wenn die sozialistische Regierung das Heft in der Hand behalten will, muß sie verhindern, daß die Eingriffe in einen Bereich das Gegenteil des erwünschten Effekts erzielen und zu progressiver Einschränkung der Produktion statt ihrer Ausweitung führen. Sie muß daher sofort die Kontrolle über die entscheidenden Bereiche der gesellschaftlichen Produktion übernehmen, denn zum einen führen schon die bisher behandelten ersten Eingriffe zu Veränderungen in der Struktur der Produktion, die nur kontrollierbar sind, wenn die gesamte Ökonomie der bewußten Planung unterliegt. Zum andern kommt der Fonds, um den es bisher geht, zum überwiegenden Teil aus der Revenue der besitzenden Klasse. Da der Kapitalismus aber nicht zur Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung führt, weil zuviel Mehrwert konsumiert wird, sondern aus den Gesetzen der kapitalistischen Akkumulation heraus, kann durch diese ersten Maßnahmen noch keine dauerhafte Verbesserung garantiert werden, solange diese Gesetze selbst noch nicht angetastet sind. Die ersten Maßnahmen zur Stärkung des produktiven Sektors müssen deshalb Teil eines Programms der sozialistischen Umgestaltung der gesamten Organisation der gesellschaftlichen Arbeit sein.

Die sozialistische Umgestaltung

Für einen solchen Weg tritt die Mehrheit der Bevölkerung nur ein, wenn sie zu der Überzeugung gelangt ist, daß der Kapitalismus ihr keine Verbesserung der Lebenslage mehr bieten kann. Nicht, daß der Kapitalismus überhaupt unfähig wäre, der arbeitenden Bevölkerung die Entwicklung von Bedürfnissen und ihre Befriedigung zuzugestehen. Aber auch in Phasen erweiterter individueller Reproduktion der Arbeiterklasse verschieben sich zugleich die Anteile der Klassen am produzierten Reichtum, sinkt der Anteil der Arbeiterklasse und so treibt die erhöhte Produktion von Mehrwert über die vorhandene, obwohl stofflich erweiterte Konsumtionskraft der Masse der Bevölkerung hinaus. Nur durch Verluste an produziertem Reichtum und durch Einengung des Lebensniveaus der arbeitenden Bevölkerung wird periodisch die Grundlage für einen neuen Aufschwung geschaffen. Ein kontinuierliches Wachstum der gesellschaftlichen Produktionskraft ist nur möglich, wenn dieses Gesetz der kapitalistischen Akkumulation aufgehoben wird. Der Überschuß, den die Gesellschaft erzeugen kann, muß in einen Fonds kontinuierlich erweiterter Reproduktion verwandelt werden. Die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in den zentralen Bereichen ist dafür die erste Voraussetzung. Der nächste Schritt wird sein: Erhöhung der Konsumtionskraft der Bevölkerung.

Mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entfällt auch die Ursache dafür, daß weite Bereiche der Produktion stillliegen, weil nicht mit Profit produziert werden kann. Die Frage ist aber: besteht der rationelle Einsatz der gesellschaftlichen Produktivkraft darin, die *vorhandenen*, bisher nicht ausgelasteten Kapazitäten nun voll auszulasten und das Hinausschießen der Produktion über die Nachfrage durch die Erhöhung des Anteils der Produzenten an ihrem Produkt zu verhindern?

In der Bundesrepublik würde sich dieses Problem gleich bei der Automobilproduktion stellen. Ein gewichtiger Faktor für das langanhaltende Leuchten dieses Sterns am Konjunkturm Himmel war das Freiwerden „vermögenswirksamer“ Ersparnisse, die zu einem großen Teil im Kauf von Personenwagen angelegt wurden. Auch die Erhöhung der laufenden Konsumtionskraft würde in erheblichem Umfang in diese Richtung gelenkt werden — sie müßte es auch, wenn die Produktionsstruktur so belassen würde, wie sie ist und neue Überkapazitäten verhindert werden sollten. Die Autos werden aber überwiegend nicht aus Prestigegründen gekauft, sondern weil die schlechte Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln bei gleichzeitigem Zwang, wegen der Mieten die Wohnung entfernt vom Arbeitsplatz zu suchen, zur Bewältigung dieses gesellschaftlichen Problems über den individuellen Konsum zwingt, zum Kauf und zur Unterhaltung privater Personenwagen. Dieser Bereich der gesellschaftlichen Produktion prosperiert und zieht die verfügbare Arbeitszeit sehr stark auf sich, weil die Gesellschaft nicht als bewußt handelndes Subjekt auftritt. Die Gesellschaft als Ganzes würde durch die bloße Auslastung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten verlieren, während durch die rationelle Gestaltung des öffentlichen Verkehrswesens das Gewicht der Automobilproduktion an der Gesamtproduktion erheblich reduziert und die Produktionskraft auf die Produktion neuer Elemente des gesellschaftlichen Reichtums gelenkt werden könnte. Eine solche Umgestaltung der Produktion muß mit der Veränderung der Art und Weise einhergehen, wie gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigt werden, in diesem Fall mit der Verlagerung von Individualverkehr auf kollektive Verkehrsmittel. Deshalb unterstellt sie nicht nur Planung der *Produktion*, sondern es müssen auch Formen entwickelt werden, in denen die Artikulation der gesellschaftlichen Bedürfnisse und ihre Organisation als *Nachfrage* anders als nur durch das Auftreten als zahlungsfähige Nachfrage möglich wird.

Planung der Produktion

Blieben wir beim Beispiel der Automobilproduktion. Von ihr hängt gegenwärtig direkt oder indirekt 1/6 der Arbeitsplätze in der BRD ab. Die Verlagerung des Produktionsschwerpunkts auf öffentliche Verkehrsmittel bedeutet nicht nur, daß in der Automobilindustrie Material und Arbeitskräfte eingespart werden. Die Auswirkungen betreffen wesentliche Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit. In der chemischen Industrie, im Straßen- und Städtebau, der Stahlindustrie, in Handel, Handwerk, Versicherungen usw. werden Kapazitäten frei, deren Verwendung im Voraus klar sein muß, wenn tatsächlich die Produktionskraft erhöht werden und Friktionen vermieden werden sollen, die das Gegenteil bewirken. Eine solche Planung darf sich aber nicht nur auf der Ebene der Produktion und der durch die Produzenten untereinander gebildeten Nachfrage bewegen. Ebenso wichtig sind

Neue Formen der Artikulation der individuellen und kollektiven Nachfrage

Die Umverlagerung innerhalb des produktiven Sektors schafft die Bedingungen für die Befriedigung erweiterter Bedürfnisse. In die Festlegung von Struktur und Ausmaß der Veränderung müssen diese umgekehrt von vornherein als Maß bestimmend eingehen. Das unterstellt eine Willensbildung über die Struktur der gesellschaftlichen Nachfrage, die nur durch eine breite Diskussion über die Rangfolge von Bedürfnissen und die daraus entstehenden Prioritäten bei der Umgestaltung der Produktion erzielt werden kann. Nur die offene Artikulation der verschiedenen Interessen kann zu einem Konsens führen, der tatsächlich als gesellschaftlich verbindlicher Plan, akzeptiert von der Masse der Bevölkerung, festgelegt werden kann.

Pluralismus

Eine kommunistische Partei, die offensiv den Angriffen wegen mangelndem Eintreten für den Pluralismus begegnen will, muß auf dieser Ebene Stellung beziehen. Dagegen taugt die Verteidigungslinie, die von der DKP bezogen wird, nicht als Ausgangsbasis, um in der politischen Auseinandersetzung Terrain zu gewinnen, denn das Thema wird abstrakt und einseitig behandelt. Aus der Tatsache, daß Pluralismus in der bürgerlichen Gesellschaft nur ein Schleier ist, der verdeckt, daß eine Minderheit die Freiheit hat, die Mehrheit auszubeuten, schließt sie, wenn dieser Minderheit die Freiheit zur Ausbeutung genommen sei, falle jede Schranke der freien Entfaltung der Interessen der Masse der Bevölkerung. Sie unterschätzt dabei die Bedeutung einer Freiheit, zu der die Lohnarbeiter erst unter dem System der Ausbeutung gekommen sind — die bloß quantitative Schranke der Befriedigung ihrer Bedürfnisse durch die Lohnhöhe. Innerhalb dieses Bereichs sind sie frei in der Wahl ihrer Interessen und der Mittel ihrer Verwirklichung. Umgekehrt ist die Freiheit von Ausbeutung keine Garantie für eine solche Entfaltung individueller Interessen, d.h. für das Vorhandensein der entsprechenden Produkte und Dienste. Gerade in der BRD bestehen starke Vorbehalte gegen den Sozialismus wegen des Verdachts, mit der Ersetzung der Anarchie des Marktes durch die geplante Produktion entfiele auch die Möglichkeit, über zahlungsfähige Nachfrage die Produktion entsprechend den individuellen Interessen steuern zu können. Statt abstrakte Debatten in der Weise zu führen, daß das Volk, das sich einmal von der Aus-

beutung befreit hat, in Wahlen sicher nicht mehr für die Rückkehr unter das Joch der Ausbeutung votieren würde, wären klare Hinweise auf die Möglichkeit, als Resultat offengeführter Diskussionen Planungsprozesse zu korrigieren bzw. sie erst in Gang zu setzen nachdem mit der Gesamtheit der Bevölkerung die Prioritäten der Produktion abgestimmt sind, wichtiger für die Gewinnung neuer Kräfte.

Schon die ersten Maßnahmen einer sozialistischen Regierung können nur durchgeführt werden, wenn die entscheidenden Bereiche der Wirtschaft in Gemeindeeigentum überführt werden; das ist die materielle Basis, um die in Gang gesetzten Veränderungen unter Kontrolle zu halten.

Wer sind die in Gemeindeigentum zu überführenden Unternehmen?

Die Entwicklung gesellschaftlicher Formen des Kapitaleigentums ist in der BRD nicht so weit fortgeschritten wie in anderen kapitalistischen Nationen. Der Umsatz des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, einschließlich Handelsumsatz beträgt 1974 2.294,9 Mrd. DM, wovon 763,3 Mrd. oder 33,3% auf Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften und GmbHs) entfallen. In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen ist deren Anteil sehr unterschiedlich; Energie und Bergbau werden zu 100% durch Kapitalgesellschaften betrieben, am verarbeitenden Gewerbe, dem mit Abstand größten Bereich der gesellschaftlichen Produktion, haben sie einen Anteil von 48,4%, im Handel von 22,8%, sonst liegen sie überall darunter. Der wirkliche Einfluß ist also höher als der Durchschnittswert besagt.

Auch am Produktionswert haben die Kapitalgesellschaften einen Anteil von etwa einem Drittel, doch macht ihr Anteil an den Sachinvestitionen etwa 55% aus, d.h. durch die Steuerung der Investitionen der Kapitalgesellschaften kann entscheidender Einfluß auf die Entwicklung der gesamten Ökonomie ausgeübt werden, so daß die Überführung der Kapitalgesellschaften in Gemeindeigentum der Ausgangspunkt für die sozialistische Umgestaltung der Ökonomie sein kann. Auch unter dem Aspekt der Zahlung von Entschädigung bieten sich die Kapitalgesellschaften an. Sie sind zum größten Teil in Konzernen zusammengeschlossen. Etwa 90% des Umsatzes und mehr als 90% der Sachanlagen der Kapitalgesellschaften sind in Konzernen vorhanden. Diese sind untereinander so stark durch Beteiligungen verflochten, daß ein relativ niedriger Kaufpreis genügt; 40 Mrd. zu Buchwerten und ca. 100 Mrd. zu Marktpreisen der nicht internen Kapitalbeteiligungen.

Fazit

Während die DKP ihren Programmentwurf vorlegt, sind sich die westdeutschen Gewerkschaften nicht einig über den Charakter, den ihr neues Grundsatzprogramm haben soll. Die progressiven Teile drängen auf Rückkehr zu den Forderungen des ersten Grundsatzprogramms, insbesondere auf Nationalisierung der Schlüsselindustrien. Die Programmkommission der DKP scheint diese Entwicklung nicht berührt zu haben. Wo diese Teile durch präzisere Argumente unterstützt werden könnten, da findet sich im Programmentwurf nichts, die generelle Forderung wird vielmehr noch eingeschränkt/S.31/. Und wo die Vorstellungen über die Tragweite solcher Nationalisierungen ohne Umgestaltung des gesamten Wirtschaftssystems illusionär sind, trägt es genauso wenig zur Klarheit bei, den Übergangscharakter solcher Maßnahmen zwar auszusprechen, alles weitere aber auf die

konkreten Umstände des Klassenkampfes zu schieben. Entweder es werden Sätze gestrichen wie: die DKP betrachtet „die antimonopolistische und die sozialistische Umwälzung als miteinander verbundene Entwicklungsstadien in dem einheitlichen revolutionären Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“/47/, oder es wird ausgeführt, was das konkret heißt. So wie er ist, taugt der Entwurf jedenfalls *weder* zu einem Programm der Abwehr reaktionärer Entwicklungen *noch* zur Gewinnung neuer Kräfte für den Sozialismus.

Folgende Artikel und Kommentare beschäftigen sich mit der politischen und ökonomischen Situation der Bundesrepublik Deutschland

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat, Heft 1–77

Für eine sozialistische Bundesrepublik, Heft 2–77

Sozialisten in der SPD? Heft 3/77

Bewußtseinsformen des Alltagslebens, Heft 3–77

Klassenstruktur in den Metropolen des Kapitals, Heft 3–77

Programm gegen Massenarbeitslosigkeit, Heft 4–77

Orientierungslos trotz Orientierungsrahmen, Heft 5–77

Problem Deutschland, Heft 1–78

Mehrwert- und Profitraten des BRD-Kapitals, Heft 1–78

Bahro – eine Alternative? Kritik von Rudolf Bahros Bestseller, Heft 1–78

Im Redaktionsprogramm der

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

werden fortlaufend Zeitschriften rezensiert; z. B. Prokla, Marxistische Blätter, SoPo, Argument, Wirtschaftswissenschaft, konkret, Kursbuch, Langer Marsch, WSI-Mitteilungen, Sowjetwissenschaft, forum ds, Gewerkschaftliche Monatshefte, links, Gesellschaft, Blätter für deutsche und internationale Politik, L 76, Marxismus Digest, IPW-Berichte, Sozialist, Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Neue Gesellschaft, Autonomie, ötv-magazin, Gewerkschaftspost, druck und papier, Gewerkschafter, Nachrichten u. a.

Identitätskrise der KPF

1. Eine ganz andere Revolution

Die Niederlage der Linken in den Wahlen zur Nationalversammlung betrifft alle ihre Strömungen, unabhängig von den jeweiligen Verantwortlichkeiten. Sie ist also auch eine Niederlage der PCF, umso mehr, als diese gegenüber den Wahlen 1973 in Stimmenanteilen gerechnet, 0,8% weniger erreicht hat, abgesehen von dem katastrophalen Wahlergebnis 1958 das schlechteste Ergebnis seit 1945. Zum ersten Mal seit diesem Zeitpunkt ist sie zugleich von der PS um 2% überflügelt worden . . .

Dieser Artikel sollte in der Parteipresse veröffentlicht werden, aber offensichtlich ist dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. . . Drückt sich darin nicht gerade eins der Probleme der Entwicklung der PCF aus? . . .

Man wird mir entgegenhalten, daß ich die Rolle der Bourgeoisie unterschätze und Munition für die antikommunistische Kampagne der PS liefere. Ich weise diese Argumentation zurück; sie führt die Partei nur dazu, sich einzuigeln, als ob sie eine belagerte Festung sei. Die Bourgeoisie hat die PCF schon immer bekämpft und wird es weiterhin tun, ich sehe nicht, wie eine echte Debatte unter Kommunisten ihr dabei helfen kann. Im Gegenteil, eine solche Debatte ist nur der Beweis für die demokratische Vitalität einer großen Partei.

Was die PS anbetrifft, so habe ich ihre Verantwortung für die Krise der Linksunion und deren Wahlniederlage weder unterschätzt noch verheimlicht. Aber liegt nicht der wesentliche Grund für die sozialdemokratische Rechtsabweichung der PS in der Tatsache, daß die PCF nicht in der Lage war, den „führenden Einfluß“ auszuüben, deren Notwendigkeit Georges Marchais auf dem 22. Parteitag gezeigt hat? Wir müssen daher über die Probleme der PCF diskutieren, weil sie heute auf der Tagesordnung stehen.

Die Wahlergebnisse der PCF sind regional sehr unterschiedlich ausgefallen. Man kann aber einige Konstanten herauschälen. Die Partei hat in einer Reihe von Wahlkreisen gewonnen, in denen die Wirtschaftskrise stärker spürbar war; die Industrie ist dort nur sehr einseitig ausgeprägt. Sie hat an Stimmen gewonnen in den kleinen städtischen Zentren, in einigen Mittelstädten und in einigen ländlichen Gebieten . . . Sie hat an Stimmen verloren — und manchmal sogar beträchtlich — in den meisten großen Städten, und zwar nicht nur im Stadtgebiet selbst, sondern sogar in den „roten Vorstädten“. Dies gilt insbesondere für Paris und Umgebung: —4,5% in Paris, — 3 bis 5% in den Vorstädten. In einigen Departements kann sie einen leichten Stimmenzuwachs verbuchen: im Norden, im Pas-de-Calais, in der Loire.

Die Partei konnte bei den lohnabhängigen Mittelschichten und den Intellektuellen keinen Erfolg registrieren, sondern hat im Gegenteil im Vergleich zu 1973 sehr deutlich an Einfluß verloren. In den von ihr geführten Gemeinden hat sie oft Stimmen gewonnen, in den anderen jedoch verloren. Auf dem Land erreichte sie geringe Zuwachsraten, bei den hochqualifizierten Arbeitern jedoch Verluste, und zwar insbesondere in den Gebieten mit dem höchstentwickelten kulturellen Niveau.

Kurzum, die PCF ist — im Unterschied zur PCI — nicht in der Lage, ihren Einfluß über ihren gewachsenen politischen und sozialen Einzugsbereich hinaus auszudehnen. Dieser scheint sich eher etwas zu verringern, und zwar trotz des gemeinsamen Programms, der Senkung des aktiven Wahlrechts auf 18 Jahre und trotz der faktischen Stärkung der Partei: es gibt zwischen der Mitgliederzahl, der Intensität der Parteiarbeit und dem Einfluß bei den Wahlen keine direkte Beziehung.

Um die Wahlniederlage vom März zu begreifen, kann man sich nicht mit der Feststellung begnügen, der 22. Parteitag habe erst vor zwei Jahren stattgefunden. Die Ursachen liegen weiter zurück und sind tiefgreifender. Der Grund liegt in der Verspätung der PCF, sich zu verändern und sich den neuen Problemen zu stellen, die mit der Entwicklung der französischen Gesellschaft in den letzten 25 Jahren aufgeworfen wurden. Schon 1956, nach dem 20. Parteitag der KPdSU, weigerte sich die PCF, über die damals akuten Probleme hinauszugehen; sie blieb sogar hinter ihnen zurück. Zwar verurteilte sie die militärische Intervention der Länder des Warschauer Paktes in der CSSR; sie gab sich jedoch mit punktueller Kritik zufrieden und flüchtete zu einem vorsichtigen und verlegenen Schweigen. Auch heute noch bleibt die Analyse der Verhältnisse in der SU unterhalb des notwendigen Niveaus . . .

Zahlreiche Kommunisten, auch eine Reihe von Genossen mit führenden Funktionen, sind nicht bereit, diese Probleme grundlegend anzugehen. Mir scheint aber, daß ohne eine prinzipielle Position zur SU unsere unzureichenden Stellungnahmen wenig glaubhaft erscheinen, zahlreiche Aktivisten bleiben desorientiert und können nicht überzeugend agieren.

Die UdSSR, ein Antimodell

Man muß den Mut zu der These haben, daß der Sozialismus in der SU nur in sehr unvollständiger Weise existiert. Man findet dort Elemente des Sozialismus, einen unvollendeten Sozialismus, weil die Bürokratie eine beherrschende Stellung einnimmt und keine politische Demokratie existiert. Die SU ist nicht nur kein Modell oder Beispiel, sondern eher ein Antimodell. Der Sozialismus, so wie wir ihn verstehen, existiert nirgendwo. Wir wissen faktisch nicht, wie er aussehen kann, aber wir wissen, wie er nicht sein darf. Die Tatsache, daß unsere Partei den selben Namen hat wie die Staatsparteien der SU und der anderen Ländern des gleichen Typs, stellt im Hinblick auf Frankreich ein schweres Handikap dar . . . Die Welt hat sich verändert, ebenso Frankreich. Es geht darum, einen neuen Weg zu finden, der weder dem der traditionellen Sozialdemokratie entspricht, noch dem kommunistischen Weg von Tours und der Komintern folgt.

2. Notwendige Veränderung

... Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Orientierung in der kommunistischen Bewegung radikal neu ist, daß sie der Tradition und den „Gründersmythen“ der französischen Kommunisten zuwiderläuft. Zuviele Kommunisten sind sich über diese Veränderungen und ihre Konsequenzen nicht genügend bewußt. Ist für das Verständnis dieser neuen Orientierung durch eine intensive Diskussion innerhalb und außerhalb der Partei genug getan worden?

Die Unterzeichnung des Gemeinsamen Programms ohne diese notwendige Veränderung implizierte ganz klar die Gefahr, den Aufschwung der PS zu stärken. Zahlreiche linksorientierte Franzosen haben bei der Wahl die PS vorgezogen, weil sie keine ausreichenden Garantien für die tiefgreifenden Veränderungen der PCF sahen. Das Gemeinsame Programm konnte in den Wahlen nur dann zugunsten der PCF wirken, wenn die Arbeiter, Lohnabhängigen und Intellektuellen in ihm die Basis für die Verteidigung ihrer Interessen erkennen; als sicherste Garantie für die neue Politik mußte die Aufrechterhaltung der Freiheit gewährleistet sein. Unabhängig von den Verantwortlichkeiten der PS hat die Haltung der PCF seit September 1977 nicht dazu beigetragen, die Verunsicherung dieser Schichten zu zerstreuen.

In der Wahlkampagne lag das Schwergewicht auf den Forderungen für die „Armen“. Dieser Orientierung kann man nur zustimmen. Wie Georges Marchais auf dem 22. Parteitag gezeigt hat, gibt es in der Tat ein modernes Elend, von dem Millionen von Franzosen betroffen sind. Aber den Forderungen dieser Schichten den Vorrang einzuräumen, ist eine Sache und der realen Situation der verschiedenen sozialen Schichten und ihrer wechselseitigen Beziehungen Rechnung zu tragen eine andere.

Zahlreiche qualifizierte Arbeiter, z.B. in Paris und Umgebung, haben relativ angemessene (convenable) Lebensbedingungen. Sie fühlen sich ausgebeutet; aber die These von einer absoluten Verelendung ist überholt; sie muß abgeschafft werden. Die soziale Sicherung ist im heutigen Frankreich eine Realität, sie ist Resultat der Kämpfe der Arbeiter. Diese Arbeiter sind manchmal im Besitz eines Appartements, manchmal sogar einer zweiten Wohnung. Der Kauf von Einrichtungsgegenständen fällt ihnen schwer, aber ihre Lage ist nicht mehr die gleiche wie vor 25 Jahren. Sie fühlten sich nicht immer von der „Arbeiter“-sprache der Partei in der Wahlkampagne angesprochen. Ihr kulturelles Niveau ist höher als früher. Oft haben sie die Mittelschule bis zum Alter von 17/18 Jahren besucht. Ihre Kinder gehen ins Gymnasium, sogar zur Universität. Es ist unbestreitbar, daß sie hart arbeiten müssen, daß sie von der Arbeitslosigkeit bedroht sind, daß die Anfahrtswege zum Betrieb lang sind, daß die Arbeitsbedingungen sich verschlechtern, aber man kann sie nicht in der gleichen Weise ansprechen wie vor 50 Jahren. Sie sind den qualitativen Problemen des Wirtschaftswachstums zunehmend aufgeschlossener, auch wenn die quantitativen Ansprüche weiterbestehen.

Die lohnabhängigen Mittelschichten und die Intellektuellen stellten in den letzten sechs Monaten ein verlorenes Terrain dar, auf dem die PS ihre Wähler rekrutieren konnte und die kaum für uns zu gewinnen waren.

Ein vernachlässigtes Bündnis

Georges Marchais hat in seinen letzten Reden und Fernsehauftritten von diesen Gesellschaftsschichten nicht mehr gesprochen. Die Parole „die Reichen sollen bezahlen“

wurde oft undifferenziert verwendet — durch welche Grenzen sind die Reichen definiert? Man hatte den Eindruck, die zurückliegenden Zeiten der Taktik „Klasse gegen Klasse“ würden wiederaufleben. Anstatt die Monopole zu isolieren, fällt diese Art der Politik hinter die Konzeption der „Einheit des französischen Volkes“ zurück, wie sie auf dem 22. Parteitag beschlossen wurde. Das historische Bündnis der Arbeiter, Werktätigen, lohnabhängigen Mittelschichten und Intellektuellen — das den neuen sozialen Block darstellen und den gesellschaftlichen Inhalt des zukünftigen sozialistischen Staates zum Ausdruck bringen soll, taucht in dieser Periode nur am Rande auf. Seit den Wahlen ist der Anti-Intellektualismus in den Spalten der *l'Humanité* zur Norm geworden. Sprechen wir es offen aus: wir müssen zu einer tiefgreifenden Veränderung der Politik der Partei und ihrer Praxis im Hinblick auf die lohnabhängigen Mittelschichten, die Ingenieure und Intellektuellen gelangen.

Wir können davon ausgehen, daß — ohne unsere Linie im Hinblick auf die „Armen“ zu verändern und ohne die qualifizierten Arbeiter zu vernachlässigen —, diese sozialen Schichten für uns zu gewinnen sind, wenn wir den Willen dazu haben und wenn wir uns ihre Forderungen und ihre Bewußtseinshaltung zu eigen machen. Aber dazu ist eine beträchtliche Veränderung unserer Haltung ihnen gegenüber notwendig, eine Veränderung unserer Sprache und unserer Einstellung insbesondere zu den großen Problemen der Gesellschaft, der Zivilisation und der Kultur, die durch den Mai 68 aufgedeckt, entwickelt und herausgearbeitet worden sind. Man darf die Arbeiterklasse und die lohnabhängigen, intellektuellen Mittelschichten nicht in einen Gegensatz bringen. Die PCF wird im Gegenteil nur durch die Verwirklichung der Bedingungen ihrer Einheit, vor allem in den großen städtischen Zentren, vorankommen; man darf nicht vergessen, daß die französische Gesellschaft sich weitgehend urbanisiert hat.

Wir haben in den Mai-Ereignissen 1968 nur den politischen Linksradikalismus gesehen und wir haben ihn mit Recht bekämpft. Aber haben wir nicht den Rest zu lange vernachlässigt: den Kampf gegen die Bürokratie wie gegen die wachsende Rolle des Staates, die Selbstverwaltung, die Frauenbewegung, die hierarchischen Strukturen in den Betrieben, die Probleme der Städte? . . .

Eine tiefgreifende Transformation der Partei

Wir haben die sozialistische Partei hart kritisiert. Wir haben seit 1972 gesagt: die Einheit ist ein Kampf. Es ist offenkundig, daß seit der Unterzeichnung des Gemeinsamen Programms zahlreiche Probleme zwischen den beiden Parteien aufgetreten sind. Haben es zahlreiche — und nicht die unwichtigsten — Sozialisten nicht bloß als eine Wahlplattform betrachtet? Es ist bezeichnend, daß man in dem Text des Gemeinsamen Programms keine präzise Festlegung der zu nationalisierenden Unternehmensgruppen und ihrer Töchter findet. Es ist erstaunlich, daß die kommunistischen Unterhändler damals nicht stärker auf diesem Punkt insistiert haben.

Gerade die Verspätung in unserem Umwandlungsprozeß hat uns daran gehindert, in der Diskussion seit 1972 weiter zu gehen. Daß die PS die Hauptverantwortung für das Scheitern der Linken trägt, steht für mich außer Zweifel; aber mir scheint, daß wir in der Analyse der Politik unserer Partei weitergehen müssen. Der Kampf um die Einheit muß die Debatte bestimmen. Mir scheint, daß wir schon 1974 — nach dem 21. Parteitag — und seit Sommer 1977 das Wort „Kampf“ im eigentlichen Sinne des Begriffes verstanden haben und manchmal einen „platten Antisozialismus“ praktiziert haben.

Wir haben nicht überzeugen können. Schlimmer noch, wir haben manche Gutwilligen entmutigt, verängstigt, und zwar über die sozialistische Wählerschaft hinaus bis hin in unsere eigenen Reihen. Es ist richtig und notwendig gewesen, sofort nach den Gemeindewahlen 1977 öffentlich eine Reihe von Fragen des Gemeinsamen Programms aufzuwerfen und sogar für eine bestimmte Zeit die Verhandlungen über die Aktualisierung des Programms zu unterbrechen, angesichts der Tatsache, daß die PS offen eine Vogelstraußpolitik praktizierte und den wirklichen Dialog verweigerte. Dieser Bruch hätte jedoch im Herbst zu einer Vereinbarung führen müssen, selbst wenn wir nicht alles, was uns notwendig erschien, erreicht hätten . . .

Bannflüche statt einer Debatte

Allgemein gesprochen haben wir mehr die pauschale Abkanzelung als die Debatte mit den Sozialisten praktiziert . . . Man wird dies als eine bloße Formsache betrachten. Das ist es keinesfalls . . . Wir müssen einsehen, daß der Einfluß des Stalinismus auf unser eigenes Verhalten noch stark genug ist, so daß Vorbehalte gegen unsere Partei erklärt sind. Wir haben richtig gehandelt, die PS zum Zeitpunkt ihres Parteitags in Nantes im Juni letzten Jahres zu kritisieren und die „Soares-Linie“, wie sie Chevènement genannt hat, bloßzustellen. Die Art jedoch, in der das geschah, war dermaßen brutal und ungeschickt, daß sie eine nicht zu vernachlässigende Rolle für das Scheitern der gesamten Linken gespielt hat . . .

Der wahre historische Kompromiß kommt in Frankreich über eine echte Annäherung zwischen Sozialisten und Kommunisten zustande. Die Debatte muß ernsthaft, brüderlich und aufrichtig sein. Es ist illusorisch zu glauben, daß nur die PS durch den Zerfall der Einheit verliert. Die Wahlen vom März beweisen im Gegenteil, daß die PCF selbst Gefahr läuft, an Einfluß zu verlieren, wenn die Spaltung der Linken zum dominierenden Element wird.

3. Den Dingen auf den Grund gehen

Es ist klarer hervorgetreten, daß die PCF den Weg, für den der 22. Parteitag als Symbol steht, bis zum Ende und auf allen Gebieten einschlagen muß. Sie muß die Fehler der Vergangenheit deutlicher aussprechen; sie hat Schwierigkeiten dabei. Warum sind 26 Jahre nach dem Ausschluß von Marty und Tillon die Fehler der Parteileitung von 1952 noch nicht eingestanden worden, warum wurden die Ausgeschlossenen nicht rehabilitiert, was ja nicht die Zustimmung zu allen ihren Auffassungen bedeutet? Warum wurde Roger Garaudy ausgeschlossen? Warum wurde nicht in aller Deutlichkeit der Einfluß des Stalinismus in der Geschichte der PCF erkannt, die Konsequenzen der bedingungslosen Unterstützung der UdSSR und der Zugehörigkeit zur Komintern, z.B. im Moment des deutsch-sowjetischen Paktes? . . .

Einige Schritte sind in dieser Richtung getan worden, ich will sie nicht übersehen. Aber wir bleiben stets auf der Hälfte des Weges stehen mit der Konsequenz, daß wir eine Menge Altkommunisten nicht für die Partei gewinnen oder wiedergewinnen können. Sie zu überzeugen, gelingt uns nur durch eine andere Art. Wir befinden uns erst in der Mitte des Flusses.

Die alte kommunistische Partei, die der Gründungsjahre, der Entwicklungsjahre und die Partei während der Zeit schwerster Belastungen existiert nicht mehr. Die neue Partei, die sich entfaltet und in die französische Wirklichkeit des Jahrhundertsende eingliedert, gibt es noch nicht. Von daher resultiert die reale Identitätskrise der Partei, deren interne und externe Konsequenzen nicht unterschätzt werden dürfen.

Damit ist zugleich das Problem ihrer internen Willensbildung aufgeworfen. Sehr wenig Kommunisten stellen den demokratischen Zentralismus in Frage; die Bezeichnung ist nicht sehr glücklich, weil das Hauptgewicht auf dem Zentralismus liegt. In der Geschichte der PCF hat es — oft aus durchaus achtbaren Gründen — mehr Zentralismus als Demokratie gegeben. Die wirkliche Frage besteht darin, die Bedeutung des demokratischen Zentralismus im Frankreich von heute zu begreifen.

Wir befinden uns nicht mehr im zaristischen Rußland oder in einer auf einen Bürgerkrieg folgenden Zeit. Wir sind nicht im Frankreich der Vorkriegszeit, der Zeit der Besetzung oder des Kalten Krieges. Da mir die Fraktionsbildung keine Lösung zu sein scheint — die Organisation von Tendenzen ist nur die erste Form von Fraktionsbildung —, trete ich für die Notwendigkeit einer permanenten und transparenten Debatte ein. Selbstverständlich müssen die Führungsorgane der Partei ihre gewichtige Rolle spielen, aber sie können dies nur durch Verschmelzung mit der Gesamtheit der Kommunisten. Z.B. war es korrekt, das Problem der Distanzierung von der Diktatur des Proletariats zu stellen. Indes hätte man es auf die Tagesordnung des 22. Parteitages setzen müssen und sich nicht mit einer zu kurzen Debatte begnügen dürfen, die zudem erst durch eine Stellungnahme im Fernsehen in Gang gesetzt wurde. Die Fernsehzentrale darf das Zentralkomitee nicht ersetzen!

Einige Fragen

Warum konnten die Verteidiger der Diktatur des Proletariats nicht auf dem Parteitag das Wort ergreifen? Warum wurde die Debatte nicht über den Parteitag hinaus weitergeführt? Als ob wir die Probleme des Staates, der Revolution und der Macht bereits zum Abschluß gebracht hätten! . . . Es gibt hunderttausende von Kommunisten, die in den Parteizellen demokratisch ihre Auffassung zum Ausdruck bringen, man kann sich jedoch nicht mit einer vertikalen Informations- und Willensbildung begnügen (von der Zelle bis zum ZK). Wir brauchen auch eine horizontale Ebene der Kommunikation.

Sie steht mit Lenins Verständnis vom demokratischen Zentralismus nicht im Widerspruch. Das Verbot der horizontalen Kommunikation ist eine Hinterlassenschaft der stalinischen Parteikonzeption. Übrigens hatte Lenin auf dem 10. Parteitag der KPdSU, auf dem das Fraktionsverbot beschlossen wurde, die Herausgabe eines „Diskussionsblattes“ vorgeschlagen und zur Abstimmung gebracht, mit dem eine permanente Debatte in der Partei durch die Kommunikation der Ideen und Vorschläge der Genossen ermöglicht werden sollte. Leider ist man von dieser Orientierung abgewichen. Man darf den Austausch von Meinungen nicht mit Fraktions- oder Tendenzbildung verwechseln. Sollte nicht sogar gerade durch den demokratischen Zentralismus die Autonomie der mittleren und Basisorganisationen der Partei gefördert werden?

Warum kann es nicht schließlich ein neues System der Ermittlung der Kandidaten für die Wahl der Leitungsorgane der Partei geben, das die Willensbildung leichter macht und eine echte interne Demokratie ermöglicht. Über diese Probleme muß in der Vorbereitung des nächsten Parteitages und der Reform der Statuten, die auf ihm beschlossen werden sollen,

ausgiebig diskutiert werden. Ich möchte den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß man die Dringlichkeit dieser Probleme begreift.

Ob über die Diktatur des Proletariats, die Modifikation unserer Position über die französische Nuklearmacht, die mit dem Gemeinsamen Programm aufgeworfenen Probleme oder unsere Beziehungen zu den Sozialisten — zahlreiche Kommunisten haben angesichts der Methoden der Debatte Fragen gestellt und sie kritisiert. Die Partei würde ihre reale Kraft verlieren, wenn sie nicht auf die Stimmen aus den Parteizellen hört. Sie würde dagegen neue Mitglieder gewinnen und die jetzigen Mitglieder besser motivieren, wenn ihre Veränderung wirklich akzeptiert wird, zuallerst die Demokratisierung der Funktionsweise des demokratischen Zentralismus . . .

Was soll man heute vom Leninismus halten? Wem entspricht er in der gegenwärtigen Situation? Muß die kommunistische Partei die Grundsätze des philosophischen Materialismus verteidigen? Muß sie nicht weder religiös noch atheistisch sein? Allein dadurch wird unsere Beziehung zu den Christen in neuer Form gestellt.

Müssen wir nicht unsere Zielvorstellung einer neuen Gesellschaft, die Umriss und die Bedingungen präziser definieren, damit der französische Sozialismus klarer bestimmt werden kann in seinem Gegensatz zu all den Erfahrungen, die heute mit dem Sozialismus verknüpft sind?

Ist nicht die Vertiefung unserer Konzeption der Demokratie und der Freiheit notwendig? Muß nicht heute das Phänomen des Staates besser analysiert werden und die Bedingungen des Übergangs in unserem Lande intensiver reflektiert werden?

Ist nicht die ökonomische Analyse, die wir seit ca. 15 Jahren betreiben, unzureichend, um den Realitäten und Widersprüchen des heutigen Staates Rechnung zu tragen?

Brauchen wir nicht eine neue Reflektion und eine viel weitergehende Aktivität auf alle qualitativen Probleme der Gesellschaft (Ökologie, Lebensqualität, Frauenbewegung, Ausbildungswesen, Familie, sexuelle Beziehungen, Kultur und Freizeit etc.).

Man erzähle mir nicht, das seien intellektuelle Probleme für Intellektuelle. Es sind reelle Fragen, die sich hunderttausende Kommunisten stellen. Die Verweigerung der öffentlichen Diskussion macht die Fragen dramatischer als sie sind. Es wäre allein dramatisch, wenn man an der Verweigerung der öffentlichen Diskussion, die von so vielen Kommunisten gefordert wird, festhält. Es scheint mir nicht der Wirklichkeit zu entsprechen, wenn man diese Forderung auf die Kritik einiger Intellektueller reduziert, die mit dem 22. Parteitag nicht einverstanden sind. . . . Wir leiden nicht an einem Überdruß des 22. Parteitages, sondern an seiner Folgenlosigkeit.

(leicht gekürzte Fassung eines Artikels aus Le Monde vom 13., 14. und 15.4.78)

Frankreich : Niederlage der Linken ? Linksunion perdue ?

Für die bürgerliche Presse gibt es bei der Interpretation des Ergebnisses der Wahlen zur französischen Nationalversammlung keinen Zweifel: die Linksunion aus Kommunisten, Sozialisten und linken Radikalen hat eine Niederlage erlitten, Giscardisten und Gaullisten haben gesiegt. „Giscard gewinnt — Chirac fühlt sich als Sieger — das französische Linksbündnis zerfällt.“ Das französische Volk, wie immer in Fragen von nationaler Bedeutung, hat historische Vernunft bewiesen. Die bürgerliche Welt, allen voran der Nachbar Bundesrepublik, atmet auf. Das Gespenst eines Sozialismus in den Farben Frankreichs scheint zumindest für die nächsten Jahre verschluckt.

Lassen sich mit dieser These die politischen Fronten im Frankreich des Jahres 1978 erfassen ? Oder ist angesichts der Linksverschiebung, die sich in der politischen Programmatik der Parteien bis hinein ins bürgerliche Lager im Verlaufe eines der härtesten Wahlkämpfe durchgesetzt hat, eine ganz andere Interpretation der Wahlergebnisse am Platze ?

Wahlergebnisse

Die nüchternen Zahlen sprechen eine scheinbar eindeutige Sprache. Entgegen einer Reihe von Wahlprognosen, in denen der Linksunion noch Anfang März ein knapper Vorsprung eingeräumt wurde, konnten die bürgerlichen Parteien 291 Sitze in der Nationalversammlung und damit eine stabile Mehrheit erobern. Mit 200 Mandaten ist die Linksunion unerwartet klar unterlegen.

Das Ergebnis sieht allerdings völlig anders aus, wenn man anstelle der Sitzverteilung in der Nationalversammlung die Stimmprozente bzw. die absoluten Stimmverhältnisse für die verschiedenen Kandidaten in die Betrachtung miteinbezieht. Es ergibt sich dann das Bild eines äußerst knappen Kopf-an-Kopf-Rennens, das bei extrem hoher Wahlbeteiligung nur mit wenigen hunderttausend Stimmen zugunsten der bürgerlichen Parteien entschieden wurde.

Der Unterschied erklärt sich durch die Tatsache, daß die französische Nationalversammlung nach dem Modus des Mehrheitswahlrechts gewählt wird. Im ersten Wahlgang benötigt ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, um gewählt zu sein. In allen Wahlbezirken, in denen im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhält, wird eine Woche später per Stichwahl entschieden. In diesem Wahlgang reicht die relative Mehrheit aus, um in die Nationalversammlung einzuziehen.

Bei einer Wahlbeteiligung von 83% votieren am 12. März 12,9 Millionen Franzosen oder 45,3 % für die Kandidaten der Linksunion und 13,2 Millionen für die Parteien des bürgerlichen Regierungsbündnisses. 2,4 Millionen Stimmen oder 8,2 % gehen an linksradikale Gruppierungen, Ökologen und an verschiedene Splitterparteien, die keinem der beiden Lager eindeutig zuzuordnen sind. Aufgrund einer Senkung des Wahlalters und der hohen Wahlbeteiligung gehen im ersten Wahlgang insgesamt 4,8 Millionen Franzosen mehr zu den

Die Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 12. und 19. März 1978

1. Wahlgang: 491 Bezirke

Eingeschriebene Wähler	35 204 152	
Abgegebene Stimmen	29 141 979	(82,8%)
Gültige Stimmen	28 560 243	(81,1%)
Ungültige Stimmen/Stimmenthaltungen	6 062 173	(17,2%)
PCF	5 870 402	(20,6%)
PS	6 451 151	(22,6%)
MRG	603 392	(2,1%)
PCF, PS und MRG zusammen		(45,3%)
UDF (Giscardisten)	6 128 849	(21,5%)
RPR (Gaullisten)	6 462 462	(22,6%)
Übrige Majorite presidentielle	684 985	(2,4%)
UDF, RPR und Majorite presidentielle zusammen		(46,5%)
Linksradikale	953 088	(3,3%)
Ökologen	612 100	(2,1%)
Verschiedene	793 274	(2,8%)

2. Wahlgang: 423 Bezirke

Eingeschriebene Wähler	30 956 076	
Abgegebene Stimmen	26 206 710	(84,6%)
Gültige Stimmen	25 475 802	(82,2%)
Ungültige Stimmen/Stimmenthaltungen	4 749 366	(15,3%)
Linke (200 Sitze)	12 553 262	(49,3%)
Rechte (291 Sitze)	12 865 122	(50,5%)
Verschiedene	57 418	(0,2%)

Wahlurnen als 1973; die Parteien der Linksunion erhalten 2,9 Millionen Stimmen mehr als vor fünf Jahren.

Im ersten Wahlgang erreichen nur 68 der insgesamt 491 Kandidaten die absolute Mehrheit; für die übrigen findet am 19. März eine Stichwahl statt. Aufgrund von Wahlabkommen der linken und der bürgerlichen Parteien untereinander stehen sich in allen Wahlkreisen nur noch je ein Kandidat der Linken und der Rechten gegenüber. Bei einer Rekordwahlbeteiligung von 85 % geben in diesem zweiten Wahlgang 49,3 % der Franzosen ihre Stimme dem Kandidaten der Linken und 50,5 % entscheiden sich für den Kandidaten des bürgerlichen Lagers.

Bei näherem Hinsehen erweist sich also, daß von einem überwältigenden Sieg der bürgerlichen Parteien keineswegs gesprochen werden kann. Vergleicht man die Wahlergebnisse des Jahres 1978 mit denen des Jahres 1973, hat die Linksunion deutliche Erfolge aufzuweisen. Gegenüber dem ersten Wahlgang des Jahres 1973 ist ihr Anteil von 42,0 % auf 45,3 % gestiegen; im zweiten Wahlgang hat sie 25 Sitze hinzugewonnen. 49,3 % der Wähler haben im zweiten Wahlgang für einen Kandidaten der Linksunion gestimmt: das ist der größte Bevölkerungsanteil, der sich in der Geschichte der politischen Herrschaft der Bourgeoisie in Europa jemals in freien Wahlen für eine grundlegende Änderung des ökonomischen und politischen Systems ausgesprochen hat. Daß diese Stimmverteilung zu einem Vorsprung der bürgerlichen Parteien von 91 Sitzen in der Nationalversammlung führt, hängt mit der Auf-

teilung der Wahlbezirke zwischen ländlichen Gebieten und industriellen Zentren zusammen; absolut betrachtet, zieht die bürgerliche Regierung mit einem Vorsprung von ganzen 300 000 Stimmen in die neue Nationalversammlung.

Dennoch: formulieren die Parteien der Linksunion nicht selber, daß sie ihr Wahlziel nicht erreicht und eine Niederlage erlitten haben ? Nichts wird schließlich in den Tagen nach der Wahl auch und gerade in der linken Presse Frankreichs so ausführlich diskutiert, wie die Niederlage der Linksunion und die gegenseitigen Vorwürfe, mit denen Kommunisten und Sozialisten sich gegenseitig die Schuld daran in die Schuhe zu schieben suchen. Die PCF wirft der PS Rechtsabweichung vor; sie habe die Veränderung der französischen Gesellschaft nicht wirklich gewollt und sei auf die Vorschläge der PCF zur Aktualisierung des gemeinsamen Regierungsprogramms nicht eingegangen. Für die PS ist umgekehrt klar, daß die PCF durch ihre unnachgiebige Haltung bei den Aktualisierungsverhandlungen die historische Schuld an der Niederlage trägt. Einigkeit besteht lediglich in einem Punkt: es ist der offen ausgebrochene Antagonismus zwischen den Linksparteien, der die Franzosen davon abgehalten hat, sich mehrheitlich für einen Regierungswechsel und damit für den Übergang zu einem neuen Gesellschaftstyp zu entscheiden. Daran habe auch die hastig zustandegewommene Übereinkunft zwischen den beiden Wahlgängen und der gegenseitige Kandidatenverzicht nichts mehr ändern können.

Linksverschiebung

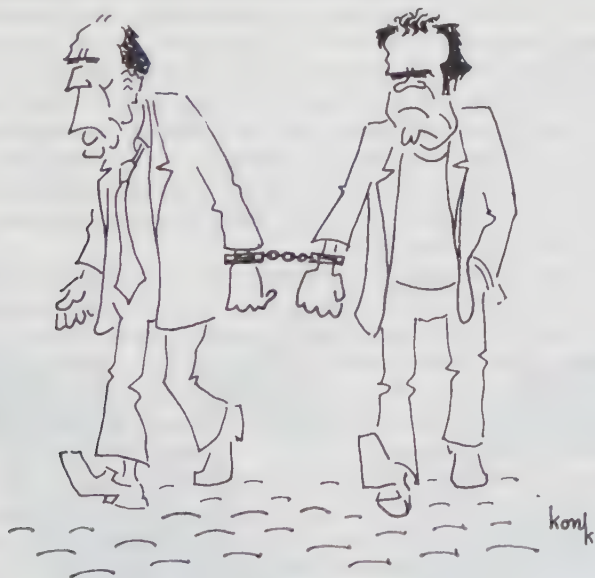
Was in den Kommentaren der bürgerlichen Presse darüberhinaus unberücksichtigt bleibt, ist das Faktum, daß die Parteien im Verlauf des letzten Jahres und insbesondere in der Zuspitzung der Auseinandersetzungen um die Aktualisierung des Gemeinsamen Regierungsprogramms einen Entwicklungsprozeß durchgemacht haben, der insgesamt betrachtet eine Linksverschiebung der politischen Kräfteverhältnisse in Frankreich zum Ausdruck bringt. Die Linksunion des Jahres 1978 ist nicht mehr die gleiche wie 1973. Diejenige Hälfte der französischen Wähler, die sich am 19. März 1978 für einen Wechsel der Regierung und des politischen Systems ausgesprochen hat, nimmt nicht nur die Tatsache in Kauf, daß die Linksunion sich heute nicht in der gleichen Einigkeit präsentiert wie noch vor fünf Jahren; sie befürwortet ein in entscheidenden Punkten radikaleres Programm für diesen Wechsel als noch 1973.

Das Bündnis zwischen PCF, PS und MRG konstituiert sich im Jahre 1972 mit der Unterzeichnung eines Gemeinsamen Regierungsprogramms, auf dessen Grundlage in Frankreich der Übergang zu einem neuen Typ der gesellschaftlichen Entwicklung in Angriff genommen werden soll. Zum erstenmal in der französischen Nachkriegsgeschichte ist mit der Unterzeichnung dieses Programms die Spaltung zwischen Sozialisten und Kommunisten aufgehoben. Die Einheit der Linken zählt sich in den folgenden Jahren deutlich aus, 1973 kann die Linksunion ihre Sitze in der Nationalversammlung nahezu verdoppeln, 1974 wird François Mitterand als Präsidentschaftskandidat der Linken nur mit der äußerst knappen Mehrheit von 51 % durch Valéry Giscard d'Estaing geschlagen. Bei den Gemeinderatswahlen im Frühjahr 1977 erhalten die Kandidaten der Linksunion 56 % der Stimmen.

Die Linksverschiebung des politischen Kräftesystems in Frankreich beinhaltet zunächst eine Stärkung der sozialistischen Strömung innerhalb der französischen Arbeiterbewegung. Das ursprüngliche Übergewicht der Kommunisten verlagert sich zugunsten der

sozialistischen Partei. Die PS, die Ende der sechziger Jahre aus der Erneuerung der alten SFIO und dem Zusammenschluß einer Reihe von Intellektuellenzirkeln und Clubs entsteht, entwickelt sich binnen weniger Jahre zu einer Massenpartei und es gelingt ihr, neben Teilen der Arbeiterklasse vor allem auch Teile der Mittelklassen für sich zu gewinnen. Mit der Krise der Jahre 1974/75 ergeben sich erneut eine Reihe von Veränderungen im politischen Raum, die Fronten innerhalb der Linksunion geraten zum zweitenmal in Bewegung. Die PCF leitet mit den Beschlüssen des 22. Parteitages im Jahre 1976 eine neue Phase ihrer Entwicklung ein. Öffnung der Partei, Demokratisierung der Willensbildung und Intensivierung der betrieblichen Massenarbeit haben Auswirkungen auf den Charakter und langfristig auch auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der Linksunion.

Innerhalb der PCF setzt sich die Einsicht durch, daß die ökonomischen Verhältnisse sich in Frankreich nach der Krise 1974/75 in einem Maße zugespitzt haben, das eine Aktualisierung des im Jahre 1972 unterzeichneten Gemeinsamen Regierungsprogramms erforderlich macht. Sie ist sich darüber im Klaren, daß ein Wahlsieg im Jahre 1978 noch keine politische Entscheidung ist, sondern daß diese sich erst im Verlauf der Klassenausinandersetzungen nach den Wahlen realisiert. Auch bei einem Sieg der Linksunion werden die Mehrheiten im Parlament knapp sein; auch und gerade deswegen muß durch ein dezidiertes Programm einer Linksregierung gesichert sein, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Frankreichs stabilisiert werden können und den Rechtskräften damit der Boden für eine Reaktivierung von Klassenvorurteilen bis hin zum Putsch entzogen wird. Die PCF entfaltet angesichts der Zerrüttung der sozio-ökonomischen Verhältnisse und angesichts der Befürchtung, die PS könnte ihr Gewicht innerhalb der Linksunion weiter verstärken, vor den Wahlen eine Kampagne zur Aktualisierung des gemeinsamen Programms. Die PS will aber gerade in der Erwartung, in Kürze stärkste Kraft zu sein, vor den Wahlen keine Verschiebung des Klasseninhalts des verabredeten Programms.



(Dessin de KONK.)

Die Verhandlungen über die Aktualisierung des Gemeinsamen Regierungsprogramms werden im Frühjahr 1977 aufgenommen; insbesondere geht es dabei

- um Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Klassen,
- um die Frage der Finanzierung dieser Maßnahmen und
- um den Zusammenhang zwischen Sofortmaßnahmen und Maßnahmen zur grundlegenden Umgestaltung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse von Produktion und Konsumtion.

In der Debatte um die Aktualisierung des Gemeinsamen Regierungsprogramms wird deutlich, daß die beteiligten Parteien sehr unterschiedliche Einschätzungen davon besitzen, welchen Spielraum für soziale Veränderungen das marktwirtschaftliche System in Frankreich noch zuläßt; während die PCF auf bestimmte Minimalvoraussetzungen für die Einführung einer demokratischen Wirtschaftsprogrammierung unter Beteiligung der arbeitenden Klassen drängt, ohne die in Frankreich nicht zu einem neuen Typ wirtschaftlichen Wachstums übergegangen werden könne, läßt die PS in ihren Konzeptionen den Kräften der Marktwirtschaft zunächst weit größeren Spielraum und geht davon aus, daß die wichtigsten Sofortmaßnahmen über ein Haushaltsdefizit von 40 Mrd. F finanziert werden könnten.

Die Aktualisierungsverhandlungen scheitern zwar im September 1977, die in einer breiten Öffentlichkeit geführt Kontroverse setzt jedoch erst richtig ein. In einer Massenkampagne ohnegleichen versucht die PCF zu verdeutlichen, daß allein durch eine schärfere Fassung der neuen Formen für eine ökonomische und politische Entwicklung der Ausweg aus Krise und Arbeitslosigkeit zu erreichen sei. Die Wahlauseinandersetzungen spitzen sich darüber hinaus durch das Eingreifen der Gewerkschaften zu, die ihrerseits die Erwartungen verdeutlichen, die die arbeitenden Klassen in Frankreich von einer Regierung erfüllt sehen wollen. Insbesondere das Eingreifen der Gewerkschaften zwingt die PS zu einer Reihe von Zugeständnissen hinsichtlich der Aktualisierung des Gemeinsamen Regierungsprogramms, die noch vor einem Jahr undenkbar schienen — so zum Beispiel in der Frage der Erhöhung des gesetzlich fixierten Mindestlohns auf 2 400 F. Auch die PCF muß unter dem verstärkten Druck in einigen Positionen eine Korrektur vornehmen (z.B. Umfang der Nationalisierungen). Die Heftigkeit, mit der die Auseinandersetzungen geführt werden und mit der vor allem die Gewerkschaften deutlich machen, daß sie nicht mehr bereit sind, die Austeritätspolitik der Regierung zu tolerieren, führt über Kompromisse innerhalb der Linksunion hinaus dazu, daß auch Teile der bürgerlichen Parteien zu Zugeständnissen gezwungen werden; so sagt auch die von Giscard geführte UDF die Anhebung des Mindestlohns auf 2 400 F zu — allerdings nur schrittweise bis 1982.

Im Januar 1978 veröffentlichen PCF und PS getrennte Vorschläge für ein Programm einer Linksregierung; insbesondere am Vorschlag der PS wird deutlich, daß darin eine Reihe von Zugeständnissen enthalten sind, die im Gegensatz zu dem von der PCF geäußerten Vorwurf der Rechtsabweichung der PS faktisch eine Linksverschiebung ihrer Programmatik bedeuten. Neben der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns betrifft dies vor allem Fragen der Nationalisierung von Schlüsselindustrien und der Erweiterung der Rechte der Arbeiter in den Betrieben.

Die Präzisierung der Schritte auf dem Weg zu einer gesellschaftlichen Umgestaltung durch die PCF, die Zugeständnisse der PS und das offensive Eingreifen der großen Gewerkschaften CGT und CFDT in die Debatte um die Politik einer Linksregierung zeigen, in welchem Umfang sich die Fronten in der politischen Auseinandersetzung in Frankreich verschoben haben. Wenn in dieser Situation gleichzeitig Teile derjenigen Wählerschaft, die bei den Gemeinderatswahlen 1977 noch für die Linksunion votierten, ihre Forderungen heute

durch eine veränderte UDF des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing repräsentiert sehen, so drückt dies deutlich aus, daß die Mehrheit der Franzosen allein in einer Reformpolitik die Chance für eine Beseitigung der gesellschaftlichen Widersprüche sieht. Auch die bürgerlichen Parteien müssen aufgrund der Zuspitzung der sozialen und politischen Auseinandersetzungen bestimmte Veränderungen der gesellschaftlichen Zustände einräumen. Darüberhinaus muß sich die französische Bourgeoisie damit auseinandersetzen, daß der offen ausgebrochene Antagonismus innerhalb der Linksunion und die bornierten Formen, in denen die Debatte von beiden Seiten zum Teil ausgetragen wurde, keineswegs zu einem Einbruch der Linken geführt haben. In einem der härtesten Wahlkämpfe der französischen Geschichte, in dem die Bourgeoisie ihre letzten Mittel aufgeboten hat, um ihre politische Herrschaft noch einmal für einige Jahre aufrechtzuerhalten, hat sich die Hälfte der französischen Bevölkerung nicht nur für Reform, sondern für einen Wechsel des politischen Systems ausgesprochen. Damit stellt sich die Frage: welche Chancen hat die Bourgeoisie, diese Hälfte der Franzosen durch ein ökonomisches und politisches Programm bestimmter Zugeständnisse noch einmal zu binden und damit die Kontinuität der politischen Herrschaft der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten? Eine Frage, die durch das Wahlergebnis selber in keiner Weise beantwortet ist und sich erst im Verlauf der Entwicklung der nächsten Jahre in ihrer ganzen Schärfe stellen wird.



„Wir müssen noch viele Vorurteile zerstören“

Interview mit Ignacio Gallego (PCE) *

Genosse Gallego, wir möchten zunächst einige ökonomischen Probleme ansprechen, und zwar ausgehend vom „Pakt von Moncloa“, der Ende Oktober von allen im Parlament vertretenen Parteien unterzeichnet wurde.

Nach den hierzulande zur Verfügung stehenden Informationen ist der Pakt von Moncloa ein Kompromiß: auf der einen Seite Vereinbarungen im Interesse der spanischen Werktätigen (Eindämmung der Inflation, Verbesserung der Arbeitslosenversicherung, Steuerreform in Richtung auf eine stärkere Besteuerung der hohen Einkommen, Anerkennung freier Gewerkschaften, Ausdehnung der Mitspracherechte der Werktätigen in den Betrieben), auf der anderen Seite Beschränkung der Lohnsteigerungen bis zu einem bestimmten Niveau (nicht mehr als 22%), Anerkennung des Rechts der Unternehmer auf Entlassungen bei Überschreitung des Lohnlimits. Der Pakt von Moncloa enthält eine Reihe von gegensätzlichen Vereinbarungen, die sowohl von den reaktionären Kräften des Landes wie auch von den Organisationen der Werktätigen zu ihren jeweiligen Gunsten ausgenutzt werden können. Der Pakt wurde verabschiedet vor dem Hintergrund einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation des Landes. Sein Ziel war es, die weitere Zuspitzung der ökonomischen Probleme zu verhindern, die nach Auffassung der linksorientierten Kräfte die Gefahr einer Rückkehr des Faschismus an die Macht vergrößern würde.

Heute, fünf Monate später, hat sich die wirtschaftliche Lage eher noch verschlechtert: die Arbeitslosigkeit ist weiter angestiegen, die Probleme der Staatsfinanzen konnten noch keiner Lösung zugeführt werden, Massendemonstrationen gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen häufen sich. Es gibt sogar einige Anzeichen, daß sich diese konjunkturelle Abwärtsbewegung noch verschärfen wird, man denke z.B. an die für 78/79 zu erwartende erneute Rezession des internationalen Handels, von der auch Spanien beeinflusst werden wird. Wie interpretiert die PCE vor diesem veränderten ökonomischen Hintergrund heute den Pakt von Moncloa?

Der Pakt von Moncloa muß im Gesamtkontext der Situation in Spanien gesehen werden. Nach 40 Jahren Faschismus gibt es inzwischen bestimmte Freiheiten, es gibt inzwischen das Parlament, es gibt jedoch auch noch Überreste des alten Regimes, die Demokratie befindet sich erst in ihren Anfängen. Der „demokratische Bruch“, den wir befürwortet haben, konnte nicht durchgesetzt werden. Es geht immer noch darum, die Demokratie zu konsolidieren im Interesse der Werktätigen und des Volkes.

Diese politische Veränderung koinzidiert mit einer sehr schweren ökonomischen Krise. Es gibt aber keine politische Lösung, ohne die ökonomischen Fragen in Angriff zu nehmen. Die PCE hat in dieser Hinsicht sehr viel für das Zustandekommen des Pakts von Moncloa

beigetragen. Der Pakt ist von allen Parteien unterzeichnet worden, es geht jetzt um ihre Glaubwürdigkeit, darum, ob sie die Anwendung der Vereinbarungen unterstützen. Wir haben keinen Zweifel an der Unterstützung der Vereinbarungen gelassen.

Der Pakt von Moncloa enthält eine Reihe positiver Elemente, aber auch Einschränkungen und Verpflichtungen, die Vereinbarungen stellen das Maximum dessen dar, was für die Werktätigen zu erreichen war. Die Vorstellung, ohne den Pakt von Moncloa hätte man heute bessere ökonomische und soziale Bedingungen, halte ich für falsch. Die heutige Situation fünf Monate nach dem Pakt ist nicht Resultat seiner Vereinbarungen, sondern der tiefen ökonomischen Krise, in der unser Land sich befindet, sowie der Folgen von 40 Jahren Faschismus.

Der Pakt ist daher auch heute noch gültig. Die einzige Lösung in der aktuellen Situation ist die Politik der „demokratischen Konzentration“, d.h. der Sammlung aller Kräfte, die an der Bewahrung und dem Ausbau der Demokratie interessiert sind.

Welche ökonomischen und sozialen Konsequenzen hat nach Deiner Auffassung die Verschiebung nach rechts mit der jüngsten Regierungsumbildung ?

Diese Rechtsentwicklung stellt keinen Bruch des Pakts von Moncloa dar, der Kampf von rechts und von links ist nur intensiver geworden. Jeder versucht, Punkte für sich zu sammeln. Das zeigt nur, daß der Pakt eine Einheit von Vereinbarung und Kampf ist.

Kannst Du einige Schwerpunkte des jetzigen Kampfes nennen ?

An erster Stelle steht der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Schließung von Betrieben, gegen die Entlassungen. In der krisenhaften wirtschaftlichen Lage unseres Landes ist eine Minderung der Profite der Betriebe unvermeidlich, es gilt zu verhindern, daß die Unternehmer daraus die Konsequenz der Schließung der Betriebe ziehen.

Eine zweite sehr wichtige Frage ist die Sicherung eines Minimums an Einkommen für die Arbeitslosen. Sie ist deshalb so wichtig, weil die jetzige Situation der Arbeitslosen schnell zu Aktionen der Verzweiflung führen kann, mit den entsprechenden Gefahren einer Verschärfung der politischen Instabilität.

Dritter Schwerpunkt ist der Kampf an der Preisfront, für die Eindämmung der Inflation. Hier sind seit Oktober bestimmte Resultate erreicht worden.

Ein vierter Komplex betrifft die Lage der Mittelschichten, insbesondere der Bauern. Gerade die Bauern sind besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen. Sie haben insgesamt am stärksten unter der Wirtschaftsentwicklung seit den 60er Jahren gelitten. Für die Verbesserung ihrer Lage muß unbedingt etwas unternommen werden.

Die jüngste Rechtsentwicklung im Regierungslager ist nichts anderes als der Versuch, die ökonomischen Schwierigkeiten auf die Werktätigen abzuwälzen. Die reaktionärsten Teile der Rechten zielen offen auf eine Reduzierung der Löhne ab. Genauso in der Rentenfrage der Versuch, die Anwendung der Vereinbarungen zu verzögern.

Für die Linke existiert in der gegenwärtigen Situation keine linke Alternative zum Pakt von Moncloa. Das Risiko für die Demokratie wäre zu groß; keiner wird daher Moncloa in Frage stellen. Wir Kommunisten denunzieren die mangelnde Respektierung des Paktes. Wir stellen uns nicht gegen die Forderung der Werktätigen, im Gegenteil, ohne den Kampf für diese Forderungen bedeutet der Pakt nichts.

Kannst Du den politischen Stellenwert des Pakts noch etwas erläutern? Stellt der Pakt eine Art historischer Kompromiß dar vor dem Hintergrund eines Gleichgewichts des Kräfteverhältnisses? Geht es in dieser Situation um eine bestimmte Form von Austeritätspolitik zur Verhinderung des ökonomischen Zusammenbruchs bei gleichzeitiger Ausweitung des Kampfterrains der Werktätigen?

Wir haben die im Pakt von Moncloa festgelegten Lohnbeschränkungen nicht vorgeschlagen, wir können nur nicht umhin, eine Realität zu berücksichtigen. Wir haben im Gegenteil um Lohnerhöhungen gekämpft, die Beschränkung auf 22% Lohnerhöhung war Resultat einer harten Auseinandersetzung. Wir sind nicht für die Beschränkung der Kaufkraft, sondern für Lösungen der Vernunft. Diese Position nehmen unsere Gegner zum Vorwand, uns als gemäßigt hinzustellen. 50 Jahre lang denunzierten sie uns als Extremisten. Aber wie sieht die Situation heute aus? Wenn wir überall die Macht hätten, könnten wir eine maximalistische Politik machen. An den 1 Mio. Arbeitslosen kann man jedoch nicht vorbeiwirtschaften. Es geht um eine realistische Politik, um die Wirtschaft zu retten und nicht zu desorganisieren. Der Sozialismus in drei Monaten, das ist Utopie und Geschwätz. Haben die anderen eine Lösung parat, um das Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen?

Der Hauptmangel des Pakts ist nicht der Pakt selbst, sondern das Fehlen eines Organismus zur Überwachung seiner Anwendung. Wir haben regelmäßige und systematische Treffen aller unterzeichneten Parteien in dieser Richtung vorgeschlagen. Unsere Vorschläge sind abgelehnt worden.

Der Kern des Pakts behält weiter seine volle Gültigkeit. Moncloa ist nicht nur ein Problem der Arbeiter und der Kräfte der Kultur, sondern ein nationales Problem, ein Problem aller lebendigen Kräfte des Volkes, ich meine hier sogar auch die Bourgeoisie. Wenn man Parallelen ziehen wollte, dann weniger mit der aktuellen Situation in Italien, als mit der Frankreichs oder Italiens nach dem 2. Weltkrieg.

Wenn es im bürgerlichen Lager verschiedene Strategien gibt, geht es dann für die Kommunisten darum, eine flexible Politik zu entwickeln, um die Differenzen innerhalb des bürgerlichen Lagers auszunutzen, oder ist tendenziell eher eine Polarisierung in rechtes und linkes Lager zu erwarten?

Dieses Problem ist für uns von großer Bedeutung. Es ist evident, daß die extreme Rechte den Weg der Sabotage gewählt hat, daß Kräfte des rechten Zentrums eine mächtige rechte Kraft schaffen wollen, sie sitzen sogar in der Regierung.

Auf der anderen Seite gibt es Parteien, die sich links nennen, die — mit anderen Motiven — aber letztlich genau dasselbe wollen, die alles, was sich nicht links nennt, ins Lager der Rechten drängen wollen, unter der Fahne einer vereinigten und starken Linken (nach dem Muster der Volksfrontpolitik). Diese Politik halten wir für falsch. Es geht darum, das Terrain der Rechten und der extremen Rechten soweit wie möglich zu begrenzen, die Rechte soweit wie möglich zu isolieren, den zentristischen Tendenzen und Gruppen, die eine positive Rolle bei der Konsolidierung der Demokratie spielen wollen, nicht die Tür zuzuschlagen, sie der Rechten zu entreißen. Nicht Rechte gegen Linke ist heute die Front, sondern demokratische gegen antidemokratische Kräfte.

Läßt sich auf diesem Weg die Demokratie konsolidieren? Können so die Instrumente wie Polizei, Armee, der Staatsapparat demontiert werden? Bezüglich der Armee z.B. geht es

heute noch nicht einmal um ihre Reform, sondern zunächst um die Veränderung der Mentalität innerhalb der Armee. Die Tatsachen bezeugen Fortschritte in dieser Richtung. Mit unserer Politik sind wir heute überall, auch in der Armee und der Polizei. Das sind einige Beispiele der Politik der „demokratischen Konzentration“.

Ich möchte hier einen Punkt ansprechen, der eine „delikate“ Seite hat. Gerade diejenigen in Spanien, die uns als gemäßigt hinstellen, konferieren häufiger mit der Regierung als wir selbst. Die Gefahr für Spanien liegt nicht darin, daß wir zu gemäßigt seien. Das Risiko besteht vielmehr in dem Versuch der Bildung eines Bündnisses zwischen UCD und PSOE mit dem Ziel der Marginalisierung aller anderen Parteien. In der BRD mag sowas funktionieren. Für Spanien bedeutete diese Lösung eine Katastrophe, weil sie nicht den Willen und die Forderungen des spanischen Volkes zum Ausdruck bringt. Nach den Wählerstimmen der Wahlen 1977 gerechnet, müßten wir 40 Abgeordnete haben (wir haben aber nur 20) — und das nach nur 2 Monaten legaler Existenz. Der 15. Juni war eine Wahl der Angst. In dieser Situation ist ein Zweiparteiensystem eine Verrücktheit. Trotzdem gibt es ständige Vereinbarungen zwischen UCD und PSOE und die Kritik, wir seien zu gemäßigt. Zu den kommenden Gemeindewahlen hat die PSOE mit der UCD Einigkeit über ein Gesetz erzielt, das die „Großen“ begünstigt und das spanische Volk benachteiligt, ein antidemokratisches Gesetz also. Der kürzliche Rückzug der PSOE aus der Verfassungskommission stellt einen Skandal in der Öffentlichkeit dar — in einigen Tagen werden sie wieder dabei sein. In Worten sind die Sozialisten radikaler. Ich wäre sehr zufrieden, wenn sie in ihren, die *realen* Probleme betreffenden, Vorschlägen und Forderungen weitergehen würden als wir; wir würden uns diesen Vorschlägen anschließen.

Wir sind gerade dabei, ein über 40 Jahre lang verzerrtes Bild unserer Partei zu zerstören, das in derart häßlichen Konturen gezeichnet worden ist, daß heute, wenn die Leute uns sehen, sie uns schön finden. Wir verbergen nicht unsere Absicht, das Gesellschaftsmodell zu ändern, aber das schaffen wir nicht allein, sondern nur zusammen mit den Sozialisten, mit den anderen sozialistischen Tendenzen, mit den sozialistischen Christen, mit den anderen progressiven Kräften. Daß die PSOE bei den Wahlen einen großen Teil der Wählerschaft für sich gewinnen konnte, finde ich normal. Die PSOE gilt in den Augen der Wähler aus historischen Gründen als eine gemäßigte Partei. Es ist nicht unsere Absicht, diesen Einfluß zu schwächen, sondern gemeinsam vorwärtszugehen. Wir sind überzeugt, daß die PSOE den Sozialismus will und daß wir mit ihr gemeinsam den Sozialismus aufbauen müssen. Es gibt sicher Reformisten und Antikommunisten in ihren Reihen. Ihre Wählerschaft, vor allem die Jugend, will aber den Sozialismus. Wir brauchen in Spanien eine starke sozialistische und eine starke kommunistische Partei. Wir streben nicht die führende Rolle unter den Arbeiterparteien an.

Welches sind vor dem Hintergrund der angesprochenen Fragen die wichtigsten Probleme des nächsten Parteitages der PCE im April ?

Der nächste Parteitag wird der erste Parteitag unter der Bedingung der legalen Existenz der Partei sein. Es geht darum, die Konzeption, die man den „eurokommunistischen Weg“ nennt, zu präzisieren. Man sagt heute : die Abkehr von der Einheitspartei, von der Diktatur, die Akzeptierung des Pluralismus ist noch gefährlicher als die alte Konzeption. Warum gefährlich ? Gefährlich allein für den Kapitalismus, für einige Dutzend großer Monopole und Multis, für eine kleine Minderheit, die an der Macht ist. Den Eurokommunismus anzugreifen, ist gefährlich für die, die ihn angreifen.

Man fragt uns oft, was aber macht ihr, wenn ihr an der Macht seid? Eine Gesellschaft nach den Vorstellungen der „Eurokommunisten“ habe es noch nicht gegeben. Erstens gibt es den Eurokommunismus, mit seinen verantwortlichen und realistischen Konzeptionen. Zweitens können wir nicht verantwortlich für das gemacht werden, was in anderen Ländern sich entwickelt hat.

Es ist Aufgabe dieses Parteitag, die sehr breite Einheitspolitik für einen demokratischen Weg zum Sozialismus in Spanien zu definieren. Dazu ist die Schaffung einer großen demokratischen Massenpartei notwendig. Die jetzt gerade stattfindenden Vorbereitungskonferenzen für den Parteitag sind sehr demokratisch, der zum Parteitag vorgelegte Programmentwurf wird dort intensiv diskutiert. Früher hieß es, die Kommunisten wollen nicht die Demokratie, man schaue sich nur ihre undemokratische Organisationsstruktur an. Heute dagegen soll es mit den Kommunisten bergab gehen, weil sehr viel innerhalb der Partei über die neuen Aufgaben diskutiert wird (und zwar öffentlich), weil es Differenzen gibt. Wenn man ohne Bürgerkrieg und Gewalt vorankommen will, also tatsächlich Fortschritte machen will, dann ist diese Diskussion richtig. Wenn wir die Existenz einer starken sozialistischen Partei für positiv halten, warum soll ein Sozialist dann nicht anerkennen können, daß eine starke kommunistische Partei ebenso notwendig ist. Ich habe 40 Jahre in der Illegalität gelebt, ich bin von Sozialisten und Faschisten zum Staatsfeind erklärt worden. Heute sagt man, wenn wir an der Macht seien, wollten wir sie zum Staatsfeind machen. Selbst wenn wir es wollten, wir hätten nicht die Zeit dazu. Wir müssen uns in der Durchsetzung unserer Ziele sehr beeilen, gerade um die demokratischen Freiheiten nicht zu gefährden.

Wir müssen noch viele Vorurteile zerstören. Klar ist, daß es ohne die Kommunistische Partei keine wirkliche Veränderung der Gesellschaft geben kann.

* Ignacio Gallego, der bis in die 30er Jahre als Bauer in Andalusien lebte, ist Mitglied des Exekutivbüros der PCE seit den 50er Jahren, Abgeordneter der Partei in Cordoba und Vizepräsident der Cortes (span. Parlament). Das Interview fand im März 78 vor dem PCE-Parteitag statt.

Parteitag der PCE

Im April fand in Madrid der IX. Kongreß der Kommunistischen Partei Spaniens statt – der erste legale Kongreß der PCE in Spanien seit 1932. Der Kongreß verabschiedete nach breiter, kontroverser und öffentlicher Diskussion neue politische Grundsatzthesen und ein neues Partei-statut. Die Diskussion beschränkte sich nicht auf das Akklamieren über vorgelegte Entwürfe: fast alle vom ZK der PCE vorgeschlagenen Thesen wurden inhaltlich diskutiert und verändert. Wir werden im folgenden Heft ausführlich über die Diskussion, den Verlauf und das Ergebnis des Parteitages berichten. Wir beschränken uns daher hier darauf, von dem uns vorliegenden Thesen-Entwurf des ZK der PCE nur die These 15 zu dokumentieren, die hierzulande besonderes Aufsehen erregte.

Verzicht auf den „Leninismus als dem Marxismus unserer Epoche“ (These 15)

„Die Kommunistische Partei Spaniens ist eine marxistische, revolutionäre Partei, die sich schöpferisch auf die Theorien der gesellschaftlichen Entwicklung und auf die Methode der Analyse, wie sie von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, ausgearbeitet worden ist, bezieht.

Wir betrachten uns als Erben derjenigen, die unter schwierigen Bedingungen in Rußland 1917 mit Lenin an der Spitze es verstanden, die erste sozialistische Revolution auf dem Erdball zu leiten, und einen revolutionären Prozeß zu eröffnen, indem wir uns noch heute befinden.

Daraus leiten sich historisch unsere Unterschiede zur Sozialdemokratie ab.

Diese hat während des ersten Weltkrieges die internationalistischen Positionen verlassen, um sich in die Dienste der jeweiligen Bourgeoisie in jedem Lande zu stellen.

Nach dem 1. Weltkrieg kennzeichnet die Sozialdemokratie eine Politik der Verteidigung des kapitalistischen Systems und des Imperialismus und zeigte so ihre Unfähigkeit, den Sozialismus zu verwirklichen. Man kennt auf der gesamten Welt kein Beispiel einer sozialdemokratischen Regierung, die versucht hätte, die kapitalistische Ausbeutung zu beendigen.

Das ist der grundlegende Unterschied zwischen uns und der Sozialdemokratie. Wir wollen die Welt verändern, eine neue Gesellschaft schaffen, den Sozialismus aufbauen. Hier hat auch die Entwicklung der kommunistischen Parteien ihren Ursprung. Auf der anderen Seite: so wie wir die Oktoberrevolution und alle sozialistischen Revolutionen, die die Völker befreit haben, als unser Erbe ansehen, so müssen wir gleichzeitig das Phänomen des Bürokratismus und Stalinismus, als etwas dem Marxismus widersprechendes zurückweisen. Es ist offensichtlich, daß es mehrere historische Gründe für die bürokratischen und restriktiven Phänomene in der Entwicklung der Sowjet Union gibt. Unter anderem ist die Tatsache, daß die erste sozialistische Revolution in einem unentwickelten Land, wie es Rußland 1917 war, stattfand, und die Tatsache, daß diese Revolution nicht — wie Lenin annahm — durch die entwickelten Länder Europas fortgeführt wurde, von wesentlicher Bedeutung. Der ent-

stehende sowjetische Staat sah sich dem Angriff und der Umzingelung des Imperialismus gegenüber und wurde zusätzlich durch Hunger, das Elend und die internationale Isolierung bedrängt. Das dem Einfluß der Sozialdemokratie unterworfenen Proletariat der am weitesten entwickelten Länder Europas vermochte nicht die Revolution zu verwirklichen. Diese Tatsachen haben dazu beigetragen, eine Basis zu schaffen für Phänomene wie den Bürokratismus und Stalinismus.

Solche undemokratischen Phänomene waren und sind ein wichtiges Hindernis in der Entwicklung des Einflusses des revolutionären Marxismus auf die Arbeiter der entwickelten kapitalistischen Länder. Wir spanischen Kommunisten haben selbstkritisch die Etappe des Stalinismus überwunden und den demokratischen und antibürokratischen Gehalt des Marxismus zurückerobert.

Die Kommunistische Partei Spaniens versteht sich als eine marxistische, demokratische und revolutionäre Partei. Sie hat den leninistischen Beitrag, soweit er noch gültig ist, sowie den Beitrag anderer großer Revolutionäre integriert, auf der Basis, daß heute die restriktive Vorstellung, daß der „Leninismus der Marxismus unserer Epoche“ ist, nicht mehr aufrecht-erhalten werden kann.

Die Kommunistische Partei Spaniens weist jede dogmatische Konzeption des Marxismus zurück. Der Marxismus hat einen wissenschaftlichen Charakter und ist nicht dogmatisch. - Die KPS ist bestrebt, ihre Fähigkeit, sich die objektiven Veränderungen der Gesellschaft, neue wissenschaftliche Ergebnisse, Erfahrungen der revolutionären Praxis anzueignen, erhöhen und mit kritischem Geist die neuen Entwicklungen des Marxismus aufzunehmen.

Die KPS hält ihre Kritik an der Sozialdemokratie aufrecht, begrüßt aber die Schritte einiger sozialistischer und sozialdemokratischer oder von Teilen dieser Parteien hin zu Positionen des Marxismus; sie tritt nachdrücklich für einen Kampf der Wiederherstellung der Einheit der internationalen Arbeiterbewegung auf marxistischer Grundlage ein.

Die KPS arbeitet, um in Spanien das zu erreichen, was unser Programm-Manifest als neue politische Formation charakterisiert hat; eine Formation, in der alle Parteien, Gewerkschaften, genossenschaftlichen Bewegungen und andere soziopolitische Gruppierungen, die für den Sozialismus eintreten, beteiligt sind, und in der die jeweiligen Eigenheiten, die Unabhängigkeit und die jeweiligen Weltanschauungen respektiert werden. Sie stellt eine Zusammenfassung aller Kräfte dar, als eine reale Regierungsalternative zu den bürgerlichen Parteien und imstande, zum Sozialismus in der Demokratie zu führen.

Unabhängig von ihrer Kritik an der Sozialdemokratie spricht sich die KPS in dem Kampf für Frieden, Abrüstung, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, für die Zusammenarbeit der Völker auf Basis der Gleichheit, des Fortschritts, sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und für den Aufbau des Sozialismus, für die Aktionseinheit aller Kräfte marxistischer und sozialdemokratischer Richtung, sowie aller Kräfte des Volkes, die die Interessen des Volkes vertreten, aus.

Die KPS ist sowohl eine Kampfpartei als auch eine Regierungspartei, die bereit ist, Regierungsverantwortung im Land zu übernehmen und die sowohl im Parlament als auch in der demokratischen Aktion der Massen, die Interessen der Arbeiterklassen, der Schichten der Lohnabhängigen und der Kräfte der Kultur verteidigt.

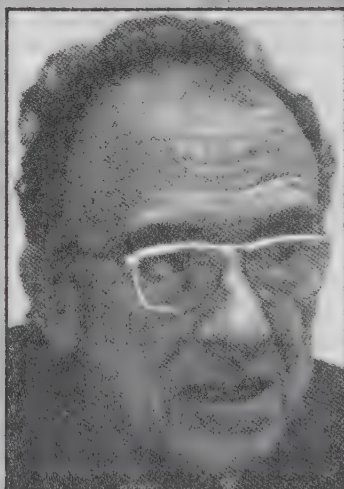
Die KPS verpflichtet sich unter den neuen Bedingungen der Legalität in einer transparenten, zutiefst demokratischen Weise zu agieren, indem sie ihre Verbindung mit den Volksmassen verstärkt. Zu diesem Zweck werden sich die Agrupaciones der Partei in den Betrieben und Arbeitsplätzen, in den Zentren des Studiums und der Kultur, sowie in den Stadtteilen organisieren.

Die KPS ist eine Massenpartei neuen Typs, die große Aufmerksamkeit auf die Heranbildung und Förderung neuer Mitglieder legt. Das an die Bedingungen der Legalität angepaßte Prinzip des Demokratischen Zentralismus, das unser inneres Leben der Partei organisiert, wird die Entfaltung der inneren Demokratie erleichtern.

Die KPS erzieht ihre Mitglieder im Geiste der internationalen Solidarität mit den Arbeitern und den Befreiungsbewegungen in aller Welt, sie erzieht sie in den Anschauungen des Sozialismus und des Kommunismus.“

**Santiago
Carrillo**

**»Euro-
kommunismus«
und Staat**



VVA

190 Seiten; Paperback; DM 12

Der eurokommunistische Weg zur politischen Hegemonie

Die Debatte um den Eurokommunismus berührt heute Kernfragen der politischen Auseinandersetzung in Westeuropa. Die Argumente spitzen sich zu in der Polemik um das in mehrere Sprachen übersetzte Buch „Eurokommunismus“ und Staat,¹ dessen Autor Santiago Carrillo, Generalsekretär der Spanischen Kommunistischen Partei, als exponierter Vertreter des eurokommunistischen Weges gilt. Ist Carrillo ein Revisionist? Oder handelt es sich bei der eurokommunistischen Praxis um ein Wiedergeltendmachen von Elementen kommunistischer Taktik, die in ihren Grundzügen bereits bei Marx, Engels und Lenin formuliert wurden?

In der Kontroverse um Carrillo und den Eurokommunismus stehen sich drei Positionen gegenüber:

- Für Marxisten ist unumstritten: *„Gerade in unserer Zeit sind die Kommunisten in aller Welt gefordert, auf neu herangereifte Fragen des revolutionären Weltprozesses neue Antworten finden.“*² Leonid Breschnew sieht in den Konzeptionen der europäischen Kommunisten *„interessante Thesen, obwohl wahrscheinlich nicht alle als absolut ausgereift und unumstritten angesehen werden können.“*³ Die Redakteure der in Moskau erscheinenden Zeitschrift *Neue Zeit* bescheinigen dem Buch von Carrillo: *„Hier gibt es in der Tat interessante und ernste Probleme, deren Studium direkte Pflicht jedes Kommunisten ist.“*⁴

- Im selben Atemzug äußern die Vertreter der Kommunistischen Weltbewegung aber Vorbehalte gegenüber Carrillos Buch. *„Es steht außer Zweifel: Carrillos Deutung des ‘Eurokommunismus’ liegt ausschließlich im Interesse des Imperialismus und der aggressiven und reaktionären Kräfte.“*⁵ Auch die Kommunisten in der BRD geben sich skeptisch: *„Wir Marxisten haben stets die große Bedeutung des Ringens um Reformen. . . betont. Zugleich aber zeigen alle Erfahrungen, insbesondere auch in den Ländern, wo die Sozialdemokratie schon lange regiert, daß die Politik der ‘systemüberwindenden’ Reformen nirgends zum Sozialismus führte.“*⁶ Für linke Sozialdemokraten ist die gleiche Einschätzung eher Grund zum Jubel — zwischen ihnen und den Eurokommunisten sehen sie kaum noch Kontroversen, Carrillo wird als Erbe von Bernstein gefeiert. *„Wenn Bernstein schon acht Jahrzehnte vor dem 22. Parteitag der KPF für eine Streichung der ‘Phrase von der Diktatur des Proletariats’ plädierte, . . . so setzte er programmatische Marksteine, an denen auch heute noch das mittlerweile vom Eurokommunismus weitaus mehr als von der SPD selbst neu belebte Erbe der klassischen Sozialdemokratie sich deutlich von der ursprünglichen leninistischen und linkskommunistischen Revolutionsstrategie unterscheidet.“*⁷

- Die Bourgeoisie lokalisiert eurokommunistische Manöver nicht beim CIA, sondern weiter östlich — der Eurokommunismus ist nichts anderes, als Tarnung des roten Terrors, Auseinandersetzungen zwischen Eurokommunisten und den übrigen Vertretern der Kommunistischen Weltbewegung nur taktische Raffinesse. *„Keine kommunistische Partei hat je ihre politische Macht mit anderen Parteien geteilt, nachdem sie sie einmal in den Händen hatte.“*⁸

Die Kernfrage, die in der Auseinandersetzung unterliegt, lautet anders: führt der eurokommunistische Weg zur Überwindung oder zur erneuten Vertiefung der lang andauernden Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung? Erweist sich die erste Position als richtig, dann sind die heute noch bestehenden Differenzen eine Wachstumskrankheit, keine Altersschwäche; dann werden die von den westeuropäischen Kommunisten entwickelten Ansätze zur Erneuerung der politischen Praxis und deren theoretischer Ausdrucksformen im Verlaufe eines beschleunigten Umwälzungsprozesses der sozialen Verhältnisse zur Überwindung der Spaltung beitragen. Stimmt dagegen die zweite Position, dann wäre die jetzt geführte Kontroverse nur der Vorläufer einer neuen Spaltung der Arbeiterbewegung von noch gigantischerem Ausmaß als zu Beginn dieses Jahrhunderts; die Polemik um den Eurokommunismus erwiese sich selber als das letztlich gelungene Manöver der Bourgeoisie und würde ihr trotz schier unüberwindbar scheinender ökonomischer und sozialer Schwierigkeiten erneut eine Verlängerung ihrer politischen Hegemonie erlauben.

1. Die veränderten sozioökonomischen Verhältnisse in Westeuropa

Die theoretischen Ausarbeitungen, die bisher von den Vertretern der eurokommunistischen Strömung vorliegen, machen eines deutlich: seinem Selbstverständnis nach ist der Eurokommunismus eine kritische Korrektur der bisherigen kommunistischen Theorie und Praxis. Die Vertreter der eurokommunistischen Strömung wissen, daß diese Korrektur keineswegs das Resultat theoretischer Deduktionen ist, sondern in den veränderten ökonomischen, sozialen und politischen Umständen wurzelt, die das kapitalistische Europa seit dem Ende der sechziger Jahre erfaßt haben. „Es zeigt sich auch hier wieder, daß die Praxis in der Regel der Theorie vorhergeht und daß die Theorie eine Verallgemeinerung der Praxis ist, obgleich die Praxis grundsätzliche Festigkeit und Inhalt bekommt, wenn die Theorie sie bestätigt, ihr wissenschaftliche Strenge verleiht, sie erweitert und ihre Ausrichtung erhellt.“⁸ Die Klärung dieser gesellschaftlichen Veränderungen und ihre theoretische Verdichtung stellen heute eine zentrale politische Aufgabe dar. In ihren Grundzügen lassen sich die ökonomischen und sozialen Umwälzungsprozesse folgendermaßen charakterisieren:

Nach einer Phase der Prosperität — die in der BRD bereits unmittelbar nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, in anderen europäischen Ländern gegen Ende der fünfziger Jahre einsetzte und zu außerordentlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts führte — erleben wir seit dem Ende der sechziger Jahre in allen kapitalistischen Metropolen wieder rückläufige Raten des Sozialprodukts, einschneidende ökonomische Krisen, massenhafte Vernichtung von Kapital und eine erneute Zuspitzung der sozialen Antagonismen. Die Metropolen an der Peripherie Europas sind von diesem Prozeß stärker betroffen als die BRD.

Hervorstechendes Resultat des kapitalistischen Entwicklungsprozesses sind in allen Metropolen bedeutende Umwälzungsprozesse in der Sozialstruktur, die durch die Krisen seit dem Ende der sechziger Jahre beschleunigt werden. Die Ausdehnung des Exploitationsfeldes des Kapitals führt zu einer gewaltigen quantitativen Vergrößerung der Arbeiterklasse, d.h. der unter das Kapitalverhältnis subsumierten Lohnabhängigen; in der BRD, Frankreich und Italien stieg ihre Anzahl zwischen 1950 und 1975 zusammengenommen von 20 auf 35 Millionen, also um 75%. Die Arbeiterklasse stellt mit einem Anteil von 55% bis 65% der Erwerbstätigen in diesen Ländern heute die Mehrheit; eine Mehrheit, die allerdings zu schmal ist, um alleine den Prozeß der sozialen Umgestaltung in Gang zu setzen. Das damit aufgeworfene Problem der Verbreiterung der sozialen Basis für gesellschaftliche Veränderungen stellt sich aus der Sicht der kommunistischen Parteien dieser Länder noch schärfer dar. Aus der eingegrenzten Bestimmung als Lohnabhängige in der materiellen Produktion ergibt sich für diese Parteien die These, die Arbeiterklasse sei in den Metropolen des Kapitals auch heute noch eine Minderheit der Erwerbstätigen; die daraus folgende Frage lautet: welche Klassen und Klassenfraktionen lassen sich darüberhinaus für den Prozeß der sozialen Umgestaltung gewinnen?

Das Wachstum der Arbeiterklasse ist begleitet von ebenso ausgeprägten sozialen Veränderungen bei den Mittelklassen. Die eine Seite dieses Prozesses ist der Rückgang der traditionellen Mittelklassen, der kleinen selbständigen Bauern, Handwerker und Händler. Zwischen 1950 und 1975 nahm ihre Anzahl in der BRD, Frankreich und Italien zusammen von 19 auf 12 Millionen, d.h. um 40% ab; in den Krisen seit dem Ende der sechziger Jahre hat sich dieser Ruinierungsprozeß beschleunigt durchgesetzt. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist der Anstieg der modernen, lohnabhängigen Mittelklassen, deren

Lebensgrundlage der Verkauf ihrer Arbeitskraft ist. Der überwiegende Teil der lohnabhängigen Mittelklassen gehört zu den Staatsbeschäftigten; im Jahre 1975 beziehen etwa 90% von ihnen die Mittel für ihren Lebensunterhalt aus der Staatskasse. In den drei angeführten Ländern stieg ihre Anzahl zwischen 1950 und 1975 von 10 auf 13 Millionen, also um 30%; von ihrem zahlenmäßigen Umfang her stellt diese Personengruppe daher einen bedeutenden Faktor für die künftige Entwicklung der sozialen Antagonismen und der Klassenausinandersetzungen in den entwickelten kapitalistischen Ländern dar. Als Lohnabhängige steht der größte Teil dieser Staatsbeschäftigten der Arbeiterklasse weitaus näher, als die traditionellen Mittelklassen, deren Lebensgrundlage weitgehend auf Verhältnissen der isolierten Produktion ruht; von der Abwälzung der Lasten der tiefer werdenden kapitalistischen Krisen sind sie mit zunehmender Schärfe ebenso betroffen wie die Arbeiterklasse.

Die entwickelten kapitalistischen Länder stehen heute vor einer Phase erheblicher Verschärfung der Klassenkämpfe. Massenarbeitslosigkeit, Reduktion des Lebensniveaus, zunehmende Ungleichheiten in der Distribution des gesellschaftlichen Konsumtionsfonds, wachsende Unsicherheit in der Lebenslage der Lohnabhängigen und offenkundige Armut haben in einigen westeuropäischen Ländern die Illusion, die aufgetretenen weltweiten Schwierigkeiten des Kapitalismus seien vorübergehender Natur, bereits nachhaltig zerstört. Was zur Debatte steht, sind grundlegende Umgestaltungen in den Produktions- und Verteilungsverhältnissen des gesellschaftlichen Reichtums; Sozialisten und Kommunisten sehen sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern vor das Problem gestellt, mit den Erbübeln der kapitalistischen Produktionsweise auf eine andere Art und Weise fertig zu werden, als durch bloße Korrekturen am marktwirtschaftlichen System oder „linkskeynesianische“ Reformen der Distributionsverhältnisse. Die Zersetzungsprozesse der ökonomischen und sozialen Verhältnisse, die sich in einigen Ländern zudem in einer Krise der ideologischen Instanzen und der herkömmlichen politischen Kräfte fortpflanzen, haben in Italien und in Frankreich bereits dazu geführt, daß Sozialisten und Kommunisten an der Regierungspolitik heute entweder faktisch beteiligt sind oder daß diese Beteiligung kurz bevorsteht; der Übergang zu einem neuen Typ der ökonomischen und sozialen Entwicklung steht in diesen Ländern auf der Tagesordnung. Auch in Spanien ist die politische Hegemonie der Bourgeoisie von ersten Erschütterungen getroffen; unter dem Druck der demokratischen Bewegung ist die herrschende Klasse von einem autoritären Regime zur parlamentarischen Form der Demokratie zurückgekehrt, um zu verhindern, daß ihr in einem beschleunigten Prozeß der sozialen Umwälzung vollständig die Macht aus den Händen genommen wird.

Die Arbeiterklasse kann in den entwickelten kapitalistischen Ländern die politische Hegemonie der Bourgeoisie aber nur dann durch ihre eigene Hegemonie ablösen, wenn dieser Prozeß vom Willen und Konsens der großen Mehrheit der Erwerbstätigen getragen wird. Den Beschäftigten im öffentlichen Dienst kommt im Rahmen einer solchen Konstellation eine gewichtige Rolle zu. Ihre Arbeits- und Lebensbedingungen unterscheiden sich nicht mehr gravierend von denen der Arbeiterklasse; hier liegt die Basis dafür, ihre Unterstützung für den Prozeß der sozialen Umgestaltung an der Seite der Arbeiterklasse zu gewinnen. Die eurokommunistische Strömung stellt in dieser Situation das Problem der Taktik gegenüber den beim Staat beschäftigten Mittelklassen in den Mittelpunkt. Ohne die qualitative Umwandlung des gesamten bürgerlichen Staatsapparates kann es keine sozialistische Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse geben. Heute wie vor sechzig Jahren, als Lenin *Staat und Revolution* schrieb, ist das Problem der Staatsmacht das Problem jeder Revolution. *Wie also kann die Umwälzung des bürgerlichen Staatsapparates ins*

Werk gesetzt werden, ohne in einen Gegensatz zu denjenigen Lohnabhängigen zu geraten, die selber beim Staat beschäftigt sind und deren Anteil an der Gesamtzahl der Lohnabhängigen enorm gewachsen ist? Das ist die Kernfrage, die sich heute hinter der eurokommunistischen Praxis verbirgt.

2. Die Taktik gegenüber den modernen Mittelklassen als Kernproblem

Es reicht Carrillo nicht aus, sich von einigen überholten Formeln nur abzusetzen; er fordert die konkrete Analyse der konkreten Situation: „Für die Wege, die wir uns vornehmen . . . reicht es nicht aus, daß wir uns einiger Formeln unserer Theoretiker — wie der der *Diktatur des Proletariats* — entledigen oder daß wir erklären, wir wollten die demokratischen Spielregeln achten. Wir brauchen eine umfassende Analyse der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft von heute und des weltweiten Zusammenhangs, in dem sie steht, der Folgen des Fortschritts in der Entwicklung der Produktivkräfte und der neuen gesellschaftlichen Strukturen, die damit entstanden sind. Vor allem aber drängt sich die Untersuchung des gegenwärtigen Staates und ganz besonders der Möglichkeiten auf, ihn auf demokratischem Wege umzuwandeln.“/13/ Die Umwandlung des Staatsapparates als Kernproblem eurokommunistischer Praxis wird von Carrillo damit angesprochen.

„Solange wir keine solide Konzeption über die Möglichkeit der Demokratisierung des kapitalistischen Staatsapparates ausarbeiten, damit er auf diese Weise zu einem brauchbaren Werkzeug zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft wird, ohne daß wir ihn radikal und gewaltsam zerschlagen müssen, wird man uns der Taktiererei bezichtigen oder uns mit der Sozialdemokratie gleichsetzen.“/13/

Die Einschätzung, daß angesichts veränderter politischen Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern von den Kommunisten dieser Länder neue Momente einer Taktik entwickelt worden sind, die der theoretischen Fundierung bedürfen und mit herkömmlichen Begriffen nicht mehr zu erfassen sind, kann als gemeinsamer Ausgangspunkt von Carrillo und den übrigen Parteien der kommunistischen Weltbewegung gelten. Auch eine Reihe von nicht-eurokommunistisch orientierten Parteien sind von der gewaltsamen Durchsetzung der Diktatur des Proletariats und der Zerschlagung des Staatsapparats abgerückt, wenngleich mit anderer Begründung. Soweit Carrillo sich bei seinem Versuch einer systematischen Fassung dieser Elemente einer neuen Taktik im Argumentationszusammenhang der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus bewegt, besteht auch theoretisch kein Widerspruch. Carrillo geht allerdings einen Schritt weiter: er spricht ein Problem an, das faktisch innerhalb der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis heute ungelöst ist — die Entwicklung einer Taktik, mittels derer die modernen, beim Staat beschäftigten Mittelklassen in die Aktionseinheit der Arbeiterklasse einzubeziehen sind. Das Problem drängt sich ihm nicht aufgrund theoretischer Deduktionen auf, sondern ist Ergebnis und Interpretation einer bestimmten, faktisch stattfindenden Praxis. Carrillo fixiert dieses Problem jedoch nicht als Ausgangspunkt seiner Überlegungen; ebensowenig ist ihm bewußt, daß es sich hier um einen Widerspruch in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus handelt. Er ist damit auch nicht in der Lage, eingangs die Momente der Übereinstimmung und diejenigen der Kritik an den Anschauungen zu benennen, die gegenwärtig innerhalb der Kommunistischen Weltbewegung allgemein akzeptiert sind. Was sich im Verlauf seiner Ausführungen an Übereinstimmung und an Kritik dieser Anschauungen noch ergeben wird, muß daher notwendig bis zu einem gewissen Grade unvermittelt bleiben.

3. Umgestaltung des Staatsapparates noch vor der Regierungsübernahme

Der Widerspruch zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Staatsapparat äußert sich für Carrillo in der gegenwärtigen Realität als Krise *innerhalb* des Staatsapparates. Er weist diesen Zusammenhang nicht genauer aus, sondern unterstellt, daß er als pausibel gelten kann. Die Krise innerhalb des Staatsapparates bildet den Ausgangspunkt, von dem aus nunmehr die Taktik der Kommunisten gegenüber den Staatsbeschäftigten spezifiziert werden kann.

Aus der Krise des bürgerlichen Staatsapparates folgt als zentrale These: es muß möglich sein, bereits unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus selber die Umgestaltung des Staatsapparates von innen heraus in Angriff zu nehmen. „Der Weg zu diesem Ziel verläuft noch innerhalb dieser Gesellschaft und sogar noch vor der Regierungsübernahme durch die sozialistischen Kräfte über das energische und intelligente Handeln für die *Demokratisierung des Staatsapparates*.“/56/ Carrillo befindet sich mit dieser These in Übereinstimmung mit Vertretern anderer eurokommunistischer Parteien, die zu den gleichen Schlußfolgerungen gelangt sind: *„Der Klassenkampf findet nicht nur zwischen dem Staat (der gesellschaftlichen Klasse, die im Besitz der Macht ist) und den gesellschaftlichen Klassen statt, die in Opposition zu dieser Staatsform und außerhalb stehen, sondern auch innerhalb des Staates . . . Heute kann die Abschaffung des Staates – d.h. seines Zentralismus in der Bürokratie und in der Polizei – schon beginnen, bevor die Arbeiterklasse mit ihren Bündnispartnern an die Macht kommt.“*⁹

Insbesondere für die ideologischen und repressiven Staatsapparate entwickelt Carrillo im folgenden Ansätze einer konkreten Strategie, die die Einbeziehung der in diesen Bereichen Beschäftigten in die Aktionseinheit der Arbeiterklasse erlaubt. Diese Ausführungen bilden den Hauptteil des Buches; für einzelne Bereiche gelangt Carrillo dabei zu detaillierten programmatischen Vorschlägen.

Ohne den Stellenwert zu überschätzen, den der Kampf um die Eroberung der ideologischen Staatsapparate im Prozeß der sozialen Umgestaltung hat, sieht Carrillo die Notwendigkeit, der Bourgeoisie bereits heute ihre Hegemonie in den ideologischen Staatsapparaten streitig zu machen. Die Aufgabe der Kommunisten liegt daher „im wesentlichen *im Kampf für die Eroberung so weit wie möglich beherrschender Stellungen für die revolutionären Vorstellungen in den heutigen ideologischen Apparaten der Gesellschaft*, auf die sich die Autorität und die moralische wie materielle Kraft des kapitalistischen Staates stützt.“/47/ *„Die Strategie der heutigen Revolutionen in den entwickelten kapitalistischen Ländern muß sich darauf richten, diese ideologischen Apparate umzukehren, sie umzuwandeln und – wenn nicht vollständig, so doch zum Teil – sie gegen die Macht des monopolkapitalistischen Staates zu nutzen.“*/28 f./ Die Bedingungen für die Umwälzung der ideologischen Staatsapparate werden von Carrillo im einzelnen für die Bereiche Kirche, Bildung, Familie, Justiz, Politik und Kommunikationsmittel diskutiert. Er weist zwar darauf hin, daß es sich dabei teilweise auch um ideologische Apparate der Gesellschaft und nicht ausschließlich ideologische Staatsapparate handelt, die Unterschiede werden allerdings nur unzureichend berücksichtigt. Die Stabilisierung und Aktivierung von Klassenvorurteilen verläuft im Bereich der ideologischen Staatsapparate über andere Mechanismen, als etwa im Rahmen der Familie, der Kirche oder der kommerziellen ideologischen Apparate. Der Konsum bestimmter Erzeugnisse der bürgerlichen Presse ist beispielsweise nicht einfach als Prozeß der Indoktri-

nation zu fassen, sondern er ist zunächst Befriedigung eines Bedürfnisses durch den Kauf einer angebotenen Ware. Das Problem der ideologischen Hegemonie der Bourgeoisie stellt sich damit ungleich komplizierter, als es von Carrillo in Anlehnung an Althusser dargestellt wird. Dennoch wird eines deutlich: die ideologische Hegemonie der Bourgeoisie gründet auf einer Reihe von Momenten, die mehr sind, als Indoktrination und antikommunistische Propaganda — insofern läßt sich die Reaktivierung von Klassenvorurteilen in bestimmten Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung mit dem Hinweis auf die Machenschaften einer kleinen monopolistischen Clique keineswegs auch nur annähernd erklären. Als bewußte Korrektur bestimmter Thesen der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus über die Manipulationen des Monopolkapitals wird dieser Zusammenhang von Carrillo allerdings nicht formuliert.

Die Krise der ideologischen Apparate hat neben der Zerrüttung in dem materiellen Lebensprozeß ihren Grund im inneren Zersetzungsprozeß der staatlichen Zwangsapparate. Um diesen Zersetzungsprozeß zu nutzen und die Verwandlung der staatlichen Repressionsapparate schrittweise in Angriff zu nehmen, „müssen die Kommunistische Partei und alle Parteien, die den Sozialismus anstreben, sowie die Gesamtheit aller Kräfte, die eine Umgestaltung der Gesellschaft betreiben, den Staatsapparaten, Zwangsapparaten oder anderen, und den in ihnen Beschäftigten gegenüber eine andere Haltung einnehmen, als dies bisher historisch der Fall gewesen ist.“/59/ Zentraler Hebel im Prozeß der Umgestaltung des repressiven Staatsapparates ist das Vorantreiben gewerkschaftlicher Organisationsformen auch in diesem Sektor. „Im Einklang mit den jeweiligen konkreten Bedingungen muß eine Politik der Demokratisierung der öffentlichen Ordnungskräfte eronnen werden. Eine der ersten Bedingungen besteht darin, daß ihre Angehörigen sich gewerkschaftlich organisieren können, daß sie ihre Rechte und ihre berufliche Würde verteidigen und eine Beziehung zu den Organisationen der Werktätigen herstellen können, die nicht der zwischen Aufseher und mutmaßlichem Verbrecher gleichkommt.“/61/

Carrillos Ausführungen über die ideologischen und repressiven Staatsapparate waren von seinen Kritikern aus der Redaktion der *Neuen Zeit* zwar nicht im einzelnen aufgenommen, aber als „*interessante und ernste Probleme*“¹⁰ eingestuft worden. Auch von den westdeutschen Kommunisten werden bis zu diesem Punkt noch keine Bedenken von prinzipieller Natur geäußert. Zweifel bestehen lediglich in der Frage, ob die von Carrillo vorgeschlagenen Strategien zur Umwandlung der ideologischen und repressiven Staatsapparate auch unter den Klassenkampfbedingungen in der BRD zum Erfolg führen können: „*Kein Marxist wird bestreiten, daß der Kampf um die Demokratisierung der Massenmedien, der Bildungseinrichtungen ein wichtiger Bestandteil des ideologischen Kampfes ist. Doch unsere Erfahrungen mit Berufsverboten, mit verstärkter Gleichschaltung, Pressekonzentration und anderem mehr zeigen, daß der Klassegegner keineswegs gewillt ist, demokratische, antimonopolistische Gegenströmungen in den Massenmedien groß werden zu lassen.*“¹¹ Ähnliche Bedenken werden gegenüber Carrillos Vorschlägen zur Umwälzung der repressiven Staatsapparate geäußert: die nationalen Unterschiede in den politischen Bedingungen seien hier doch sehr groß. „*Das heißt natürlich nicht, daß wir nicht auch in der Armee und anderen Staatsorganen um demokratischen Einfluß ringen und deren Angehörige in die Bemühungen um eine breite Bündnispolitik einbeziehen. Es unterstreicht nur die Bedeutung dieses Ringens.*“¹²

4. Friedlicher Übergang zum Sozialismus und Hegemonie der Werktätigen

Das Anknüpfen an alle in der bürgerlichen Demokratie entwickelten Formen der Machtbeteiligung und -kontrolle mit dem Ziel, durch Ausnutzung und konsequente Entwicklung aller von der Arbeiterklasse erkämpften Rechte die Transformation des bürgerlichen Staates bereits unter kapitalistischen Bedingungen schrittweise einzuleiten, setzt die Beteiligung der großen Mehrheit der Erwerbstätigen an diesem Prozeß voraus. Carrillo nimmt in diesem Zusammenhang eine Einschätzung von Engels aus dem Jahre 1895 auf: *„Die Zeit der Überumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten.“*¹³

An dieser Einschätzung zeigt sich zunächst, daß die Unterscheidung in zwei Taktiken für Länder mit unentwickelten und mit entwickelten Kapitalverhältnissen keine Erfindung des Eurokommunismus ist. Diese Unterscheidung findet sich bereits bei Marx und Engels. In seiner Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich“ faßt Engels die Elemente kommunistischer Taktik für die Metropolen des Kapitals zusammen: unter Bedingungen, unter denen die Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung bereits unter das Kapitalverhältnis subsumiert ist, unter denen die Mittelklassen zwar einen gesellschaftlichen Faktor darstellen, aber ihr Gewicht nicht mehr auf der Landwirtschaft und tradierten Produktionsverhältnissen beruht — unter diesen Bedingungen ist die soziale Umgestaltung nur möglich in dem Maße, in dem die große Mehrheit der Lohnabhängigen ein klares Bewußtsein von der Notwendigkeit und dem Gang dieses Umgestaltungsprozesses entwickelt. Im Maße, in dem sich dieses Bewußtsein verbreitert, entwickeln sich die Voraussetzungen dafür, daß die Arbeiterklasse gemeinsam mit Teilen der Mittelklassen auf friedlichem Wege die Hindernisse beiseite räumen kann, die sich ihrer Emanzipation in den Weg stellen, unter Ausnutzung des gesetzlichen Spielraums, den ihr die parlamentarische Republik bietet. *„Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie (die Verfassung der bürgerlichen Republik – d. V.) verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwingt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen.“*¹⁴

Carrillo übernimmt die Auffassung, daß in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten heute die politische Hegemonie erringen und den Beginn des sozialistischen Aufbaus in Gang setzen kann durch die Erhaltung und den Ausbau der in langen und erbitterten Kämpfen errungenen civil rights, durch die Umwälzung der staatlichen Apparate schon vor der Machtübernahme im Parlament. Der Übergang zum Sozialismus ist heute auf friedlichem und 'legalem' Wege möglich; die Voraussetzung dafür bietet das vollständige Ausschöpfen des Aktionsspielraums der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten auf dem innerhalb der parlamentarischen Demokratie gegebenen Terrain.

Die Möglichkeit des gewaltlosen Übergangs zur politischen Hegemonie der Arbeiterklasse wird in der Regel interpretiert als Gegensatz zur Diktatur des Proletariats; die Diktatur des Proletariats selber wird gleichzeitig verkürzt als Hegemonie *einer* politischen

Strömung gefaßt. Carrillos These, daß die schrittweise Umgestaltung des bürgerlichen Staatsapparates bereits beginnen kann, bevor die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten an die Macht kommt, hat daher zur Folge, daß er sich dem Problem der sozialistischen Demokratie und der Frage des Pluralismus stellen muß.

Für Carrillo ist die Etablierung eines neuen Typs der gesellschaftlichen Entwicklung nicht an die Durchsetzung einer bestimmten Ideenformation gebunden, sondern er erkennt verschiedene politische Strömungen innerhalb der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelklassen an. Die kommunistische Partei ist zwar „weiterhin die Partei der Vorhut in dem Maße, wie sie wirklich eine schöpferische marxistische Haltung verkörpert. Aber sie betrachtet sich nicht mehr als der *einzig* Vertreter der Arbeiterklasse, der Werktätigen und der Kräfte der Kultur. Sie erkennt in Theorie und Praxis an, daß andere Parteien sozialistischer Ausrichtung ebenfalls den einen oder anderen Bereich der werktätigen Bevölkerung vertreten können, auch wenn ihre theoretischen und philosophischen Vorstellungen und ihr innerer Aufbau nicht den unseren entsprechen.“/108/ Die Aufgabe, die früher die kommunistische Partei hatte, Instrument der Hegemonie der Werktätigen in der Gesellschaft zu sein, kommt für Carrillo heute der neuen politischen Formation zu. „Die Konzeption der *neuen Politischen Formation* ist verbunden mit der Konzeption der Hegemonie des Blocks der Kräfte der Arbeit und der Kultur in unserer Gesellschaft. Denn jede gesellschaftliche Kraft benötigt ein politisches Instrument, um ihre Aufgabe erfüllen zu können. So schätzen wir zwar vorwiegend unsere eigene Partei, sind zugleich aber der Meinung, daß sie nicht das *einzig* politische Instrument ist, genausowenig wie andere Parteien für sich alleine dies sind. Der Zusammenschluß aller kann es allerdings sein. Dieser Zusammenschluß würde über gemeinsame und unterscheidende Merkmale verfügen.“/110/ Es handelt sich bei diesem Konzept der neuen Politischen Formation um mehr als das auch von den westdeutschen Kommunisten geforderte antimonopolistische Bündnis; es stellt den Versuch dar, durch Gruppierung eines sozialen Blocks, in dem die Kommunisten keinen Führungsanspruch haben, eine linke Mehrheitsbildung und damit die Möglichkeit des friedlichen Weges zum Sozialismus zu eröffnen.

¹ Santiago Carrillo, 'Eurokommunismus' und Staat, Hamburg/Westberlin 1977. Seitenangaben in Schrägstrichen beziehen sich auf diesen Text.

² Marxistische Blätter 6/77, S. 79.

³ Breschnew, Rede zum 60. Jahrestag der großen russischen Oktoberrevolution, zit. nach ND.

⁴ Zit. nach UZ vom 30.6.1977.

⁵ Ebd.

⁶ Marxistische Blätter 6/77, S. 82.

⁷ Neue Gesellschaft 10/1977.

⁸ Henry Kissinger in seinem „Eurokommunismusreport“ im westdeutschen Fernsehen.

⁹ Luciano Gruppi, Über Demokratie und Sozialismus, in: *Sozialismus für Italien*, Hamburg/Westberlin 1977, S. 139.

¹⁰ Vgl. UZ vom 30.6.1977.

¹¹ Marxistische Blätter 6/1977, S. 80.

¹² A.a.O., S. 81.

¹³ Friedrich Engels, Einleitung zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“, MEW 22, S. 523.

¹⁴ Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, MEW 7, S. 43.

Marxistische Theorie

Faschismustheorie im Zerrspiegel der Kritik (II)

Stefan Schild

Einschätzung der konkreten Analysen der KPD.-O.

Auf dem uns zur Verfügung stehenden Raum können wir nicht auch noch in extenso die gesamte Klassenanalyse der KPD.-O. überprüfen. Was wir allenfalls zu leisten im Stande sind, ist die Einschätzung der ökonomischen und politischen Entwicklung Deutschlands seitens der KPD.-O., ohne daß indes differenzierte Belegstellen angeführt würden. Wir beschränken uns hier explizit, weil es uns an dieser Stelle lediglich darum gehen kann, skizzenhaft eine Beurteilung der KPD.-O.-Analyse zu geben, die wir der angeführten Kritik gegenüberstellen können.

Der Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung und Kapitalinteressen

U. E. wird bei der Durchsicht der KPD.-O.-Analyse deutlich, daß sie bemüht ist, die ökonomische Krise als Ausgangspunkt des permanenten Faschisierungsprozesses in Deutschland darzustellen. Dabei wird die Weltwirtschaftskrise insbesondere für Deutschland völlig richtig aus den spezifisch ungünstigen Weltmarktsbedingungen erklärt; nämlich aus der

vgl. Stefan Schild, Faschismustheorie im Zerrspiegel der Kritik (I) in: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus*, Heft 2/78, Hamburg.

durch den Versailler Vertrag resultierenden reduzierten stofflichen Produktionsgrundlage; aus der starken ausländischen Kapitalabhängigkeit, die zur Aufteilung der Profite mit den ausländischen Geldgebern der »importierten« Konjunktur der Stabilisierungsperiode führte; aus dem starken Exportzwang, verursacht durch den eingeschränkten Binnenmarkt und die Reparationsverpflichtungen, wobei das deutsche Exportkapital auf zunehmende Schwierigkeiten stößt, da die Weltmarktpreise sinken und der Weltmarkt durch Hochzollpolitische Beschränkungen in allgemeiner Auflösung begriffen ist. Die aus der spezifischen deutschen Weltmarktposition abgeleiteten Negativbestimmungen verschärfen für die hochrationalisierte deutsche Wirtschaft, hier vor allem für die deutsche Schwerindustrie, den Widerspruch zwischen den Produktionskapazitäten und den stetig abnehmenden Absatzmöglichkeiten, so daß riesige Kapazitäten unausgenutzt liegen.¹

Aus diesen objektiv bedingten Verwertungsschwierigkeiten des deutschen Kapitalismus leitet die KPD.-O. die Kapitaloffensive ab, die darin besteht, daß die Bourgeoisie spätestens seit dem Ende der Großen Koalition in zunehmendem, ständig wachsendem Maße die Arbeiter, Kleinbauern und städtischen Mittelschichten belastet. Diese Offensive wird in allen nur erdenklichen Formen vorgetragen und setzt an allen Fronten gleichzeitig an; es findet ein durch die Massenarbeitslosigkeit begünstigter rapider Lohnabbau statt, eine Welle von Steuererhöhungen, immer höheren Agrarzöllen, Kürzungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung überrollt die Werktätigen, die Selbstverwaltung der Gemeinden und die kommunale Wohlfahrtsfürsorge werden eingeschränkt, was alles zusammen eine enorme Ausweitung und Vertiefung des Massenelends mitsichbringt. Folgerichtig wird von der KPD.-O. der ökonomische Motor der politischen Entwicklung darin gesehen, daß der Faschismus »die Herrschaftsform des Monopolkapitals (ist), wenn dieses ... gezwungen ist, mit der Politik politischer und wirtschaftlicher Konzessionen an größere Teile der Arbeiterklasse Schluß zu machen.«²

Da die KPD.-O. feststellt, daß Deutschland »das schwächste Kettenglied unter den großen kapitalistischen Staaten«³ ist, was sie aus der spezifischen deutschen Weltmarktposition ableitet, ist ihr klar, daß dem deutschen Kapital zur Konjunkturbelebung nicht die »normalen« Mittel ausreichen. »Vielmehr ist unter den in Deutschland für den Kapitalismus gegebenen Bedingungen, das Festhalten der Arbeiterklasse auf einem im Vergleich zur Vorkrisenzeit herabgedrückten Lebensniveau, eine der Grundbedingungen der Teilnahme des deutschen Kapitalismus an einer Weltkonjunkturwende.«⁴ Eine weitere Bedingung sind »neue Absatzmärkte«, »die die kapitalistische Industrie braucht, um aus der Krise herauszukommen.«⁵ Dem widersprechen auch nicht die Autarkiepläne der Faschisten, sondern beides ergänzt sich, denn »die ›Autarkie‹ umfaßt in Wirklichkeit ein großes imperialistisches Programm, das anknüpft an die Naumannschen Auffassungen von ›Mitteleuropa‹.«⁶ So ist der Weg bereits vorgezeichnet: aufgrund der objektiven Schwierigkeiten muß der deutsche Kapitalismus zur Krisenüberwindung notwendig zum letzten Mittel greifen, zum Krieg. »Der Krieg ist das letzte und radikalste Rezept des Kapitalismus zur Überwindung der Krise. Der deutsche Kapitalismus lehnt dieses blutige Rezept nicht ab – er wartet auf seine Stunde.«⁷

Diesem Konzept widerspricht auch nicht die Einschätzung seitens der KPD.-O., was die Divergenzen der verschiedenen Kapitalfraktionen angeht. Wenn das auch nicht expliziert wird, so liegt es doch nahe, daß die KPD.-O. vermutete, die verschiedenen Kapitalfraktio-

nen müßten sich notwendigerweise auf dieses Konzept, was allein vom Faschismus durchgeführt werden konnte, einigen. Den Inflationsbestrebungen insbesondere der Schwerindustrie und des Agrarkapitals stehen nicht nur die exportorientierte Chemieindustrie gegenüber, die durch eine Inflation schwere Einbußen des Exports befürchtet, sondern auch die Bedenken der ausländischen Kreditgeber, auf die die deutsche Wirtschaft außerordentlich angewiesen ist.⁸ Es gelingt der Exportindustrie unter Brüning, sich den inflationistischen Tendenzen zu widersetzen⁹, wie auch unter Papen der das Agrarkapital unterstützenden Kontingentierungspolitik.¹⁰

Die KPD.-O. konstatiert also Differenzierungen zwischen den großen Fraktionen der Bourgeoisie. Es finden sich aber vereinzelt Hinweise der KPD.-O., die u. E. zumindest darauf hindeuten, auf welchem Einigungspunkt einer faschistischen Krisenlösung sich die Fraktionen treffen könnten. – Daß die Differenzen der Bourgeoisie fließend und nicht unüberbrückbar sind, darauf verweist die KPD.-O., wenn sie sagt: »Wohl muß beachtet werden, daß die jetzigen Interessen des beherrschenden Chemietrusts gegen eine Inflation gerichtet sind, aber die ökonomischen Dinge sind in der ganzen kapitalistischen Welt rapide im Fluß, und was heute noch gegen die Interessen der I.G.-Farbenindustrie gerichtet ist, kann übermorgen umgekehrt im Interesse des Herrn Schmitz liegen.«¹¹

Die divergierenden Interessen müssen also dort ihren Schnittpunkt haben, wo die manifesten Entschuldungsbestrebungen von Schwerindustrie und Agrarkapital in einer Weise vorangetrieben werden, von der auch das Chemiekapital profitiert. Bedenkt man, daß das Chemiekapital »in hervorragendem Maße Kriegsrüstungskapital«¹² ist, so heißt das: »Der Kampf des deutschen Chemie-Kapitals mit der I.G. Farben an der Spitze um die Weltmärkte bedeutet in der Perspektive *Krieg*.«¹³ Wenn man, wie die KPD.-O. es tut, zudem auf die permanent wachsenden Exportschwierigkeiten verweist¹⁴ und außerdem die geschilderte Gesamtsituation des deutschen Kapitalismus mitreflektiert, so ist der Einigungspunkt Krieg, an dem die zunächst divergierenden Interessen verschmelzen, gar nicht so irrational, wie es vielleicht den Anschein haben mag.

Nun wollen wir zwar nicht behaupten, die KPD.-O. habe durchgängig die wirtschaftliche Entwicklung fehlerfrei analysiert und vorhergesagt, was insbesondere für die Zeit vor dem Zusammenbruch der internationalen Kreditbeziehungen im Sommer 1931 zutrifft.¹⁵ So kann man Kadritzke zustimmen, wenn er sagt, »daß die schon früh konstatierte Kapital-Offensive tendenziell moralisierend als Summe individueller Unternehmerwillkür dargestellt wird«¹⁶; was hier also einzuwenden ist, daß die KPD.-O. nicht rechtzeitig genug die Schwere der Krise bemerkte und sich »durch die Sonderkonjunktur in Deutschland im Jahre 1929 und durch das einstweilige Andauern der günstigen Exportlage durchaus auch täuschen«¹⁷ ließ und die krisenhafte Entwicklung auf der Weltmarktebene vernachlässigte. – Zunehmend seit Mitte 1930 wird diese zwiespältige Argumentation jedoch bereinigt und immer realitätsgerechter, so daß spätestens seit dem Sommer 1931 die Analyse von den letzten Unebenheiten bereinigt, eine durchgängige Stringenz aufweist.¹⁸

Trotz der anfänglichen Fehleinschätzung und ihrer erst allmählichen Korrigierung an der wirtschaftlichen Realität – oder gerade deshalb – kann nicht davon gesprochen werden, »daß die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, wie die KPO sie formulierte, ihren Ursprung nicht zuletzt auch in einem Schema von dialektischer Entwicklung hatte, das seine Logik nicht primär der begrifflich verarbeiteten Erfahrung, son-

dern vielmehr einer ontologischen Konstruktion verdankte«. ¹⁹ Wir vermuten, daß die Kritik Tjadens an der Marxrezeption Thalheimers überzogen ist, da er dessen ontologische Komponente durchgängiger konstruiert, als sie tatsächlich ist. ²⁰ Diese Überbewertung führt Tjaden dann auf konkreterer Ebene dazu, die Augen zu verschließen vor der durchaus realitätsgerechten Wirtschaftsanalyse der KPD.-O. Nur von dieser Überbewertung der ontologischen Komponente in der Thalheimerschen Marxrezeption her ist uns erklärlich, wie Tjaden zu dem Urteil kommt, die Analyse der KPD.-O. zeichne sich durch ihre »Isolierung vom weltgesellschaftlichen Zusammenhang« ²¹ aus, da in ihr »die Weltwirtschaftskrise keinen theoretisch legitimierte Ort hat.« ²²

Wohl sind wir, was das betrifft, einig mit Kadritzke, der ebenso wie wir darauf insistiert, daß die Analyse der KPD.-O. »den Vorwurf, ihr fehle das ökonomische Fundament« ²³ in der Tat entkräftet. Doch an anderer Stelle hebt Kadritzke selbst einige Mängel der Analyse hervor, die er vor allem darin sieht, »daß die KPD. die aus der Weltwirtschaftskrise hervorgehende allgemeine Tendenz zu nationaler Autarkie-Politik als Grundzug gerade der faschistischen Wirtschaftspolitik« hat nicht im voraus ausmachen können »und daß ihr die unterschiedlichen Wirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die verschiedenen Kapitalfraktionen als Erklärung für deren ausgeprägtes Interesse an einer faschistischen Krisenlösung« ²⁴ nicht klar waren. Wäre es wirklich so, wie Kadritzke unterstellt, dann wäre es tatsächlich nur konsequent, »der ›direkten‹ Diktatur des Finanzkapitals eine Kriegskonzeption zuzutrauen, die ab einem bestimmten Zeitpunkt strategisch und damit politisch wie ökonomisch jenes Risiko bei weitem überstieg, das militärische Strategien normalerweise auf sich nehmen.« ²⁵ Die KPD.-O.-Analyse liefere dann nämlich darauf hinaus, die faschistische Kriegspolitik als einen nur irrationalen Ausweg aus der Krise einer perversen Mörderbande zu verstehen, deren Diktat sich das Kapital zu unterwerfen hat. Kadritzke wirft der KPD.-O. zwar nicht explizit vor, daß die ungeklärten Fragen ihrer Analyse eine Interpretation des Primats der Politik nahelegen, unausgesprochen aber beinhaltet das sein Vorwurf. Nicht umsonst meint er, mit Sohn-Rethel diese Lücke in der KPD.-O.-Analyse schließen zu müssen. ²⁶

Wir meinen hingegen, daß die KPD.-O. auch diese von Kadritzke vermissten ökonomischen Zusammenhänge bereits in ihren Ansätzen benannt und gesehen hat. Das ist natürlich nicht so zu verstehen, daß hier bis in Detail schon abgeleitet wäre, wie sich im einzelnen nach der faschistischen Machtergreifung die Entwicklung vollziehen würde. Doch daß in der Perspektive der einzige kapitalistische Ausweg aus der Krise in einem imperialistischen Krieg münden würde, das ist von der KPD.-O. abgeleitet. Und zwar einmal auf der Weltmarktebene, wo Deutschland als das schwächste Kettenglied der kapitalistischen Länder erscheint, so daß eine Krisenüberwindung in Deutschland nur vorstellbar ist unter den Voraussetzungen einer totalen Knebelung der Arbeiterklasse einerseits, der Eroberung neuer Außenmärkte (Sowjetunion) andererseits. Dann auf der Ebene der spezifischen Differenzen der verschiedenen Kapitalfraktionen, die in unterschiedlichem Maße von der Weltwirtschaftskrise betroffen sind, wo als Einigungspunkt der divergierenden Interessen sich ein Krieg aufdrängt, um der einen Fraktion eine optimale Entschuldung, der anderen fortlaufenden Maximalprofit (trotz Einschränkung des Exports) zu gewährleisten.

Noch einmal zusammenfassen: Die KPD.-O. bestimmt den Charakter der deutschen Produktionsverhältnisse als gekennzeichnet durch die Dominanz organisierter Arbeit, so daß der gesellschaftliche Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital der bestimmende ist, was man wohl als der Realität entsprechend bezeichnen kann.²⁷ – Wir konnten weiter feststellen, daß auch die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, trotz einiger Mängel, im wesentlichen, also in den »großen Klassenlinien des historischen Prozesses«, korrekt analysiert wurde. So konnte gezeigt werden, daß die von kritischer Seite eingebrachten Argumente gegen die Analyse der KPD.-O. nicht stichhaltig sind. Dabei darf natürlich nicht vergessen werden, was wir bereits anfangs erwähnten und worauf auch Kadritzke hinweist, daß nämlich diese Analyse »nicht der Forderung einer im kontemplativ wissenschaftlichen Sinne abgesicherten Begriffsbildung und einer empirisch lückenlosen Tatsachenerfassung ausgesetzt werden«²⁸ kann. Diese Toleranzschwelle, mit der die KPD.-O.-Analyse also gemessen werden muß, darf u. E. aber nicht die Grenze überschreiten, wo sie nicht noch mit materialistischen Maßstäben gemessen werden könnte. So fallen Mängel wie etwa die fehlende Analyse aller Bourgeoisiefractionen gar nicht ins Gewicht, wenn doch die großen Entwicklungslinien stimmig sind. Diese Toleranz ist aber nicht gerechtfertigt, wo sich Mängel in der konkreten Analyse noch ableiten lassen aus einer theoretischen Insuffizienz.

Die Kritik an der KPD.-O. stößt also dort ins Leere, wo sie ihr vorwirft, die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nicht im Kontext weltwirtschaftlicher Zusammenhänge abgeleitet zu haben. Das trifft noch ein Stück Wahrheit, weil die Analyse erst mit zunehmender Krisenhaftigkeit des Weltkapitalismus an Schärfe gewinnt und so erst später die der Zyklicität der Staatsformen unterliegenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals plausibel werden. Heißt es zunächst noch, es sei die ökonomische Stärke der Bourgeoisie und ihre politische Schwäche, die die faschistischen Tendenzen hervorriefen, so wird die Gleichgewichtssituation der Klassen immer mehr dahingehend interpretiert, daß die Bourgeoisie aufgrund ihrer ökonomischen Schwäche gezwungen ist, ihre ökonomischen Interessen politisch stringenter durchzusetzen, was ihr trotz der Schwäche der Arbeiterorganisationen nicht im Rahmen der bürgerlichen Demokratie möglich ist.²⁹ Ökonomisch wird also dieses spezifische Gleichgewichtsverhältnis, was die Kapitalseite betrifft, immer exakter.

Das spezifische Gleichgewichtsverhältnis, was die Seite der Arbeiterklasse betrifft, nämlich ihre Schwäche, so ist diese zwar auf der empirischen Ebene noch aufgezeigt und mag so der Realität sehr nahe kommen, doch gemessen an materialistischen Kriterien läßt diese Analyse zu wünschen übrig.³⁰ Das wird dort deutlich, wo es gilt, die Struktur der Arbeiterklasse aufzuzeigen und das Verhältnis der Arbeiterparteien zur Arbeiterklasse. Wo diese Analyse aber nicht materialistisch exakt gefüllt ist, kann es zu einer Fehleinschätzung der Klassenkräfte insgesamt führen und damit zu Ungenauigkeiten in der Einschätzung des Zyklus der Staatsformen. – Dieser Mangel ist auch insofern wichtig, weil die KPD.-O. selbst formuliert, daß es darum gehe, die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen.³¹ Die Einheit herzustellen, dürfte ihr indes schwer fallen, wenn es nicht gelingt, die unterschiedlichen Bedingungen, denen die verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse ausgesetzt sind, zu benennen.³²

Ähnlich verhält es sich bei der Bestimmung der Massenbasis des Faschismus seitens der KPD.-O. Auch hier mögen die Anmerkungen der KPD.-O. hinsichtlich der Mittelschich-

ten einen hohen Grad an Realitätsgerechtigkeit aufweisen, materialistischen Kriterien indes genügen sie keineswegs.³³ – Darüberhinaus ist noch zu bemängeln, daß man bei der KPD.-O. nicht einen Hinweis darauf erhält, wie sie das numerische Gewicht der Mittelschichten und anderer Zwischenschichten, die als soziale Basis des Faschismus in Betracht kommen, einschätzt. Aussagen darüber wären insbesondere wichtig in Ländern mit hochentwickeltem Kapitalverhältnis, wo der Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital dominierend ist und die Schichten, die unter isolierten Bedingungen arbeiten, nicht mehr relevante Bevölkerungsteile umfassen. So wäre es also gerade interessant herauszufinden, welche Schichten außer den traditionellen Mittelschichten aufgrund ihrer objektiven und subjektiven Situation geradezu prädestiniert sind, Klassenvorurteile zu reaktivieren. Das Fehlen derart relevanter Bestimmungen führen wir darauf zurück, daß es die KPD.-O. letztlich nicht vermag, weder die verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse noch die Mittelschichten exakt aus ihrer Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zu analysieren.

Dabei müssen aber zwei Seiten auseinandergehalten werden. So lückenhaft und, an materialistischen Kriterien gemessen, falsch die Analyse auch ist, so wenig kann behauptet werden, dieser Mangel wirke sich auf die Faschismusanalyse aus. Was heißt das? Zwar wird die Schwäche und Zersplitterung der Arbeiterbewegung nur phänomenologisch politisch konstatiert (ohne daß hier noch die ursächlichen Zusammenhänge hinterfragt würden), aber weil ja diese Schwäche real und existent war, mußte sich dieser Mangel in der Faschismusanalyse nicht auswirken. – Doch wenn diese Lücke hier auch ohne Konsequenzen bleibt, darf sie nicht heruntergespielt werden, denn die Auswirkungen derartiger Schwächen können schließlich auch zu einer völligen Fehleinschätzung führen, wie das z. B. bei einem frühen, Thalheimer zugeschriebenen Aufsatz »Zwischen Jena und Leipzig«³⁴ infolge einer Fehleinschätzung der realen Klassenkräfte tatsächlich geschah. – So kommen wir zu dem Resultat, daß die Einschätzung bezüglich des Faschismus gegenüber 1923 methodisch nicht gewonnen hat, da in beiden Fällen eine materialistisch abgeleitete Klassenanalyse nicht geleistet wird. Während man sich aber 1923 von der Empirie täuschen ließ und die Stärke der Arbeiterklasse unterbewertete, gelingt die Einschätzung der empirischen Fakten in der Spätphase der Weimarer Republik realistischer. Nichtsdestoweniger bleibt in beiden Fällen die Analyse teilweise zufällig.

Die Beurteilung der politischen Analyse der KPD.-O.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal des hauptsächlichen kritischen Einwands gegenüber der KPD.-O.-Analyse der politischen Entwicklung. »Thalheimer aber hypostasiert den gesellschaftlich gesetzten Zusammenhang der politischen Kategorien, mit denen Marx hier arbeitet, und überträgt ihn, durch Analogieschlüsse vermittelt, auf die Faschisierungsprozesse der spätbürgerlichen Gesellschaft...«³⁵ Das KPD.-O.-Modell sei also formal, da »der die Klassen konstituierende sozioökonomische Antagonismus sowie die Trennung der Bereiche von ökonomischer Reproduktion und öffentlicher Herrschaft«³⁶ als konstant gesetzt seien und nur die »politischen Dispositionen« variabel gehalten worden seien.

Demgegenüber haben wir bereits festgestellt, wie die ökonomische Analyse, an der Realität gemessen, der wirklichen Entwicklung stetig adäquater wird. Da also, wie wir glauben, gezeigt zu haben, die KPD.-O. durchaus den im Vergleich zu Marxens Analyse Frankreichs unterschiedlichen Entwicklungsstand des Kapitalismus berücksichtigt hat, füllt sie in der Tat auch die politischen Kategorien mit entsprechendem Inhalt, so daß von simpler Analogisiererei nicht die Rede sein kann. Wir sind, was das angeht, einig mit Niels Kadritzke, der in diesem Zusammenhang meint: »Der Vorwurf einer unzulässigen Übertragung der Marxschen Analyse wäre nämlich nur dann aufrechtzuerhalten, wenn Thalheimer und die KPO (1.) den unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstand vernachlässigt hätten, auf dem die historische Gesellschaftsverfassung des bonapartistischen Frankreich bzw. der Weimarer Republik jeweils gründet, und (2.) die von Marx zunächst nur übernommene Erklärungsformel für die faschistische Diktatur – das nicht-mehr-Fähigsein der Arbeiterklasse zu selbständiger politischer Herrschaft – nicht in einem für das Ende der Weimarer Zeit spezifischen Begründungszusammenhang entwickelt hätten. Beide Unterstellungen treffen nicht zu.«³⁷ Denn wie der unterschiedliche ökonomische Entwicklungsstand ausgewiesen ist, so ist es das auch hinsichtlich der politischen Kategorien; die Unfähigkeit, d. h. das politische nicht-mehr-Fähigsein der Bourgeoisie, in der alten Weise zu regieren, wird aus dem gesellschaftspolitischen Kontext der Weimarer Republik abgeleitet, aus der Abnutzung der aufeinanderfolgenden vorfaschistischen bürgerlichen Herrschaftsformen einerseits, der zunehmenden Unterstützung des Faschismus seitens politisch einflußreicher Gruppen der Bourgeoisie andererseits. Das noch-nicht-Fähigsein der Arbeiterklasse wird demgegenüber nicht aus den fehlenden materiellen Bedingungen abgeleitet, wie es für das Frankreich um die Mitte des 19. Jahrhunderts angemessen war, sondern aus der subjektiven Insuffizienz der Arbeiterorganisationen, d. h. ihrer falschen theoretischen wie politischen Disposition.³⁸

Was die Bourgeoisie angeht, so unterstellt die KPD.-O. nicht, daß die Bourgeoisie subjektiv den Faschismus für eine wünschbare politische Entwicklung ansieht, sondern mit der Unterscheidung von subjektivem Wollen und objektivem Resultat wird deutlich, daß die herrschende Klasse nicht bewußt nach einem ausgeklügelten Gesamtplan handelnd den Faschismus zu gegebener Zeit inthronisiert.³⁹ Die Bourgeoisie strebt also nicht den Faschismus an, indem sie bewußt die vorfaschistischen Herrschaftsformen diskreditiert und schließlich ihre politische Macht freiwillig an den Faschismus abtritt; es kommt also nicht darauf an, was die Bourgeoisie will, »sondern was sie unter bestimmten Bedingungen muß, d. h. wozu ihre eigenen Zwecke und die Konsequenzen der Handlungen, die sie unternimmt, um diese Zwecke durchzusetzen, sie Kraft ihrer inneren Logik führen. Das braucht mit ihren ursprünglichen subjektiven Absichten nicht übereinzustimmen und wird es in der Regel auch nicht.«⁴⁰ Die Präsidialkabinette, die von der KPD.-O. als Zwischenformen bürgerlicher Herrschaft begriffen werden, zersetzen sich an dem Widerspruch zwischen den aus der Kapitalverwertung notwendig resultierenden Forderungen der Bourgeoisie und ihrer Unfähigkeit, die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, da ihnen zur sicheren Durchführung die soziale Massenbasis fehlt.⁴¹ So drängt sich mit zunehmender Verunsicherung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie die einzig noch verbleibende Möglichkeit der Überwindung der Krise auf reaktionäre Weise auf, nämlich der Faschismus.

Die Bourgeoisie dankt politisch nicht freiwillig ab, d. h. sie versucht bis zuletzt an ihren politischen Organisationen und Repräsentanten festzuhalten, ohne auf die faschistische Massenbewegung zurückzugreifen, und wenn sie dazu gezwungen ist, ohne dem Faschismus die wichtigen Staatspositionen zu übergeben.⁴² Wenn die Bourgeoisie schließlich doch genötigt ist, politisch vollends abzudanken, wobei ihre alten politischen Repräsentanten und Organisationen ebenso von der Bildfläche verschwinden wie die Arbeiterorganisationen (ohne dabei allerdings ebensolchen Repressionen ausgesetzt zu sein), so ist das nicht unbedingt in dem Sinne »der bewußten Zustimmung der politisch ausschlaggebenden Teile der Bourgeoisie«⁴³ zu verstehen, wie es bei Kadritzke heißt. Hier unterscheidet die KPD.-O. danach, wie fest die Bourgeoisie selbst noch in demokratischen Traditionen verfangen ist. Während die italienische Bourgeoisie im Vergleich zur deutschen »über eine größere politische Tradition« verfügte, denn sie hatte »längere Zeit die politische Macht innegehabt«, so daß sie sich »zu einem großen Teil zu liberalen und demokratischen Ideen«⁴⁴ bekannte und von Mussolini durch sein Massenaufgebot gezwungen wurde, ihn mit der Regierungsbildung zu betrauen, bedurfte es in Deutschland keines Marsches auf Berlin.⁴⁵

Ob die Bourgeoisie nun aber freiwillig oder unter Zwang sich ihrer politischen Herrschaft entledigt, es ist immer ein spezifisches Gleichgewichtsverhältnis der Klassen, das die Bourgeoisie zwingt, die faschistischen Terrororganisationen als einzig möglichen Ausweg zu akzeptieren. Dabei ist klar, daß sich die Bourgeoisie, wo sie selbst in auswegloser Situation den Faschismus ruft wie in Deutschland, sicher sein muß, daß der Faschismus – entgegen seinen massenwirksamen Versprechungen und auch den Erwartungen seines Anhangs – die sozioökonomischen Verhältnisse unangetastet läßt. Der Widerspruch zwischen den Erwartungen der sozialen Basis und den Anforderungen bezüglich seiner sozialen Funktion kann nur so aufgelöst werden, daß der Faschismus mit terroristischen Mitteln versucht, die Verwertungsbedingungen des Kapitals ad hoc zu verbessern, auch wenn er sich damit in Gegensatz zu seinem Massenanhang setzt.

Die Faschismusanalyse der KPD.-O. bewährt sich also darin, daß sie nicht nur die verschiedenen Etappen der Faschisierung bis zu dem endgültigen Punkt der Machtergreifung herausarbeitet und zunehmend diese Stufen auch ökonomisch immer besser vermittelt, sondern gerade auch dort, wo es ihr gelingt, den Widerspruch von sozialer Basis und sozialer Funktion auf den Begriff zu bringen. Das geschieht in doppelter Hinsicht. Einmal sieht sie schon frühzeitig voraus, daß es aufgrund des Widerspruchs von sozialer Basis und sozialer Funktion zu einer Krise innerhalb der faschistischen Partei kommen muß. »Wenn der Faschismus an die Macht gelangt, kann er, da er das Privateigentum unangetastet läßt, nicht umhin, die soziale Herrschaft des Kapitals aufrechtzuerhalten und zu stärken. Das hat aber auch notwendigerweise eine Krise in der faschistischen Partei zur Folge.«⁴⁶ – Dann sitzt sie hinsichtlich der Novemberwahlen, in denen die NSDAP hatte Verluste hinnehmen müssen, nicht der Illusion auf, die Chancen der Nationalsozialisten hätten sich verringert.⁴⁷ Zeigt doch die Tatsache der Machtübernahme bereits nach Überschreiten des Höhepunkts der Massenmobilisierung, daß ihre soziale Funktion eindeutig über die Interessen ihrer sozialen Basis dominiert. Es wird also von der KPD.-O. als sozialer Gehalt der faschistischen Diktatur die Kapitalherrschaft bestimmt; der äußeren Form nach ist sie allerdings auch Herrschaft über die Bourgeoisie. So heißt es, »die bonapartistische oder fa-

schistische Diktatur ist ihrem *gesellschaftlichen Inhalt nach* die Diktatur des Großkapitals. Ihrer *politischen Erscheinung nach* ist die Diktatur auch *über* die Großbourgeoisie und ihre Parteien.«⁴⁸

In der Spätphase der Weimarer Republik nimmt die Herrschaftsform der Bourgeoisie einen zwieschlächtigen Charakter an. Von der KPD.-O. wird dieser Abschnitt als Zwischenstadium zwischen zwei Zyklen verstanden. Der Weg führt von Brüning, über Papen, bis Schleicher, von der nichtparlamentarischen zur außerparlamentarischen Regierung, deren Verselbständigung gegenüber der parlamentarischen Legitimation permanent wächst, ohne indes die totale Verselbständigung der faschistischen Diktatur zu erreichen. Das ist also ein Zwischenstadium zwischen bürgerlicher Demokratie als direkter Herrschaft der Bourgeoisie *und* offener Diktatur der Bourgeoisie als ihre indirekte und personale Herrschaftsform. Schließlich ist die bestehende Verfassung derart ausgehöhlt, daß es lediglich einer »ordinären Blechfigur« bedarf, den nötigen Schritt zu vollziehen: »Der weitere Fortschritt in der Verselbständigung der Exekutivgewalt, den die Regierung Schleicher verkörpert, *vereinfacht gegebenenfalls* eine solche ›Verständigung‹ zwischen Exekutivgewalt und faschistischer Partei, die die Grundlagen zur faschistischen Diktatur legt.«⁴⁹

Erst die faschistische Diktatur also schiebt endgültig die ausgehöhlte Verfassung beiseite und setzt die Verselbständigung total, da sie die letzten Reste des Parlamentarismus restlos beseitigt. Die indirekte, aber offene und personale Herrschaftsform der Bourgeoisie ist notwendiges Resultat einer ökonomischen und politischen Krise, der die Bourgeoisie nicht mit den normalen Mitteln Herr zu werden vermochte und die nur gelöst werden konnte mit Methoden, über die die Bourgeoisie weder direkt verfügte, noch die sie beliebig produzieren und wieder destruieren konnte. So benötigt die Bourgeoisie, um ihre soziale Herrschaft zu sichern, die politischen Mittel und Methoden des Faschismus, ohne ihn indes vollständig funktionalisieren zu können.

Weder verfügt die Bourgeoisie direkt über Mittel und Methoden, ihre soziale Herrschaft zu sichern, noch bedarf sie – der Faschismus einmal an der Macht – der direkten Herrschaftsausübung, um ihre ökonomischen Interessen durchzusetzen, da die sozialen Machtverhältnisse bereinigt sind und der einzig ernsthafte Klassengegner, die Arbeiterklasse, politisch von der Bildfläche verschwunden ist. – Die anonyme Diktatur des Kapitals entspricht einer ökonomischen und politischen Stärkeposition der Bourgeoisie, wo selbst dem Klassengegner formal das gleiche Recht zugestanden werden kann, so daß diese Herrschaftsform scheinbar den auch in der Produktion herrschenden Maximen von Freiheit und Gleichheit entspricht; die Kapitaldiktatur also ist versteckt, weil nicht als solche erkennbar. Anders ist das bei der indirekten, aber offenen Diktatur des Kapitals, die einer Schwäche der Bourgeoisie entspricht, da sie gezwungen ist, selbst die formalen Rechte des Klassengegners zu beseitigen. Die Aufhebung von Freiheit und Gleichheit im politischen Bereich, wo jetzt also die Kapitalherrschaft als das erscheint, was sie ist, nämlich Diktatur des Kapitals, kann sich die Bourgeoisie allerdings auch nur deshalb leisten, weil sie die Arbeiterklasse restlos unterdrückt. Hier könnte indes noch ein Schein von Gleichheit im politischen Raum entstehen, da die Bourgeoisie mit der Aufhebung demokratischer Rechte diese für sich selbst auch aufhebt, was in der Zerschlagung ihrer alten traditionellen Parteien zum Ausdruck kommt.

Die Herrschaftssicherung der Bourgeoisie gelingt also der KPD.-O zufolge in zweierlei Form: Mit der Sozialdemokratie gelang es bis zum Ende der Phase der relativen Stabilisierung, die bourgeoise Herrschaft mit demokratischen Formen zu bemänteln. Die Kapitalinteressen konnten sich hier zwar direkt durchsetzen, aber auch nur beschränkt durch Zugeständnisse an den Reformismus, mit dessen Hilfe man große Teile der Arbeiterklasse zu integrieren verstand. Je mehr allerdings die Politik der Reformen und Zugeständnisse an ökonomische Hindernisse stieß, war der Reformismus als Integrationsfaktor immer weniger tragbar. Die KPD.-O. will das nun nicht derart verstanden wissen, daß die Bourgeoisie bewußt ab einem bestimmten Zeitpunkt vom »reformistischen Pferd« auf das »faschistische Pferd« setzt, sie kann nicht beliebig ihre Herrschaftsform wechseln, sondern dergestalt, daß die vom Verwertungszwang notwendige Kapitaloffensive an einem bestimmten Punkt vom Abbau sozialer Reformen in den Abbau auch der demokratischen Rechte umschlagen muß.⁵⁰

Die faschistische Form der Herrschaftssicherung indes bedarf ganz anders gearteter Zugeständnisse der Bourgeoisie. Sie muß, sobald der Faschismus an der Macht ist, auf ihre politischen Organisationen verzichten, die ihr eine direkte politische Verfügung und Kontrolle garantieren. Daß die Kosten für den aufgeblähten Staatsapparat der Bourgeoisie teurer zu stehen kommen als bei der reformistischen Herrschaftssicherung, weist die KPD.-O. zurück. »Der faschistische Staatsapparat wird sicherlich ›teurer‹ sein, als der bürgerlich-demokratische; der staatliche Unterdrückungsapparat muß vergrößert werden, die herrschende faschistische Partei muß im Staatsapparat versorgt werden... Nur wird dabei das *Grundlegende* vergessen: daß trotz der Steigerung des relativen Anteils der Kosten des Staatsapparates in der *Gesamtrechnung* für die Bourgeoisie ein *Plus* herauskommen kann, wenn der Fonds, aus dem diese Kosten bezahlt werden, der der *Arbeiterklasse* ausgepreßte *Mehrwert* noch stärker gesteigert wird. Das ist aber eben der *Zweck der Übung*.«⁵¹

Was die Argumentationskette der KPD.-O. angeht hinsichtlich der Etappen der Selbstständigkeit der Exekutivgewalt und des Übergangs von der direkten zur indirekten Herrschaftsausübung der Bourgeoisie, stimmen wir dieser in zweifacher Hinsicht zu: Es sind die politischen Kategorien dem Marxschen Bonapartismustheorem sowohl richtig entlehnt als auch legitimerweise, da es sich um ein theoretisches »Modell gesamtgesellschaftlicher Entwicklung für bestimmte typische Stadien der bürgerlichen Gesellschaft«⁵² handelt. Daß diese Kategorien auch während der konkreten politischen Analyse durchgängig korrekt gehandhabt wurden, daran besteht u. E. ebenfalls kein Zweifel. – Schließlich gelingt es der KPD.-O. ebenfalls, die Kategorien inhaltlich zu füllen, dergestalt, daß sie nicht diese Kategorien quasi als Hülsen einem nicht weiter hinterfragten Inhalt aufsetzt, sondern vielmehr aus dem gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß diese Kategorien gleichsam noch einmal abzuleiten versucht. So können wir den damaligen wie auch den heutigen Kritikern der KPD.-O. antworten: »Aber bei alledem kann nicht darauf verzichtet werden, die *großen Klassenlinien des historischen Prozesses* herauszuarbeiten. Das aber hat die KPD.-O. getan und keine Partei oder Richtung außer ihr. Und auch in der Aufhellung der Einzelheiten dieses Prozesses hat sie, wie wir glauben, mehr und besseres geleistet, als von sonst jemand geleistet wurde. Daß es dabei ohne Fehler im Einzelnen nicht abging, versteht sich. Sie wurden aber schnell korrigiert. – Zu diesen fast *unvermeid-*

lichen Fehlern gehört in einzelnen Fällen Überschätzung des Tempos, Vereinfachung des Prozesses. Wir sagen, fast unvermeidliche Fehler: denn sie hängen mit der scharfen Herausarbeitung der großen Linie der Entwicklung des Gesamtprozesses zusammen. Im Falle der Kritiker handelt es sich um das *Verfehlen der Grundlinie*, um das Untergehen in den Einzelheiten und das Kleben am jeweils gegebenen Stadium der Entwicklung und ihren subjektiven Illusionen.«^{52a}

Neben der »Überschätzung des Tempos« wird von einer »Vereinfachung des Prozesses« gesprochen, unter der wir vor allem die Beurteilung der Differenzen innerhalb der Bourgeoisie seitens der KPD.-O. verstehen und Aussagen darüber, wie sich diese Differenzen politisch äußern. Zunächst wird in der Analyse immer wieder die Einigkeit des Kapitals bezüglich der Kapitaloffensive herausgestellt, eine Einigkeit, die unter Druck und Führung des Großkapitals zustande kommt, so daß Aussagen, daß trotz aller Einmütigkeit der Kapitalfraktionen zwischen diesen auch manifeste Differenzen existieren, nur sehr formal bleiben; und zwar formal in dem Sinne, daß mehr oder weniger »naturgemäß« Differenzen bestehen zwischen kleinem und großem Kapital, zwischen exportorientiertem und mehr auf den Innenmarkt orientiertem Kapital etc. Das Bekenntnis aller Fraktionen der Bourgeoisie »zu den materiellen Zielen der Kapitaloffensive« äußert sich auf der politischen Ebene in einer »Aushöhlung des bürgerlichen Parteiwesens«⁵³ und Entleerung des Parlamentarismus. Denn wo der Interessenstreit der verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie – der sich politisch als Widerstreit der verschiedenen Parteien im Parlament widerspiegelt und durch den Parlamentarismus auf einen Nenner gebracht wird – wegfällt, da bleibt auch der Parlamentarismus eine leere Hülse.

Dazu auf den ersten Blick im Gegensatz steht die spätere Argumentation der KPD.-O., wo die Differenzen insbesondere zwischen Export- und Agrarkapital in den Vordergrund rücken, was sich politisch dergestalt ausdrückt, daß das Industrie- bzw. Exportkapital versucht, die Gegensätze zu überbrücken, dazu aber allein unfähig ist. Aus dieser Unfähigkeit der herrschenden Klasse, von sich aus die Differenzen zu bereinigen, entsteht die Tendenz innerhalb der Bourgeoisie, sich einer faschistischen Diktatur zu fügen, die gewaltsam die Vereinigung der widerstreitenden Teile herstellt.⁵⁴ Hinzu kommt noch, daß die schwerfällige Maschinerie des Parlamentarismus die Zügigkeit der Kapitaloffensive hemmt, so daß sich die Parteien immer mehr von der Masse der Bourgeoisie trennen.⁵⁵ Ein weiteres Moment, was die faschistischen Tendenzen stärkt, ist die Schwäche der jeweiligen Regierungen, denen, da sie über keine genügende Massenbasis verfügen, der nötige Druck fehlt, die Kapitaloffensive durchzusetzen, ohne dabei durch Verfassungsänderungen, Staatsstreich etc. die Geschäfte der Bourgeoisie ständig zu stören.

Während in der frühen Argumentation der KPD.-O. hinsichtlich der politischen Entwicklung noch bestimmte Zwischenglieder fehlen, was nicht zuletzt wohl auch einer noch ungenauen und unsicheren Einschätzung des zukünftigen ökonomischen Zyklus geschuldet ist – also eine Vereinfachung des Prozesses unterliegt –, werden diese Zwischenglieder mit der Genauigkeit der ökonomischen Analyse eingefügt. Beide Argumentationen widersprechen sich aber nicht, denn sie laufen darauf hinaus nur mehr oder weniger differenziert –, daß die Herrschaftsform des Parlamentarismus immer inadäquater wird zur Aufrechterhaltung der sozialen Stellung der Bourgeoisie, so daß die herrschende Klasse in zunehmendem Maße in Gegensatz gerät zu ihren traditionellen Vertretern und Parteien. –

Was die KPD.-O. anfänglich falsch analysiert und was ihr erst mit richtiger ökonomischer Analyse gelingt, in den Griff zu bekommen, ist das Herausarbeiten der spezifischen Gleichgewichtssituation der Klassen. Während man noch 1930 einerseits die ökonomische Stärke und die politische Schwäche der Bourgeoisie, andererseits die enorme Schwäche der Arbeiterklasse hervorhebt, erkennt man zunehmend die insbesondere gefährdete ökonomische Lage der Bourgeoisie. Auch hier wird mit zunehmender Genauigkeit der ökonomischen Analyse klar, daß die deutsche Bourgeoisie infolge ihrer ökonomischen und politischen Schwäche gezwungen ist, ihre Offensive gegen die Arbeiterklasse in noch verschärfter Form fortzuführen.

Wir können feststellen, was die Darstellung der politischen Entwicklung angeht, ähnlich wie wir das bereits bei der ökonomischen Analyse konstatieren konnten, daß die Analyse der KPD.-O. in zunehmendem Maß mit der Realität konfrontiert, an ihr konkretisiert und korrigiert wird, so daß sie immer realitätsgerechter wird.

Wir hatten bereits im ökonomischen Teil festgestellt, daß zwar die Klassenstruktur von der KPD.-O. nicht materialistisch exakt abgeleitet und ausgeführt ist, und dadurch die Analyse ohne Fundament und letztlich zufällig bleibt, und das insbesondere die Struktur der Arbeiterklasse und der Mittelschichten betreffend. Wir hatten das als schwerwiegenden Mangel herausgestellt, den man auf eine tieferliegende theoretische Insuffizienz zurückzuführen vermag. Dieser Mangel kann sich insofern als schwerwiegend erweisen, weil es dort leicht zu Fehleinschätzungen der realen Klassenkräfte kommen kann, wo es nicht möglich ist, die Struktur des Gesamtarbeitskörpers exakt zu bestimmen. – Wir hatten aber auch festgestellt, daß es der KPD.-O. trotz dieser theoretischen Schwächen gelingt, auf der empirischen Ebene die Klassenkräfte korrekt einzuschätzen: die relative Schwäche der Bourgeoisie wird spätestens seit dem Sommer 1931 richtig bestimmt, und die Defensivposition der deutschen Arbeiterklasse wird zu recht auf die theoretische und praktische Unfähigkeit der beiden großen Arbeiterparteien den außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren, zurückgeführt. Diese positive Seite konnte durch die Darstellung der politischen Analyse bestätigt werden. – So können wir insgesamt feststellen, daß trotz tiefgreifender theoretischer Unsicherheiten, die sich auch auf konkreterer Ebene zeigen, die Wirklichkeit erstaunlich treffend gezeichnet wurde.⁵⁶

Ausblick

Als wichtiges Resultat dieses Aufsatzes können wir festhalten, daß die KPD.-O. das Bonapartismus-Theorem von Marx richtig rezipiert und auch erkannt hat, daß es sich inhaltlich um ein »theoretisches Modell gesamtgesellschaftlicher Entwicklung« handelt, das sich in der Anwendung seitens der KPD.-O. an der Realität in außerordentlichem Maße bewährt hat. Zu diesem Resultat sind wir gekommen in der Auseinandersetzung mit den Kritikern und auch mit den Verfechtern dieses Theorieansatzes, deren Kritik und Rezeption – wie wir zu zeigen versucht haben – zumeist am originären Theorem selbst vorbeiläuft. So haben wir unserem Anspruch nach einen Beitrag zur Rekonstruktion der Faschismustheorie und -analyse der KPD.-O. geleistet, und zwar mit der Zielrichtung, ein theoretisches In-

strumentarium bereitzustellen, mit dem auch heute faschistische Entwicklungen ausgemacht werden können.

Der »Praktiker« indes wird nach all diesen Ausführungen recht unzufrieden sein und nach den handlichen und praktischen Folgerungen aus dieser Beschäftigung mit der Theorie fragen. – Wir verstehen dieses Anliegen, müssen aber darauf verweisen, daß Aussagen über die konkrete Entwicklung beispielsweise in der BRD bzgl. der Staatszyklen erst auf der Grundlage einer Klassenanalyse fundiert gemacht werden können.

Aber: Nur diejenigen, die die Entstehung des Faschismus in ihren wesentlichen Zügen begriffen haben, sind in der Lage, eine antifaschistische Strategie und Politik zu entwickeln, mit der es gelingen kann, einer neuerlichen faschistischen Entwicklung die Stirn zu bieten. Die KPD.-O. hat versucht, auch dieser Aufgabe gerecht zu werden; aus der Analyse der damaligen Situation entwickelte sie taktische Bestimmungen, die u. E. auch heute noch relevant sind. Deshalb werden wir den allgemeinen Rahmen dieser taktischen Vorstellungen abschließend darstellen.

Zentral geht es der KPD.-O. bei ihren taktischen Bestimmungen darum, die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen¹, um – nachdem 1918 die deutsche bürgerliche Revolution vollendet wurde – die sozialistische Revolution in Gang zu setzen. Das ist eindeutig, auf der Tagesordnung steht die »proletarische Diktatur in Gestalt der Räterepublik.«² – Da des weiteren für die KPD.-O. das zahlenmäßige Übergewicht der Arbeiterklasse gegenüber den anderen Klassen³ Tatsache ist, steht nicht mehr die Bündnispolitik mit den Zwischenschichten im Mittelpunkt der Taktik (sie hat nur mehr zweitrangige – aber bzgl. des Faschismus durchaus sehr wichtige Bedeutung), sondern die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die politisch in zwei Lager gespalten ist. Die Mittelschichten, die zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse schwanken, gilt es zu neutralisieren und wenn möglich, durch ein festes Bündnis an die Arbeiterklasse zu binden.⁴

Da es der KPD.-O. zentral um die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse geht, besteht das Kernstück ihrer taktischen Vorstellungen in den Bestimmungen zur Einheitsfrontpolitik. – Zunächst sieht die KPD.-O. ihre taktischen Vorstellungen bestimmt durch folgende Spezifika: »1. Daß der entscheidende Teil der Arbeiterklasse in politischen, gewerkschaftlichen und anderen Massenorganisationen zusammengefaßt ist. 2. Daß die organisierten Arbeiter in zwei Hauptlager gespalten sind: das des Reformismus (der Sozialdemokratie) und das des Kommunismus. 3. Daß die Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft heute noch dem Lager der Reformisten angehört, während die Kommunisten noch die Minderheit bilden.«⁵ Wenn die Kommunisten die Spaltung der Arbeiterklasse aufheben und die Mehrheit der Arbeiterklasse auf ihre Seite ziehen wollen, weil nur so die sozialistische Revolution vorangetrieben werden kann,⁶ so ist das nur möglich mit dem Mittel der Einheitsfrontpolitik. Die Kommunisten müssen also versuchen, durch Führung der Tageskämpfe – die anzuknüpfen haben an »den tatsächlichen Bedürfnissen der Arbeiterklasse und dem Reifegrad ihres Verständnisses«⁷ – in Verbindung mit einer konkreten revolutionären Propaganda die Mehrheit der Arbeiterklasse⁸ für sich zu gewinnen.

Die Einheitsfrontpolitik der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten ergibt sich zunächst aus ihrer organisatorischen Spaltung, die von der KPD.-O. insofern positiv beurteilt wird, weil sie notwendig ist »und ein Fortschritt, weil die Kommunistische Partei die Organisation der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse ist und notwendigerweise eine

Gemeinschaft von Gleichgesinnten sein muß.«⁹ Es reicht nun jedoch nicht, um die noch reformistisch gesinnten Arbeiter auf die Seite der Kommunisten zu ziehen, sie mit propagandistischen Losungen überzeugen zu wollen, indem man ihnen sagt, die reformistischen Führer würden permanent ihre Interessen nicht wahrnehmen. Um einen Bewußtseinsprozeß bei diesen Arbeitern in Gang zu setzen, bedarf es nach Auffassung der KPD.-O. neben der ständigen Aufklärungsarbeit der eigenen konkreten Erfahrung dieser Arbeiter von der inadäquaten Vertretung ihrer Interessen seitens der reformistischen Führer. Das geeignete Mittel, diese beiden Aufgaben zu vereinen, Kampferfahrung und Aufklärung, ist die Politik der Einheitsfront, indem Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsame Aktionen »für Tagesziele, Tageslosungen und Übergangsforderungen«¹⁰ durchführen.

Es geht nun der KPD.-O. gar nicht nur darum, die Arbeiter über das Mittel der Einheitsfrontpolitik davon zu überzeugen, daß ihre reformistischen Führer mit ihrer inkonsequenten Politik teilweise selbst einer Faschisierung Vorschub leisten. Zudem, darauf verweist die KPD.-O. immer wieder, wird durch das einheitliche Vorgehen der Arbeiterklasse ihre Position bedeutend verstärkt gegenüber dem Kapital und vor allem auch gegenüber dem Faschismus, der ja eine Reaktion ist auf die Zersplitterung und Schwäche der Arbeiterklasse.

Gegenüber der KPD. verweist die KPD.-O. u. E. zu Recht darauf, daß ihre Version der Einheitsfront »nur von unten« der bereits zu Lenins Zeiten ausgearbeiteten Konzeption der Einheitsfrontpolitik zuwiderläuft, da sie ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterklasse ja gerade boykottiere. Denn »der Appell an die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter und anderer Arbeiterschichten, der natürlich die Hauptsache ist, wird nur durch den Appell an ihre Organisationen wirksam gemacht.«¹¹ Der allmähliche Zerfall der sektierischen KPD.-Politik wird daran festgemacht, daß die KPD. zunächst durch die Politik der Einheitsfront »nur von unten« die Spaltung der Arbeiterklasse nur verschärft und dadurch an Einfluß auf die sozialdemokratischen Arbeiter verliert, und dort, wo sie schließlich auch die reformistischen Organisationen mit in ihre Politik einbezieht, es ihr nicht mehr gelingt, die Massen zu mobilisieren.¹²

Aber nicht nur gegen die ultralinke Verengung der Einheitsfrontpolitik wendet sich die KPD.-O., sondern ebenso gegen eine opportunistische Ausdehnung. Gerade Thalheimer und Peregrinus bekennen sich zu den Fehleinschätzungen hinsichtlich der Experimente einer Arbeiterregierung 1923 in Deutschland, die sie als eine opportunistische Ausdehnung der Einheitsfrontpolitik qualifizieren.¹³ Die größtmögliche Ausweitung der Einheitsfrontpolitik, wie sie in der Konzeption der KPD.-O. vorgesehen ist, besteht in der Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung seitens der Kommunisten; allerdings unter dem Vorbehalt, daß diese sozialdemokratische Minderheitsregierung eine konsequente Arbeiterpolitik vertritt; wo sie das nicht tut, wird ihr die Unterstützung durch die Kommunisten entzogen.¹⁴

Auch was die Gewerkschaftspolitik betrifft, entwirft die KPD.-O. unter Berufung auf die von der KI unter Mitwirkung Lenins ausgearbeiteten Gewerkschaftsthesen ein Konzept kommunistischer Politik. Da die Gewerkschaften die einzige umfassende Organisation der Arbeiterklasse sind,¹⁵ ist es Aufgabe der Kommunisten, unter allen Umständen die Einheit der Gewerkschaften herzustellen oder sie zu bewahren. Die Kommunisten müßten bei ihrer Gewerkschaftsarbeit möglichst alles vermeiden, was den Spaltungsab-

sichten der reformistischen Führer entgegenkomme.¹⁶ Wenn die Arbeiterorganisationen auch noch so unentwickelt seien, könne es nicht die alternative kommunistische Politik sein, diesen Organisationen ausgeklügelte, neue und revolutionäre Organisationsformen vorzusetzen. Das wäre ein besonders schwerer Fehler, »der die Kommunisten von den proletarischen Massen isoliert und sie diskreditiert, da solche künstlichen Sondergebilde von Minderheiten nicht imstande sind, das besser zu machen, was sie an den reformistischen Gewerkschaften mit Recht kritisieren.«¹⁷

Die KPD.-O. verweist hier also, im Gegensatz zur Einheitsfrontpolitik der Kommunisten gegenüber der SPD, deren politische Spaltung als notwendig und fortschrittlich im Sinne des Klassenkampfes akzeptiert wird, auf den besonderen Charakter der Gewerkschaftsarbeit, der sich darin zeige, daß die Kommunisten *innerhalb* dieser reformistisch geführten Organisationen arbeiteten. Mit ihrer Arbeit in den Gewerkschaften will die KPD.-O. linke Fraktionen bilden, sie permanent erweitern, um so einen Druck auf die Gewerkschaftsführung ausüben zu können. Es ist der KPD.-O. also klar, daß nur durch Druck von der gewerkschaftlichen Basis her tendenziell eine Veränderung gewerkschaftlicher Politik zu erreichen ist und damit gleichzeitig eine Stärkung der Gewerkschaften im politischen Kräftefeld, also gegen den Faschismus, erzielt werden kann.

Wie sieht nun das politische Konzept der KPD.-O. aus, das sie bzgl. der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie bei gleichzeitiger Abwehr des Faschismus entwickelt? – Die KPD.-O. äußert sich dazu unmißverständlich: Natürlich muß die Arbeiterklasse die bürgerliche Demokratie gegen den Faschismus verteidigen, allerdings muß sie dabei ihre »eigene Klassenstellung verstärken.«¹⁸ »Die Frage steht aber nicht so: Verteidigung der bürgerlichen Demokratie *oder* Kampf um die proletarische Diktatur, sondern so: Eroberung von Machtpositionen für die proletarische Diktatur aus der Verteidigung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie gegen den Faschismus heraus. Andererseits ist klar, daß die bürgerliche Demokratie, wenn sie aus ihrer eigenen Entwicklung die Kräfte entwickelt hat, die ihr auf konterrevolutionärem Weg den Garaus machen wollen, nur verteidigt werden kann durch Kräfte, die gewillt sind über den gegebenen Zustand, über die bürgerliche Demokratie, hinauszugehen.

Das Entscheidende ist, daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus als selbständige *Klassenmacht* auftritt (nicht als unselbständiges Anhängsel der bürgerlichen Demokraten).«¹⁹

Einschätzung der konkreten Analysen der KPD.-O.

Der Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung und Kapitalinteressen

¹ Hier seien nur einige wenige Zitatstellen angegeben; so zur weltwirtschaftlichen Situation: Gdst. Nr. 42, 19. 10. 29, Zur Weltwirtschaftslage, E. L.; Gdst. Nr. 47, 23. 11. 29, Nach der amerikanischen Börsenpanik; Gdst. Nr. 6, 8. 2. 30, Die Konjunktur des Auslandes, E. L.; Gdst. Nr. 50, 13. 12. 30, Der Stand der Weltwirtschaftskrise, E. L.; Gdst. Nr. 22, 24. 10. 31, Der Faschismus vor den Toren; Gdst. Nr. 11, 21. 5. 32, Der Stand der Weltwirtschaftskrise, E. L.; Gdst. Nr. 19, 10. 9. 32, Die amerikanische Hausse und die Konjunkturaussichten, E. L. – Zur Wirtschaftslage in Deutschland vor allem: Gdst. Nr. 3, 18. 1. 30, Das Wirtschaftsjahr 1929, E. L.; Gdst. Nr. 2, 17. 1. 31, Krisenjahr 1930, E. L.; Gdst. Nr. 2, 16. 1. 32, Die Katastrophe – Das Wirtschaftsjahr 1931, E. L.; Gdst. Nr. 19, 10. 9. 32, Wirtschaftliche und politische Perspektiven; Gdst. Nr. 1, 14. 1. 33, Die politische Lage und die Aufgaben der KPD. (O.), Resolution, angen. von der 5. Reichskonferenz, vgl. dazu Charles Bettelheim, Die deut-

sche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, Paris 1971, (dt. Ausgabe:) München 1974. – In den zusammenfassenden Ausführungen Bettelheims über die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands von 1913 bis 1933 (vgl. bes. S. 15–38) sehen wir in den Grundzügen eine frappierende Bestätigung der KPD.-O.-Analyse. Auch B. kommt zu dem Schluß: »In der Kette der großen kapitalistischen Länder wurde Deutschland ein besonders schwaches, ja das schwächste Glied, und zwar wegen seiner intensiven Industrialisierung, die einen großen Inlands- und Auslandsmarkt erfordert hätte, den es eben nicht besaß.« (S. 35)

² Gdst. Nr. 24, 14. 6. 30, Zur Kritik des Gen. Moeller, Peregrinus

³ Gdst. Nr. 1, 14. 1. 33, Die politische Lage und die Aufgaben der KPD (O)., Resolution, angen. von der 5. Reichskonferenz

⁴ Gdst. Nr. 24, 19. 11. 32, Nach den Wahlen des 6. November, Thalheimer

⁵ Gdst. Nr. 3, 11. 2. 33, Faschistische Diktatur über Deutschland

⁶ Gdst. Nr. 4, 13. 2. 32, Die Katastrophe, Das Wirtschaftsjahr 1931, E. L.

⁷ ebd., – vgl. auch Gdst. Nr. 1, 14. 1. 33, Die politische Lage ..., wo es heißt: Die Wiederherstellung der kapitalistischen Rentabilität »unter den gegebenen Umständen ist (sie) nur zu erzielen durch wertmäßige und physische Vernichtung eines Teils der vorhandenen Produktionsmittel.«

⁸ vgl. Gdst. Nr. 4, 13. 2. 32, Die Katastrophe, Das Wirtschaftsjahr 1931, E. L. und Nr. 19, 12. 9. 31, Die Krise verschärft sich

⁹ vgl. Gdst. Nr. 24, 21. 11. 31, Wirtschaftsbeirat, E. L.

¹⁰ Zur Beilegung dieser Differenzen vgl. Gdst. Nr. 26, 17. 12. 32, Agrarkartelle, E. L. – Wie das Finanzkapital bzgl. einer Entschludungskonzeption einzuschätzen ist, geht nicht aus der KPD.-O.-Analyse hervor. Da es sich in unterschiedlichen Anlagensphären befindet, sind verschiedene Konzeptionen zu vermuten. Das mit der Chemieindustrie verbundene Finanzkapital und das »reine Geldkapital« werden vermutlich in die politische Richtung des Chemiekapitals tendieren; denn hier stößt die Inflation sicher auf Widerstand.

¹¹ Gdst. Nr. 24, 21. 11. 31, Wirtschaftsbeirat, E. L.

¹² Gdst. Nr. 12, 6. 6. 31, Monopolprofite der I. G. Farben, E. L.

¹³ Gdst. Nr. 34, 23. 8. 30, Das deutsche Chemiekapital, E. L., wo es u. a. auch heißt: »Die chemische Industrie ist ja selbst ausgesprochene Kriegsindustrie.«

¹⁴ vgl. Gdst. Nr. 1, 14. 1. 33, Die politische Lage und die Aufgaben der KPD (O)., Resolution, angen. von der 5. Reichskonferenz

¹⁵ vgl. auch Niels Kadritzke, Faschismus als gesellschaftliche Realität ..., in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 8/9, S. 115

¹⁶ ebd.

¹⁷ K. H. Tjaden, Struktur und Funktion, a.a.O., S. 153

¹⁸ vgl. dazu Anmerkung 1) dieses Abschnitts

¹⁹ K. H. Tjaden, Struktur und Funktion, a.a.O., S. 153

²⁰ Auf dem uns zur Verfügung stehenden Raum kann diese Vermutung nicht stringent abgeleitet werden. – Die Marxrezeption Thalheimers findet sich vor allem in folgenden Schriften: A. Thalheimer, Einführung in den dialektischen Materialismus (Die moderne Weltanschauung), Sechzehn Vorträge, gehalten an der Sun-Yat-Sen-Universität zu Moskau vom 5. Februar bis 23. Mai 1928; ders., Gott, Freiheit und Unsterblichkeit, in: Die Neue Zeit, Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, 27. Jg., 2. Bd., Stuttgart 1909; ders., Zur Ergänzung des historischen Materialismus, in: Die Neue Zeit, 28. Jg., 1. Bd., Stuttgart 1910; ders., Über den Stoff der Dialektik, in: Die Internationale, Jg. 6, Heft 9, Berlin 1923; ders., Über die Handhabung der materialistischen Dialektik durch Lenin in einigen Fragen der proletarischen Revolution, in: Arbeiterliteratur, Jg. I, Nr. 1/2, Wien 1924 – Tjadens Kritik daran in seinem »Ideologiekritischen Exkurs«, vgl. K. H. Tjaden, Struktur und Funktion, a.a.O., S. 101 f

²¹ Rüdiger Gripenburg, K. H. Tjaden, Faschismus und Bonapartismus, in: Das Argument Nr. 41, S. 471

²² ebd., S. 472

²³ Niels Kadritzke, Faschismus als gesellschaftliche Realität ..., in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 8/9, S. 115

²⁴ ebd., S. 123

²⁵ ebd., S. 132 f

²⁶ vgl. ebd., S. 122 ff

²⁷ Das geht in der Tat aus allen Publikationen der KPD.-O. hervor; stellvertretend sei hier nur der Artikel von Thalheimer genannt: Zwischen Jena und Leipzig, in: Die Internationale, Jg. 6, Heft 2, S. 35

²⁸ Niels Kadritzke, Faschismus als gesellschaftliche Realität ..., in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 8/9, S. 104

²⁹ Die frühe Argumentation läuft folgendermaßen: Es sei nicht richtig, den Faschismus als eine Konsequenz ökonomischer Schwäche der Bourgeoisie zu begreifen. Vielmehr »gerade die wirtschaftliche Stärke und das Bedürfnis der Bourgeoisie, sie noch weiter zu befestigen, trieb sie ... dazu, auf die direkte politische Machtausübung in Form der bürgerlichen Demokratie zu verzichten und ihre Diktatur indirekt auszuüben.« (vgl. Gdst. Nr. 19, 10. 5. 30, Wirtschaftliche Voraussetzungen und politische Folgerungen, Thalheimer) Denn die faschistischen Tendenzen »entspringen nicht der schwachen Akkumulation, sondern gerade der starken ...« (Gdst. Nr. 18, 3. 5. 30, Antwort, Thalheimer) – Das Argument der ökonomischen Stärke der Bourgeoisie wird später (1931) dann zurückgenommen als die KPD.-O. erkennt, daß Deutschland das schwächste Kettenglied der kapitalistischen Weltwirtschaft ist. (vgl. exemplarisch: Gdst. Nr. 1, 14. 1. 33, Die politische Lage und die Aufgaben der KPD (O)., Resolution, angen. von der 5. Reichskonferenz)

³⁰ Aussagen der KPD.-O. über die Struktur der Arbeiterklasse finden sich nur sehr verstreut und sind gleichzeitig sehr undifferenziert. So konstatiert zwar E. Lessing: »Die absolute Mehrheit aller Erwerbstätigen in Deutschland führt also eine proletarische Existenz, wobei innerhalb dieser Mehrheit selbst noch starke Abstufungen bestehen.« (Gdst. Nr. 7, 15. 2. 30, Neue Massensteuern und Einkommensgliederung in Deutschland, E. L.) Doch wenn es darum geht, diese Abstufungen nach ihrer objektiven und subjektiven Lage her zu analysieren, finden sich nur Anmerkungen, daß die Arbeiterklasse in zwei Lager gespalten ist (vgl. u. a. Gdst. Nr. 15, 13. 4. 29, Für ein rotes Arbeitersachsen! Brüder zu uns!), oder daß enttäuschte Arbeiter und Lumpenproletariat dem Faschismus zulaufen (vgl. Gdst. Nr. 25, 21. 6. 30, Bemerkungen zur Analyse des Faschismus, L. Gebert) – Einzig über die Fraktion der Landarbeiter findet sich eine umfassendere und detailliertere Analyse, vgl. Gdst. Nr. 40, 4. 10. 30; Nr. 42, 18. 10. 30; Nr. 44, 1. 11. 30; Nr. 47, 22. 11. 30, Die Lage der Landarbeiter, Hans Kieß).

³¹ vgl. Gdst. Nr. 15, 13. 4. 29, Für ein rotes Arbeitersachsen! Brüder zu uns!

³² Dieses Defizit müßte noch zurückzuführen sein auf tieferliegende Mängel der KPD.-O.-Marxrezeption. Vgl. auch Anmerkung 20 dieses Abschnitts

³³ Diese Mängel werden von der KPD.-O. teilweise wohl selbst noch gesehen, sie vermag es aber nicht, diese Selbstkritik noch einmal positiv zu wenden. So heißt es in einer kritischen Äußerung: »Es wird von einer konterrevolutionären Massenbewegung gesprochen, in welcher Kleinbürger, enttäuschte Arbeiter, Lumpenproletariat, reaktionäre Bürokratie usw. zu finden sind. Es fehlt aber die Bestimmung: wie, warum kommen diese Elemente zum Faschismus? ... Es gilt festzustellen: welche Wünsche und Illusionen welcher Klassen oder Schichten finden ihren Ausdruck in dieser Ideologie? Welchen ökonomischen und sozialen Bedingungen entspringt sie.« (Gdst. Nr. 25, 21. 6. 30, Bemerkungen zur Analyse des Faschismus, L. Gebert)

³⁴ Zwischen Jena und Leipzig, in: Die Internationale, Jg. 6, Heft 2, S. 33 ff

³⁵ Rüdiger Gripenburg und K. H. Tjaden, Faschismus und Bonapartismus, in: Das Argument Nr. 41, S. 472

³⁶ ebd., S. 471

³⁷ Niels Kadritzke, Faschismus als gesellschaftliche Realität ..., in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 8/9, S. 115 f

³⁸ Einschränkung muß hier natürlich hinzugefügt werden, daß die materialistische Fundierung bzgl. der Klassenstruktur brüchig ist.

³⁹ vgl. Gdst. Nr. 17, 26. 4. 30, Grundlagen und Wege der faschistischen Entwicklung in Deutschland (II), Thalheimer

⁴⁰ ebd. – Es wird hier deutlich, daß die KPD.-O. sehr richtig den kapitalistischen Verwertungszwang als objektiven Motor des Faschisierungsprozesses ansieht; die Bourgeoisie ist hier lediglich Charaktermaske, subjektive Vollstrekkerin des objektiv Notwendigen.

⁴¹ vgl. Gdst. Nr. 2, 28. 1. 33, Staatsstreichpläne, Faschismus und Arbeiterklasse: Die Bourgeoisie befindet sich in einem unentrinnbaren Widerspruch zwischen der Diktatur Schleichers und dem Faschismus: »Das Großkapital will, daß die »autoritäre Präsidialregierung« die absolute, ausschließliche Macht innehat, es will aber gleichzeitig eine starke faschistische Massenbewegung, weil dies die einzig sichere Massenbasis für die entfesselte kapitalistische Reaktion ist.«

⁴² So sei 1922 die italienische Bourgeoisie wohl bereit gewesen unter dem Konservativen Salandra auch einige Faschisten in der Regierung zu dulden, nicht aber sei sie willens gewesen, wozu Mussolini sie durch seinen Marsch auf Rom gezwungen habe, dem Faschismus die ganze Macht zu übergeben. (vgl. Gdst. Nr. 4, 25. 2. 33, Deutschland und Italien) Ähnlich die Versuche, Hitlers Machtansprüche 1933 durch einen Koalitionspartner noch zu bändigen, was nach Auskunft der KPD.-O. binnen einiger weniger Monate zum Scheitern verurteilt sein würde. (vgl. ebd.)

⁴³ Niels Kadritzke, Faschismus als gesellschaftliche Realität ..., in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 8/9, S. 117

⁴⁴ vgl. Gdst. Nr. 4, 25. 2. 33, Deutschland und Italien

⁴⁵ vgl., ebd.

⁴⁶ Gdst. Nr. 25, 21. 6. 30, Bemerkungen zur Analyse des Faschismus, L. Gebert

⁴⁷ Eine detaillierte Analyse dieser Wahlen vgl. Gdst. Nr. 24, 19. 11. 32, Nach den Wahlen des 6. November, Thalheimer

⁴⁸ Gdst. Nr. 16, 20. 4. 29, Der sogenannte Sozialfaschismus und andere Purzelbäume der Anne-Liese, Thalheimer

⁴⁹ Gdst. Nr. 26, 17. 12. 32, Vor dem 4. Krisenwinter

⁵⁰ vgl. Gdst. Nr. 1, 14. 1. 33, Über die Lage...

⁵¹ Gdst. Nr. 17, 26. 4. 30, Über die Perspektiven der Entwicklung des Faschismus in Deutschland – N. Kadritzke benennt nun (vgl. Faschismus als gesellschaftliche Realität..., in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 8/9, S. 121 f) zwei Probleme, die sich aus dem Verselbständigungstheorem entwickeln lassen. Einmal, anknüpfend an Haug, will er den »Überschuß des Faschismus über seinen objektiven Herrschaftsauftrag hinaus« (W. F. Haug, Der hilflose Antifaschismus, Frankfurt/M. 1967, S. 39) klären. Er macht das am Beispiel des Antisemitismus, den er als Ablenkungsideologie qualifiziert, dessen Eigengesetzlichkeit sogar zur Verletzung ökonomischer Interessen führen könne wie etwa das Handelsboykott amerikanischer Firmen. Der Antisemitismus sei quasi Muttermerkmal der spezifisch sozialen faschistischen Bewegung; derartige Attribute faschistischer Herrschaft könnten sich allerdings nicht gegen die »Hauptlinie des ökonomischen Gesamtinteresses der Bourgeoisie« richten. (vgl. dagegen unsere Auffassung S. 27 f) – Das zweite Problem sei die Frage nach den Möglichkeiten des Herrschaftsentzugs der Nazis nach erfüllter Mission. Kadritzke weist richtig darauf hin, daß die KPD.-O. diese Frage negativ beantwortet, und zwar in dem Sinn, daß die faschistische Terrorherrschaft gegen das Proletariat gerade die Kraft beseitigt hat, die in der Lage wäre, den Faschismus zu liquidieren. Die Bourgeoisie selbst habe alle Brücken zerstört, »die eine friedliche Rückkehr zu ihrer demokratischen Herrschaftsalternative ermöglicht«.

⁵² Vgl. den entsprechenden Abschnitt der vorliegenden Arbeit

^{52a} Gdst. Nr. 27, 31. 12. 32, »Hellscher« oder Nachtwächter, Thalheimer

⁵³ Gdst. Nr. 42, 19. 10. 29, Die Wurzeln und Ziele der Kapitalsoffensive

⁵⁴ vgl. Gdst. Nr. 25, 3. 12. 32, Die November-Krise

⁵⁵ Die KPD.-O. konkretisiert das beispielsweise im Fall der Regierung Brüning: Bezüglich der Kapitalsoffensive der Bourgeoisie geht dieser kein Regierungsprogramm weit genug, »sie betrachtet es als *Halbheit*, als *faulen Kompromiß*. Sie möchte, daß aufs *Ganze* gegangen wird. Sie fordert: *Überhaupt keine neuen Steuern, gründliche Ausgaben-senkung.*« Es tritt ein ganz wesentlicher Widerspruch auf »zwischen den Existenzgrundlagen des bürgerlichen Parlamentarismus und dem Wirtschafts- und Finanzprogramm, das die bürgerlichen Parteien gleichzeitig fordern.« Die Masse der Wähler soll belastet werden, die dadurch zum Faschismus abzuwandern drohen und damit dem Parlamentarismus weiter die Grundlage entziehen. »Sie (die Reg. Brüning, d. Verf.) wird angeklagt, durch ihr Notopfer (es geht – wie auch heute wieder in der BRD in der Diskussion – um ein sog. Krisen-Notopfer der Beamten, d. Verf.) die parlamentarischen Grundlagen der »Mittelparteien« zu zerstören. Sie wird gleichzeitig angeklagt, daß sie nicht ein Programm durchführt, das diese parlamentarischen Grundlagen sprengen müßte.« Diese Regierung hat die öffentliche Meinung der Masse der Bourgeoisie gegen sich, weil sie nicht weit genug geht; sie hat die politischen Vertreter der Bourgeoisie in den Parteien gegen sich, weil das geforderte Programm sich in der Konsequenz gegen die bürgerlichen »Mittelparteien« richten wird. »Praktisch wächst der Druck der Bourgeoisie außerhalb des Parlaments gegen ihre parlamentarischen Vertreter, die Trennung und der Gegensatz beider.« (alle Zitate aus: Gdst. Nr. 25, 21. 6. 30, Das Regierungsprogramm)

⁵⁶ Der Widerspruch zwischen der letztlich nur geringen Leistung der KPD.-O. auf dem Gebiet der Wiedergewinnung revolutionärer Theorie (was in diesem Aufsatz nur als Vermutung geäußert, nicht aber abgeleitet wurde) und ihrer in weiten Teilen positiven Erfassung der Realität läßt sich u. E. in wesentlichen Teilen zurückführen auf die in-neren und richtige Erarbeitung der Frankreich-Schriften von Marx.

Ausblick

¹ vgl. Gdst. Nr. 15, 13. 4. 29, Für ein rotes Arbeitersachsen! Brüder zu uns!

² Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition), beschlossen auf der 3. Reichskonferenz, Berlin 1930 (zit. als Plattform), S. 27

³ vgl. ebd., S. 30

⁴ vgl. ebd., S. 30

⁵ ebd., S. 33

⁶ vgl. ebd., S. 32

⁷ ebd., S. 33 f. – Es geht also der KPD.O. darum, »an das Gegebene, und wenn es noch so unvollkommen ist, anzuknüpfen.« (Gdst. Nr. 46, 15. 11. 30, Proletarische Klassenwehr gegen Faschismus, A. Sch., hervorgeh. d. Verf.

⁸ Plattform, S. 33

⁹ ebd., S. 59

¹⁰ ebd., S. 34

¹¹ ebd., S. 35

¹² vgl. dazu u. a.: Gdst. Nr. 52, 27. 12. 30, Zur Dialektik der kommunistischen Einheitsfronttaktik, Thalheimer; Gdst. Nr. 16, 30. 7. 32, Sozialdemokratie und proletarische Einheitsfront, E. B. – Bzgl. der »Schaukelpolitik« der KPD und der u. a. daraus resultierenden enormen Mitglieder-Fluktuation in der KPD vgl. u. a. Gdst. Nr. 12, 6. 6. 1931, Die Lehre von Leipzig für Kommunisten, Thalheimer

¹³ vgl. dazu u. a. Gdst. Nr. 5, 1. 2. 30, Der Kampf um die Schacht-Diktatur in Berlin, G. H.; Gdst. Nr. 22, 31. 5. 30, Gemeinsamer Aufmarsch aller Kommunisten! Für einheitlichen Wahlkampf in Sachsen! – Gdst. Nr. 43, 25. 10. 30, Zur Geschichte der Losung der »Arbeiterregierung« Thalheimer und die nachfolgende Auseinandersetzung über diesen Artikel in Gdst.

¹⁴ vgl. dazu die unter 13) angegebenen Artikel

¹⁵ vgl. Plattform, S. 59: »Sie sind eine Organisation der ganzen Klasse, die möglichst alle Arbeiter ohne Unterschied der politischen, der religiösen usw. Auffassung umfassen soll und umfassen muß, um ihre Aufgaben zu erfüllen.«

¹⁶ vgl. ebd., S. 58

¹⁷ ebd., S. 58

¹⁸ Gdst. Nr. 17, 26. 4. 30, Grundlagen und Wege der faschistischen Entwicklung in Deutschland II, Thalheimer

¹⁹ ebd.

Zur Kritik der kommunistischen Parteigeschichtsschreibung — Thesen*

Detlev Peukert

1.

Die kommunistische Parteigeschichtsschreibung hat sich bisher in der Methode gefallen, den analytischen Rahmen für die Untersuchung einer Epoche im wesentlichen aus der Paraphrase zeitgenössischer kommunistischer Quellen zu gewinnen. Diese Methode ist um so verlockender, als das zeitgenössische analytische Instrumentarium in der gemeinsamen marxistischen Theorie wurzelt. Mit diesem Vorverständnis wird aber bereits ein hermeneutischer Zirkel konstruiert, der eine historisch-kritische Untersuchung der kommunistischen Parteigeschichte prinzipiell verhindert: das einzige Kriterium für eine Einschätzung einer bestimmten Politik, die konkret-historische Situation, in die diese Politik gestellt ist, wird primär eben durch Äußerungen dieser Politik erschlossen. So faßt etwa Steffen Lehndorff (Wie kam es zur RGO?, Frankfurt 1975) den begrüßenswerten Vorsatz, die Linkswende der Komintern 1928 aus der Verschärfung der Klassenkämpfe herzuleiten — um dann als „Beleg“ für diese Verschärfung zeitgenössische RGO-Zeugnisse anzuführen.

Demgegenüber müssen gerade auch marxistische Quellen ihres scheinhaften Evidenzcharakters entkleidet und der historisch-kritischen Analyse unterworfen werden. So verdecken Hinweise darauf, daß Thälmann „ja schon 1930“ für die Einheitsfront und die verstärkte Wendung gegen den Faschismus gewesen sei, völlig, welche Einheitsfront und welcher Faschismus 1930 gemeint waren, und welchen Stellenwert solche Zitate im Gesamtzusammenhang der zeitgenössischen kommunistischen Strategie hatten. (So in unnachahmlicher Verschränkung von Geschichtsklitterung und Parteilichkeit unlängst noch Kurt Schacht vom DKP-Parteivorstand in Kritik an Wolfgang Abendroth; siehe „Rote Blätter“ Nr. 7/8 1977.) Erst im Lichte einer Gesamteinschätzung der Klassenkonstellation und der darauf bezogenen kommunistischen Strategie gewinnen solche Zitate ihren tatsächlichen Erkenntniswert, allerdings wohl nicht im Sinne einer linearen Geschichtsbetrachtung, die von einer immer schon im Grundsatz richtigen Strategie der Kommunisten ausgeht, der bestenfalls ein paar marginale Mängel unterlaufen wären.

2.

In der Geschichte der kommunistischen Bewegung lassen sich drei große progressive Entwicklungsphasen (im Sinne von qualitativ unterscheidbaren politischen Formationen, nicht bloßer Chronologie) unterscheiden: erstens die Phase der Herausbildung der kommunistischen Parteien im Zeichen der Oktoberrevolution und der Komintern; zweitens die Formie-

* auszugsweise Veröffentlichung von Thesen, die D. Peukert im November vergangenen Jahres auf dem Seminar des Arbeitskreises Westeuropäische Arbeiterbewegung (AWA) in Westberlin vorgetragen hat.

rung nationaler kommunistischer Massenparteien an der Spitze der antifaschistisch-demokratischen Bewegungen; drittens der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegungen. Die Geschehnisse in einigen westeuropäischen Ländern mögen es darüber hinaus erlauben, von einer beginnenden vierten Phase, derjenigen der Erprobung demokratischer Wege zum Sozialismus in den kapitalistischen Metropolen, zu sprechen. In jeder dieser vier Phasen stellen sich die Grundaufgaben der Arbeiterbewegung: (Verselbständigung der Klasse gegenüber der Bourgeoisie; Vereinigung der Klasse in Organisation, Ideologie und Aktion; Entwicklung von Alternativen zu den Konzepten des bürgerlichen Machtblocks auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens; schrittweise Herausbildung der neuen hegemonialen Rolle der Arbeiterklasse) in je spezifischer Verknüpfung und Gewichtung, die den tatsächlichen Stand des nationalen und internationalen Kräfteverhältnisses der Klassen widerspiegeln. So reflektiert z.B. die Durchsetzung des Leninismus in der Komintern, die „Bolschewisierung“ ihrer Mitgliedsparteien, die Notwendigkeit, alle Kräfte auf die Verteidigung des ersten sozialistischen Landes, der Sowjetunion, zu konzentrieren. Sie führt aber auch durch die Verdrängung der jeweiligen nationalen, nicht-leninistischen Konzepte für den linken Flügel der Arbeiterbewegung zu einer ideologischen Verengung, die zwar objektiv der extremen Kräftekonzentration auf die eine internationale Hauptaufgabe: Verteidigung der SU, korrespondiert, aber schon gegen Ende der zwanziger Jahre den Übergang zu einer differenzierteren antifaschistischen Strategie für entscheidende Jahre verhindert.

3.

Gerade an den Bruch- und Übergangsstellen zu einer neuen Konstellation der Klassenkräfte und einer entsprechenden Neustrukturierung der Strategien zeigt sich, daß sich die Entwicklung der kommunistischen Politik nicht harmonisch-linear, sondern in scharfen Konflikten und Krisen durchsetzt. Es sei an den verhängnisvollen Kampf der Komintern gegen die „Rechten“ in den Jahren 1928-34 erinnert, bis sich in der bitteren Erfahrung der Niederlage die vorherrschende ultralinke Taktik desavuierte. Oder an die Jahre der intellektuellen Stagnation und des politischen Sektierertums, nachdem die antifaschistisch-demokratische Phase durch den Kalten Krieg beendet wurde.

Für die Gegenwart sei an die Verdammungsurteile der chinesischen KP gegen die Weiterentwicklung der internationalen kommunistischen Strategie seit dem XX. Parteitag der KPdSU erinnert, sowie an die in vielem gespenstischen Parallelen hierzu im heutigen Verhalten der KPdSU gegenüber den strategischen Neukonzeptionen der Eurokommunisten. Gegenüber der bisherigen Übung, zugunsten einer Kontinuitätskonstruktion die Kontroversen und Widersprüche der Reorientierungsphasen zu überspielen, sei die herausragende Bedeutung gerade dieser Bruchstellen für ein dialektisches Verständnis von Geschichte der Arbeiterbewegung betont.

(. . .)

4.

Die Entwicklung der Strategie und Taktik der KPD darf dabei nicht schlicht als gesetzmäßige Entfaltung einer in allen Grundsätzen ab origine fixierten Linie gesehen werden, die für innerparteiliche Kontroversen nur noch die Dichotomie von Linie und Abweichung übrig hat. Kommunistische Politik, marxistische Strategiediskussion, entgeht erst dann der historischen Legendenbildung, wenn die Gesamtheit der Positionen, einschließlich der unterlegenen, als ernsthafter Beitrag zur jeweiligen Neuorientierung begriffen wird.

5.

Die von der SED und KPD/DKP geprägte Geschichtsschreibung hat ihren internationalistischen Gehalt bisher vor allem aus der engen Verbundenheit zur Sowjetunion und der Treue zu den überzeitlichen und überörtlichen „Grundprinzipien des Marxismus — Leninismus“ gezogen. Sie setzt damit das Postulat der Einheit des Willens an die Stelle einer nüchternen Analyse der gemeinsamen und differenzierenden Interessen der verschiedenen nationalen Arbeiterklassen. Verhaltensformen, die in der Phase der völligen Konzentration aller Kräfte auf die Verteidigung der isolierten Sowjetunion und auf den vereinheitlichten Aufbau einer kommunistischen Weltbewegung entstanden sind und ihre historische Bedeutung hatten, werden durch ihre Verabsolutierung als unabänderliche Prinzipien einer notwendigen Anpassung an veränderte Bedingungen entzogen. Heute gilt es, den Internationalismus in der Bundesrepublik zum einen in der Solidarität mit denjenigen Kräften zu entwickeln, die seiner an den Brennpunkten des gegenwärtigen Klassenkampfes am meisten bedürfen. Zum anderen gilt es, auch im historischen Rückblick, die regionalen Gemeinsamkeiten in Westeuropa herauszuarbeiten und durch vergleichende Analysen für die Strategie des eigenen Landes und der politischen Kooperation in Westeuropa fruchtbar zu machen. - Dazu bedarf es besonders der Auswertung der Erfahrungen der europäischen Widerstandsbewegungen gegen den Faschismus und der praktischen Erfahrungen der KPs 1944-47 bei der Entfaltung eines breiten antifaschistisch-demokratischen Konsenses.

6.

Bis heute scheint die Entwicklung der unterschiedlichen Stärken der kommunistischen Parteien in Westeuropa von ihrer jeweiligen Rolle in den Jahren der antifaschistisch-demokratischen Bewegung determiniert zu sein. Hier beginnt der Übergang von der Dominanz bloßer Propaganda zur praktisch verändernden Aktion innerhalb der konkreten Bedingungen der jeweiligen Nation. Hier überwinden die KPs den Schematismus der zwanziger Jahre mit seinem attentistischen Starren auf den Anbruch der Endzeit erneuter Krisen und Revolutionen. Sie bestimmen ihre Politik aus den historisch-konkreten Bedingungen und nicht aus der abstrakten Nachahmung des sowjetischen Revolutionsmodells, und sie legitimieren sich mit ihrem opferreichen Beitrag zum antifaschistischen Widerstand und zur demokratischen Erneuerung als Parteien, die auch in der Lage sind, die Arbeiterklasse zur Erringung der Hegemonie in Gesellschaft und Staat zu führen. Auch die KPD steht in den dreißiger und vierziger Jahren mitten in diesem für die weitere Entwicklung entscheidenden Prozeß. Sie macht unter den komplizierten Bedingungen der Illegalität im Dritten Reich und der Übernahme der Souveränität durch die Siegermächte 1945 erste Schritte hin zu einer nationalen Massenpartei, die antritt, die demokratische Erneuerung ihres Landes mit zu formen. Es gilt für die Forschung einerseits, diese heute weitgehend vergessenen positiven Beiträge der deutschen Kommunisten zur Strategie der antifaschistisch demokratischen Erneuerung hervorzuheben, andererseits aber auch, die inneren und äußeren Bedingungen ihres letzten Scheiterns auf diesem Wege herauszuarbeiten; denn das Zurückdrängen nennenswerten kommunistischen Einflusses allein auf das Territorium der sowjetischen Besatzungszone und die Immunisierung der westdeutschen Bevölkerung gegen sozialistische Auffassungen in einem Maße, wie dies nicht einmal den Faschisten gelungen war, bedürfen einer Erklärung, die sich nicht mit dem Verweis auf den Kalten Krieg und den Antikommunismus in Westdeutschland begnügt.

7.

Die KPD tritt in die Endphase der Weimarer Republik als Partei mit zwei zutiefst entgegengesetzten Funktionen. Es ist notwendig, ihren damaligen ambivalenten Status zu charakterisieren, um die spezifische Mischung von kämpferischem antifaschistischem Elan und ideologischer Schwerfälligkeit zu begreifen, mit der die KPD der faschistischen Herausforderung entgegentrat. Die Widersprüchlichkeit ihrer politischen Rolle war bereits in ihrer Konstituierungsphase angelegt: die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung definierte sich weniger an der Bruchstelle zwischen sozialintegrativer und revolutionär-sozialistischer Politik, als vielmehr an den externen Konfliktstellen der Haltung zum Weltkrieg bzw. seit 1917/18 zu Sowjetrußland und der Komintern. Die Gründung der KPD ist also in doppeltem Sinne Resultat der Niederlage der deutschen/westeuropäischen Arbeiterbewegung: erstens überragt die Notwendigkeit, dem allein gebliebenen sozialistischen Staat in Rußland die Existenz zu sichern, in den zwanziger Jahren alle anderen strategischen Überlegungen der revolutionären Kräfte in Westeuropa; zweitens scheint sich die Übernahme des erfolgreichen bolschewistischen Revolutionsmodells nach dem Scheitern der Novemberrevolution für die deutsche Linke anzubieten — eine Konsequenz, die nicht einmal durch die Pleite des sogenannten deutschen Oktober 1923 in Frage gestellt wird. Die Heterogenität der USPD, das Fehlen eines attraktiven marxistischen Zentrums ließ den letzten Versuch einer demokratisch-sozialistischen Massenpolitik zugunsten einer extremen Polarisierung zwischen sozialintegrativer, antikommunistisch gewandter Koalitionspolitik einerseits und der Adaption des erfolgversprechenden bolschewistischen Revolutionsmodells andererseits scheitern. Die Energien der Arbeiterbewegung zerrieben sich in der Scheinalternative zweier Sackgassen; das originäre marxistische Konzept einer sozialistischen Transformation auf dem Boden der Erämpfung der Demokratie blieb auf der Strecke.

8.

Trotz dieser primär externen Definition entwickelt die KPD in den zwanziger Jahren Ansätze zu einer Massenpolitik, die über das bolschewistische Modell hinweg in die Kontinuität revolutionär-sozialistischer Massenarbeit verwiesen. Indizien für eine solche Massenpolitik waren die Entwicklung von Aktionsprogrammen, die das sozialistische Endziel mit Tagesforderungen und weitergehenden Übergangsforderungen organisch verbanden, die auf die Kooperation der Hauptströmungen der Arbeiterbewegung zielten, und die in der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung Ansätze eines Modells sozialistischer Transformation auf dem Boden der demokratischen Republik anklingen ließen. Diesem Konzept, das in den Jahren 1920, 1922-23 und 1926-27 zum Tragen kam, entsprachen einerseits Ansätze zu einer nicht instrumentalisierten selbständigen Interessenorganisation der Arbeitermassen (Betriebsrätebewegung und Kontrollausschüsse 1923, Arbeiterräte während des Kapp-Putsches 1920, proletarische Kulturarbeit), andererseits eine Tendenz zur Herausbildung eines stabilen marxistischen Zentrums in der KPD durch den Kurs der „Konzentration“ (Höhepunkt: Essener Parteitag 1927).

9.

Der VI. Weltkongreß der Komintern 1928 und seine besonders radikale Umsetzung in der KPD (II. Parteikonferenz 1928, Weddinger Parteitag 1929) beendete die Ambivalenz von externer Definition und Verankerung in den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung zugunsten einer ausschließlichen Orientierung an den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion. Die aggressive Wendung der Gruppe Thälmann-Ulbricht-Remmele gegen das

marxistische Zentrum (in Kominternterminologie: die „Rechten“ um Thalheimer/Brandler und die „Versöhnler“ um Ewert/Meier) entfernte politisch-ideologisch und organisatorisch alle jenen Kader aus der KPD bzw. zumindest aus einflußreichen Stellungen, die in der Vergangenheit Garanten der Massensorientierung waren und angesichts der komplizierten weiteren Entwicklung in Deutschland rechtzeitig eine strategische Wende hätten herbeiführen können. Bis 1935 sind daher alle Verfechter einer antifaschistisch-demokratischen Wende der KPD zum Schweigen oder zur politischen Wirkungslosigkeit in oppositionellen Organen außerhalb der Partei verdammt. Für diese Selbstverstümmelung der KPD, vor der Togliatti schon auf dem VI. Kominternkongreß 1928 warnte, ist nicht nur die besonders enge Verbindung zur Stalin-Führung in der KPDsU maßgeblich, sondern auch die spezifische historische Konfrontation von Kommunismus und Sozialdemokratie bis zur bewaffneten Auseinandersetzung in Deutschland (Noske, Zörgiebel). Verschärfend tritt das ganz an persönlichen Interessen orientierte Verhalten der Thälmann-Gruppe hinzu, die die politischen Kontroversen durch den Cliquenkampf überlagert.

10.

Die katastrophalen Folgen dieser ausschließlich externen Definition der KPD-Politik (Sozialfaschismustheorie, „Gefährlichkeit“ besonders der linken Sozialdemokraten, Hauptstoß gegen die SPD, Unterschätzung des Faschismus, Verwischung des Unterschieds von bürgerlicher Demokratie und Faschismus, RGO-Politik) vertiefen die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung bis hin zu einer teilweisen Auflösung ihrer traditionellen Strukturen noch vor der nationalsozialistischen Gleichschaltung (Spaltung nunmehr auch der proletarischen Massenorganisationen: Sport, Kultur, Freidenker etc.). Die KPD wird bis auf einen unerheblichen Rest zur reinen Erwerbslosenpartei (80-90%), die zwar noch Wahlkämpfe, Demonstrationen und einzelne antifaschistische Selbstschutzaktionen organisieren kann, aber ein geschlossenes Handeln der Arbeiterklasse, etwa als Generalstreik angesichts des 20. Juli 1932 oder des 30. Januar 1933, nicht mehr herbeiführen kann. Diese Politik kann auch nicht durch den perspektivlosen Immobilismus und hysterischen Antikommunismus der SPD-Führung entschuldigt werden; wäre es doch gerade Aufgabe der KPD gewesen, eine realistische Gegenstrategie zu initiieren, statt diesen SPD-Kurs noch zu bestärken.

11.

Zwei Bedingungen erzwangen in den Jahren 1933-35 eine grundlegende Revision des Kominternkurses: die epochale Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung, die in diesem Ausmaß niemand für möglich gehalten hatte, und die Errichtung eines faschistischen Systems in Deutschland, das sich qualitativ deutlich von allen reaktionären Regierungen im Rahmen des bürgerlich-demokratischen Systems unterschied. Der Kominternkurs von 1928 war also in doppelter Hinsicht gescheitert: die KPD war extrem geschwächt statt gestärkt; außenpolitisch stand der SU nunmehr gerade jener aggressive Machtapparat gegenüber, den sie hatte neutralisieren wollen. Die Koinzidenz der Notwendigkeiten, für die SU ihre Außenpolitik, für die westeuropäischen KPs und die KPD ihre innere, nationale Politik zu revidieren, führte zu jener historisch glücklichen Konstellation, die die Wende zum antifaschistisch-demokratischen Kurs erlaubte: gerade im wohlverstandenen außenpolitischen Interesse der SU lag eine größere nationale Eigenständigkeit der westlichen KPs. Aus dieser Konstellation ist zu erklären, daß in dieser Phase tatsächlich eine ernstzunehmende Wende zur demokratischen Politik der KPs im jeweils konkreten nationalen Rahmen einsetzte,

während gegenläufige außenpolitische Konjunkturen (Hitler-Stalin-Pakt 1939; Kalter Krieg ab 1947) wiederum Elemente der ultralinken Revision einbrachten. Angesichts des konkreten internationalen Kräfteverhältnisses (der relativen Schwäche und Isolierung der SU) war die Ambivalenz zwischen externer Definition und nationaler Rolle für alle KPs unbestritten konstitutiv. Innerhalb dieses Rahmens allerdings stellen die Tendenzen zur Einheitsfront, Volksfront, volksdemokratischen Erneuerung, tatsächlich Vorläufer der heutigen „eurokommunistischen“ Konzeption dar.

12.

Auch die KPD entwickelte auf der Brüsseler und Berner Parteikonferenz (1935, 1939) ihr antifaschistisch-demokratisches Konzept. Zum erstenmal seit 1923 kommt es in einer Vielzahl von Exilgruppen und illegalen Widerstandsgruppen zu einer kontinuierlichen und vom Postulat gegenseitiger Achtung geprägten Aktionseinheit mit Sozialdemokraten, wenn auch deren institutioneller Rahmen anders als in Frankreich, Italien oder Spanien, in Deutschland nicht durch ein Einheitsfrontabkommen der Parteispitzen stabilisiert wird. Beträchtliche Erfolge konnten Sozialdemokraten und Kommunisten auch in gemeinsamer Arbeit zur Bildung einheitlicher freier Gewerkschaften, u.a. der Metallarbeiter und Textilarbeiter und der Bergarbeiter verbuchen.

13.

Noch heute durchziehen allerdings die kommunistischen Darstellungen der Entwicklung der Einheitsfrontpolitik Passagen, die die Einheitsfront nur instrumental und taktisch als Heranführung der Arbeitermassen an die Politik der Kommunisten begreifen. Dies wird besonders in den verzerrten Darstellungen der Ansprechpartner für kommunistische Einheitsangebote deutlich. Nur selten stehen deren Konzepte als eigene Leistungen überhaupt zur Debatte. In der Regel bleibt es bei der Benotung, wieweit der Partner sich die jeweilige Linie der KPD zu eigen macht.(...) Noch in heutigen SED-Darstellungen sind es die Feinde der Sowjetunion und der Arbeitereinheit in SPD und SAP, die 1937 die Maske fallen lassen und die Volksfront sprengen, während alle historische Erinnerung an den Spaltungsbeitrag der Kommunisten (Moskauer Prozesse, Diffamierung von Trotzlisten und SAP als Gestapoagenten) ausgelöscht bleibt. Es ist also eine grundsätzliche Neuorientierung des Einheitsverständnisses notwendig, das die Anerkennung unterschiedlicher Strömungen nicht nur widerwillig taktisch akzeptiert, sondern als wesentlichen und bereichernden Beitrag begreift. Für die kommunistische Geschichtsschreibung über andere Gruppen der Arbeiterbewegung bedeutet dies, deren autonome Positionen zuerst einmal gerecht darzustellen und nicht von vornherein nur in Relation zur kommunistischen. Darüber hinaus muß sich die Geschichtsschreibung von jener nachträglichen Parteinahme emanzipieren, die sich mit der zeitgenössischen Parteilinie und dem Verhalten ihrer Repräsentanten besonders nach „außen“ hin vorbehaltlos identifiziert. Auch das Ringen um die Arbeitereinheit war ein Prozeß, zu dem alle Beteiligten ihre — positiven wie negativen — Beiträge leisteten (...)

14.

Entgegen allen Beteuerungen herrscht auch in der heutigen kommunistischen Darstellung von Bündnispolitik noch der traditionelle instrumentale Bündnisbegriff der frühen Komintern vor, in dem die führende Rolle der Arbeiterklasse isoliert begriffen wird als Durchsetzung der proletarischen Linie bei Heranziehung bzw. Neutralisierung der Mittelschich-

ten. Demgegenüber hatte sich die Strategie des antifaschistischen Konsenses (bis hin zum „historischen Kompromiß“ der KPI von heute) gerade auf die Anerkennung des Pluralismus der Volkskräfte, der Achtung des je spezifischen Beitrags und der Toleranz für andersartige Motive und Ideen gestützt. Der Bruch z.B. in der Blockpolitik der SED 1947 markiert auch hier einen Wendepunkt von der gleichberechtigten Kooperation zur Instrumentalisierung des „Partners“, der bis heute weder in der politischen Praxis noch in der historischen Reflexion zurückgenommen wurde (. . .)

15.

Die für die weitere Entwicklung des westeuropäischen Kommunismus maßgeblichen Trends sind also auch in der KPD der Jahre 1935-45 lokalisierbar. Dennoch weist die KPD bereits in dieser Zeit spezifische Inkonsistenzen auf: die fallweise geäußerten realistischen Einsichten und strategischen Neuerungen werden weder zu einer systematischen Theorie ausgearbeitet, noch führen sie zu einer gründlichen kritischen Retrospektive über den Weg der KPD zur Niederlage von 1933. Die Zerschlagung des marxistischen Kerns der Partei 1928 bewirkt, daß das ZK der Brüsseler Konferenz nur eine fragile und höchst heterogene Basis für den neuen Kurs bietet. Hauptkräfte der Erneuerung waren daher: 1. die Komintern-Instanzen um Dimitroff und Togliatti (dessen Rede auf der Brüsseler Konferenz übrigens zu den besten und tiefeschürfendsten kritischen Analysen der KPD-Politik gehört), 2. eine Koalition wendiger Apparateleute um Ulbricht mit den Resten des seit 1928 kaltgestellten marxistischen Zentrums, 3. sieben neue, im Widerstand gereifte ZK-Kader, von denen bis 1945 nur noch 3 übrigblieben, von denen zwei wiederum 1948 kaltgestellt wurden.

16.

Dem neu-alten Kern der Parteiführung fielen also die ultralinken Revisionen des neuen Kurses (Trotzkistenhatz nach den Moskauer Prozessen, Hitler-Stalin-Pakt) nicht schwer. Er blieb in seinem Moskauer Exil ohnehin an der Quelle eines rein taktischen Verständnisses des neuen Kurses aus außenpolitischen Opportunitätsgründen. 1945 konnte diese Moskauer Gruppe unangefochten die Führung in der deutschen Partei zurückgewinnen, die ihnen von der zweiten und dritten operativen Inlandsleitung (1942/43 und 1943/44) bestritten worden war: die Inlandsführer waren von den Nazis 1944 hingerichtet worden. Der Parteiapparat rekonstruierte sich daher primär aus den Moskauer Kadern einerseits und aus Funktionären, die erst 1945 die KZs und Zuchthäuser verließen, und daher seit Jahren um den Kontakt zur deutschen Wirklichkeit gebracht worden waren. Im Gegensatz zu den in der Resistance formierten kommunistischen Massenparteien Frankreichs oder Italiens datierte die heroische Phase der KPD in die Endzeit der Weimarer Republik und den Massenwiderstand der ersten zwei, drei Jahre des Dritten Reiches. In diesen, noch durch die ultralinke Ideologie geprägten Erfahrungen wurzelten die Grundauffassungen der meisten KPD-Anhänger 1945. Die neue Linie des ZK wurde 1945 zwar nicht ohne Murren, aber in gewohnter Disziplin durchgeführt. Sie blieb aber permanent von einer aus der traditionellen separaten Lagermentalität der Partei erwachsenen und durch die heroische Isolierung des kommunistischen Widerstands moralisch verklärten Avantgarde-Arroganz unterlegt.

17.

Trotz der Beschränkung deutscher Politik durch die Souveränität der Besatzungsmächte und der daraus erfolgenden frühzeitigen Induzierung der internationalen Spannungen in die deutsche Innenpolitik setzen sich die Ansätze zur demokratischen Kooperation in Deutsch-

land zunächst fort. Sie zeigen sich in der spontanen Selbsthilfebewegung der Antifausschüsse 1945, den Einigungsbemühungen von SPD und KPD zur gleichen Zeit, aber auch den Versuchen zu einem die bürgerlichen Parteien mit umschließendem demokratischen Block (in der SBZ) bzw. zu Allparteienregierungen in Gemeinden und Ländern; nicht zuletzt in den Verfassungsberatungen der Länder 1946/47.

18.

Ohne Zweifel waren die Elemente der Spaltung dieser Kooperation unabhängig vom Willen der Deutschen international bereits herangereift und durch die Besatzungshoheit unmittelbar weitergegeben worden, bzw. in wichtigen Fragen der Besatzungspraxis bereits vor dem offenen Ausbruch des internationalen Kalten Krieges in Deutschland virulent. Dennoch bleibt zu konstatieren, daß die KPD/SED den Dissens in Deutschland eher zu verschärfen als ihn zu vermeiden trachtete. Mit dieser These soll nicht die Verantwortung auch anderer politischer Kräfte geleugnet werden, sondern gefragt werden, ob die KPD/SED alles tat, deren Gestaltungsplänen entgegenzutreten.

19.

Schon in der Phase relativ offener Bündnispolitik 1945 sind in der Politik des KPD-ZK und der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) Bestrebungen erkennbar, die demokratische Bewegung zu instrumentalisieren und zu kanalisieren: die Spontanbewegung der Antifas wird in offiziöse Parteienblöcke einerseits, Teilnahme an der Gemeindeverwaltung andererseits abgeleitet, offenbar, um die Gefahr einer autonomen Interessenartikulation gegenüber der Besatzungsmacht, z.B. in der Frage nach dem Ausmaß der Reparationen zu vermeiden und durch die Kooperation von SMAD und Partei- und Verwaltungsspitzen eine zuverlässige Transmission von oben nach unten zu gewährleisten. Konsequenterweise werden erste Kontroversen, etwa mit der CDU-Führung um Hermes um die Bodenreform nicht politisch, sondern qua Verwaltungsakt (Absetzung von Hermes) ausgetragen.

20.

Gerade im Vergleich zu der besonderen Sorgfalt, mit der der PCI 1943-47 alles vermieden hatte, was zur Spaltung der Nationalen Front bzw. des Territoriums hätte führen können, gewinnt die Politik der KPD schon Ende 1945 eine geradezu abenteuerlich sektiererische Dimension, als sie ohne Rücksicht auf die gesamtdeutschen Bedingungen in der SBZ die SED-Gründung forciert. Schon im Dezember 1945 mußte dem KPD-ZK klar sein, daß eine schnelle Vereinigung ausschließlich in der SBZ erreichbar war und auch dort nur mit massivem Druck von oben (SMAD) und „von unten“ (Mobilisierungsvorsprung der besser ausgestatteten KP-Organisationen in den Gemeinden und Ländern) gegen eine zögernde Mehrheit des SPD-Zentralausschusses durchsetzbar war. Mit der SED-Gründung war das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten wieder auf das Niveau äußerster Spannung wie in den zwanziger Jahren zurückgeworfen, gerade auch bei jenen, die aus der Erfahrung des Widerstandes heraus zunächst eine gleichberechtigte Einigung befürwortet hatten. Der Kurs auf die SED-Gründung in der SBZ überließ der antikommunistischen Politik Schumachers kampflos das Feld der drei Westzonen und zerschlug innerhalb kürzester Frist alle dortigen Einheitsfrontansätze. Damit wurden auch die eigentändigen sozialistischen Kräfte in der SPD zwischen dem Autoritarismus Schumachers und der Instrumen-

talisierung durch die KPD zerrieben. In der SED-Gründung traten bereits die zukünftigen Methoden der Transformation der SBZ deutlich hervor:

- eine am Tageserfolg ausgerichtete Machtpolitik, die die Eroberung von „Kommandostellen“ der Erzielung eines Massenkonsenses und dem beschwerlichen Bewahren der Grundlagen deutscher Einheit allemal vorzieht;

- ein das Vertrauen der deutschen Arbeiter in die Kommunisten für Jahrzehnte erschütterndes Auseinanderfallen von wortreicher Proklamation und offensichtlich dem entgegengesetzter Realität;

- in der Wendung gegen die sozialdemokratischen Gegner der SED-Gründung die Antizipation der Ausschaltung und Kriminalisierung aller nichtkommunistischen Positionen, wie sie in der Proklamation der „Partei neuen Typs“ 1948 und der Ausschaltung Jakob Kaisers im Demokratischen Block 1947 vollzogen wurden.

21.

Die erneute volle Durchsetzung der stalinschen Abweichung mit Ausbruch des Kalten Krieges wirkte sich in der KPD/SED als politische und organisatorische, ja in der SBZ/DDR sogar staatlich-juristische Zerschlagung der Kräfte aus, die einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus betont hatten (Anton Ackermann), die der Transformation der SED in eine klassische marxistisch-leninistische Partei opponierten (Gniffke), die weder auf eine Solidarität zu den jugoslawischen Kommunisten noch auf eine national eigenständige Politik in Westdeutschland verzichten wollten (Schappe/Müller). Anfang der fünfziger Jahre traf sie dann auch die Kritiker der neu aufgelegten RGO-Politik gegenüber der DGB-Führung. In dem aus den Prozessen der dreißiger Jahre bekannten Fortschreiten von der politischen Diffamierung über die organisatorische Ausschaltung zur Kriminalisierung bis hin zur völlig irrealen Konstruktion politischer Differenzen und haltloser Beschuldigungen aus dem Bedürfnis heraus, bestimmte Personengruppen auszuschalten, erreichte die Parteisäuberung Anfang der fünfziger Jahre im Gefolge der Rajk- und Slanski-Prozesse auch die gesamte Gruppe jener Kommunisten, die nicht nach Moskau, sondern in westliche Länder emigriert gewesen waren. Das politische Sektierertum der KPD/SED fand somit ihren Höhepunkt in der Kriminalisierung des bloßen Kontakts zu nichtkommunistischen Antifaschisten außerhalb des Moskauer Kontrollbereichs.

22.

Die deutsche Bevölkerung erlebte die Auswirkungen des stalinschen Phänomens gleichzeitig in den vier Dimensionen einer klassenunspezifischen territorialen Annektionspolitik; einer Instrumentalisierung der Besatzungshoheit zur Erzielung höchstmöglicher Reparationen (deren Notwendigkeit für das zerstörte Sowjetland genauso unbestritten ist wie ihre katastrophale Auswirkung auf die Ökonomie der SBZ und damit auf das wirtschaftliche Sozialismusbild der Deutschen); einer sozialökonomischen Transformation ohne jede Rücksicht auf gesamtdeutsche Bedingungen mit einer entsprechenden Instrumentalisierung des politischen Lebens ausschließlich für den Dienst an dieser Revolutionskonzeption; und einer innerparteilichen Deformation von KPD/SED bis hin zur physischen Ausschaltung der Opponenten. Während sich die KP in Frankreich oder Italien trotz mancher Zugeständnisse an den Kominform-Kurs ihre Eigenständigkeit und ihre in der Resistance erworbene Massenverankerung bewahren konnten, entzog die spezifische Kombination des stalinschen Phänomens in Deutschland mit der relativen Schwäche der aktiven Arbeiter- und Widerstandsbewegung dem Kommunismus außerhalb der SBZ/DDR für Jahrzehnte

jeden Boden. (KPD-Stimmen in Nordrhein-Westfalen: 1932 = 19%; 1947 = 14%; 1950 = 5%).

23.

Die KPD der Westzonen gerierte sich außerdem mehr als eine Art diplomatischer Vertreter der SED im Außendienst; denn als Kampfpartei der westdeutschen Arbeiterklasse. Gegenüber der Marshallplanstrategie der amerikanischen und westdeutschen Reaktion wußte sie nur mit dem unvermittelten Appell, die deutsche Einheit zu wahren, und mit der schlichten Leugnung des ökonomischen Aufschwungs zu reagieren. Eine Partei, die wider allem Augenschein die progressive Verelendung Westdeutschlands und den leuchtenden wirtschaftlichen Fortschritt der DDR behauptete, um die Bundesbürger dann zum „revolutionären Sturz des Adenauerregimes“ aufzurufen, hatte sich selbst schon bis an den Rand der Existenzvernichtung dezimiert, noch bevor sie das KPD-Verbotsurteil in die Illegalität trieb. Der Haupteffekt des KPD-Verbots war daher nicht die weitere Dezimierung der KPD, sondern die innerparteiliche Konservierung der stalinistischen Verhaltensformen und Führungsstrukturen durch das Gebot, in der Verfolgung einig zusammenzuhalten, über alle Gefährdungen des XX. und XXII. KPdSU-Parteitag hinweg.

24.

Die historische Entwicklung der KPD, seit 1968: der DKP macht deutlich, daß die für eine politische Wende in der Bundesrepublik notwendige Rezeption der antifaschistisch-demokratischen Tradition einerseits und der westeuropäischen Erfahrungen andererseits, nicht einfach durch einen Willensakt der Kommunisten eingeleitet werden kann, sondern daß die Last jahrzehntelanger Deformationen nicht nur den Weg der Kommunisten ins Ghetto vorangetrieben, sondern auch zur Annahme einer entsprechenden Ghettomentalität geführt hat. Es widerspräche daher aller historischen Erfahrung, zu glauben, daß der Anstoß zu einer eurokommunistischen Wende aus dem Inneren der DKP kommen könne. Es wäre schon viel gewonnen, wenn sich die Mitglieder und Funktionäre der DKP nicht völlig vor der Kenntnisnahme dieser Strömungen verschließen würden, deren eigener Wirkungsort realistischerweise aber nur jenseits der traditionellen DKP-Strukturen lokalisierbar ist.

25.

Der historische Rückblick auf die Entwicklung des deutschen Kommunismus kann helfen, die Voraussetzungen für eine euromarxistische Evolution in der Bundesrepublik zu klären. Folgende Bedingungen seien daher zusammenfassend erwähnt:

— Als äußere Voraussetzung ist ein solches Kräfteverhältnis notwendig, das die Konzentration auf einen nationalen Weg zum Sozialismus erlaubt, also den KPs weder abverlangt, alle Kräfte für den außenpolitischen Schutz des „realen Sozialismus“ anzuspinnen, noch sich unter imperialistischer Interventionsdrohung auf ein primär gewaltorientiertes Staatsmodell festzulegen. Historische Ansätze waren hierzu bereits in der Phase kollektiver europäischer Sicherheitsbemühungen (1935-37) und der Anti-Hitler-Koalition (1941-45) vorhanden;

— in der kommunistischen Weltbewegung ist der Verzicht auf jede Art übernationaler Führung und die damit verbundene Anerkennung eigener schöpferischer Beiträge zur Theorie und Praxis der sozialistischen Bewegung durch jede nationale KP erforderlich; die Komintern trug diesem Erfordernis 1935 durch eine Verlagerung der operativen Führung in die nationalen Sektionen und 1943 durch ihre Selbstauflösung Rechnung.

— In der Strategie muß die KP einen konsequenten Bruch mit dem bolschewistischen Revolutionsmodell vollziehen, das eine avantgardistische Minderheit auf die Eroberung der Kommandohöhen um jeden Preis orientiert. Stattdessen gilt es, wie in der antifaschistischen Bewegung praktiziert, die Hegemonie der Arbeiterklasse mit demokratischen Mitteln und freiwilliger Überzeugung und Kooperation zu errichten.

— Die Entwicklung der Konzeption von der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung zielt im Kern auf eine demokratische Transformation auf der Grundlage stabiler Mehrheiten und kooperativer Achtung der divergierenden Strömungen sowie den Verzicht auf jede bloß instrumentale Bündnispolitik „mit Augenzwinkern“.

— Das Konzept der nationalen kommunistischen Massenpartei, wie es in der Resistance zum erstenmal Konturen gewann, erfordert die unbedingte Orientierung an der konkreten Analyse der konkreten Realität und die alltägliche Verankerung der Kommunisten im Handeln und Wollen der Massen. Es verwirft jede Bescheidung auf eine separierte Sprache und Ideologie und jedes Auseinanderfallen von Worten und Taten als sektiererisch.

— Innerparteiliche Voraussetzung für die Lebensfähigkeit und Wirklichkeitsnähe der kommunistischen Bewegung ist die Entfaltung einer breiten schöpferischen Diskussion und Meinungsvielfalt, verbunden mit der darauf fußenden Herausbildung einer stabilen marxistischen Führung, d.h. für die deutsche KP die Rückgewinnung einer spätestens 1928 mit der Zerschlagung des marxistischen Zentrums unterbrochenen und unter den Bedingungen der Illegalität nur rudimentär wieder aufgenommenen Tradition.

— In der kritischen Reflexion der Parteieuxistenz der KPs überhaupt zielt der Euomarxismus langfristig auf die Überwindung der mit der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung 1914/19 einhergehenden Reduktion der demokratisch-sozialistischen Tradition angesichts einer primär extern (vom Verhältnis zu Sowjetrußland her) definierten Polarisierung. Voraussetzung für einen solchen Prozeß in Deutschland ist aber die historisch-kritische Aufarbeitung der spezifischen KPD-Tradition als einer schon vor 1933, verstärkt aber seit 1945, extern definierten und den Realitäten der Bundesrepublik und ihrer Arbeiterklasse entfremdeten Partei. Es ist zu vermuten, daß im Ergebnis einer solchen Analyse der Ansatzpunkt für eine euomarxistische Evolution jenseits der DKP-Strukturen, bzw. diese überlagernd, gesucht werden muß.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

Projektgruppe Automation und Qualifikation

AS 7

Automation in der BRD

Inhalt:

I. Methodische Vorbemerkungen (Begriff und Ermittlungsverfahren, Bedingungen und Schranken von Automation)

II. Indikatoren für technischen Fortschritt (Entwicklung der Produktivität, der Arbeitskräftestruktur und der Staatstätigkeit)

III. Entwicklung und Ausbreitung von Automation (Genese von Automation, Ausbreitung elektronischer Datenverarbeitung, Automation in Verwaltung, Handel und Bankwesen, Automation in der Produktion)

2. verbesserte, um Register, Literaturverzeichnis und Nachwort erweiterte Auflage 1976

Soeben erschienen:

AS 19 Band II:

Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung

In Kürze erscheint:

AS 31 Band III:

Theorien über Automationsarbeit

Kategorien

Automationsarbeit in der Industriesoziologie: „Qualifikation“, „Kooperation“, „Autonomie“

Automationsarbeit in den Arbeitswissenschaften: Analytische Arbeitsbewertung, „Belastung“, „Beanspruchung“, Kognitive Prozesse

Positionen

Kern/Schumann, Baethge, Mickler, Fricke und Theorien über Arbeitsgestaltung

Tabellarische Übersicht

Untersuchungen zur Automationsarbeit bis 1977

Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

106 Staat und Ideologie

Editorial: Das ARGUMENT kann nur als Projekt seiner Leser existieren

W.F. Haug:

Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus

E. Balibar:

Klassen, Staat und „Diktatur des Proletariats“

S. Holland:

Sozialstaat als Bedingung des gesellschaftlichen Konsens

H. Woetzel:

Haug's „Kritik des Absurdismus“ als Beitrag zur Ideologietheorie

Stalinismus-Forschung

M. Masuch:

Das Problem der Erklärungen des „Stalinismus“

G. Meyer:

Industrialisierung, Arbeiterklasse, Stalinherrschaft in der UdSSR (I)

Arbeitergeschichtsschreibung

Heer/Hemje-Oltmanns/Ulrich: Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung :
Neuere Tendenzen

107 Gewerkschafts-Diskussion (I)

Editorial: Die ARGUMENT-Konzeption

E. Schmidt:

Gerät die Sozialpartnerschaft in die Krise?

W. Müller-Jentsch:

Die Neue Linke und die Gewerkschaften

Perspektiven arbeitsorientierter Reformpolitik

K.H. Tjaden:

Territorialstruktur und antikapitalistische Reformpolitik

Stalinismus-Forschung

G. Meyer:

Industrialisierung, Arbeiterklasse, Stalinherrschaft in der UdSSR (II)

Aktuelle Analysen

W. Abendroth:

Bahro's „Alternative“

R. Kawa:

Terrorismus: Strategien der Verunsicherung

Kongreßberichte:

BdWi-Kongreß; WSI-Forum; Kulturtagung IMSF; dgvt-Kongreß

Einzelheft 9,80 DM; im Abo 7,50 DM; Studenten 8,- DM; im Abo 6,- DM

ARGUMENT-VERLAG Postfach 21 07 30 7500 Karlsruhe 21

Zeitschriften

Abschied

In der Aufgabe, „die bewußten Massen zur Teilnahme an der Führung und Umwandlung der Gesellschaft anzuregen“/22/, sieht in Heft 4/77 Merker („Methode und Geschichte in der marxistischen Staatstheorie“) das entscheidende Element hinsichtlich der politischen Formen beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Gegenüber dieser Forderung nach Demokratie in dem Sinne, daß proletarische Revolutionen bei hochentwickeltem Kapitalverhältnis Mehrheitsrevolutionen, Revolutionen der bewußten Massen selbst sind, sind die *Formen* der politischen Herrschaft nachrangig — diese sind zu entwickeln aus den jeweils konkreten Bedingungen. Dem gegenüber betont Rodriguez („Das Problem des Schutzes der Volksmacht“) sehr viel stärker die Rolle der selbständigen Klassenpartei. Aus den chilenischen Erfahrungen leitet er ein klares Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats ab. Das Grundproblem marxistischer Staatstheorie, von welchem sich gerade auch die Frage der politischen Formen beim Übergang zum Sozialismus ableitet, wird in der Diskussion zwischen Boccara, Buci-Glucksmann, Castells, Hincker, Poulantzas deutlich: wie setzt sich die ökonomische Verfassung eines Landes in der politischen Struktur und in der politischen Herrschaft um —

in den Worten von Hincker: „Darüber hinaus scheint es mir symptomatisch und sehr erfreulich zu sein, daß man in einer Debatte über den Staat sehr bald heftig über den Widerspruch zwischen der Struktur der Produktivkräfte und der Struktur der Produktionsverhältnisse debattiert. Das beweist, daß man schließlich eine wirkliche Debatte über den Staat führt.“/63/

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und ant imperialistischen
Zeitschriften

Gegenüber insbesondere dem letztgenannten Beitrag fallen die anderen in Heft 32 des Marxismus Digest abgedruckten Artikel weit zurück. Und eben dieses ledigliche Einstreuen von wirklich die gegenwärtige Diskussion voranbringenden politisch-theoretischen Artikeln als „Perlen“ in einem ansonst eher orientierungslosen Gemisch dürfte dafür ausschlaggebend sein, daß die Nr. 32 das letzte Heft ist. Das IMSF, der Herausgeber, stellt den „Marxismus Digest“ ein.

Haß, Skepsis und Tunix

Das Schwerpunktthema von Heft 32 lautet „Opposition in der DDR“. Die Veröffentlichung eines Diskussionspapiers eines Bundes demokratischer Kommunisten Deutschlands nehmen die Redaktionsmitglieder des NLM zum Anlaß, ihren *Haß* auf die sozialistischen Länder, den sie durch staatliche Repressionsmaßnahmen genährt sehen, in ihrer hinlänglich bekannten dümmlichen Weise — „äußerst kontrovers“ — als „progressiven Antisowjetismus“ aufs Papier zu bringen. Auch auf einer vom NLM veranstalteten Solidaritätsveranstaltung für R. Bahro bleibt der „Sprachform nach“ alle Kritik akademisch, leiden doch die Podiumsredner als „Universitätsmenschen“ an einem „didaktisch-agitatorischen Defizit“. Konkret und enorm politisch war nur der

ten und Grenzen des Tribunals realistisch einschätzen. „Das Tribunal kann als Weckruf für die liberale Öffentlichkeit Erfolg haben, wenn es sich eindeutig beschränkt. Das Russell-Tribunal kann nicht eine mangelnde Praxis der Linken in der Bundesrepublik ersetzen . . . Die Gefahr und die Gewalt geht vom Staate aus. Und Menschenrechtsverletzung muß hier vom Staat ausgehen oder muß in Verbindung mit staatlicher Tätigkeit gesehen werden. In dieser Beschränkung hat das Russell-Tribunal, das nicht eine politische Bewegung ersetzen kann, seine Funktion.“ Der Lange Marsch steht der geplanten Einschränkung der Untersuchung auf die Verletzung von Menschenrechten relativ *skeptisch* gegenüber.“ Denn „die vordergründige Verschmelzung des ausländischen Vorbehaltes gegen die Bundesrepublik mit dem rein defensiven Kampf gegen das politische Berufsverbot hat wenig Perspektive.“ Einer „radikal-demokratischen Initiative längerer Wirkungsdauer“ müßte jedoch vorangehen „die Rückeroberung des Demokratie-Begriffs durch die Neue Linke, die ihn in selbstmörderischer Verkenning historischer Gesetzmäßigkeiten der Reaktion überlassen hat.“ Der Lange Marsch ist aber nicht einmal in der Lage, die Auseinandersetzungen während der Vorbereitung des Tribunals politisch einzuschätzen. Hier hätte er eine erste Gelegenheit gehabt, die bisher nur angekündigte Selbstkritik der Unterstützung der „Antifolterkomitees“, diesen Brutstätten neuer Desperados, einzulösen. Die Redaktion setzt jedoch auf das ansonsten beklagte „ahistorische Denken des Großteils der Linken“ und begnügt sich damit, allein eine eindrucksvolle Schilderung der verschiedenen Versuche von anarchistischen und maoistischen Sekten, das Russell-Tribunal ihren Sonderinteressen unterzuordnen, abzudrucken. Anfang des Jahres begrüßte der Lange Marsch *das* subkulturelle Ereignis in Westberlin — *Tunix*. Wenige Monate zuvor hatte der NLM noch in sein Redaktionsprogramm die Parole geschrieben, es werde Zeit für die Neue Linke, aus der Subkultur aufzubrechen.

Neuer Langer Marsch

Beitrag Z. Hejzlar, aus dem der NLM „auszugsweise etwas“ abdruckt. Daß Hejzlar als einziger in der Podiumsdiskussion die Ansicht vertrat, daß bei der Kritik sozialistischer Länder von der *Existenz* der sozialistischen Produktionsweise ausgegangen werden muß, fällt im NLM unter den Tisch. Zwar sitzt Hejzlar dem Irrtum auf, Bahro gehe in seiner Analyse der sozialistischen Länder vom wissenschaftlichen Sozialismus aus, doch seine Kritik der illusionären politischen Alternativvorschläge Bahros — Hejzlar hält dagegen, daß beharrliche und nüchterne Oppositionsarbeit in den Staatsparteien nötig sei — ist im Langer Marsch ein Fremdkörper.

Heft 33 ist dem Russell-Tribunal und dessen Vorbereitung gewidmet. Es enthält Interviews mit zwei Jury-Mitgliedern, eine Erklärung vom Beiratsmitglied Gollwitzer, warum er das Tribunal unterstützt, und ein Interview mit den Beiratsmitgliedern Narr und Wesel, die die Möglichkei-

Im Klartext

Im Zentrum des Heftes 1/78 steht eine Polemik um Steffens Liebäugeln mit einer linkssozialistischen Partei. *Sirke* kritisiert an Steffen die „oberflächliche Kritik an der Stamokap-Position“ und „seine Illusionen über den Charakter des bürgerlichen Staates.“ *Wendl* begreift diese Kritik als verharmlosendes Manöver: „Was ihm (Steffen) wirklich vorzuwerfen ist, ist die diffamierende und dumme Polemik gegen die Stamokapgenossen bei den Jusos“ dem Philosoph Steffen gehe es um den Menschen und nicht um die Arbeiter; „um den reaktionären Kern dieser Philosophie noch einmal zu verdeutlichen: nicht das Kapital plündert die Arbeiter aus, sondern diese beuten sich untereinander aus und daher müssen die Besserverdienenden zugunsten der Schlechterverdienenden zurecht gestutzt werden.“ Wendl's Schluß: die Thesen von Steffen können niemals programmatische Basis für eine neue sozialistische Partei sein;

da sich aber bestimmte Forderungen innerhalb der Gewerkschaften abzeichnen, die mit der Sozialdemokratie weder programmatisch aufzufangen noch politisch realisiert werden können, komme der Diskussion innerhalb der Jungsozia-

Zeitung für sozialistische Politik in der SPD

Sozialist*

listen eine gewichtige Rolle zu. In Steffens Position komme „am zugespitztesten das Phänomen von kleinbürgerlich-sozialistischen Vorstellungen, moralischer Ehrlichkeit und politischer Frustration zum Vorschein, das sich offenbar bei den Jungsozialisten auch ausbreitet. Gerade deswegen muß diese Haltung rücksichtslos kritisiert werden.“/14/

Eine einzigartige Zeitschrift

Der 19. Jahrgang (1977) wird mit Reflexion über Staat und Ideologie abgeschlossen. *Haug* beobachtet „die Dialektik zweier undialektischer Positionen, des Ökonomismus und des Politizismus.“/780/ Die dagegensetzte Dialektik einer dialektischen Position ergibt sich aus der Explikation des genetischen, funktionalen und ökonomischen Sinns der Basis-Überbau-Theorie von Marx und Engels. Wir erhalten die These: „Nirgendwo ist soviel Dialektik nötig wie im Verhältnis zum sozialistischen Staat.“/784/ Die sich anschließenden Reflexionen werden vom Autor und Herausgeber offenkundig als sehr wichtig eingeschätzt: er ergänzt daher die wenigen Bemerkungen um eine polemische Notiz zum Verhältnis von Basis-Überbau, Ideologie und marxistischer Theorie (betrifft die Auseinandersetzung mit einer Fußnote eines Artikels aus Konsequent Nr.29, den Herausgeber betreffend) und die Antworten des Herausgebers auf eine Umfrage von Teorija in Praksa (Ljubljana) vom Oktober 1977.

Balibars Beitrag über Klassen, Staat und 'Diktatur des Proletariats' hat den Vorzug, daß nicht soviel mit Dialektik jongliert wird; der Beitrag ist dadurch verständlicher und läßt eine klare politische Stoßrichtung erkennen. Er fragt, ob es der PCF wirklich gelingt „die Wege einer proletarischen Praxis der Politik zu finden und sich hinreichend von der bürgerlichen Praxis der Politik zu lösen.“/796/ Er vermutet hinter bestimmten Begründungen für einen realistischeren Weg zur politischen Hegemonie durch die Arbeiterklasse die Hypothese einer zum politischen Handeln fähigen Mittelklasse. „Schematisch gesagt, bedeutet die Annahme der Existenz einer Mittelklasse (mit mehr oder weniger großem Umfang: man geht bisweilen soweit, die gesamte 'nicht-monopolistische Bourgeoisie' darin einzuschließen), den Weg für eine Konzeption zu öffnen, die das Problem der Klassenbündnisse in Begriffen von Kompromissen, ja eines 'historischen' Vertrags stellt, das heißt letztlich in Begriffen der juristi-

schen Ideologie.“/803/ In der Tat sind die Mehrheitspositionen der westeuropäischen kommunistischen Parteien unter dem Aspekt der Klassentheorie und der These von der Herrschaft der Monopole äußerst fragwürdig; zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie existiert — als gewichtigster Faktor — im entwickelten Kapitalismus eine *classe moyenne*; diese Mittelklassen sind durch verschiedenste Klasseninteressen charakterisiert; die ökonomische Anatomie dieses „Mediums“ zwischen den Klassen der bürgerlichen Gesellschaft ist so heterogen, daß die Ausprägung eines einheitlichen, im Nationalen Rahmen organisierbaren Klasseninteresses nicht zustande kommen kann; die Entwicklung einer Politik der Arbeiterklasse in Richtung auf die Herauskristallisierung eines sozialen Blocks unter Einschluß bestimmter Teile der Mittelklassen und die Möglichkeit einer sozialistischen Transformation der Staatsapparate vor der politischen Machtübernahme dieser politischen Formation hat nichts mit bürgerlicher Politik oder Applikation einer juristischen Ideologie zu tun.

DAS ARGUMENT

Woetzel verweist auf die historische Möglichkeit, einer wissenschaftlichen Entdeckung unter den Philosophen gerecht zu werden. Haugs Kritik des Absurdismus liege nun in zweiter, veränderter Auflage vor; obgleich 1966 die erste Fassung von der FAZ gefeiert worden sei, habe sich der rechte Erfolg nicht eingestellt: „Nicht am aufgearbeiteten Material kann es also liegen, daß die erste Auflage seinerseits in Philosophie und Literaturwissenschaft ungenügend rezipiert wurde, eher an der Art und Weise, in der dieses Material untersucht wird, am eingeschlagenen Verfahren, welches aufgrund der jahrelangen Dominanz bloßer ideologie-kritischer Verfahren bei der Lektüre und Analyse literarischer und philosophischer Texte 'seiner Zeit noch voraus' gewesen zu sein scheint.“/819/ Da wird ja nun die zweite Auflage hoffentlich gerade zur rechten Zeit gekommen sein.

Masuch räumt auf mit den Stalinismuserklärungen. Diagnose: „Es fehlt eine Arbeitsdefinition als Ausgangspunkt, so daß aus der Undeut-

lichkeit über das zu Erklärende Unsicherheit über die Erklärungsfaktoren entstehen muß.“/826/ Therapie: „Verschiedene Auswege sind denkbar ... Um zu einer besseren Erklärung zu kommen, wird man eine Arbeitsdefinition brauchen, auf die sich die Erklärung beziehen kann!“ Bevor nun aber nach langem, philosophisch überhöhtem Gesabber die Arbeitsdefinition kommt, schließt er eine Selbstkritik an: „Man kann die Forderungen zurecht als Forschungsprogramm auffassen. ... Man kann aber auch das Risiko einer Erklärungsskizze auf sich nehmen, mit der ziemlich sicheren Nebenfolge, daß die Skizze sich später als falsch herausstellt. Ich werde das zweite versuchen, schon deshalb, weil ich den gängigen Typ linker Kritik als Kritik an methodologischen Voraussetzungen, die selbst keine Alternative bietet, langsam unerträglich finde.“/835/ Nachdem der Schelm so erklärt hat — wir stimmen voll zu —, die vorangegangenen 10 Druckseiten, das Gelaber über Arbeitsdefinitionen etc. sei langsam unerträglich, setzt er sich noch vier Seiten dem Risiko aus. Seine Arbeitsdefinition „Stalinismus als eine exzessive Form blockierter Entscheidungsstrukturen“ hat den großen Vorteil, daß sie völlig jenseits des Materials steht. Worin das Risiko bei Ausbreitung seiner selbst für ein bürgerliches Feuilleton zu seichten Bemerkungen über Phänomene liegen soll, bleibt rätselhaft.

Meyers sorgfältige, theoretisch durchdachte Monographie über „Industrialisierung, Arbeiterklasse und Stalinherrschaft“ wird — um den Kontrast zu den sonstigen tiefschürfenden Beiträgen des Hefes nicht überdeutlich werden zu lassen — als Fortsetzungsroman feilgeboten. Seine zentrale These: es handelt sich um einen Prozeß der nachholenden, beschleunigten Industrialisierung. Näher zu untersuchen wäre indes, was sich hinter den Schwankungen in den Wachstumsraten der Industrieproduktion während der ersten beiden Fünfjahrpläne verbirgt, was Meyer unterläßt. Seine Herausarbeitung der Probleme der industriellen Erziehung der neuen Arbeiterklasse können wir übernehmen; die unterliegende These — in Anknüpfung an Lenin — nur durch eine etwa zehnjährige Arbeit in der Großindustrie könne sich proletarisches Klassenbewußtsein ausbilden, was für den beschleunigten Industrialisierungsprozeß eine erhebliche Einschränkung für die Entwicklung von Kadern innerhalb der Arbeiterklasse bedeutet, halten wir im Hinblick auf eine marxistische Theorie über Bewußtseinsformen für falsch

und im Hinblick auf Lenin für eine verkürzte Interpretation.

Das Heft 107 beginnt mit der Vorstellung einer Argument-Konzeption. Die Zeitschrift sei vorübergehend vernachlässigt worden, jetzt aber werde in Anknüpfung an den guten Jahrgang 1977 ein neuer Anlauf gemacht: „Wir halten die hier dargelegte Redaktionspolitik für den Versuch, ... eine in unserem Lande einzigartige Zeitschrift zu machen.“/7/ Warten wir die Realisierung ab.

Schmidt und Müller-Jentsch eröffnen die Gewerkschaftsdiskussion mit Thesen über die Krise in der Gewerkschaftspolitik. Sie sehen die „Gewerkschaften vor der Alternative, entweder quietistisch eine gravierende Verschiebung des gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisses zugunsten des Kapitals hinzunehmen oder

ihre Politik auf eine militante Interessenvertretung umzuorientieren.“/27/ Ob das Kapital bei steigender Rationalisierung, Erhöhung der Massenarbeitslosigkeit und einer weiteren Verschärfung der Überakkumulationskrise den Gewerkschaften, d.h. den organisierten Lohnabhängigen, eine solche Wahl läßt, möchten wir angesichts der Tagesereignisse doch stark bestreiten. Aber die Behauptung, daß die ökonomische Anatomie der Klassen die Bedingung für den Klassenkampf ist — sei es in gewerkschaftlicher Form, sei es in politischen Erscheinungsformen —, ist für die Autoren Marx-Philologie, naives Vertrauen in die ökonomische Krisenentwicklung und schlechte Abstraktion aus einer unhistorischen Betrachtungsweise. Daher können wir uns die Entwicklung von Gegenargumenten an dieser Stelle schenken.

Wertform und die APO

In Heft 42 will die SOPO die Problematik der materialistischen Dialektik „bei den Hörnern“ packen. Damerow/Furth/Heidtmann/Lefèvre halten dafür, Engels Begriff der Dialektik als Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs ernstzunehmen. „Die Theorie der Dialektik kann also Begriffe und Gesetze der Dialektik nicht wie eine voraussetzungslose Erkenntnistheorie aus der Reflexion auf die Natur eines in sich ruhenden Denkens gewinnen, sie muß vielmehr ausgehen von den Voraussetzungen für das Denken, in denen sich die Vermittlung des Zusammenhangs von

traditionelle Philosophie oder Wissenschaftstheorie“/40/ erscheinen könnte. Der Selbstzweifel ist berechtigt, denn die Autoren beharren in der Tat auf der von Marx und Engels bestrittenen Notwendigkeit einer *besonderen* Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs, die den Einzelwissenschaften zur Realisation ihrer bloß naturwüchsigen Tendenz, ihren Gegenstand dialektisch zu begreifen, verhelfen soll.

Peter Ruben streitet wider die philosophische Strömung der Kapitallogiker, die in der Analyse der Wertform das Fundament des Marxschen Kapital sehen. Hier gibt es die Frankfurter Schule (z.B. Backhaus), deren „außerparlamentarische Opposition“ /47/ (z.B. die Projektgruppen PEM und PKA) und Epigonen, die zur Entwicklung neuer Gedanken unfähig sind (z.B. Haug). Das Problem, das Ruben allen Kritisierten zugesteht, ist die Frage nach dem Charakter des Werts: ist die Wertform ein spezifisch gesellschaftliches Verhältnis, oder ist sie bloß ein Ding? Ruben entscheidet sich für letzteres; der Wert ist nichts Mysteriöses, sondern Feststellung ökonomischer Äquivalenzen. Der Austausch von Waren ist nicht ihre Produktion und damit auch nicht die Produktion des gesellschaftlichen Zusammen-

SOPPO

Natur, Gesellschaft und Denken praktisch vollzieht“/5/. Während die Autoren zu Beginn ihres Artikels gerade bestreiten, das Verständnis der Dialektik auf Erkenntnis-, Wissenschafts-, oder sonstige Metatheorien herunterbringen zu wollen, sind sie sich zum Schluß unsicher, ob ihre Aufgabenstellung der Dialektik nicht doch „wie

hangs der Individuen. Deshalb entbehre auch die sozialistische Produktionsweise weder des Werts noch des Austauschs. Wenn aber Wert = Wert = Feststellung ökonomischer Äquivalenzen, so ist doch Kapitalismus = Sozialismus. Es bleibt also ein Problem. „Das Problem besteht daher für den wissenschaftlichen Sozialismus nicht in der allgemeinen Notwendigkeit der Wertdetermination, sondern im historisch bestimmten Umstand ihrer Realisation durch den Privataustausch. In ihm erscheint (!) der Wert unvermeidlich (!) als Individualeigentum, obwohl er doch an sich (!) das vergegenständlichte Gattungsvermögen ist“

/63f./ In diesen dunklen Formulierungen verbirgt sich Rubens Problem: er weiß, daß das Wertverhältnis ein spezifisch historisches Verhältnis ist. Dies zuzugestehen, hätte die Konsequenz, entwickeln zu müssen, daß der Wert keine ökonomische Kategorie des Sozialismus sein kann. Diesen Gegensatz zur vorherrschenden ökonomischen Theorie des realen Sozialismus will Ruben nicht vertreten; daher der Anlaß, sich mit einer solchen Philippika gegen die Wertform-APO und Konsorten abzuplagen.

(Auf A. Mazzones Artikel kommen wir zu sprechen, sobald er vollständig vorliegt.)

Was so läuft

Bürgerinitiativen sind das Thema von Kursbuch 50. Sind Bürgerinitiativen eine vierte Gewalt? In welchem Verhältnis stehen sie zur parlamentarischen Form der Willensbildung in der bürgerlichen Demokratie? Eckart Hohmann und Karl-Heinz Ladeur versuchen, sich dieser Fragestellung von verfassungsrechtlicher Seite zu nähern; Lutz Mez erkennt ein neues Feld für Projekteschmiede und schlägt ein Analyseprogramm vor. Hellmut Gollwitzer sieht in Bürgerinitiativen Keimformen rätendemokratischer Strukturen: „Zum uneingelösten, bisher im Wahlrecht nur formal eingelösten Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft gehörte die Volkssouveränität, die

und dem hierarchischen System der Klassengesellschaft und ihrer politischen Organisation erkannt, angemeldet und zum Kampfthema“./32/

Für die Kollegen von der Spontifront ist alles viel einfacher. Sie versichern sich selbst und anderswem: Bürgerinitiativen sind das „was läuft“/54/, sind wirkliche Bewegung im Gegensatz zu Parteiendogmatismus und Gewerkschaftsbürokratie und gehören in ihrer Radikalität in eine Reihe mit der Pariser Commune, der Anarchistenbewegung Rußlands und Spaniens und der Studenten-, Kommune- und Frauenbewegung des jüngsten Jahrzehnts.

Was Radikalität auch heißen kann, stellen Peter Below und Herbert Stubenrauch in ihrem Bericht über den CDU-nahen „Hessischen Elternverein“ dar, der 1972 mit der Zielsetzung gegründet wurde, die Durchsetzung der Gesamtschule als allgemeiner Schulform in Hessen zu verhindern. Mit aufwendig finanzierten Kampagnen hat der Hessische Elternverein die Mehrheit im Landeselternbeirat erobert und blockiert von da aus Reformmaßnahmen im Hessischen Schulwesen.

Kursbuch

reale Mitbestimmung der Bürger bei den Entscheidungen über das Gemeinwesen. Jetzt wird der Widerspruch zwischen diesem Versprechen

Sicher oder entfaltet: SPD!

Rückblick auf den SPD-Parteitag in Heft 12/78: „Ein offensives sozialpolitisches Konzept, das die Faktoren angeht, die soziale Not verursachen, fehlt“./989/ Der selbstkritische Schluß: „In Hamburg ist der Startschuß zu einem Rennen über eine unbekannte Distanz gefallen. Ob wir erfolgreich in diesem Rennen bestehen, entscheidet wesentlich über die politische Zukunft der SPD.“/991/ Um im Bild zu bleiben: Offenkundig handelt es sich bei dem Rennen über eine unbekannte Distanz um einen Hindernislauf. Bevor indes die eigentlichen sozialen Hindernisse erreicht werden, müssen die selbst geschaffenen Übersprünge werden, zuallererst die Bernsteinrenaissance. Allein fünf Beiträge sind diesem Vermittlungsschritt zu einem offensiven sozialpolitischen Konzept gewidmet. Eine Blütenlese verdeutlicht den Realismus:

Die Neue Gesell- schaft

„Der demokratische Sozialismus der Gegenwart muß seine Theoriediskussion auch mit dem Ziel führen, mit Hilfe dieses Diskussionsprozesses sich stets als richtungsweisende gesellschaftliche Kraft und mehrheits- und handlungsfähige Macht zu erneuern“.

„Die Aneignung von Bernsteins konstruktivem Sozialismus bedeutet daher nicht die Inthronisation eines neuen Papstes, sondern die bewußte und kritische Ratifikation eines grundlegenden Lernschrittes in der Geschichte des demokratischen Sozialismus, der faktisch längst vollzogen ist.“

„Unentbehrlich für die praktisch-politische Wirksamkeit einer politischen Partei ist ihre geistig-theoretische Anziehungs- und Integrationskraft.“

„Ohne fundierte sozialistische Theorie gibt es keine sozialistische Bewegung und auch keine praktisch wirksame Politik für die schrittweise Verwirklichung einer demokratisch-sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.“

Diesen Träumereien gegenüber stellt *Jüttner* (Juso) den wirklichen Sachverhalt her: „Nicht der Antirevisionismus verhindert Reformpolitik: die Reformer sind keine Reformer mehr.“ Aus der Sackgasse, in die die Sozialdemokratie durch ihre marktwirtschaftliche, systemkonforme Orientierung mit der ökonomischen Krise geraten ist, hilft ihr auch kein aktualisierter Bernstein heraus.

Aber auch die weithin bekannten Marxtöter dürfen im theoretischen Hausorgan der SPD publizieren. *Hoppe* greift den Unterschied von Reich der Notwendigkeit und Reich der Freiheit auf. Wir wollen doch mal sehen, wie es heute mit der uralten These von Marx bestellt ist. 1. These: Der Unterschied von Reich der Notwendigkeit und Reich der Freiheit muß operationalisiert werden. Resultat: „In welchem Verhältnis stehen Sicherheits- und Entfaltungswünsche im Bewußtsein der Bevölkerung heute zueinander?“ 2. Empirie: „Den Untersuchungspersonen wurde eine Liste mit 17 Wünschen mit der Bitte vorgelegt, hinsichtlich eines jeden anzugeben, wie wichtig oder unwichtig (vier Abstufungen) er für sie persönlich im Augenblick sei.“ 3. die Wissenschaft: „Demnach lebt zwar, metaphorisch gesprochen, auch in den 70iger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts noch die Mehrheit der Bevölkerung im Reich der Notwendigkeit, die relativ große Minorität der Entfaltungstypen ist aber sicherlich bemerkenswert.“/1050/ 4. der politische Schluß unseres SPD-Soziologen: „Es ist ohne Zweifel unrealistisch anzunehmen, daß durch politische Maßnahmen im weitesten Sinn die Existenz individueller Notlagen völlig aus der Welt geschafft werden könnte . . . Politische Maßnahmen können aber sehr wohl dazu beitragen, daß einmal die Häufigkeit derartiger Ereignisse reduziert wird und daß . . . doch wenigstens die Auswirkungen für die betroffenen Personen gemildert werden.“/1053/

Mit der anvisierten Milde rung ist es in den letzten Jahren nicht weit her gewesen. Wenn Hoppe und Konsorten sich nicht anstrengen,

könnten die Entfaltungstypen zurückgehen und die Sicherheitstypen ungeduldig werden.

Offenbarungseid

Sowohl in Benneters Stellungnahme zur SPD und zur SPD-Linken in einem offenen Brief an Max Frisch anlässlich seiner Rede auf dem Mannheimer SPD-Parteitag (1/78) als auch im *konkret*-Interview mit Gerhard Schröder — inzwischen Vorsitzender der Jusos — (2/78) drückt sich im Gegensatz zu früheren Einschätzungen eine größere Realitätsnähe aus.

So benennt *Benneter* klar die Unbeweglichkeit der SPD, die Fruchtlosigkeit innerparteilicher Diskussionen und die fehlende Möglichkeit einer Veränderung in der gegenwärtigen Konstellation und damit die Perspektivlosigkeit der eigenen Arbeit. „Die SPD wird in ihrem gegenwärtigen Zustand für einen absehbaren Zeitraum keine Partei mehr sein können, die durch ihre wegweisenden Beschlüsse und Taten wieder Orientierung auf Umgestaltung im Wege konsequenter Reformen geben könnte. Dazu sind die politischen Entschlüsse zu perspektivlos, die erlaubten innerparteilichen Denkmöglichkeiten zu beschränkt und die überwiegende Parteimehrheit zu sehr auf Absicherung des kapitalistischen Status quo ausgerichtet.“/17/

Damit wird sich auch das Verhältnis der Gewerkschaften zur SPD weiter verändern. Die Gewerkschaften werden die Politik der SPD nicht mehr wie bisher unterstützen, sondern neue Orientierungspunkte suchen. Beschleunigt wird dieser Prozeß durch die wirtschaftliche Entwicklung. „Die Krise geht weiter und verschärft sich ... Noch hat es die SPD leicht, die breit auf sie orientierte Bevölkerung beschwichtigend bei der Stange zu halten. Die wirtschaftliche Krise wird jedoch zur Folge haben, daß die Gewerkschaften ihre Politik der materiellen Verbesserungen nicht werden durchhalten können.“/17/ Das Netz der sozialen Sicherheit wird zerreißen, aber die SPD hat keine Antwort auf die zu erwartenden gesellschaftlichen Konflikte. „Die schon bald anstehenden Auseinandersetzungen um Erhaltung des materiellen Bedarfs der arbeitenden Bevölkerung

wird auch für die Gewerkschaften Zerreißproben bringen.“/17/ Da die SPD einerseits keine gesellschaftspolitischen Alternativen anbieten kann und andererseits nicht in der Lage oder nicht willens ist, den verschiedenen Strömungen Rechnung zu tragen, wird sich die Bildung einer neuen Organisation links von der SPD kaum verhindern lassen. Diese nüchterne Einschätzung geht aber nicht mit theoretischer Klarheit über die Basis einer solchen Organisation einher. „Eine neue politische Organisation für engagierte Demokraten, für Liberale und Sozialisten, Fortschrittliche und Christen steht dann auf der Tagesordnung.“/17/ Die Bildung einer Partei links von der SPD wird nur als Sammelbecken

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur

Unzufriedener vorgestellt. Es wird nicht gesehen, daß eine sozialistische Partei — falls sie sich herausbildet — sich auf breite Teile der Gewerkschaften, aber auch auf Teile der SPD selbst, die auf gesellschaftliche Veränderungen drängen, stützen müßte.

Da in der eingeschränkten Wahrnehmung von *konkret* links von der SPD keine Partei mehr zu existieren scheint, brennt ihr die Neugründung einer sozialistischen Partei unter den Nägeln. So muß auch Gerhard Schröder die Gretchenfrage: Wie hältst du es mit der Neugründung einer sozialistischen Partei, beantworten. „Solange es in der BRD links von der SPD keine politische Partei gibt, die als einsichtige Alternative für die Sozialisten fungieren könnte, ist natürlich die Linke der SPD jeder Erpressung ausgeliefert.“/17/ Aber auch von dieser Seite erhält das Lieblingskind von *konkret* keine Unterstützung, denn Schröder sieht

ganz klar, daß mit der Drohung oder Ankündigung einer Parteigründung den Repressionen seitens der SPD-Mehrheit nicht begegnet werden kann.

Wesentliches Moment der Juso-Politik muß für Schröder die Arbeit auch außerhalb der Partei sein, d.h. die Durchsetzung der „von den Jungsozialisten formulierten Doppelstrategie“./17/ „Darum wissen sie, daß sie wegen der Tatsache, daß die SPD an das Bewußtsein ihrer Mitglieder und Wähler angebunden bleibt, nicht allein innerhalb der SPD arbeiten können. Sie müssen sich vielmehr einbeziehen in die Arbeit, die der Schaffung einer demokratisch-sozialistischen Bewegung auch außerhalb der Partei dient. Erst das Zusammenspiel zwischen einer solchen demokratisch-sozialistischen Bewegung und einer politischen Partei wie der SPD kann diese politische Partei verändern und kann den Massendruck entfalten, der zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse notwendig ist.“/16f./ Auch hier zeigt sich, daß die konkreten Bedingungen sozialistischer Politik und der Zustand der SPD, ihre Möglichkeiten der Veränderung nach dem Mannheimer Parteitag illusionsloser eingeschätzt werden.

In 2/78 „stellt sich (Pawek) die Frage, wann eigentlich jener Kulminationspunkt erreicht ist, in dem der Kapitalismus in Faschismus umschlägt.“/20/ Wer eine Antwort auf die brisante Frage erwartet, wohin die BRD steuert, in welchen politischen Formen und Ausdrücken sich die Zuspitzung der ökonomischen Entwicklung darstellen wird, wartet vergebens. Stattdessen kreierte er eine neue Form der politischen Herrschaft: den 'sauberen' Faschismus.

Ausverkauf im Rechtsstaat

Einen wesentlichen Schwerpunkt des Jahrgangs 1977 der „Kritischen Justiz“ bilden Kommentare und Berichte über den im vergangenen Jahr beschleunigt vorangetriebenen Abbau demokratischer Rechte durch die Erweiterung der Eingriffsmöglichkeiten staatlicher Exekutivgewalt. Die in diesem Zusammenhang aufgegriffenen und spektakulär gewordenen Maßnahmen — der sogenannte Lauschangriff auf den Atomphysiker

Angesichts der Verhältnisse in der BRD geht es nicht um die Errichtung einer faschistischen Diktatur, denn „in der BRD (wird) mittels Bewußtseinsterror die ursprüngliche Funktion faschistischer Herrschaft realisiert.“/23/

Denn der Faschismus ist für Pawek nicht der Umschlag in die personale Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie mit allen ihren Konsequenzen: Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, Auflösung des Parteienspektrums, Aufhebung aller demokratischen Grundrechte, sondern ist die Herrschaft der Medien: „Wer nun den Faschismus auf seine offen terroristische . . . Komponente verkürzt, wird seine Existenz im Fall der BRD von vornherein abstreiten . . . Doch die Formen von Terror und Repression haben sich gewandelt, . . . (so) bedarf es zur Formierung und Disziplinierung einer Bevölkerungsmehrheit längst nicht mehr solch primitiver Mittel wie Polizeiüberfälle, Schlagstockorgien, Gewehrsalven und Lager. Deren Funktionen haben in der BRD die Medien übernommen.“/22/

Mit Hilfe der alten Manipulationsthese ist also das Kunststück geglückt, aus einem nicht notwendigen Faschismus einen existierenden 'sauberen' Faschismus zu machen. Die politischen Formen der Herrschaft der Bourgeoisie sind um die mediengesteuerte Variante bereichert worden.

In Frankreich standen die Wahlen vor der Tür, in Italien drängte die Regierungskrise auf eine Entscheidung, in der BRD stehen die Tarifauseinandersetzungen auf der Tagesordnung und konkret fällt für die März-Nummer nichts Besseres ein, als sich von den Spontis auf den Arm nehmen zu lassen. Einen eindeutigeren politischen Offenbarungseid hätte man nicht leisten können.

Traube, die Stammheimer Abhörraffäre und die während der Schleyer-Entführung angeordnete und kurz darauf im Eilverfahren Gesetz gewordene Kontaktsperre — verstießen bekanntlich allesamt gegen fundamentale Prinzipien der deutschen Verfassung. Ihre — nachträgliche — Legitimierung erfolgte durch einen Griff in die juristische Trickkiste, der, abgesegnet durch das Bundesverfassungsgericht, in Zukunft alles möglich

machen wird, was „staatlich geboten“ erscheint: Die Bestimmung des § 34 StGB, wonach eine an sich strafbare Handlung gerechtfertigt ist, wenn sie zur Rettung „höherwertiger Rechtsgüter“ begangen wurde, wurde umstandslos von einem Rechtfertigungsgrund ausschließlich für Straftaten „Privater“ zu einem Rechtfertigungsgrund auch für illegale Eingriffe des Staates erklärt. Damit ist für jede nur denkbare Gesetzesverletzung durch staatliche Gewalten eine juristische Absicherung geschaffen worden, die keinerlei formale und nur sehr vage materiellrechtliche Grenzen kennt und die vergleichsweise schwerfällig zu handhabenden Notstandsgesetze von 1968 faktisch überflüssig macht.

Auf wie wenig Widerstand die genannten Vorgänge in der Bevölkerung stießen, dokumentiert Jürgen Seifert, Jura-Professor in Hannover. Während die Notstandsgesetze nur gegen den jahrelangen erbitterten Widerstand aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in der BRD durchgesetzt werden konnten, provozierte der jüngste Angriff auf verfassungsrechtlich garantierte Schutzrechte kaum mehr als eine akademische Diskussion unter Juristen, die Proteste der Organisationen der Arbeiterklasse beschränk-

Suche nach Bundesgenossen muß erfolglos bleiben, wenn sie nur unter dem Blickwinkel vergangener Kämpfe vonstatten geht und wenn nicht akzeptiert wird, daß sich mit der Verschärfung der Kampfbedingungen seit Anfang der siebziger Jahre auch das *Terrain* verlagert hat, auf dem sich die Kämpfe der Arbeiterklasse in der Hauptsache abspielen.

Mit den rechtlichen und politischen Aspekten der beiden Abhöraffären Traube und Stammheim befaßt sich Alexander Roßnagel. Dabei will er davon absehen, die Formen verfassungspolitischer Entwicklungen „unmittelbar aus den Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise abzuleiten. Denn zumindest für die BRD läßt sich sagen, daß sie eine diesen gegenüber quasi säkulare Staatsentwicklung, geprägt von einem „konstitutionellen Überhang“ durchmacht.“/261 FN 29/ Was immer er damit meinen mag, jedenfalls läßt Roßnagel es sich nicht nehmen, uns einige Seiten später die Motive staatlichen Handelns zu präsentieren, die nach seiner Auffassung zu der gegenwärtigen Entwicklung geführt haben:

Danach ist es nicht so sehr der klassische Konflikt von Kapital und Arbeit, den heutzutage die Staatsorgane befürchten und dessen offenen Ausbruch sie durch den Abbau demokratischer Rechte verhindern möchten. Durch die Einführung der Kernenergie haben sich die Gefahren gewandelt. Der gegenwärtige Kampf findet statt auf der „Widerspruchsebene Kapital-Natur“/267/, in ihm stehen sich feindlich gegenüber der Staat auf der einen Seite und „die ganze Gesellschaft bis hinauf zu den Vorstandsetagen (s. Dr. Traube)“/267/ auf der anderen Seite, der Konflikt heißt: Atomstaat kontra Rechtsstaat. In diesem Konflikt werden die Atomgegner sich nur behaupten können, wenn sie sich mit der radikalen Linken und den von den Gewerkschaften emanzipierten Teilen der Arbeiterklasse verbinden/vgl. 267/. Der Bewegung der Bürgerinitiativen ist zu wünschen, daß sie sich so rasch wie möglich von Heilsaposteln der Sorte Roßnagel emanzipieren.

Die im Rahmen der Fahndung nach den Schleyer-Entführern angeordnete Kontaktsperre für alle inhaftierten Anarchisten, ihre nachträgliche Legitimierung (über § 34 StGB) durch das Bundesverfassungsgericht und das parallel zu diesen Ereignissen im Eilverfahren durchgepeitschte Kontaktsperregesetz sind Thema eines informativen Berichts von Rainer Elfferding. Das Kontakt-

Kritische Justiz

ten sich auf Beiträge in den diversen Publikationsorganen, ansonsten ging alles glatt über die Bühne. Für Seifert bietet diese defensive Position reichlich Gelegenheit, in die gegenwärtig bei linken Intellektuellen beliebte Larmoyanz einzustimmen: an die Gewerkschaften richtet er die Frage, ob es nicht ihre „Schuld“ sei, „daß in einer zentralen Verfassungsfrage 1977 niemand mit ihnen rechnete?“/125/, den Linken bescheinigt er Perspektivlosigkeit — ohne selbst Perspektiven aufzuzeigen. Dazu kann nämlich heute weniger denn je die bloße Absichtserklärung 'bekämpfen, bloßlegen und beseitigen' zu wollen/vgl. 125/ auch nur das geringste beitragen. Und auch die

sperregezet hat sich bereits kurze Zeit nach seiner Verkündung als überflüssig herausgestellt, nachdem auch die ohne gesetzliche Grundlage angeordnete Kontaktsperre für verfassungsgemäß erklärt worden ist. Die Justizverwaltungen werden Kontaktsperren somit auch in Zukunft anordnen können, ohne die Voraussetzungen des Kontaktsperregesetzes beachten zu müssen.

Ein weiteres Thema ist die sich verschärfende Krise der staatlichen Sozialversicherung in der BRD. Die Artikel von Gerhard Böhme und Stephan Leibfried machen in diesem Zusammenhang deutlich, daß die zahlreichen Gesetze, die auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung nach und nach geschaffen worden sind, die jeweils mehr oder weniger verspätete Reaktion auf eine bereits abgeschlossene konjunkturelle Situation waren — ein Handicap, welches die regulierende Steuerung des Arbeitsmarkts unmöglich macht. Klaus-Martin Groth weist nach, daß die Krise der Sozialversicherungen weder über Beitragserhöhungen noch über Leistungsminderungen gelöst werden kann, da solche Maßnahmen einen großen Teil der Versicherten so hart treffen würde, daß sie Sozialhilfe beanspruchen müßten — womit nur eine Verschiebung der Probleme stattfinden würde. Für Groth steht deshalb fest, daß „für den Fortgang der kapitalistischen Produktion auf Dauer eine ‘Rationalisierung’ des gesamten Systems unumgänglich ist.“/3/ Wie eine solche Rationalisierung konkret auszusehen hätte, teilt er dem Leser allerdings nicht mit. Er hält es aber für seine Aufgabe, einem Bewußtseinsdefizit in der akademischen Linken abzu helfen, die noch immer „das Zentrum des Emanzipationskampfes der abhängig Beschäftigten im Tarifkonflikt und im Kampf um die Macht über Polizei und Armee“/1/ sieht, derweil sich die betroffenen Massen von den demagogischen Parolen der CDU/CSU einwickeln lassen. „Wenn diese Arbeiter und Angestellten organisiert *beginnen*, über tarif- und sozialpolitische Forderungen ihr Reproduktionsniveau zu verteidigen“/10/, wird die Regierung einige Schwierigkeiten mehr bekommen. Groth übersieht, daß es längst nicht mehr um einen *Beginn* des organisierten Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Abbau der sozialen Errungenschaften gehen kann — dieser Kampf ist

vielmehr in vollem Gange und drückt sich seit der letzten Krise in den in immer massiverer Form gestellten Forderungen der Gewerkschaften aus. Eine genauere Betrachtung der gegenwärtig vor unseren Augen stattfindenden Klassenkämpfe könnte nicht nur für die akademische Linke sondern auch für Groth ein Ansatz sein, über das reine Konstatieren von Schwierigkeiten und das abstrakte Beschwören eines organisierten Kampfes der Arbeiterklasse hinauszukommen.

Die rapide Demontage demokratischer und sozialer Errungenschaften wird des weiteren dokumentiert in einem Artikel zur Verschärfung des Asylrechts (Knuth Dohse), einer Anmerkung von Rainer Erd zu einem Urteil des Kammergerichts Berlin zur gewerkschaftlichen Verbandsautonomie und dem Abdruck einer Reihe von Gerichtsurteilen, die sich unter anderem mit der Einstellung staatlicher Förderung linker Jugendverbände und dem Thema Berufsverbote befassen. Sehr informativ ist der Artikel von Ingo Müller über die Entwicklung der Strafprozeßordnung seit ihrer Verkündung im Jahre 1877. Müller macht deutlich, wie das einstige Reformwerk im Verlauf der letzten 100 Jahre bis auf einige kurze Liberalisierungsperioden kontinuierlich zu Lasten des Beschuldigten und seiner Verteidigungsrechte abgebaut wurde, wobei die jüngsten Gesetzesänderungen — abgesehen von der Zeit der Hitlerdiktatur — einen vorläufigen Höhepunkt darstellen. Warum sich die Redaktion der Kritischen Justiz gerade für den Abdruck dieses Artikels rechtfertigen zu müssen glaubt, bleibt unverständlich. Ein Teil der Redaktion hält den Aufsatz für „insofern problematisch, als die Veränderung des rechtlichen Normgefüges von ihrem jeweiligen sozialhistorischen Entstehungs- und Funktionszusammenhangs losgelöst betrachtet und der innere Zusammenhang der historischen Prozesse vordergründig durch die juristische Systematik der untersuchten Rechtsgebiete selbst . . . bestimmt wird.“/Vgl. redaktionelle Anmerkung S. 11/ Derartige ideologische Bauchschmerzen wären gegenüber so abgehobenen Artikeln wie „Sozialpsychologische Aspekte der Wirtschaftskriminalität“ (Knuth Engelhardt) und „Angst im Rechtsstaat“ (Günter Frankenberg) angebrachter gewesen.

Sammelsurium

Ihrem editorischen Prinzip gemäß, einer Reihe von Schwerpunktthemen in den einzelnen Heften möglichst gleichmäßig gerecht zu werden, findet sich der Leser der Hefte 1/2/78 mit einer unstrukturierten Vielfalt konfrontiert. Die politologische Diskussion, die zwar an aktuellen Prozessen orientiert ist, aber politisch unverbindlich bleibt, da keine konkreten Orientierungen gegeben werden, dreht sich auch hier um die Themen: Gewerkschaften, Außenpolitik, Abrüstung, Hochschule, Entwicklung der SPD und die durchaus wichtigste Frage der Faschismusdiskussion.

Die Artikel von Bredthauer „Zurück in die fünfziger Jahre?“ (2/78) und Beining/Butterwege u.a. über „Die Jungsozialisten und den Stamokap-Streit in der SPD“ (1/78) nähren einmal mehr die Illusion über die Möglichkeiten sozialdemokratischer Politik und gipfeln in konsequenter Außerachtlassung materialistischer Analysen der realen gesellschaftlichen Entwicklung in einem gutgemeinten Appell an die zur Erneuerung bereiten Kräfte. Während Bredthauer das Dilemma der sozialliberalen Koalition, nämlich den Forderungen ihrer sozialen Basis und des Großkapitals gleichzeitig nachkommen zu müssen, auf schlichte Weise zu lösen weiß, indem er aufzeigt, daß die sozial-liberale Regierung im wohlverstandenen Eigeninteresse bei Strafe des Existenzverlustes sich den „vielfach anwachsenden realen

Blätter für deutsche und internationale Politik

sozialen und demokratischen Bewegungen“/164/ öffnen muß, versuchen Beining u.a. dem arg an die Wand gedrückten Häuflein der Linken in der SPD Mut zuzusprechen. Aktueller Anlaß war der Juso-Kongreß in Hofheim, dem die Autoren die dringende Forderung nach einer Neuorientierung gegenüber dem zu erwartenden Personen- und Stimmengerangel mit auf den Weg geben

wollen. Angesichts der Rechtsentwicklung der SPD im Zuge der Wirtschaftskrise und dem damit einhergehenden innerparteilichen Druck scheint den Autoren wirksamer Widerstand nur möglich zu sein, wenn die Fraktionsauseinandersetzungen der drei Richtungsgruppierungen innerhalb der Jusos beendet werden und zu einem gemeinsamen geschlossenen Handeln gefunden wird. Als Bezugspunkt für eine vereinheitlichte und weitertreibende Positionsbestimmung wird das 1971 (!) entstandene Hamburger Strategiepapier hervorgekramt. Die nachfolgende Dokumentation der darüber stattgehabten Diskussion zeigt, daß es mit dem bloßen Postulat eines Bündnisses der innerparteilichen Linksgruppierungen nicht getan ist und daß die These, „die Unschärfe und die Stagnation in der Entwicklung des jungsozialistischen Stamokap-Ansatzes (haben) ihre wesentliche Ursache in den verbandsinternen Auseinandersetzungen mit konkurrierenden theoretischen Auffassungen“/65/ entschieden zu kurz gegriffen ist. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte: der Bundeskongreß hat ihn geliefert.

Zum Schwerpunkt ‘Gewerkschaften’ wird die Diskussion um ausländische Gewerkschaftsbewegungen mit einem Artikel von Gert Meyer „Aufgaben der sowjetischen Gewerkschaften“ (1/78) fortgesetzt. In dem Beitrag werden die drei Schwerpunkte gewerkschaftlicher Arbeit in der Sowjetunion beschrieben: die Produktions-, Planungs- und Leitungsaufgaben, mithin die Teilnahme der Gewerkschaften an Organisation und Entwicklung einer Produktion, die den materiellen Interessen der Werktätigen nicht entgegensteht, weiter die Verteidigung und Kontrolle der Arbeitsschutzbestimmungen wie Leistungsnormen, Tarifsätze, Entlassungen, Einteilung in Qualifikationsgruppen, Sozialversicherung etc. Durch diese Kontrolltätigkeit erhalten die Gewerkschaftsmitglieder auch Einblick in die betrieblichen Arbeits- und Entscheidungsabläufe und qualifizierten sich, selber Leitungsfunktionen zu übernehmen. Hiermit ist bereits auf das dritte Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften verwiesen: die Bildungs- und Kulturarbeit zur Entwicklung kultureller und schöpferischer Vereinigungen, die die Selbsttätigkeit fördern sollen (allgemeine und berufliche Qualifikation). Damit sollen die sozialökonomischen Unterschiede abgebaut und Elemente einer sozialistischen Le-

bensweise ermöglicht werden. Die Darstellung der gewerkschaftlichen Arbeit in der Sowjetunion ist eindrucksvoll, zumal der Autor auch die vorhandenen Schwachstellen nicht verschweigt. Allerdings muß er sich die Frage stellen lassen, inwieweit die weitreichenden Kompetenzen der Gewerkschaften von diesen auch wirklich wahrgenommen werden, bzw. wie sie sich umsetzen, zumal er selbst Spannungen zwischen der Aufgabe der Förderung der Produktion und der konsequenten Interessenvertretung konstatiert. Wieweit die Intention Lenins, die Gewerkschaften sollten einem „Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen“/94 f./ Paroli bieten, realisiert werden kann, bleibt ausgespart.

Die Auseinandersetzung mit der zunehmenden Aktivität der Rechtskräfte wird in Heft 2/78 im Beitrag von Petzold „War Hitler ein Reaktionsär?“ aufgenommen. Wer allerdings einen Ansatz

zur Einschätzung der realen Entwicklung und politischen Orientierung erwartete, sieht sich gründlich getäuscht. Petzold geht es um die Verteidigung der Faschismusdefinition der Kommunistischen Internationale: nämlich als Herrschaftsform „der reaktionärsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“/191/. Er bemüht sich nach Kräften, die soziale Basis, die der Faschismus aufgrund der Widersprüche der Gesellschaftsstruktur im Kleinbürgertum fand, wegzudiskutieren. Die Borniertheit dieses Standpunktes erweist sich da, wo bestimmte Erscheinungen wie Massenloyalität — als Ergebnis des Anknüpfens faschistischer Politik an realen Bewußtseinsstrukturen — nicht mehr erklärt werden kann. Dem Autor ist zuzustimmen, daß die Frage, wie der Faschismus theoretisch zu fassen ist, eine wichtige Rolle in den Auseinandersetzungen spielen wird. Einen hilfreichen Beitrag dazu hat er allerdings nicht geleistet.

Monopoli

Ist die Verankerung des Christentums in der Arbeiterbewegung ein gewichtiges Problem, das sich in der BRD einer Politik der Aktionseinheit entgegenstellt? Darüber wird in Heft 6/77 der Marxistischen Blätter fruchtlos räsoniert, denn jeder Bezug auf die tatsächliche Struktur der westdeutschen Arbeiterklasse und deren politische und ideologische Ausdrucksformen fehlt.

In Heft 1/78 werden aktuelle Fragen sozialistischer Politik verhandelt: die gesetzlichen Hindernisse zur Etablierung eines neuen Typs gesellschaftlicher Entwicklung sind gegenwärtig größer geworden. Wie sind die Widerstände präzise zu bestimmen, die sich einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik entgegenstellen? Dazu nichts neues von den Autoren der Marxistischen Blätter:

In ihrer Einschätzung der Klassenkräfte gehen sie davon aus, daß in der BRD ein tiefer Gegensatz klappt zwischen einer winzigen Gruppe von Monopolkapitalisten auf der einen Seite und der überwiegenden Mehrheit des Volkes auf der anderen Seite. Abgesehen davon, daß dunkel

bleibt, wer die Repräsentanten dieser kleinen Gruppe sind und welche Teile des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sie kontrollieren, steht diese Einschätzung der Klassenströmungen unvermittelt zu dem politischen Spektrum in der BRD. Ein großer Teil der Bevölkerung stellt die Hegemonie der Bourgeoisie nicht in Frage: dieser Teil sieht sich von Parteien repräsentiert, deren gegenwärtige Hauptaktivität darin besteht, die gesetzlichen und außergesetzlichen Schranken für eine legale Transformation der bürgerlichen Gesellschaft zu einem anderen Entwicklungstyp zu erhöhen. Warum sind gerade die Kräfte, die eine Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung vertreten, eine verschwindende Minderheit, warum setzt selbst die Arbeiterklasse in ihrer überwältigenden Mehrheit noch immer auf die Sozialdemokratie? Solange bürgerliche Manipulation und rechts-sozialdemokratische Politik als Erklärung für das gegenwärtige politische Spektrum in der BRD erhalten müssen, wird kaum jemand von der Notwendigkeit einer Veränderung dieses Spektrums zu

überzeugen sein. Daß die Charakterisierung der Klassenkräfte in der BRD auf eine unzureichende Fassung der ökonomischen Verhältnisse in der BRD zurückgeht, offenbart Heft 2/78.

Mehr als 3 Jahre über eine Million Arbeitslose, trotz konjunkturellem Aufschwung in 1976 kaum Abbau der Massenarbeitslosigkeit: die Autoren der Marxistischen Blätter sind sich darin einig, daß die reale gesellschaftliche Situation nicht mehr dem spezifischen Rhythmus des industriellen Zyklus der BRD entspricht. Die auf Basis einer rückläufigen Akkumulation auftretenden wirtschaftlichen Probleme werden kurzerhand als Ausdruck überzyklischer stagnativer Einflüsse interpretiert./vgl. S. 15; S. 39/ Ursache und Wirkung werden verwechselt.

Zwei Faktoren werden für die „stagnative Überlagerung der 'normalen' zyklischen Entwicklung“ /40/ verantwortlich gemacht: monopolistische Profitzentralisierung und kapitalistische Rationalisierung. Nun wird niemand bestreiten, daß in den letzten Jahren die Produktionsweise in erheblichem Umfang umgewälzt wurde, in weiten Bereichen neue Technologien eingesetzt werden, mit deren Hilfe die gleiche oder eine zumeist auch absolut verminderte Beschäftigtenzahl ein vergrößertes Produkt herstellen kann. Hinzu kommen die massiven Umwälzungen im Handel und den privaten Verwaltungen. Von einer neuen Entwicklung kann allerdings keine Rede sein. Der Unterschied gegenüber den Zeiten überschäu-

MARXISTISCHE BLÄTTER

mender Akkumulation und hoher Beschäftigung liegt darin, daß zuwenig akkumuliert wird, um die ganze arbeitsfähige Bevölkerung zu beschäftigen. Diese „Investitionshemmung“ zeigt sich nun auch darin, daß die Bedeutung von Ersatz und Rationalisierung innerhalb des Fonds für Ersatz und Akkumulation von fixem Kapital gegenüber der Erweiterung relativ zunimmt. Aber nur, weil die Erweiterung abnimmt, also der Gesamtumfang der Akkumulation zurückgeht.

Der Umschlag in der Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals mit dem 6. Nach-

kriegszyklus kann mit „monopolistischer Profitzentralisierung“ allerdings nicht erklärt werden. Der These von der monopolistischen Strategie der Abschnürung des Inneren Marktes/vgl. 16 f./ liegt die Vorstellung zugrunde, daß die zurückgehaltenen Gewinne entweder im Kapitalexport stecken, in Devisen- oder Spekulationsgewinne fließen oder zum Ankauf nicht-monopolisierter Unternehmen (trotz deren schlechter Ertragslage) angelegt werden/vgl. S. 41/. Aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß wird danach von Jahr zu Jahr eine bestimmte Summe abgezweigt, die mit dem weiteren Verlauf der nationalen Reproduktion nichts zu tun hat. Abgesehen davon, daß diese These durch nichts belegt wird, bleibt es ein Geheimnis der Autoren, wieso überhaupt noch Reproduktion in dem in der BRD vorhandenen Ausmaß stattfindet.

Gegen die Verschärfung der Krisenprozesse wird eine Ausweitung des Staatssektors gepaart mit einer für die arbeitende Bevölkerung sinnvollen Ausgabenpolitik gesetzt./vgl. S. 58ff./ Mit diesen Maßnahmen lassen sich sicher die Arbeitslosigkeit teilweise abbauen, bzw. bremsen und die Lebenslage der Arbeiterklasse kurzfristig stabilisieren. Eine Stabilisierung der ökonomischen Entwicklung mit antizyklischer Konjunkturpolitik erreichen zu wollen, ist allerdings eine optimistische Einschätzung des gegenwärtigen Entwicklungsgrads der sozialen Antagonismen in der BRD. Man muß nicht gleich ein „schematisches oder unterentwickeltes Verständnis der Marx-schen Theorie“/S. 62/ besitzen, um den Spielraum für zeitweilige kompensatorische Staatsverschuldung auch für die BRD als zunehmend eingeengt zu sehen. Daß die Funktionäre des Staates ihre Revenuen vermittelst ihrer gesellschaftlichen Funktion beziehen, kann offensichtlich auch Marxisten hinter's Licht führen und diese Funktionen als die Originalquellen dieser Revenuen auffassen lassen/vgl. S. 62/. Wo aber die Unterscheidung von primären und sekundären Revenuen nicht mehr als Ausgangspunkt der Erfassung des Gesamtproduktionsprozesses des Kapitals fixiert werden kann, bleibt der behauptete Zusammenhang des Staates mit dem Akkumulations- und Reproduktionsprozeß des Kapitals/vgl. S. 59/ bloße Phrase.

SOPO

SOZIALISTISCHE POLITIK

Wissenschaftliche Zeitschrift für
marxistische Diskussion und
demokratischen Fortschritt

Vierteljährlich herausgegeben
in Berlin (West), 10. Jahrgang

Redaktion: Hans-Werner Franz, Pierre Franzen, Bernhard Heidtmann, Robert Katzenstein, Hella Stern, Hans-Jürgen Weißbach, **Redaktionsleitung:** Bernhard Heidtmann und Robert Katzenstein, **Wissenschaftlicher Beirat:** Kurt Bayertz (Köln), Roy Bhaskar (Edinburgh), Hans Jochen Brauns (Berlin-West), Werner Goldschmidt (Hamburg), Hans Heinz Holz (Marburg), Klaus Holzkamp (Berlin-West), Jörg Hufschmid (Bremen), Uffe Juul Jensen (Aarhus), Hans Jürgen Krysmanski (Münster), Dieter Läßle (Amsterdam), Gert Mattenklott (Marburg/Berlin-West), Alessandro Mazzone (Rom), Michael Nerlich (Berlin-West), Rainer Rilling (Marburg), Hans Jörg Sandkühler (Bremen), Enrique Semo (Mexiko), Heinz Wagner (Berlin-West).

Die SOPO nimmt teil an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, die von der mit der Arbeiterbewegung verbundenen Intelligenz in einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen und zu Fragen sozialistischer Politik kontinuierlich geführt wird.

Die Orientierung auf breite wissenschaftliche Diskussion ist nicht zu trennen von breiter, wissenschaftlich ausgewiesener Erörterung unterschiedlich organisierter und ideologisch kontroverser Positionen.

ausschneiden und einsenden an
verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Preis des Einzelheftes DM 9,80
Jahresabo (4 Hefte + Porto) DM 36,00

SOPO 44

Juni 1978

R. Geffken: **Gewerkschaften und Arbeitsrecht**

M. Ellwardt: **Sozialdemokratie**

Ch. Butterwegge: **Gramsci-Rezeption in der BRD**

H.W. Franz, S. Tovar: **Spanien im Übergang**

W. Schwarz, R. Katzenstein: **Zum Transformationsproblem**

R. Bayreuther: **Thesen zur Inflation**

J. Huss: **Automation und Sozialismus**

H.H. Holz: **Bloch für den Marxismus**

V. Gransow: **IMSF-Kulturrkongreß**

SOPO 43

W. Goldschmidt, R. Katzenstein, N. Steinborn: **Zur Lage in Frankreich**

H. Peter: **Monopol und Planung**

B. Gransow, V. Gransow: **Lenin zu Bucharin**

H.-J. Rheinberger: **Anti-Dühring**

A. Mazzone: **Kapitalfetischismus (III)**

V. Bader: **Staatsideologie**

H.-J. Weissbach: **Arbeitslosigkeit**

Th. Malsch: **Arbeiterbewußtsein**

Gramsci-Kongreß

Literaturberichte

SOPO 42

P. Dammerow, P. Furth, B. Heidtmann, W. Lefèvre: **Probleme der materialist. Dialektik**

P. Ruben: **Kapitallogik**

A. Mazzone: **Kapitalfetischismus (I)**

W.R. Beyer: **Menschenrechte bei Hegel**

Rilling: **Arbeitsbedingungen in der DDR (zu Prokla 27)**

W. Goldschmidt:

W. Goldschmidt: **Sozialismus und Demokratie**

Ökonomie-Literaturberichte

Hiermit bestelle ich die SOPO für ein
Jahr (4 Hefte), beginnend mit Heft . . .

Name

Straße

PLZ/Ort

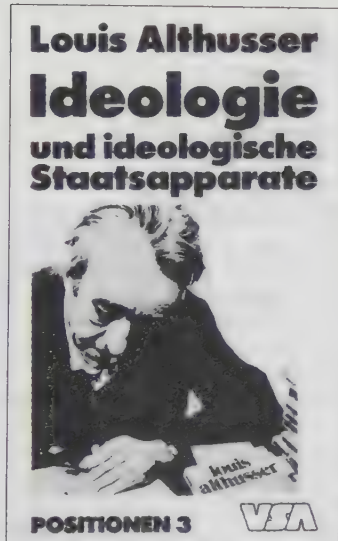
(Datum/Unterschrift)

Marxistische Theorie

VSA - Eiffeustraße 598, 2000 Hamburg 26 · Vertrieb: VSA, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin 36

Louis Althusser Elemente der Selbstkritik

Mit einem Vorwort von Peter Schöttler
112 Seiten; DM 8,-



174 Seiten; Paperback; DM 14,80

Horst Arenz/Joachim Bischoff/Urs Jaeggi (Hrsg.) Was ist revolutionärer Marxismus?

Kontroverse über Grundfragen revolutionärer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis; 190 Seiten; DM 14,-

Projekt Klassenanalyse LOUIS ALTHUSSER

Marxistische Kritik am Stalinismus?
176 Seiten; DM 12,-

Etienne Balibar Über die Diktatur des Proletariats

Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF; 176 Seiten; Paperback; DM 16,-

Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik Diskussion in der KPF

Mit Beiträgen u.a. von Lucien Seve, Francis Cohen, Waldeck Rochet, Christine Buci-Glucksmann, Nicole E. Thevenin, Dominique Lecourt, Etienne Balibar, Georges Labica; 196 Seiten; Paperback; DM 14,80

Shingo Shibata Revolution in der Philosophie

Der praktische Materialismus und seine Aufhebung; 176 S.; Paperback; DM 13,80

Luciano Gruppi GRAMSCI

Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats
176 Seiten; Paperback; DM 14,80



Projekt Klassenanalyse LENINISMUS – neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus?

Zum Verhältnis von Marxscher Theorie, Klassenanalyse und revolutionärer Taktik bei W. I. Lenin; 780 Seiten; DM 29,-; Studien zur Klassenanalyse 2

Agnes Heller Instinkt, Aggression, Charakter

Einleitung zu einer marxistischen Sozialanthropologie; 176 S.; Paperback; DM 13,80

Agnes Heller Theorie der Bedürfnisse bei Marx

Mit einem Vorwort von Pier Aldo Rovatti
150 Seiten; Paperback; DM 12,80

Joachim Bischoff Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff

Über wissenschaftliche Dialektik
346 Seiten; DM 18,-

Projektgruppe Entwicklung des Marxschen Systems Der 4. Band des „Kapital“?

Kommentar zu den „Theorien über den Mehrwert“; 680 Seiten; DM 23,-

Bücher

Grundsatzprogrammdiskussion im DGB

Angesichts der zunehmenden Verschärfung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der BRD versucht Rolf Seitzzahl in seinem Beitrag zur aktuellen gewerkschaftlichen Theoriediskussion „einige Grundlagen und Grundfeststellungen zusammenzutragen, um so zur Standortbestimmung und zur Ortung des Selbstverständnisses der Gewerkschaften beizusteuern.“/12/ Mit wachsender Besorgnis registrieren die Gewerkschaften die gegenwärtige Verunsicherung in den Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängigen Massen, stehen sie „vor dem für sie ebenso wie für die gesamte Bevölkerung problematischen Phänomen anhaltend hoher Arbeitslosigkeit.“/11/ Während die Unternehmer mit verschärftem Leistungsdruck, Disziplinierung und Reallohnsenkung die Krise des marktwirtschaftlichen Ordnungssystems auf dem Rücken der arbeitenden Klassen zu bewältigen suchen, werden in den Reihen der Gewerkschaften Forderungen nach einer diesen veränderten Tatsachen Rechnung tragenden Neuorientierung gewerkschaftlicher Gegenmacht laut.

Die Entwicklung der ökonomischen Basis, die fortwährende Anhäufung neuer sozialer Tatsachen und die Umgestaltung der gesellschaftlichen Bedingungen des Reproduktionsprozesses in der Bundesrepublik geben dem Deutschen Gewerkschaftsbund zum zweiten Mal in seiner Geschichte Anlaß zur Neuformulierung seines Grundsatzprogramms. Unter dem Eindruck des Versagens des marktwirtschaftlichen Systems, der von den Großkonzernen gestützten Entwicklung hin zum faschistischen Terrorsystem und von Massenarbeitslosigkeit und Massenelend in der Nachkriegszeit waren die Gewerkschaften 1949 noch der Meinung, soziale Gerechtigkeit sei allein durch eine grundlegende Neuordnung der Wirt-

schaft, ihre Demokratisierung durch eine zentrale wirtschaftliche Planung zu erreichen. Diese auf ein sozialistisches Endziel gerichtete Programmatik der Gewerkschaften erfährt durch den ungeheuren Aufschwung der Produktion des materiellen Reichtums, zu welchem das kapitalistische Produktionssystem infolge einer enormen Ausdehnung der Stufenleiter der Akkumulation in der Folgezeit fähig ist, im Düsseldorfer Grundsatzprogramm 1963 eine gründliche Korrektur. Infolge der für die Lohnarbeiter günstigen Akkumulationsbedingungen gelingt es den Gewerkschaften den Lebensstandard der Lohnarbeiter auf ein bis dahin unbekanntes Niveau zu heben und ihr Abhängigkeitsverhältnis vom Kapital weitgehend in erträgliche und liberale Formen zu kleiden. Diese von den Gewerkschaften errungenen Verbesserungen in den Arbeits- und Lebensumständen der Arbeiterklasse bilden zugleich aber auch die Basis, auf der sich die Reintegration der Gewerkschaften in bürgerliche Wertorientierungen vollzieht.

Rolf Seitzzahl, Gewerkschaften zwischen Kooperation und Konflikt – Von einer quantitativen Tariflohnpolitik zur umfassenden Verteilungspolitik
Frankfurt/Köln 1976, EVA, 158 S.

Die Veränderung in der ökonomischen Entwicklung der BRD-Wirtschaft bringt die Gewerkschaften auf den Boden der wirklichen Tatsachen zurück. Die von den Unternehmern und bürgerlichen Parteien einstmals als Erfolge der „sozialen Marktwirtschaft“ gepriesenen Errungenschaften der Arbeiterklasse werden jetzt als Hindernisse zur Bewältigung der ökonomischen Krise denunziert. Angriffe auf den sozialen Be-

sitzstand der Arbeiterklasse mit dem Ziel, die „Auswüchse“ gewerkschaftlicher Politik zu beseitigen, bringen die Gewerkschaften in die Defensive. Zunehmend in einen Abwehrkampf getrieben gegen die Versuche des Kapitals und seinen Helfeshelfern, durch Beschneidung des einkommens- und sozialpolitischen Terrains der arbeitenden Klassen zu stabilen ökonomischen Verhältnissen zurückzufinden, wird die Schutzfunktion der Gewerkschaften vor den sozialen Übeln des kapitalistischen Systems für die Lohnarbeiter wichtiger denn je. Es sind diese veränderten Anforderungen an die Gewerkschaften, die den Hintergrund bilden, vor dem die „DGB-Grundsatzprogrammdiskussion“ innerhalb der Gewerkschaften geführt wird.

In der Sicherung der Einheit und Geschlossenheit aller gewerkschaftlichen Kräfte erblickt Seitzzahl die entscheidenden Grundlagen und Voraussetzungen aller zu ergreifenden Mittel und Maßnahmen, um den Versuchen der Unternehmer und ihrer Verbände, den Einfluß der Gewerkschaften im ökonomischen und sozialen Leben der BRD zurückzudrängen, erfolgreich Paroli zu bieten. Um dem wachsenden Druck des Kapitals auf die Reproduktionsbedingungen der Lohnarbeiter standhalten zu können, haben die Gewerkschaften durch die Stärkung und Festigung ihres Prinzips der Einheitsgewerkschaft die Solidarität aller gewerkschaftlichen Kräfte sicherzustellen und durch eine einheitliche Politik in der Bewältigung der gegenwärtigen sozialen Probleme zum Ausdruck zu bringen. All jene linkssozialistischen Gruppen, die den Gewerkschaften einen unzureichenden Gebrauch ihres realen Machtpotentials vorwerfen und mithin ihre Politik als Verrat an der Sache der proletarischen Bewegung bejammern, sind de facto Versuche der Schwächung der Widerstandskraft der Gewerkschaften

Gilt den Vertretern linksradikaler Strömungen die konzertierte Aktion als schlagendster Ausdruck einer Politik, durch die die Gewerkschaften „vollends und endgültig vom kapitalistischen Staat bestochen und vereinnahmt worden sind“/13/, so hält auch Seitzzahl nicht an dieser Form der Auseinandersetzung mit dem Kapital fest. Angesichts der „für die Bundesrepublik neuartigen Erfahrung stärkerer Arbeitslosigkeit“/82/ und einer nicht zu übersehenden Verschlechterung der Einkommen der lohnabhängigen Massen gelangt er vielmehr zu der Einschätzung, daß kein Zweifel daran gelassen werden darf, daß sich

die von der Mehrzahl der Gewerkschaftsspitzen in die konzertierte Aktion gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt haben. Hingegen zielen aber all jene Auffassungen an den wirklichen Machtverhältnissen in der BRD vorbei, die aus diesem Scheitern umgekehrt den Schluß ziehen, die offizielle Gewerkschaftspolitik hätte durch ihre Teilnahme an der konzertierten Aktion die Verschlechterungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnarbeiter erst ermöglicht und damit die Arbeiterbewegung der Kapitalbewegung ausgeliefert. Die Bemühungen der Sozialpartner um einen gerechten Interessenausgleich, so hebt Seitzzahl hervor, sind vielmehr an der übermächtigen Kraft des Kapitals gescheitert.

Diese Überlegenheit der Unternehmer führt Seitzzahl auf grundlegende Strukturmerkmale der kapitalistischen Gesellschaft zurück. Durch die Monopolisierung aller Produktions- und Lebensmittel auf Seiten des Kapitals und dem daraus resultierenden Zwang zum Verkauf ihrer Arbeitskraft auf Seiten der Lohnarbeit „befinden sich (die Gewerkschaften) hinsichtlich der Tarifpolitik (mit oder ohne konzentrierter Aktion) in einer meist mißlichen Position.“/31/ Die Verhandlungsposition der Gewerkschaften ist im wesentlichen von „aktuelle(n) wirtschaftliche(n) Lagen und Konjunkturbewegungen“/49/ abhängig. Mit dem Eigentum an den Produktionsmitteln und der Entscheidungsfreiheit über die Investitionen besitzen die Unternehmer nicht nur die Schalthebel für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung, sondern zugleich gesellschaftspolitische Machtmittel, welche ihnen erlauben, die jeweiligen Konjunkturlagen zur Durchsetzung ihrer Interessen zu nutzen.

Gelingt es Seitzzahl deutlich zu machen, daß das von linkskommunistischer Seite „als realistisch unterstellte Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit“/131/ auf einer Verkennung der wirklichen Kräfteverhältnisse in der BRD beruht, so bleibt dennoch seine Kritik an diesen Positionen insoweit unzulänglich, als er ihren gewerkschaftsfeindlichen Charakter nicht herauszuspüren vermag. Die auf die Spaltung der gewerkschaftlichen Kräfte orientierende Manier kleinbürgerlicher Sozialisten ist als „etwas freischwebende Tendenz aus dem Universitätsbereich“/13/ mitnichten ausreichend kritisiert.

Mit seiner grundsätzlichen Charakterisierung der ökonomischen und sozialen Machtverhältnisse in der BRD macht Seitzzahl nichtsdestoweni-

ger auf einen zentralen Mangel der bisherigen Politik der Gewerkschaften aufmerksam. Denn nach wie vor steht die Verwirklichung einer Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse im Sinne einer vollständigen Emanzipation der Lohnarbeiter in der Bundesrepublik aus. Im Düsseldorfer Programm sind die Richtlinien der gewerkschaftlichen Politik nicht nur auf die Absicherung der materiellen Interessen der Lohnarbeiter, sondern auch auf die schrittweise Durchsetzung ihrer ökonomischen und sozialen Gleichstellung im Leben der Bundesrepublik festgelegt. In der Unterstützung der gestalterischen Funktion des bürgerlichen Staates, der Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit mittels sozialer Reformen, sehen die Gewerkschaften bisher die geeigneten Mittel und Maßnahmen, auf eine Veränderung der grundlegenden Ausgangsbedingungen im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital hinzuwirken und das real existierende ökonomische und soziale Machtgefälle sukzessive zu beseitigen.

Dabei konnten die Gewerkschaften bisher auf die Unterstützung fortschrittlicher Kräfte in Parlament und Parteien rechnen. Vor allem die Sozialdemokratie galt ihnen als Garant des sozialen Fortschritts. Doch vor dem Hintergrund der für die BRD längsten und tiefsten Wirtschaftskrise blättert nun das Etikett „sozial“ vom Firmenschild der Marktwirtschaft ab. Trotz der in den Prosperitätsphasen der BRD-Ökonomie errungenen Erfolge der Gewerkschaften mit einem unverkennbaren Anstieg des Lebensstandards der arbeitenden Klassen ist die Politik der Sozialdemokratie im Kampf gegen die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft gescheitert. Mit den zur Überwindung der Störungen im wirtschaftlichen Ordnungsgefüge eingeleiteten Angriffen auf den sozialen Besitzstand der Arbeiterklasse tritt der wahre Charakter der „sozialen Marktwirtschaft“ zu Tage.

Seitenzahl muß weiter konstatieren, daß infolge der gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Erschütterungen in der BRD das politische Kräfteverhältnis blockiert ist. Die sozialen Reformen sind ins Stocken geraten. Blieben vordem alle Versuche der Demokratisierung weitgehend im bloßen „wirtschaftspolitischen Hindurchwurstel (n) unter dem global steuerungspolitischen Dogma einer rein arbeitnehmernachfrageinduzierten Inflationserklärung“/20/ stecken, so ist gegenwärtig eher zu befürchten, daß selbst die enge tarifpolitische Gasse der Gewerkschaften „vol-

lends zur Sackgasse wird, wenn der Staat über kurz oder lang . . . auch formell-offiziell die Ebene der wirtschaftspolitischen Globalsteuerung verläßt und sich einer gewissen 'Imperativisierung' einer verstärkten Befehlsform der Planung in marktwirtschaftlich-kapitalistischer Manier zuneigt.“/36/ Diese Tendenz deutet sich in den von der Bundesregierung vorgelegten Orientierungsdaten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schon an.

Das Vertrauen der Gewerkschaften in die Politik der Sozialdemokratie ist angesichts dieser Tatsachen aufs empfindlichste belastet. Im unterschiedlichen Gehalt ihrer Vorstellungen zur Mitbestimmung, Vermögensbildung etc. findet diese Einschätzung ihre Bestätigung. Die Sozialdemokratie hat abgewirtschaftet. Sie ist weder in der Lage, die Position der Lohnarbeiter im System der kapitalistischen Produktion positiv auszubauen noch einen Rechtsrutsch in der politischen Entwicklung der BRD zu verhindern.

Nach Seitenzahl's Meinung haben die Gewerkschaften den Veränderungen im politischen Raum, der Verschiebung der politischen Kräfte zugunsten des Kapitals und seinen Repräsentanten nichts entgegenzusetzen. Unter Berücksichtigung der gegebenen Bewußtseinsstruktur der lohnabhängigen Massen sieht er keine Möglichkeiten, Bewegungen im politischen Raum hin zu einer Öffnung für die Interessen der arbeitenden Klassen in Gang zu setzen. Die Kollisionen der gewerkschaftspolitischen Vorstellungen mit der in Regierungsverantwortung betriebenen Politik der Sozialdemokratie sind für ihn daher auch kein Grund, durch massiven Druck auf die politischen Institutionen die Durchsetzung ihrer Forderungen zu erzwingen.

Die unterstellte Einflußlosigkeit der Gewerkschaften auf die politische Verlaufsform der BRD ist für Seitenzahl jedoch kein Grund zur Resignation. Auch unter diesen veränderten politischen Kräfteverhältnissen besitzen die Gewerkschaften seiner Meinung nach ausreichende Möglichkeiten, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnarbeiter vor den Angriffen des Kapitals zu schützen. Den Pessimismus hinsichtlich der politischen Entwicklungsmöglichkeiten der arbeitenden Klassen teilt er keineswegs für ihre Bereitschaft, ihre Stellung im ökonomischen Leben selbst aktiv zu verteidigen und auszubauen. Er sieht die Aufgabe der Gewerkschaften gegenwärtig darin, die Lohnarbeiter mit einem Katalog

verschiedener Forderungen an Ziele heranzuführen, die ihre Position im kapitalistischen Produktionssystem wesentlich verbessern und damit zugleich ihre Bereitschaft befördern, diese auch politisch durchzusetzen.

Auf Basis dieser Einschätzung brauchen sich die Gewerkschaften angesichts der ins Stocken geratenen Reformen auch nicht geschlagen zu geben. Am „nunmehrigen Ende der Wachstums- und Vergeudungseuphorie“/65/ werden sie nur zur Korrektur ihrer Durchsetzungsstrategien gezwungen. Um die sozialen Kräfte der Lohnarbeit in Bewegung zu bringen, empfiehlt Seitenzahl den Gewerkschaften gegenwärtig das Gewicht bei der Regelung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit auf den Tarifvertrag zu verlagern und dieser „heute wichtigsten Form einer echten paritätischen Mitbestimmung . . . einen unabdingbaren Vorrang vor dem Gesetz zu sichern.“/75/ Aussicht auf Erfolg hat diese Strategie aber nur, wenn den „Koalitionen ein möglichst großes Maß an Freiheit“/75/ gesichert wird, „der Staat hier möglichst zugunsten der Arbeitsmarktparteien“/75/ zurücktritt. Wenn heute „die Gewerkschaften (wieder) den tarifvertraglichen Weg zwecks Ordnung des Arbeits- und Wirtschaftslebens stärker beschreiten (wollen), so ist das nicht der Weg zum Gewerkschaftsstaat.“/75/ Seitenzahl betont, daß sich die Gewerkschaften damit auf eindeutig legalen Terrain bewegen. Die verfassungsrechtliche Garantie der Koalitionsfreiheit sichert den Gewerkschaften durch die Tarifautonomie nicht nur einen Kernbereich zur Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, der gegenüber jedem staatlichen Eingriff geschützt ist, sondern gewährt ihnen darüberhinaus Betätigungsfelder, in denen „zwischen staatlicher Gesetzgebung und tarifautonomer Vereinbarungsbefugnis grundsätzlich ein Verhältnis der konkurrierenden Zuständigkeit (besteht).“/136/ In diesem „weitgehend handlungsautonom zugängliche(n) und selbst zu bestimmende(n) Konkurrenzraum zwischen Tarifvertrag und Gesetz“/74/ entdeckt Seitenzahl den vermeintlich rettenden Ausweg, um auch unter veränderten ökonomischen und sozialen Bedingungen die Position der Lohnarbeiter im ökonomischen Leben zu verbessern.

Durch formale Kooperation mit den Unternehmen sollen die Gewerkschaften die wachsende Geschlossenheit der Unternehmer und ihrer Verbände aufbrechen, um hier ein paritätisches Vertrauensklima zu schaffen, das „überhaupt erst ge-

werkschaftliche Aktivitäten und Repräsentanz in neuen, bisher verschlossenen sozialen und gesellschaftlichen Bereichen und Betrieben“/86/ eröffnet. Zwar sieht Seitenzahl hier die Gefahr, daß die Gewerkschaften „sich eventuell fälschlicherweise den Vorwurf einer gesellschaftsbezogenen Harmoniegläubigkeit und eines Fehlgläubens an ein soziales Kooperationsmodell auf sich“/130/ ziehen, sie sollen sich aber dennoch nicht beirren lassen, weiterhin „die Verbrüderung (zu wagen - d.V.), um dem Partner seine beherrschende Stellung abzupartnern, um die kritisierten vorherrschenden Wirtschafts-, Eigentums-, Macht- und Beeinflussungsformen . . . von innen zu relativieren, zu ändern, zu bezwingen.“/127/

Im Vertrauen auf den ökonomischen Aufschwung sind die Gewerkschaften nach Seitenzahl auch in der Lage zu verhindern, daß die sicher nicht bruchlose Wiederanknüpfung an die gewohnte Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung nicht zu Lasten der abhängig Beschäftigten geht. Eine mehr oder minder lange Durststrecke, welche die Gewerkschaften in der Verbesserung der Lebensumstände der Lohnarbeiter durchzumachen haben, ist der Preis, den sie für die Wiederbelebung der Wirtschaft als Voraussetzung und Grundlage einer Kräfteverschiebung im politischen Leben der BRD zugunsten der Lohnarbeiter zu zahlen haben.

Mit dieser den Gewerkschaften empfohlenen Atempause in der Beeinflussung der gesetzgebenden Körperschaften fällt Seitenzahl selbst hinter seine eigene Einschätzung der ökonomischen und sozialen Machtverhältnisse in der BRD zurück/vgl. S. 82/.

Daß er mit dieser gewerkschaftlichen Strategie keineswegs eine an den wirklichen Grundlagen der BRD-Entwicklung orientierte Einschätzung des Kräfteverhältnisses gegeben hat, spricht Seitenzahl selbst unbewußt noch aus, wenn er feststellt, daß das bundesdeutsche Gesellschaftssystem momentan nicht nur durch eine Blockierung der politischen Kräfte charakterisiert ist, sondern auch im ökonomischen Leben die Kräfte sich zuungunsten der Lohnarbeiter verschoben haben. Denn „nicht nur die Tariflohnsatzpolitik wird (durch die wirtschaftspolitische Globalsteuerung des Staates — d.V.) eingeengt, sondern auch diejenige Tarifpolitik im weiteren Sinne, die sich nicht auf die Lohn(satz)gestaltung bezieht, wird von vornherein als übermäßige gewerk-

schaftliche Machtgier, . . . als Marsch in den Gewerkschaftsstaat verteuft.“/135/

Hinter Seitzenzahls Plädoyer für eine zeitweise politische Abstinenz der Gewerkschaften verbirgt sich eine illusionäre Vorstellung über die Entwicklungsfähigkeit des kapitalistischen Gesellschaftssystems und den auf dieser Basis gegebenen tarifvertraglichen Möglichkeiten der Gewerkschaften zur Gestaltung des Arbeits- und Wirtschaftslebens. Wenn er den politischen Aspekt des Klassenkampfes gegenwärtig als untaugliches Mittel zur Interessensicherung der Lohnarbeiter einstuft, so nur auf der Grundlage, daß im ökonomischen Leben mittels der Gewerkschaften ein ausreichendes Gegengewicht zur Macht des Kapitals etabliert sei. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften auch juristisch als Faktum im ökonomischen Leben der Bundesrepublik anerkannt sind und die Vertragsbedingungen zwischen Kapital und Arbeit „formal gleichrangig mit den Arbeitgebern bzw. deren Verbänden“/49/ regeln, verkehrt sich bei ihm trotz der den Unternehmern in der Regel durch Staat und veröffentlichte Meinung zuteil werdenden Rückenstärkung letztlich durch eine doch herstellbare Neutralität des Staates zu einem nun auch vermeintlichen Gleichgewicht ihrer Kräfte.

Seitzenzahl sieht eben nicht, daß die im unaufhörlichen Ringen zwischen Kapital und Arbeit fixierten und festgelegten tarifvertraglichen Vereinbarungen stets Kompromisse sind, die durch das Kräfteverhältnis der beteiligten Vertragsparteien bestimmt werden. Sosehr es den Lohnarbeitern auch gelingt, sich mittels der Gewerkschaften auf gleichen Fuß mit dem Kapital zu stellen, so können die Arbeiterkoalitionen dennoch nicht verhindern, daß in Zeiten des schlechten Geschäftsganges die den Kapitalisten mühsam abgerungenen Konzessionen von diesen wieder zurückgenommen werden.

Durch die Vertiefung der sozialen Gegensätze geraten die Gewerkschaften zunehmend in die Defensive, ihre Aktionen werden mehr und mehr durch ihre Schutzfunktionen bestimmt. Um sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage zur Wehr zu setzen, haben sich die Gewerkschaften unter dem zunehmenden Druck der Unbeschäftigten auf die Beschäftigten zunächst gegen das sinkende Niveau der Reproduktionsfonds der Arbeiter zu wehren. Zugleich tritt aber auch in diesem Kampf gegen den Abbau der sozialen Erregenschaften um so deutlicher zu Tage, daß die

tarifvertraglichen Vereinbarungen der Gewerkschaften ihre Schranken an den Eingriffen in den Gestaltungsraum der Produktion und der Eigentumsverhältnisse finden.

In der Bewegung der kapitalistischen Akkumulation erweist sich aufgrund der mit ihr verbundenen Freisetzung von Arbeitskräften und der periodischen Arbeitslosigkeit großer Teile der Arbeiterklasse der Kapitalist im ökonomischen Leben der Gesellschaft als stärkerer Teil. An der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und der Gestaltungsfreiheit des Produktionsprozesses bricht sich die kollektive Kraft der Lohnarbeit. In diesen weniger liberalen Phasen der kapitalistischen Akkumulation wird um so deutlicher, daß selbst das assoziierte Zusammenstehen der Lohnarbeiter keineswegs ausreicht, um ihre Interessen langfristig abzusichern, diese selbst mittels ihrer Koalitionen in isolierten Kämpfen gegenüber einzelnen Kapitalisten nur zeitweilig durchzusetzen sind. Die in lokalen Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und einzelnen Kapitalisten geschlossenen Privatverträge reichen nicht aus, um gegenüber den Akkumulationsbedingungen des Kapitals langfristig die Sicherung ihrer minimalsten Reproduktionsbedingungen zu befestigen.

Die Aufrechterhaltung und Absicherung der minimalsten Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse können nur der gesamten Kapitalistenklasse abgerungen werden. Sie müssen in einer Form erfolgen, die allgemein zwingende Kraft besitzt, was unter den gegebenen Umständen nur durch allgemeine Gesetze geschehen kann, die die Gewerkschaften durch massiven Druck auf die legislative Einmischung erzwingen müssen.

Die juristische Fixierung der elementarsten Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse ist ein politischer Kampf, in dem die Gewerkschaften als eigentliche Klassenorganisation der Lohnarbeiter ihr ökonomisches und soziales Gewicht in die politische Waagschale werfen müssen, um damit die der ganzen Klasse gemeinsamen Interessen geltend zu machen. Sich heute auf tarifvertragliche Regelungen mit einzelnen Unternehmern in bloß lokalen Vereinbarungen zu beschränken und damit einen Kleinkrieg gegen die bestehenden Wirkungen des Lohnsystems zu führen, hieße für die Gewerkschaften nicht nur, einen unsachgemäßen Gebrauch von ihrer realen Macht im Gesellschaftlichen Leben der Bundes-

republik zu machen, sondern zugleich auch, Verzerrungen in den Reproduktionsbedingungen der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse Vorschub zu leisten und damit die Konkurrenz zwischen ihren verschiedenen Fraktionen zu verschärfen.

Um zu verhindern, daß die herrschende Klasse in dieser Situation eine massive Reaktivierung von Klassenvorurteilen betreiben kann und ein größerer Teil der Arbeiterklasse ihrer sozialen Demagogie auf den Leim geht, müssen die Gewerkschaften ihr ökonomisches Gewicht in die politische Auseinandersetzung werfen und alle Anstrengungen darauf richten, Klarheit über die Ursachen der sozialen Übel zu verbreiten und ein

klares Programm ihrer gesellschaftspolitischen Alternativen entwerfen. Wenn Seitenzahl die Aufgabe der Gewerkschaften unter den gegenwärtigen Bedingungen darin sieht, sich „als Sachverwalter der Interessen ihrer siebeneinhalb Millionen real vorhandenen Mitglieder und der weit über zwanzig Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger . . . jetzt und dringlichst dem gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Roll Back entgegenzustellen“/121/, dann sind die Gewerkschaften eben gezwungen, jenen gesellschaftlichen Kräften entgegenzuwirken, die die durch den Druck der industriellen Reservearmee verstärkte Konkurrenz zwischen den verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse durch Aktivierung von Klassenvorurteilen zu schüren suchen.

Sozialistische Politik in der SPD?

Der Streit um „Stamokap“, vorwiegend geführt mit Ausschlußdrohungen, -verfahren und vor allem auch faktischen Ausschlüssen, z.T. jedoch auch mittels theoretischer und politischer Diskussion, ist ein Streit um den Gehalt sozialdemokratischer Programmatik. Was heißt „demokratischer Sozialismus“? Dies ist der Gesichtspunkt, unter dem das „Vorwärts-Buch“, in welchem die im „Vorwärts“ erschienenen Artikel zum „Stamokap“ dokumentiert sind, gesehen werden muß. Es geht nämlich weniger um „Stamokap“ als vielmehr um die Frage, welche sozialistischen Vorstellungen in der SPD vertreten werden können und wie diese im Anschluß an „Godesberg“ auszusehen haben. Von Oertzen, dessen Beitrag Anfang und Angelpunkt bildet — fälschlicherweise oft auch als gründliche Auseinandersetzung mit der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnet —, gibt das Stichwort. „Wer antifreiheitliche, antidemokratische, antisozialistische Auffassungen vertritt, kann nicht Mitglied der SPD sein.“/7/ Freiheit und Demokratie sind klar — dies wird schon von der Justiz vorgeschrieben. Wer das nicht so klar findet, stößt schnell an ihre Schranken. Aber was soll man sich unter antisozialistischen Auffassungen vorstellen? Die Antwort ist einfach, wie das Buch zeigt, Positiv

gesagt: Sozialismus heißt vor allem positives Verhältnis zu diesem unserem Staat, insbesondere wenn die Sozialdemokratie regiert; heißt auch: kein Zweifel am Parlamentarismus. Und das genau kann die Theorie des SMK nicht gewährleisten. Von Oertzen hat zwar noch etwas Zweifel an der Tauglichkeit dieser Scheidelinie, wo doch

Stamokap und Godesberg. Auseinandersetzung um sozialdemokratische Praxis und Theorie 1977. Eine Dokumentation im Vorwärts erschienenen Beiträge. Hrsg. von Jens Fischer. Bonn-Bad Godesberg 1977. 55 S.

viel Wahres — insbesondere im ökonomischen Bereich — an dieser Theorie ist, nicht aber Kremendahl, H.-J. Vogel, Kronawitter, Koschnick, R. Löwenthal, Strasser. Sie schwingen gleich die Keule des Ausschlusses. Bei einem Teil von ihnen genügt schon der Hinweis, daß es sich um eine kommunistische, zumindest von „dort“ herkommende Theorie handle. Kaisen und Collignon fallen etwas aus dem Rahmen, haben aber nichts zu sagen. Ersterer appelliert, das Vergangene Vergangenes sein zu lassen, letzterer bietet ein geist- und kraftloses Gemisch „neuerer“ sozialistischer Positionen mit dem obligaten Gramsci-

Verweis. Albers fällt etwas mehr aus dem Rahmen, indem er die Substanzlosigkeit der Diskussion nachweist. Neumann schließlich bleibt es vorbehalten, als einziger Basis und Relevanz sozialistischer Vorstellungen benannt zu haben. „In der Bundesrepublik — wie in den kapitalistischen Ländern überhaupt — gibt es ein erschreckendes Ausmaß an Arbeitslosigkeit, gleichzeitig weithin stagnierende oder gar sinkende Real-löhne bei wachsender Produktivität und Intensität der Arbeit, anhaltende inflationäre Tenden-

zen und eine nach wie vor zunehmende Konzentration der Vermögen . . . Trotz nicht zu übersehender Erfolge sozialliberaler Politik im einzelnen ist insgesamt die Differenz zwischen sozialdemokratischer Zielen und gesellschaftlicher Realität in den letzten Jahren eher größer geworden.“/29/ Theorie und politische Programmatik, die hier ansetzt, hat jedoch in der SPD — dies zeigen die Beiträge überdeutlich — kaum eine Chance; nicht einmal die Chance, vertreten werden zu können.

Alternative durch Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften in der BRD suchen nach Mitteln und Wegen zur Beseitigung der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit. Welche Forderungen aufzustellen und welche Maßnahmen zu verlangen sind, darüber gehen die Meinungen auseinander. Einigkeit besteht nur darin, daß keine Lösung im Vertrauen auf die Eigendynamik der Marktwirtschaft liegt und die Fortsetzung der bisherigen Politik auf die Fortschreibung der Arbeitslosigkeit hinausläuft. „Die derzeitige Beschäftigungskrise ist . . . gleichzeitig zu einer Krise der beschäftigungspolitischen Maßnahmen geworden.“/6/

Eine Politik zu formulieren, die nicht nur die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zum Ziel hat, sondern insgesamt vollwertige Beschäftigung sichert, ist das Vorhaben Engelen-Kefer. „Wenn . . . hier von Beschäftigungspolitik gesprochen wird, sind darunter alle Maßnahmen öffentlicher und

duktionsergebnisses steht.“/25/ Es zeigt sich, daß zwischen einzelwirtschaftlicher Kapitalrentabilität und den Interessen der arbeitenden Klassen Konflikte auftreten können. „Die Vorstellung der Harmonie zwischen ökonomischen und sozialen Erwägungen (erweist sich) in der Realität z.T. als Fiktion.“/26/ Arbeitsorientierte Beschäftigungspolitik ist mithin das Geltendmachen der sozialen Komponente in einem nicht auf die Interessen der arbeitenden Klassen ausgerichteten System. Die herrschenden ökonomischen Theorien beschränken sich nach Engelen-Kefer auf die Behandlung von Einzelaspekten des Beschäftigungssystems und dies nicht von ungefähr, da hier die Qualität der Arbeit lediglich als ökonomische Kategorie gesehen wird, „als ein komplementärer Produktionsfaktor, der zum Wirtschaftswachstum beiträgt.“/41/ Die herrschenden Theorien sind daher nicht arbeits- sondern kapitalorientiert. Demgegenüber hat eine arbeitsorientierte Beschäftigungspolitik unter der Problemstellung zu erfolgen, ob und inwieweit das Interesse der abhängig Beschäftigten an der Gewährleistung quantitativ und qualitativ geeigneter Beschäftigungsmöglichkeiten erfüllt werden kann.

Hierbei steht sie vor dem Problem, daß bei den Arbeitsmarktinformationen in der BRD immer noch ein erheblicher Nachholbedarf besteht. „Dabei dürfte einer der entscheidenden Mängel vor allem darin liegen, daß es seit Einstellung der Beschäftigtenstatistik der BA 1963 an einer aktuellen umfassenden Ermittlung der Erwerbs-

Engelen-Kefer, Beschäftigungspolitik, Bund-Verlag, Köln 1976, 365 S., 29,- DM

privater Institutionen zu verstehen, welche die Beschäftigungssituation beeinflussen und darauf gerichtet sind, die vollwertige Beschäftigung für alle Arbeitnehmer zu sichern.

Arbeitsorientierte Beschäftigungspolitik ist notwendig vor dem Hintergrund einer Gesellschaftsformation, in deren Mittelpunkt „die Nutzbarmachung der Arbeitsleistung zur Erhöhung des gesamt- und einzelwirtschaftlichen Pro-

tätigen fehlt. Ein weiteres „entscheidendes Hindernis für die Aussagefähigkeit der Arbeitsmarktinformationen der BRD liegt darin, daß einerseits die monatliche Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit vor allem Arbeitslose und offene Stellen insgesamt, sowie nach Berufsgruppen und andererseits die monatlichen Beschäftigungsstatistiken für einzelne Industriezweige des Statistischen Bundesamtes weder zeitlich noch in der sachlichen Aufgliederung übereinstimmen.“ /72/ Weiterhin werden mit der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit weder alle Arbeitslosen erfaßt, da hier nur die als arbeitslos gemeldeten auftauchen, noch gibt die Statistik der offenen Stellen einen vollständigen Überblick über das Angebot an Arbeitsplätzen, da nicht alle Angebote über das Arbeitsamt laufen bzw. die Angebote nur prophylaktischen Charakter haben.

Trotz begrenzt aussagefähiger Informationen läßt sich aber erkennen, daß auch in Zeiten niedrigen Niveaus der globalen Arbeitslosenzahl immer für „einzelne Wirtschaftszweige, Berufskategorien, Regionen und Personengruppen ein überdurchschnittlich hohes Risiko des Arbeitsplatzverlustes, der beruflichen Herabstufungen sowie länger andauernder Arbeitslosigkeit bestand“./278/ Von vollwertiger Beschäftigung konnte also in der BRD noch nie die Rede sein.

Wenn es darum geht, die zukünftige Beschäftigungsentwicklung einzuschätzen, tut Engelen-Kefer sich schwer. Bleibt doch völlig außerhalb ihres Verfahrens, was die Beschäftigungssituation der arbeitenden Klassen bestimmt, welchen Gesetzen die Entwicklung der Beschäftigung und der Ökonomie insgesamt gehorcht. Zwar ist ihr klar, daß auf mittlere Sicht von einer Wiederherstellung der Vollbeschäftigung nicht die Rede sein kann, von der auf uns zukommenden weiteren Verschärfung der Arbeits- und Lebenssituation der arbeitenden Klassen ahnt sie jedoch nichts.

Ihr Verfahren des Messens ihrer Vorstellung von vollwertiger Beschäftigung an der Wirklich-

keit zeigt hier seinen entscheidenden Mangel. Bei der Einschätzung der Wirksamkeit bisheriger beschäftigungspolitischer Maßnahmen stellt sie zwar einen beachtlichen Mängelkatalog auf /vgl. S.285/. Sie kommt aber in ihrer Kritik nicht weiter als zu der Feststellung, daß durch die bisherigen beschäftigungspolitischen Maßnahmen das Interesse an vollwertiger Beschäftigung nicht eingelöst wurde. Arbeitsorientierte Beschäftigungspolitik heißt dann auch im wesentlichen, die koordinierte Ausrichtung aller vorhandenen Maßnahmen und Institutionen, die auf die Beschäftigung wirken, auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu fordern. Die konkreten Einzelmaßnahmen sind dabei die von den Gewerkschaften in letzter Zeit vorgeschlagenen. Einerseits die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, gezielte staatliche Subventionen usw., andererseits die Zahl der Arbeitskräfte zu verknappten, durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit usw. Engelen-Kefer bringt es nicht weiter als bis zu einer zusammenfassenden Formulierung bereits bestehender Vorschläge, die allesamt auf einen Ausbau des Sozialstaats und Erfolge bei Tarifverhandlungen hinauslaufen. Ob dies eine realistische Perspektive ist, bei der auch von ihr konstatierten Rücknahme der Erfolge auf dem Sektor der Beschäftigungspolitik, diese Frage stellt sie sich nicht einmal.

Daß es vor dem „Hintergrund des derzeitigen Standes der Kenntnisse über verschiedene beschäftigungswirksame Maßnahmen . . . lediglich möglich ist, Ansatzpunkte für die Verbesserung der bisherigen beschäftigungspolitischen Maßnahmen“/290/ aufzuzeigen, stimmt so nicht. In Teilen der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung ist man sich durchaus klar darüber, daß dies nur Etappen auf dem Weg zu einem neuen Typ ökonomischer Entwicklung sein können, in dessen Mittelpunkt nicht mehr die einzelwirtschaftliche Kapitalrentabilität steht.

Klassenanalyse aus dem Rechner

Die Kenntnis der Sozialstruktur ist von außerordentlicher Bedeutung, da von gesellschaftlicher Arbeitsteilung über die Legitimität der gesell-

schaftlichen Ordnung bis zu Konsum und Kriminalität alles seine klassen- resp. schichtspezifischen Dimensionen hat./9/ Die von Marx ent-

wickelten Strukturprinzipien kapitalistisch verfaßter Wirtschaftsordnungen sind nach wie vor gültig; Produktionsmittelbesitz ist aber eben nicht alles./15, 27/ Hier helfen die Sozialwissenschaftler weiter, denn viel ist in den letzten 50 Jahren zu allerlei möglichen Differenzierungen der sozialen Schichtung gesagt worden. Hiervon nehme man dann dies und jenes Einleuchtende und stürze sich in die reichliche Fülle des Datenmaterials, welches die Mikrozensus-Zusatzerhebung von 1971 dankenswerterweise erbracht hat: Auf der Suche nach den Klassenlagen der Gegenwart.

Formel X (Ausbildung und berufliche Stellung) ergibt 9 Klassenlagen, Formel Y (Einkommen) 3 Strukturen sozialer Lagen, nach einem methodisch anspruchsvolleren Verfahren „lassen sich vier größere und sechs bis acht kleinere Gruppierungen unterscheiden“/219/, von vielen Möglichkeiten der Schaubild- und Diagramm-Konstruktion einmal ganz abgesehen. Deutlich wird: es gibt eine Menge wichtiger Zusammenhänge in unserer Gesellschaft, und wenn selbst eine solch subtile Angelegenheit wie Heiratsbeziehungen

Handl/Mayer/Müller, Klassenlagen und Sozialstruktur. Empirische Untersuchungen für die BRD

(Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die BRD) (SPES), Schriftenreihe Bd. 9

Campus, Ffm/N.Y. 1977

überraschend klare soziale Strukturen aufweist, dann kann doch von der Dominanz der ökonomischen Stellung für die 'Chancenzuweisung' nicht mehr die Rede sein. Oder? „Eine theoretische Interpretation des Tatbestandes, daß Status- oder Prestigehierarchie und sozio-ökonomische Verteilungsstruktur sich nur in wenigen Aspekten unterscheiden, kann nun *sicher nicht zum Ziel* haben, die oben explizierten Prestigemechanismen mit der Begründung *wegzuerklären*, sie fielen Occams 'raser' zum Opfer, da die beachtbaren Strukturen durch die 'objektiven' Variablen Bildung, Einkommen und Besitz hinlänglich erfaßbar wären. Mit einer solchen Argumentation *könnte nämlich* etwa die Transformation einer

Positionshierarchie unter den Erwerbstätigen zu einem institutionalisierten Schichtungssystem der Gesamtbevölkerung *nicht mehr angemessen erklärt* werden. *Vielmehr* erscheint es sinnvoll, die Ergebnisse als *Indikatoren einer weitgehenden Kristallisierung von Ungleichheiten* in der Gesellschaft der Bundesrepublik zu interpretieren. Grosso modo sind die Kriterien, die selektive Interaktionen bestimmen, sind die entscheidenden Quellen 'charismatischer' Bewertung *offenbar dieselben*, die auch Art und Struktur der Verteilungsungleichheiten determinieren. *Allerdings* wäre es zu kurz gegriffen, wollte man daraus ableiten, eine eindimensionale, 'klassenmäßige' Deutung beobachtbarer Ungleichheitsstrukturen sei zureichend. *Sichtbar wird vielmehr* ein gesellschaftlicher Zustand, in dem soziale Unterschiede verschiedenster Natur noch miteinander *assoziiert* sind.“/231 f./ (Hervorheb.d.V.) usw. usw.

Das Datenmaterial der Zusatzerhebung ist in der Tat differenzierter als das üblicherweise von der amtlichen Statistik erhobene, und das Abbild der gegenwärtigen (d.h. 1971) gesellschaftlichen Zustände wird dort am klarsten, wo die Zahlen in am wenigsten „bearbeiteter“ Form präsentiert werden. Z.B.

- 31% der ursprünglich qualifizierten Arbeiter üben unqualifizierte Tätigkeiten aus, d.h. 1/3 von ihnen ist dequalifiziert worden /61/;

- ein Einkommen von 1.200,- stellt auch 1971 noch 'eine Art Schallmauer' dar, die nur ganz wenige Arbeiter durchbrechen können, die große Masse hat dagegen Einkommen zwischen 800,- und 1.200,- DM/62/;

- die Lebensverhältnisse (Einkommen, Gesundheit) der Rentner sind wesentlich von ihrer früheren Stellung als Erwerbstätige bestimmt /71 ff./,

Dies sind Daten, die die 1971 durchaus vorherrschenden Vorstellungen von der Wohlstandsgesellschaft mit ausgleichender Gerechtigkeit zumindest im Nachhinein zunichte machen. Soziale Ungleichheit zeigt sich empirisch und wird damit wissenschaftsfähig. Nur, sobald die SPES-Truppe über das Sammeln, Aggregieren und Prozentuieren von Daten hinausgeht und anfängt, in ihrer Theorielosigkeit methodisch anspruchsvoll zu werden, wird noch das Brauchbare zur Unkenntlichkeit geformelt.

Die Einheit der Gewerkschaften

„Die internationale Gewerkschaftsbewegung ist eine große gesellschaftliche Kraft der Gegenwart . . . Ungefähr ein Drittel der Werktätigen der ganzen Welt ist gewerkschaftlich organisiert.“/9/ Als Organisatoren des Massenkampfs der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern leisten die Gewerkschaften einen wichtigen Beitrag zur Entfaltung der proletarischen Bewegung. Diese Rolle könnte jedoch noch größer sein, wäre die Gewerkschaftsbewegung in der kapitalistischen Welt nicht gespalten und in sich zerstritten.

Die Differenzierung innerhalb der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung spiegelt sich auch in der Auseinandersetzung verschiedener politischer Kräftegruppen wider. „Infolge des Widerstands der Rechtsreformisten ist es bekanntlich in vielen Ländern noch nicht gelungen, die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten auf Parteiebene herzustellen. Noch schwieriger ist es, eine Grundlage für die Zusammenarbeit mit den katholischen Parteien zu finden, die sich zwar in bedeutendem Maße aus Vertretern der Werktätigen zusammensetzen, jedoch eine Politik hauptsächlich im Interesse des Großkapitals betreiben.“/11/

Klassenkampf und Gewerkschaften. Gegenwärtige Tendenzen und der Kampf für die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Von: Autorenkollektiv des Instituts für Internationale Arbeiterbewegung an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Berlin (DDR) (Vlg. Tribüne) 1976

Während die Chancen für eine einheitliche Aktion und Organisation der Arbeiterbewegung auf der Ebene der politischen Parteien gegenwärtig gering sind, sind die Gewerkschaften „die geeignete Organisationsform der Arbeiterklasse mit Massenbasis, auf deren Grundlage der Zusammenschluß aller Werktätigen erreicht werden kann . . . Dies trifft um so mehr zu, als die Ziele und Methoden der Tätigkeit der Gewerkschaften verschiedener Richtungen einander näher sind als Ziele und Methoden der politischen Parteien.“/11/

Die Zuspitzung des Klassenkampfes in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe des Kapitalismus macht sich insbesondere auch in neuen

Richtungen und Formen des Kampfes der Gewerkschaften, „die Erweiterung der Aktions-einheit und die enge Verflechtung gewerkschaftlicher Forderungen mit den Lösungen allgemeindemokratischer und antimilitaristischer Massenbewegungen“/71/ geltend.

„Politische Hauptkraft, die einen konsequenten Kampf um den Zusammenschluß und die Festigung der Gewerkschaften sowie die Erhöhung ihrer Rolle führt, ist die internationale kommunistische Bewegung.“/49 f./ Die Kommunisten betrachten „die Gewerkschaften als eine wichtige Form der Vereinigung der Werktätigen im Kampf gegen den Kapitalismus, die zum Wachstum des Klassenbewußtseins und zum Sammeln historischer Erfahrungen in den Klassenschlachten des Proletariats beiträgt.“/13/ Um den Kampf um die Einheit der Gewerkschaften erfolgreich führen zu können, ist es zunächst notwendig, sich Rechenschaft über die Gründe für die tatsächlichen „Unterschiede in der ideologisch-politischen Orientierung und Taktik des Kampfes ihrer einzelnen Organisationen“/9/ abzulegen. Wie kommt es, daß die Arbeiter nicht vereint in die Auseinandersetzung mit dem Kapital hineingehen ?

Für die Autoren ist dies wesentlich eine Frage des „Einflusses der bürgerlichen und sozial-reformistischen Propaganda auf die Massen.“/37/ Und obwohl „die Entwicklung des kapitalistischen Systems . . . unerbittlich die historische Unfähigkeit der sozial-reformistischen Lehre und ihr Scheitern im Streit mit der Strategie des Leninismus aufdeckt“, schließt dies eine gewisse Stabilität dieser Lehren in der Arbeiterbewegung nicht aus. Mit Lenin sehen die Autoren die ökonomische Basis des Sozialreformismus in der westlichen Arbeiterbewegung darin, daß sich dort „eine viel stärkere Schicht einer beruflich beschränkten, bornierten, selbstsüchtigen, verknöcherten, eigennützigen, spießbürgerlichen, imperialistisch gesinnten und vom Imperialismus bestochenen, vom Imperialismus demoralisierten ‘Arbeiteraristokratie’ herausgebildet“/LW 31, S. 36/ hat. Aus dieser Sicht rekrutieren sich die „rechtsreformistischen Führer“/184/ der Gewerkschaften, die damit beschäftigt sind, der Arbeiterklasse ihre traditionelle, auf Antikommunismus und Sozialversöhnlerium basierende Doktrin aufzu-

zwingen, damit jedoch immer mehr in die Isolation geraten. „In den reformistischen Gewerkschaften der kapitalistischen Länder hat sich in den letzten Jahren der Aktivierungsprozeß der linken Kräfte, die entschieden für die Interessen der Werktätigen eintreten, wesentlich verstärkt.“ /185/

Damit ist ein Interpretationsrahmen gefunden, mit Hilfe dessen die Autoren die Entwicklung der Gewerkschaften in den westlichen kapitalistischen Ländern zu erfassen können glauben: Auf der einen Seite die Kommunisten als entscheidende Vertreter der Interessen der Lohnarbeiter, auf der anderen Seite die Rechtsreformisten, die der Arbeiterklasse die rückständigsten und schädlichsten Vorstellungen einimpfen, dazwischen die zunehmend eine Revision ihrer rechtsreformistischen Führer verlangenden 'einfachen' Reformisten. Über den Leisten dieses bequemen Schemas wird alles geschlagen, was in der Gewerkschaftsbewegung geschieht, ohne daß auch nur ansatzweise der Versuch gemacht würde, die materielle Basis verschiedener Bewußtseinsformen und ihre unterschiedliche Attraktivität für die verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten herauszuarbeiten.

Die Autoren stellen dar, daß seit Ende der sechziger Jahre Verschiebungen und Veränderungen in der internationalen Gewerkschaftsbewegung stattgefunden haben, und daß die Fortschritte auf dem Weg zu einer einheitlichen Aktion begleitet sind von einem verstärkten „Kampf nicht nur um die Verbesserung der ökonomischen Lage, sondern auch um politische Forderungen.“ /71/ Was sind nun die Gründe für diese Entwicklung und wie wirkt dies auf die mehr oder weniger große Stabilität der unterschiedlichen Bewußtseinsformen in der Arbeiterklasse zurück?

„In der gegenwärtigen Etappe ist die Zuspitzung der Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital durch eine Reihe neuer Faktoren und vor allem durch die rasche Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution bedingt, die die Front des Klassenkampfes vertieft hat.“ /96/ Die Gewerkschaften werden im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution mit einer Masse neuer Probleme konfrontiert, die „eine wesentliche Revision vieler strategischer und taktischer Festlegungen sowie die Erneuerung der Formen und Methoden des Kampfes erforderlich machen.“ /97/ Die Autoren führen an: Arbeitslosigkeit/104 f./, Berufsausbildung/107 f./, Lohnerhöhungen/110 f./, Inflation/112/, staatliche Einkommenspolitik/113 f./, Intensivierung der Arbeit und Arbeitsschutz/115 f./, Umweltschutz/117 f./, Mitbestimmung/118 f./, Jugend/124 f./, Frauen/126 f./. Insgesamt kommen sie zu dem Urteil, daß „die Beziehungen der Gewerkschaften zur herrschenden Klasse unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution weit entfernt von den idyllischen Bildern des ‘Friedens’ und ‘Einvernehmens’, wie die bürgerliche Ideologie sie zeichnet“ /127/ sind.

Sieht man sich die Reihe der gewerkschaftlichen Forderungen an, die nach Auffassung der Autoren die neue Qualität der Auseinandersetzung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ausmachen sollen, so muß man allerdings eher befürchten, daß ihnen selbst die idyllisch-nostalgischen Bilder der bürgerlichen Ideologen den Geist getrübt haben. Nur wer vom Klassenfeind mit Blindheit geschlagen ist, kann behaupten, die angeführten Probleme seien zu irgendeiner Zeit nicht Gegenstand des gewerkschaftlichen Kampfes gewesen. Die Autoren sitzen hier ihrem eigenen Phantasieprodukt eines rein ökonomischen Kampfes, wo sich die Gewerkschaften „auf Aktionen gegen einzelne Unternehmer beschränken konnten“ /98/ auf, einer Folie, die ihnen auf einfache Art zu der Analogie: 'staatsmonopolistischer Kapitalismus gleich Ausweitung des gewerkschaftlichen Kampfes in den politischen Bereich' verhilft. Daß die Autoren nicht darüber hinaus kommen, die verschiedenen Bereiche des gewerkschaftlichen Kampfes zu registrieren und mit dem Prädikat 'neuartig' zu versehen, hat seinen Grund in der Unfähigkeit, die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit in den durch die spezifische Form der gesellschaftlichen Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft gesetzten Grenzen zu begreifen. Der Verzicht auf eine genaue Untersuchung der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Länder und der unterschiedlichen Betroffenheit einzelner Länder und Regionen hat denn auch zur Folge, daß die Autoren nicht in der Lage sind, eine fundierte Einschätzung der weiteren Entwicklung des Differenzierungs- und Vereinheitlichungsprozesses der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu geben. Ein resignierendes: „Die Zeit wird lehren ...“ /268/ ist hier alles, was sie zu sagen haben.

Wir sehen, daß die Autoren nicht in der Lage

sind, auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse der gegenwärtigen Etappe der kapitalistischen Produktionsweise die Tendenzen der weiteren Entwicklung anzugeben und so die Basis für die Taktik der Kommunisten im Kampf für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und der ganzen Arbeiterbewegung zu legen. Sie registrieren zwar die Aktivitäten und das wechselvolle Kräftespiel in der internationalen Gewerkschaftsbewegung, scheitern jedoch, wenn sie versuchen, den verborgenen Sinn der sich vor unseren Augen vollziehenden Wandlungen anzugeben. Dies läßt die Frage aufkommen, inwieweit die Autoren wirklich konsequent an der Politik der Gewerkschaftseinheit festhalten können oder ob ihre mangelhafte theoretische Einsicht nicht auch hier zu einer faktischen Preisgabe dieser taktischen Maßregel führt.

„Das Problem der Beziehungen zwischen kommunistischer Partei und Gewerkschaften wird in jedem Land entsprechend den konkreten Bedingungen gelöst. Gleichzeitig weist seine Lösung gemeinsame Merkmale auf, die durch die gemeinsame Strategie der kommunistischen Bewegung im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse bestimmt werden./36/ Es sind dies die Forderung, daß die Gewerkschaften über dem ökonomischen auch den politischen Kampf nicht ignorieren können, Ablehnung einer Politik der Klassenzusammenarbeit und Trennung zwischen der Funktion der Gewerkschaften und der politischen Partei. Auf der Grundlage dieser gemeinsamen Prinzipien bemühen sich die Kommunisten in den verschiedenen Ländern um die Einheit der Gewerkschaften, sei es durch die Mitarbeit in den Einheitsorganisationen, sei es durch die Herbeiführung der gemeinsamen Aktion der verschiedenen Richtungsgewerkschaften.

Sehen wir uns die Stellung der Autoren zu der Frage der Unabhängigkeit der Gewerkschaften näher an: „Die Kommunisten meinen die Anerkennung spezifischer Funktionen der Gewerkschaften im Klassenkampf, die sich von den Funktionen der politischen Parteien unterscheiden, sowie das Recht der Gewerkschaften ihre Aktionen auf der Grundlage selbständiger Beschlüsse zu bestimmen. Dabei handelt es sich vor allem um die Unabhängigkeit der Gewerkschaften

von den bürgerlichen Regierungen und den Unternehmern, die auf verschiedenen Wegen bestrebt sind, die Freiheit der Gewerkschaften abzuwürgen und sie ihrem Einfluß zu unterwerfen.“/37/

Auf Basis dieser Interpretation kommen die Autoren dazu, die faktische Abhängigkeit der Gewerkschaften von einer politischen Partei als Ausdruck ihrer Unabhängigkeit zu deklarieren. Die Gewerkschaften in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern handeln nämlich ebenfalls „unabhängig vom Staat, obwohl sie gleichzeitig im Interesse aller Werktätigen eng mit ihm zusammenarbeiten.“/51/ Der Unabhängigkeit steht „die Führung der Gewerkschaften durch die kommunistischen Parteien“/50/ in diesen Ländern nicht entgegen, ist im Gegenteil für sie ein Merkmal ihrer Selbständigkeit.

Die Autoren zeigen mit diesem Sophismus nur, daß sie die eigentliche Dimension des Prinzips der Unabhängigkeit der Gewerkschaften nicht begriffen haben und praktisch auch nicht — außer als zeitweises taktisches Zugeständnis — anzuerkennen bereit sind: Anerkennung der Existenzberechtigung verschiedener politischer Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung, Verzicht auf den Führungsanspruch einer Partei. So sehr sie auch immer wieder Lobreden auf die Politik der Einheit der Arbeiterbewegung halten und das Bekenntnis ablegen, daß „die Gewerkschaften der UdSSR den anderen Organisationen der internationalen Gewerkschaftsbewegung ihre ideologischen Konzeptionen nicht auf(zwingen)“/50/ will, so selbstverständlich verteidigen sie die bewaffnete Intervention in der Tschechoslowakei. Bei der „Beseitigung des Widerstands der antisozialistischen Kräfte“, d.h. der gewählten Führer der kommunistischen Partei dieses Landes, hat es sich danach um die „Verwirklichung der Prinzipien des wahren proletarischen Internationalismus in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“/63/ gehandelt. Weit davon entfernt, dem Kampf der Kommunisten um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung vorwärtstreibende Impulse zu geben, stellt die Arbeit des sowjetischen Autorenkollektivs ein Zeugnis dafür dar, daß die Periode der Verflachung des wissenschaftlichen Kommunismus noch längst nicht überwunden ist.

Verallgemeinerung

Die vorliegenden Arbeiten über Gewerkschaften krankten daran, daß aus der Beobachtung einzelner Länder vorschnelle Verallgemeinerungen getroffen werden. Beyme will diesen Mangel dadurch überwinden, daß er aus vielen Ländern Einzelheiten über Gewerkschaften zusammenträgt, typisiert, auf Regelmäßigkeiten abklopft, falsifiziert und im Sinne eines nicht zu 'rigorosen

Beyme, Klaus von: Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern, München-Zürich (Piper Vlg.) 1977, 381 S., 29,80 DM

kritischen Approaches' vorsichtig verallgemeinert. Nach über 300 langen Seiten facts and figures spitzt Beyme seine Erkenntnisse auf die These zu, daß in den kapitalistischen Ländern Westeuropas in den zurückliegenden Jahren eine „Kräfteverschiebung zugunsten der Gewerkschaften“ /314/ stattgefunden hat. Diese Machtausweitung, die sich in Zukunft noch verstärken wird, ist nicht selbstsüchtigem Machtstreben der Gewerkschaften entsprungen - wie es in der These vom 'Gewerkschaftsstaat' unterstellt -, es liegt diesem Prozeß vielmehr ein objektiver 'Bedeutungs- und Funktionswandel der Gewerkschaften' zugrunde.

Der gewachsenen Stärke der Gewerkschaften entspricht ein „Machtzuwachs progressiver Gruppen, die einen demokratischen Sozialismus realisieren wollen“/320/. Für den Prozeß der sozialistischen Transformation kommt es wesent-

lich auf die „Balance zweier unabhängiger Säulen der Arbeiterbewegung“/ebd./ an, der auf Seiten der Gewerkschaften ein „richtiges Mischungsverhältnis von Konfliktbereitschaft und Mitbestimmung“/322/ entsprechen muß. Bewahrung der Konfliktfähigkeit, aber zugleich Selbstbeschränkung ihrer eigenen Macht — dies ist die Rolle, die Beyme den Gewerkschaften bei der anstehenden Verwirklichung des demokratischen Sozialismus zuweist.

Beyme registriert die Verallgemeinerung der Lohnarbeit in Westeuropa, die zu einer Verbreiterung der Basis einer allgemeinen Gewerkschaftsbewegung und zur allmählichen Überwindung traditioneller berufsständischer und auch politischer Differenzen geführt hat. Er sieht, daß dieser Bedeutungszuwachs der Gewerkschaften Gegenbewegungen der übrigen Klassen der Gesellschaft hervorgerufen hat, unterschlägt aber, daß das Verhältnis der Klassen zueinander sich in den verschiedenen Ländern ungleich entwickelt hat. Da er zudem die Entwicklung des Verhältnisses der Klassen zueinander von der Bewegung der Ökonomie abkoppelt, kann er die zeitweise politische Dominanz der Sozialdemokratie als säkuläre Tendenz zum demokratischen Sozialismus interpretieren. Der Beymesche Optimismus über die Öffnung des politischen Kräfteverhältnisses, seine Vision eines 'richtigen' Mischungsverhältnisses von Konfliktbereitschaft und Kooperation der Gewerkschaften werden durch die anstehenden Klassenauseinandersetzungen und die sich abzeichnenden Spannungen zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie als späte Produkte der zuendegegangenen Schönwetterperiode des Kapitalismus in Westeuropa ausgewiesen werden.

Schulängste

Bei genauer Durchsicht aller Bücher zum Themenkreis „Schulängst, Leistungsversagen und Prüfungsstreß“ gibt es nur ein — bezeichnendes — Urteil zu fällen: kein Buch wurde für die betreffenden Praktiker geschrieben!

Ängstliche Lehrer, Eltern und Schüler werden von den Autoren mit halbfertigen und groben soziologischen und psychologischen Theoriever-

schnitten stehengelassen. Bemerkenswert auch der Unwille der Autoren, die Schulängstproblematik in eine Gesellschaftstheorie einzubetten. Sie schenken sich jegliches Nachdenken über das Problem, denn die „eigentlichen Ursachen liegen in den institutionellen und gesellschaftlichen Mängeln“. Kein Wunder, daß unter dem Druck des drohenden Berufsverbots messerscharf gefol-

gert wird, daß der Lehrer sich in seinem und im Interesse der Kinder lediglich um „system-interne Korrekturen“ kümmern soll. Mit diesem Argument ersparen sich die Autoren die handlungsanweisende Erklärung der „gesellschaftlichen Mängel“. Aller guten Theorie, die präzise Handlungsstrategien nach sich ziehen würde, ist mit positivistischer Methodologie bereits der Hals umgedreht. Empirische Untersuchungen sind auf eine künstliche „Klassenzimmersituation“ abgestellt. Die Experimentatoren wissen nicht, wie angstauslösende und angstfördernde Faktoren zu gewichten sind: ist das Lehrerverhalten, der Lehrplan, die Noten oder der Schulweg das Entscheidende? Und wie wirkt die blaue Krawatte des Lehrers auf die Klasse?

Horst Speichert: Schulangst
 br., 222 S., 5,80 DM
 Reinbeck, 1977, rororo 7101

Alle Theoriefragmente weisen fast übereinstimmend auf den Zusammenhang von Leistung und Angst hin, erläutern den Konnex zwischen Angst und Sozialisationsbedingungen, wie fehlende Geborgenheit, frühkindliche Isolation, ehrgeizige Eltern, Heimerziehung, zählen Angst als Persönlichkeitsvariable auf (Probleme der Angstmessung), benennen ebenso Angstabwehrverhalten und Schulerfolg. Zum Teil werden auch überfrachtete Lehrpläne, Mammut- (Gesamt-?)schulen und Hirnschädigungen zur Erklärung von Legasthenie, Schulkopfschmerz und Selbstmord herangezogen. Das Resümee daraus bei den Autoren: Wehklagen und Gejammer über das schlimme Schicksal und das große Leid, das unter den armen Schülern herrscht. Solidarische Ratschläge beschränken sich darauf, daß die Eltern die Kinder aufmuntern, von Haushaltshilfe entlasten, die Lehrer freundlicher und lobender auftreten sollen. Die Ratlosigkeit geht bis hin zu Vorschlägen, die Architektur der Schulen zu verändern (auch die Architekturpsychologen suchen Arbeit!).

Dementsprechend sind die meisten Untersuchungen vermutlich guter Prüfungsstoff für „harmlose Pädagogische Psychologie“, aber eben sonst nichts wert, denn sie beantworten nicht: was ist bzw. wie äußert sich Angst, wo kommt sie her, wer ist „schuld“ daran, welche Eigenschaften korrelieren mit Angst und was macht man dagegen? Wenn versäumt wird, den Lehrern, Eltern und

Schülern ein differenziertes Instrumentarium zur Diagnose, eventuell zur Therapie und Prävention von Schulangst an die Hand zu geben, so dienen die Bücher ausschließlich zur „Entschärfung des Konflikts“ und zur Beruhigung einer beunruhigten Bevölkerung, die, in verwirrender Vielzahl auf den Markt geworfen, in wiederkäuender Weise ohne neue Ratschläge und Ergebnisse das Problem bloß breittreten.

Auch Speicherts „Schulangst“, mehr für Eltern und Schüler denn für Lehrer geschrieben, ist lediglich ein gutgemeinter Versuch in der durch die theoretische Misere entstandenen Praktischen Misere möglichst gut zu überwindern. Auch er weigert sich, die „Schulangst“ als Spezialfall gesellschaftlich verursachter Angst zu sehen, auch er diskutiert keine materialistischen Angsttheorien und wuens auch nur Dumm und Taeni wären. Er verbietet sich an politökonomische Kategorien zu denken und verlegt so Linderung und Lösung des Problems ins „Bermuda“-Dreieck: Schüler, Lehrer, Elternhaus. Dafür verallgemeinert er Teilergebnisse aus der behavioristischen Tierlaborschulung und hofft, daß sich angelernte Angst bei Schülern auch wieder abtrainieren läßt. Auf der anderen Seite allerdings queruliert Speichert! Er klopft wissenschaftliche Befunde aus der Intelligenz- und Leistungsmotivforschung mit dem Motto ab: Dumme Kinder gibt es nicht; löst diese Aufgabe mit Bravour und selbsterwählender Allgemeinverständlichkeit. Er gewichtet die angstverursachenden Faktoren richtig (nach der Größe des Einflusses auf's Verhalten), setzt natürlich auslösende gegen verstärkende ab. Seine praktischen Ratschläge zum Problem: was dagegen tun? sind größtenteils durchführbar und deshalb wertvoll. Speichert will „die Zerbrechlichkeit von Kindern, ihre Anfälligkeit für Schulangst herabmindern helfen sowie im Falle eingetretener Störungen konkrete Hilfe anbieten.“ Dies immer mit der Parole: Stillhalten, durchhalten, weitermachen! Eltern erhalten Ratschläge, die glücklicherweise fast ungeachtet jeweilig konkreter Verhältnisse durchführbar sind, ohne ins unverbindlich-allgemeine abzurutschen. Von Vorteil wäre eine Gewichtung der Ratschläge und Argumente nach klassenspezifischen Momenten, aber das überläßt Speichert den Erziehungsberatungsstellen, die er am Schluß des Buches auflistet. Lehrer werden angehalten, den angstschaffenden Faktor „vergleichendes Werten“, die Notegebung, zu „entschärfen“ und Projektunter-

richt anzubieten. Schüler werden zur unpolitischen Selbsthilfe aufgerufen.

Ganz aus den Augen möchte Speichert die politische Dimension doch nicht verlieren. Er ist der Meinung, daß „die Lösung des Problems letztlich nur auf politischer Ebene möglich ist“. Aus diesem Grund zeichnet er die Schulangstdebatte in den Medien nach und analysiert ihre Funktion

innerhalb der früheren und gegenwärtigen Bildungspolitik. Die Formation des Kampfes um Verbesserung der schulischen Arbeitsbedingungen kann sich Speichert auf der politischen Ebene lediglich in „Elterninitiativen“ abspielen, die „sich nicht durch die Unnachgiebigkeit der Bürokratie schrecken lassen.“ Das ist mir ein feiner Realismus!

Eckart Menzler (München)

Proletarischer Internationalismus

Die DKP sieht weiterhin „die Stellung zur Sowjetunion als entscheidenden Prüfstein für jeden Kommunisten an, für seine Treue zur Sache der revolutionären Arbeiterbewegung.“ (Programm-entwurf) Internationalistische Politik bedeutet gegenwärtig die „Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung“. In bezug auf die Formen und Inhalte des proletarischen Internationalismus vertreten andere kommunistische Parteien schon seit längerer Zeit weit differenziertere Positionen¹. Dies ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist dagegen, daß sowjetische Beiträge ebenfalls von einer Entwicklung des proletarischen Internationalismus ausgehen und zu den damit verbundenen Problemen weitergehende Thesen vertreten. Dies soll im folgenden anhand einer neuen Veröffentlichung eines sowjetischen Autorenkollektivs (Hg. W. Sagladin) gezeigt werden.

W. Sagladin (Hg.) „Europa und die Kommunisten“ Moskau 1977, Frankfurt/Main 1977 Verlag Marxistische Blätter; im folgenden durch einfache Seitenangaben im Text zitiert.

Nach Sagladin sind die Kommunisten gegenwärtig mit einer Entwicklung konfrontiert, die sowohl auf internationaler Ebene als auch innerhalb der Länder des Kapitals durch „eine unerhörte Spannung“/60/ gekennzeichnet ist; durch die Verbreiterung und das Anwachsen der für Frieden und sozialen Fortschritt arbeitenden Kräfte auf der einen, durch verstärkte Kriegsvorbereitung und Tendenzen zu repressiven Herrschaftsformen des Kapitals auf der anderen Seite.

Auf dem Hintergrund dieser sich zuspitzenden Widersprüche geht es um die Anwendung der „Ideen des proletarischen Internationalismus unter den heutigen Verhältnissen, um die Bereicherung und Weiterentwicklung dieser Ideen.“/103/ Hierzu vertritt S. mehrere Thesen.

Erstens. Der Kurs des breiten Zusammenschlusses der demokratischen Kräfte auf nationaler Ebene und die hierin eingeschlossene Tendenz zur Aufhebung der historischen Spaltung der politischen Parteien der Arbeiterklasse berühren auch das Prinzip der internationalen Solidarität. Diese „Erweiterung des sozialen Bereichs, in dem das internationalistische Prinzip der Solidarität angewendet wird“, bedingt „nicht nur die Solidarität zwischen den Abteilungen der revolutionären Vorhut der Arbeiterbewegung, den kommunistischen Parteien, sondern auch die Solidarität dieser Abteilungen der Vorhut mit anderen fortschrittlichen politischen Strömungen und Bewegungen“/122/.

Zweitens. „In der heutigen kommunistischen Bewegung (wird) die souveräne Unabhängigkeit jeder einzelnen Partei von allen anerkannt.“/115/ Unter anderem hierauf beruht die „Freiheit der Wahl verschiedener Wege im Kampf für den Sozialismus.“/115/ Mit der Diskussion über diese verschiedenen Wege hängt ebenfalls eine bestimmte „Weiterentwicklung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus“/106/ zusammen. Im Unterschied zur DKP, die die Diskussion um verschiedene Weg zum Sozialismus entweder ignoriert und als Machwerk bürgerlicher Ideologen auffaßt oder aber in der schematischen Gegenüberstellung von allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und nationalen Besonderheiten des

Sozialismus aufgreift, vertritt S. eine differenziertere Position. Wenn in der Arbeiterbewegung bestimmte gemeinsame Merkmale im Kampf für den Sozialismus formuliert wurden, so wurden diese laut S. nicht „als eine Art Dogmen verordnet, die ein Prokrustesbett bilden, in welches man den realen Prozeß der Arbeiterbewegung hineinzwängen müßte . . . Ihre theoretische Verallgemeinerung darf man nicht als Verbot betrachten, neue Wege zu den Endzielen der Arbeiterklasse zu betreten.“/107/ Damit sind die Verallgemeinerungen der Erfahrungen der Arbeiterbewegung sowohl abhängig von der „Weiterentwicklung der Marx'schen Theorie“/109/ und den neuen Erfahrungen der Arbeiterklasse als auch von der Auseinandersetzung mit den Schwächen und Erfolgen des Sozialismus. Die Forderung beinhaltet neben der Ablehnung eines Modells der sozialistischen Entwicklung eine kritische Analyse der bestehenden Verhältnisse in den Ländern des realen Sozialismus auch durch die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder. Weiterhin liegt die Bedeutung nicht einfach darin, daß alle Länder bestimmte nationale Besonderheiten und zugleich gemeinsame Merkmale im Prozeß der sozialen Entwicklung aufweisen. Sie liegt vielmehr darin, daß es gegenwärtig in der Debatte zwischen den Kommunisten um die Frage geht, inwiefern sich ein grundlegender allgemeiner Unterschied im Übergang zum Sozialismus zwischen den Ländern des entwickelten Kapitalismus einerseits und Ländern mit unentwickeltem Kapitalverhältnis andererseits nachweisen läßt, der die kommunistischen Parteien Westeuropas zur Ausarbeitung von „Lösungen neuen Typs bei der Umgestaltung der Gesellschaft“/Berlinguer zit. 112/ zwingt. S. verweist auf Marchais' Feststellung, „daß bei allen Verschiedenheiten der jeweiligen Situation . . . andere kommunistische Parteien kapitalistischer Industrieländer Europas, wie auch in Japan, der Ansicht sind, daß sie sich mit im Grunde gleichen Problemen auseinandersetzen haben, daß sie ähnliche Lösungen dafür anbieten“/113/ und konstatiert: „Ebenso wie es in verschiedenen kapitalistischen Ländern eigene gemeinsame Merkmale gibt, so gibt es auch gemeinsame Merkmale, die verschiedene sozialistische Länder aufweisen. Dies betrifft auch die Wege des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die von bestimmten Merkmalen und Gesetzmäßigkeiten allgemeiner Natur gekennzeichnet sind. Auf der Grundlage dieser Gesetz-

mäßigkeiten ist jedoch auch die Vielfalt der Wege zum Sozialismus gesetzmäßig. Dies gilt sowohl für Länder, in denen der Sozialismus zu einer Realität geworden ist, als auch für Länder, in denen sich die Arbeiterklasse erst ansammelt, an der Spitze der werktätigen Massen Umgestaltungen sozialistischer Art durchzuführen.“/115/ Mit dieser zweiten These zur Weiterentwicklung des proletarischen Internationalismus wird von S. die Vorstellung, man könne gegenwärtig der Arbeiterbewegung allgemeine und universale Entwicklungsgesetze der sozialistischen Revolution und des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft weisen², zwar nicht aufgegeben, aber modifiziert.

Drittens. Die notwendige Weiterentwicklung des proletarischen Internationalismus ergibt sich auch aus neuen Problemen, die mit der Entwicklung der friedlichen Koexistenz im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Parteien der sozialistischen und kapitalistischen Länder entstehen. „Erstere gehen von dem richtigen Gedanken aus, daß die Zeit für den Sozialismus arbeitet, letztere setzen alles in Bewegung, um dem Monopolkapitalismus möglichst schnell ein Ende zu bereiten, weil es um das Lebensinteresse der Werktätigen geht. Die einen, die Regierungsverantwortung tragen, unterhalten (was ein beträchtlicher Erfolg ist) Beziehungen der Zusammenarbeit mit Regimes, die die anderen mit allen Kräften bekämpfen. Das ist ganz normal, und es gibt da keinerlei Widerspruch. Dennoch können wir keinen Schritt hinnehmen, der im Namen der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten den Interessen des Kampfes, den wir gegen die Macht des Großkapitals, für Demokratie und Sozialismus führen, zuwiderlaufen würde.“/Marchais zit. 125/ S. akzeptiert auch diesen neuen Aspekt in der Entwicklung des Zusammenschlusses der Kommunisten und betont dabei, daß diese neuen Probleme in einer Art lösbar sind, daß sich weder Spaltung noch grundsätzliche Divergenzen ergeben/vgl. 125/³.

Viertens und fünftens. Bezüglich der Meinungsunterschiede zwischen den Kommunisten verweist S. auf zweierlei. Einerseits seien die aktuellen Meinungsunterschiede nicht von so wesentlicher Bedeutung, wie die auf der Berliner Konferenz 1976 erarbeiteten „Normen der Erörterung und . . . die Verfahren zur Überwindung dieser Meinungsverschiedenheiten“/128/. Andererseits sei in Berlin in den Reden mehrerer Delegierter auf die Notwendigkeit verwiesen worden, „neue

Formen der Zusammenarbeit ausfindig zu machen.“/133/ Diese beiden Aspekte sind an anderer Stelle schon kommentiert worden.⁴ Hervorzuheben bleibt nur, daß S. zwar keineswegs akzeptiert, daß die Differenzen von der Stärke und Lebenskraft der Bewegung zeugen/162/. Dennoch fehlt jene eilfertige Zurückweisung jeglicher Kritik am realen Sozialismus, die eine Auseinandersetzung mit den unterlaufenen Fehlern nur als ideologisches Manöver der Bourgeoisie und ihrer Lakeien auffassen kann.

Abschließend geht S. noch auf die in einigen kommunistischen Presseorganen geführten „stürmische(n) Diskussionen über die Kriterien des proletarischen Internationalismus“/164/ ein. Die hierzu von ihm vertretene These, es könne „vorkommen, daß für verschiedene Länder — objektiv, kraft Unterschieden in ihrer Lage — unterschiedliche Aufgaben als Kriterien des Internationalismus in den Vordergrund rücken können“/164/, wird in einem nach der Fertigstellung des Buches veröffentlichten Artikel⁵ ausführlicher behandelt. Für S. sind zunächst zwei Tatsachen unbestritten. Eine Diskussion um die Kriterien des Internationalismus in der gegenwärtigen Epoche ist „im Prinzip sehr nützlich“ und „die Ansichten sind mitunter sehr konträr.“ Seines Erachtens muß man bei einer generellen Betrachtung dieses Problems seine verschiedenen Seiten hervorheben. Die prinzipielle Seite besteht darin, „daß Maximale für die Sache der Revolution im eigenen Lande und die Unterstützung eines solchen Kampfes für die Revolution in ausnahmslos allen Ländern“ zu tun. Während diese generelle Feststellung „unabhängig von den historischen oder nationalen Bedingungen formuliert“ werden kann, hängen die beiden anderen Seiten — „die konkret-historische und die national-spezifische Seite“ — von weiteren Faktoren ab. Die konkret-historische Seite ist „abhängig von den Besonderheiten der einen oder anderen historischen Periode Bekanntlich war zum Beispiel seit der Geburt des ersten sozialistischen Staates die Unterstützung dieses Staates durch die anderen revolutionären Kräfte, seine Verteidigung vor den Angriffen des Imperialismus, vor einer Intervention und später vor den Versuchen einer Intervention jahrelang die Hauptaufgabe der Internationalisten. Zugleich aber entstanden auch andere Aufgaben, deren Lösung ebenfalls zu einem unveräußerlichen Bestandteil internationalistischer Pflicht wurde.“ Mit der Herausbildung des sozia-

listischen Staatensystems sind natürlich weiterhin Freundschaft, Solidarität und Zusammenarbeit mit den Werktätigen der sozialistischen Länder ein entscheidendes Element des Internationalismus, aber die Verteidigung vor den Angriffen des Imperialismus kann nicht mehr als Hauptaufgabe der Internationalisten angesehen werden; die Besonderheiten der gegenwärtigen historischen Periode haben sich verändert. Für jede nationale revolutionäre Formation kann sich darüber hinaus die national-spezifische Seite des Kriterien-Problems verändern. Auch in dieser Hinsicht müssen immer die besonderen Aufgaben berücksichtigt werden, die sich für die verschiedenen Länder aufgrund ihrer Lage ergeben.

Auf dem Hintergrund dieser verschiedenen Seiten kann von dem Kriterium also nicht gesprochen werden. Jede Partei bestimmt „selbst, welche Kriterien des Internationalismus für sie in der gegebenen Zeit am wichtigsten sind. Deshalb sind die Vorwürfe, die mitunter gegen die eine oder andere Partei im Zusammenhang damit erhoben werden, wie sie das Kriterium des Internationalismus für sich selbst bestimmt hat, unberechtigt. Kritik ist unseres Erachtens berechtigt, wenn es sich darum handelt, daß sich jemand der Erfüllung seiner internationalistischen Pflicht entzieht, das heißt den Revolutionären anderer Länder, den Kämpfern für den Sozialismus überhaupt Hilfe und Unterstützung verweigert. Wenn nun eine Partei für sich ein bestimmtes Kriterium des Internationalismus gewählt hat, ohne dabei die prinzipielle Grundlage zu verlassen, so ist das ihre innere Angelegenheit, und eine Kritik an ihr erscheint in diesem Falle als wissenschaftlich unbegründet.“ Demgegenüber ist im Programmentwurf der DKP nach wie vor von der Stellung der Sowjetunion als dem entscheidenden Prüfstein für die Treue zur Sache der Arbeiterbewegung die Rede. Dies widerspricht der gegenwärtigen historischen Situation in der BRD.

Heute geht es um die Ausnutzung aller Möglichkeiten, die politischen und ökonomischen Eingriffe der westdeutschen Kapitalisten in den sozialen Prozeß in den kapitalistischen Nachbarländern zu verhindern oder abzuschwächen. Da die Anknüpfungsmöglichkeiten für konterrevolutionäre Parolen, die auf Zustände in einer anderen Nation zielen, bei der großen Mehrheit der Bevölkerung den Spielraum der nationalen Bourgeoisie mitbestimmen, und da diese Anknüpfungsmöglichkeiten gegenwärtig weitge-

hend von der Information dieser Mehrheit der Bevölkerung abhängen, ergibt sich in der Tat die Pflicht, über die Bewegung in den Nachbarländern umfassend zu informieren und die Bedenken, Einwände, Lösungsvorschläge sowie die entstehenden und absehbaren Schwierigkeiten zu diskutieren. Die DKP steht gegenwärtig ohne Alternative vor einer politischen Situation, in der gerade der proletarische Internationalismus oder die internationalistische Solidarität die offene Debatte und die solidarische Kritik erfordert. Ein Erfordernis, das als zentrales Moment kommunistischer Politik offensiv von der Partei vertreten werden muß, und nicht im geringsten mit Zugeständnissen an eine irgendwie geartete Intellektuellenbewegung, deren subjektives Bedürfnis nur mal die Diskussion heikler Fragen ist, zusammenhängt.

Noch hält die DKP dagegen eine Entwicklung ihrer Position zum proletarischen Internationalismus für überflüssig und falsch. Unbeirrbar wiederholt sie, allen wirklichen Veränderungen zum Trotz sei eine in der Weimarer Zeit geprägte Formel auch heute die treffende Charakterisierung des internationalistischen Charakters ihrer Politik. In dieser Hinsicht gerät die DKP in dem Maße sogar gegenüber den theoretischen Beiträgen der SU ins Hintertreffen, in dem selbst die unkritische Übernahme sowjetischer Thesen, wie sie in „Europa und die Kommunisten“ formuliert sind, die Modifikation und Weiterentwicklung ihrer Einschätzung dieses Problems erfordern würde.

¹ Vgl. z.B. „Beiträge . . .“ 5-77, S. 56 ff.

² Diesen Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Internationalismus und der Kritik solcher Vorstellungen formuliert auch A. Rubbi „Der neue Internationalismus“ in: DKP-PV (Hg.) „Zur Sozialismus- und Internationalismus-Diskussion“, Düsseldorf 1977, S. 28.

³ Konkret stellen sich solche Probleme z.B. mit der Frage einer Mitgliedschaft kommunistisch mitregierter Länder in der NATO oder für die japanischen Kommunisten mit dem Streit um die Kurilen-Inseln. Vgl. „Beiträge . . .“ 3-77, S. 61 ff. und 4-77, S. 133 ff.

⁴ Vgl. „Beiträge . . .“ 2-77, S. 92 ff.

⁵ W. Sagladin „Die Entwicklung des proletarischen Internationalismus unter den gegenwärtigen Bedingungen“, in „Neues Deutschland“ vom 12./13. März 1977; alle folgenden Zitate aus diesem Artikel.

Notizen und Bücher

Entgegen allen Unkenrufen gibt es sie doch: keine Euro-Welle, keine Ausschuß-Welle, aber eine Diskussions-Welle. In vielen Städten der BRD wird auf öffentlichen Veranstaltungen der Programmentwurf der DKP vorgestellt. Fragen nach dem Pluralismus, den Grundzügen für eine sozialistische BRD etc. stehen im Vordergrund. Die neue Phaseneinteilung „demokratische Wende — antimonopolistische Demokratie — Sozialismus“ — stößt auf wenig Zustimmung und Ablehnung. Die Konzentration auf das Nächstliegende sollte mit der These von der demokratischen Wende gefördert werden; aber die konkreten Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik werden durch die neue Phasentheorie nicht leichter begreifbar, die spürbare Zurückhaltung hat also einen Grund. Auf der letzten Parteivorstandstagung gab es bereits eine Zwischenbilanz: das Programm ist zu unhandlich, nicht populär

genug; eine Reihe von politischen Einschätzungen sind durch klassenanalytische Untersuchung nicht ausgewiesen, so seien etwa die Untersuchungsergebnisse über lohnabhängige Mittelschichten des hauseigenen IMSF-Institutes nicht oder nur ungenügend berücksichtigt.

Eine Diskussionsveranstaltung zu Bahros 'Alternative' fand im Januar in Westberlin statt (Steinke, Hejzlar, Häuseler, Staritz, Damus, Rabehl). Neben dem Protest gegen Bahro' Inhaftierung und der Überzeugung, daß er ein wichtiges Buch geschrieben habe, wenig Gemeinsamkeiten. Nicht mal eine Solidaritätsadresse für Bahro fand die Mehrheit des Plenums. Einzige Gemeinsamkeit innerhalb des Plenums lag in der Existenz bestimmter Vorurteile bezüglich des realen Sozialismus. Einzig Hejzlar teilte diese nicht und vertrat die Ansicht, daß von einer Exi-

stenz sozialistischer Produktion ausgegangen werden müsse.

Wenige Wochen vor den Parlamentswahlen in Frankreich fanden in Paris Studientage des Forschungsinstituts der KPF — CERM (Franz. IMSF) statt. (Elleinstein, Buci-Glucksmann, Balibar, Poulantzas u.a.). Diskutiert wurde über den kapitalistischen Staat heute und seine Krise. Die Hauptkontroverse ging um die Frage, ob die bisherigen Analysen des Staates ausreichend sind. Ebenfalls umstritten ist die Frage nach dem Zustandekommen der politischen Hegemonie, da die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse nicht auf die „Monopolfraktion“ reduziert werden können, und die Frage, wie auf demokratischem Wege eine Massenbasis zustandekommen kann.

„Eine Debatte unerreichten Ausmaßes in der gesamten Partei“ (Georges Marchais)

Nach den Wahlen ist in der PCF eine Debatte über die Politik der Partei und die Probleme der internen Willensbildung in Gang gekommen, aus der wir einige Auszüge veröffentlichen wollen.

Françoise Hincker, ZK-Mitglied und Chefredakteur der PCF-Zeitschrift *La Nouvelle Critique*:

„Die entscheidende Frage ist die der Verallgemeinerung der Informationen, um die echte und zur Einheit führende Diskussion möglich zu machen. Und die anderen entscheidenden Fragen: Die Wiedergewinnung der kritischen Funktion des Marxismus? Der Übergang von einer Konzeption der Beziehung Partei/Massen in Begriffen der Überzeugung und Erziehung, basierend auf einer Politik des geschlossenen Blocks, zu einer Konzeption, die den Beitrag der Massen zur Arbeitsleistung der kommunistischen Politik als drittes Element miteinschließt? . . . Wir beginnen erst jetzt, unsere spontane Abwehrhaltung gegen alles, was nicht von uns kommt, zu überwinden.“ (Aus: *La Nouvelle Critique*, April 1978)

Francis Cohen,
Leiter der *Nouvelle Critique*:

„Zwei Probleme stellen sich heute nach meiner Auffassung: Erstens, haben wir nicht da, wo wir stark sind, manchmal Führung und administrative Maßnahmen

miteinander verwechselt, und haben wir nicht noch eine Menge Anstrengung vor uns für die Etablierung einer demokratischen Beziehung zu den Massen, zu welcher uns die Beschlüsse des 22. Parteitag auffordern? Zweitens — und das ist sicherlich das entscheidende — haben wir es noch nicht verstanden, die nicht-manuellen Lohnabhängigen, insbesondere die einfachen und mittleren Angestellten, die im gesellschaftlichen Leben nicht nur zahlenmäßig eine so bedeutende Rolle spielen — aktiv in unsere konkrete Politik zu integrieren . . .

Die Schwierigkeiten betreffen die gesamte Partei. Sie sind Resultat der Tatsache, daß die demokratische Praxis sich bei uns noch lange nicht durchgesetzt hat. Anders ausgedrückt, wir haben noch keine genaue Vorstellung, was die Aussage „Die Demokratie wird zu einem Feld des Klassenkampfes“ für die Partei und die Gesellschaft bedeutet.“

Sind wir nicht immer noch Anhänger einer zu mechanistischen Gegenüberstellung von revolutionärer und reformistischer Strömung, die wir in der PCF einerseits und in der PS andererseits mit ihren jeweiligen Nebenzweigen und Transmissionsriemen verkörpert sehen? Ist diese Konzeption nicht ein Vermächtnis der Kämpfe in der II. Internationalen, der Oktoberrevolution und der daraus abgeleiteten Politik der dritten Internationalen?“ (Aus: *La Nouvelle Critique*, April 1978)

L. Althusser, E. Balibar,
G. Bois, G. Labica u.a.:

„Wir verlangen vor allem, daß folgende für die Ent-

wicklung der demokratischen Debatte in der Partei notwendigen Maßnahmen unverzüglich ergriffen werden:

1. Die Mitglieder des Zentralkomitees und der Bezirksleitungen nehmen zur Vorbereitung der nächsten Sitzung des ZK am 26. und 27. April an den nächsten Sitzungen der Parteizellen und Sektions- und Stadtbereichsversammlungen mit dem Ziel teil, die Erklärungselemente vorzustellen, über die sie verfügen; an den Diskussionen teilzunehmen heißt, die Meinung der Aktivisten zur Kenntnis zu nehmen und ihre Vorstellungen weiterzuleiten.

2. Der Bericht und die Diskussionsbeiträge auf der nächsten Zentralkomiteesitzung werden sofort und vollständig veröffentlicht, entweder in der *l'Humanité* oder in einer Sonderbrochure.

3. Auf Basis dieser Veröffentlichungen wird eine Diskussionstribüne umgehend in der Parteipresse veröffentlicht, an der alle Kommunisten teilnehmen und zur Reflexion der Partei beitragen können.

4. Der nächste Parteitag ist wirklich ein *außerordentlicher* Parteitag, und zwar in den *Formen* seiner Vorbereitung und seines Ablaufs; egal, ob er vorverlegt wird oder nicht, muß er die wirklichen Debatten in der Partei öffentlich bis zu den Abschlusssitzungen widerspiegeln. Die Wahl der Delegierten für diesen Parteitag muß vollständig demokratisch erfolgen, d.h. die Filterung der Delegierten in den Kandidaturkommissionen muß abgeschafft werden. Der Parteitag muß tatsächlich souverän sein, d.h. nach er-

folgt Diskussion die von der Partei zu praktizierende Linie selbst ausarbeiten, anstatt sich mit der Kenntnisnahme eines im Voraus ausgearbeiteten Entwurfs zufrieden zu geben.

Diese Forderungen sind einfach und klar, sie können sofort beschlossen werden. Sie können auf keine ernsthaften Einwände stoßen, weil sie voll mit den Statuten der Partei übereinstimmen. Alle Kommunisten wissen, daß sie die unumgänglichen materiellen und politischen Bedingungen einer wirklichen Analyse und Diskussion darstellen. Alle wissen, daß sie notwendig sind, damit die Partei in der Lage ist, die bevorstehenden schwierigen Aufgaben im Interesse der Werktätigen zu meistern.

Warum ich Marxist bin, Hrsg. Fritz J. Raddatz, Kindler, DM 19,80

Raddatz hat einer Reihe von Prominenten die Frage vorgelegt 'Warum ich Marxist bin'. Bei dem Buch soll es sich nicht um eine der üblichen Zusammenstellungen aus der Bildungskiste fleißiger Anthropologen handeln. Über Fleiß kann man streiten; erreicht wird die Veränderung des Marxismus zur Unkenntlichkeit.

.....

Die Betriebsräte in der Weimarer Republik, Bd. 1/2, Olle & Wolter DM 39,80

Im Rahmen eines DFG Forschungsprojektes 'Ge-

werkschaftliche Berufsbildungspolitik' entstand diese Dokumentation über Betriebsräte in der Weimarer Republik. Herauskommen sollte etwas zur gewerkschaftlichen Berufsbildungspolitik. Das zusammengetragene Material gab für den Untersuchungsauftrag nur indirekt etwas her. Es reichte allerdings zu einem zweibändigen Werk.

Ein deutscher Herbst, Botzat / Kiderlen/Wolff, Verlag Neue Kritik, DM 11,80

Ausgangspunkt für dieses Buch waren die Thesen des Verlegers zur Frankfurter Buchmesse. Da dies nicht reichte, sah er sich in der Journalistik und im Anzeigenteil um. „Dieses Buch enthält . . . so viel Schreckliches, oft in Form läppischer Pressenotizen, daß es einer und einem schon den Verstand kosten könnte.“

K.D. Bracher, Schlüsselwörter in der Geschichte, Droste, 122 S. DM 16,80

Wörter erlangen Bedeutung im politischen Denken. Sie können zu Allerweltsbegriffen werden. Dieser Zusammenhang reicht Prof. Dr. phil., Dr. h.c. Karl Dietrich Bracher zu einem Buch; das ganze ist zugleich Vorankündigung für das eigentliche Werk, das unter dem philosophischen Titel „Der Mensch und seine Sprache“ wenig später erscheinen und Geschichte machen soll.

Paolo Sollier, Ein Porträt des Fußballspielers als junger Mann, Rowohlt, DM 12,80

Ein italienischer Fußballspieler und Linksradikaler hat dem Kickerpublikum Italiens seine Geschichte erzählt. Was in Italien eine Geschichte des Alltagslebens ist, verwandelt sich durch Rowohlt aus einer Kickerstorie in Literatur.

Christine Föppl, Die Vollbeschäftigungsformel, fischer alternativ, DM 4,80

Föppl löst das Problem der Arbeitslosigkeit durch weniger Wachstum, weniger Arbeit und weniger Einkommen, verbunden mit einem Plädoyer für die heilige Kuh der Marktwirtschaft. Dabei schont sie niemanden: weder Regierung noch Unternehmer noch Gewerkschaften — außer sich selbst.

Ivan Illich, Fortschrittsmythen, Rowohlt, DM 14,80

Illich hat ein allgemeingültiges Gesetz gefunden. Geht die industrielle Produktionsweise über einen gewissen Punkt hinaus, werden unvermeidlich Gebrauchswerte zerstört; modernisierte Armut tritt dann in Erscheinung. Sein Rezept: die Menschheit schlage sich die Fortschrittsmythen aus dem Kopf und schon wäre alles besser. Bleibt die Frage, ob der Konsument dieses Essays berauscht und beschwindelt, wenn auch reich, zurückbleibt.

Die deutsche Stadt im Industriezeitalter,
Hrsg. J. Reulecke,
Hammer, DM 18,-

Die erweiterten und überarbeiteten Referate vom Historiker-Kongreß 1974 machen deutlich, daß es „an umfassenderen Konzepten zur Ordnung und Gliederung der Quellen und Faktenmassen“ im Bereich der

deutschen Stadtgeschichte fehlt. Dafür bedarf es nach vier Jahren 150 Seiten.

Lars Clausen, Tausch, Kösel, 157 S., DM 26,-

„Soziologiestudenten verzweifeln daran, alles, was sie dazu (einer kohärenten Soziologie) lesen und hören, zusammenzupassen.“ Lars Clausen nimmt sich vor, die-

se Tatsache an Hand des Tauschs zu verifizieren. „Ich habe hier versucht, Teile meiner eigenen soziologischen Theorie besser zu adjustieren und zumal einen theoretischen Widerpart, die harte Nuß Strukturtheorie, wenn schon nicht zu knacken, so doch in eine eigens entworfene dreidimensionale Box zu verstauen.“

positionen

15/16 (1978)

- | | |
|--------------------------|--|
| R. Nufer: | Die Entwicklung der Neuen Linken: z.B. Zürich |
| N. Scherr: | Mai 68, der Linksradikalismus und die KPF |
| | „Den Kapitalismus in uns bekämpfen!“ Gespräch mit O.F. Walter |
| | Sozialdemokratie und übrige Linke. Gespräch mit B. Bürcher (SP) |
| r. Hungerbühler: | 68 und die Frauen |
| F. Rueb: | Die Bewegung ist gescheitert, aber sie war ein Erfolg. |
| D. Vischer: | 10 Jahre nach 68 – Versuch einer Bilanz. |
| T. Heilmann: | Demokratische Erneuerung und Hegemonie. Zum Pro-
wurf der POCH. |
| A. Mascarin: | Wem nützt die Terrorstrategie? Gedanken nach der Ent-
führung Aldo Moros. |
| E. Gräub: | Die Debatte in der französischen Linken (Dossier). |
| Rezensionen und Lesetips | |

*Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) — 6 Nummern pro Jahr — Einzelheft: Fr. 2.50,
Doppelheft: Fr. 3.50 — Abonnement: Schweiz Fr. 13.-/Ausland Fr. 16.-
Bestellungen an: Redaktion positionen, Postfach 1927, CH-4001 Basel*

● Berufsverbote ● Verfolgung von
Kommunisten und Sozialisten ● Kri-
minalisierung von Strafverteidigern ●
Die BRD, ein Rechts- oder Polizeistaat?



Heinrich Hannover

Klassenherrschaft und Politische Justiz

Plädoyers für ein demokratisches Recht in der
Bundesrepublik; 320 Seiten; Hardcover mit
Schutzumschlag; DM 22,-

Inmitten einer vermeintlich aufgeklärten Gesell-
schaft spielt sich ein Stück Mittelalter ab. Der An-
geklagte ist ein Untertan – von der gerichtlichen
Untersuchung bis zum Strafvollzug. Das Ganze
nennt sich Strafrecht und soll dem Schutz von
Rechtsgütern dienen. Statt Rechtsgüter werden
aber „Güter der Rechten“ geschützt.

VSA-Verlag, Eiffestr. 598, 2 Hamburg 26

Joachim Bischoff (Hrsg.)

Grundbegriffe der marxistischen Theorie

VSA

260 Seiten; Paperback; DM 19,80

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

4-78

Jean Kanapa (KPF):
Sozialgeschichte der
Kommunistischen Bewegung

Thesen zum Stalinismus

Palmiro Togliatti: Interview
über den Stalinismus (1956)

Buchbesprechungen
(Bettelheim, Elleinstein, Lorenz,
Boffa/Martinet u. a.)

Interview: Terror der
Roten Brigaden und die PCI

Ökonomisch-Politische Reviews:
Italien

5-77

**Geschichte und aktueller
Stand des Klassenkampfes
in Italien**

- Politik der Links-Parteien.
Die Rolle der KPI.
- J. E. Hobsbawm: Gramsci und
die Theorie der Politik.
- K. Priester: Der italienische
Weg zum Sozialismus
- Rezensionen: Berlinguer,
Der historische Kompromiß
S. Alf, Leitfaden Italien u. a.

1-78

**Bahro – Eine Alter-
native? Kritik von
R. Bahros Bestseller**

- Interview: Politik der KPUSA
- Massenarbeitslosigkeit in
den USA
- Politik der Linksparteien in
Portugal
- Mehrwert- und Profitraten
des BRD-Kapitals
- Kollektives Bewußtsein und
Literatur in der DDR

2-78

**Die bundesrepubli-
kanische Krankheit**

- 1978: Vom Wirtschafts-
wunder zur Massenarbeits-
losigkeit
- Großbritannien: Prosperität
durch Nordsee-Öl?
- Marxistische Faschismus-
theorie I
- Die „Neue Linke“ und die
Literatur